



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 98 – September 2008

Modernisierung in Ost- und Ostmitteleuropa?
Dynamiken innerstaatlichen und internationalen Wandels

Beiträge für die 16. Tagung junger Osteuropa-Experten

Veranstaltet von
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Europäische Akademie Berlin

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 98: Modernisierung in Ost- und Ostmitteleuropa?

Dynamiken innerstaatlichen und internationalen Wandels

Beiträge für die 16. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin,

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Europäische Akademie
Berlin

September 2008

ISSN: 1616-7384

Die Veranstalter danken der Otto Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung.

Lektorat: Sophie Hellgardt

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen – Germany

phone: +49 421 218-3687

fax: +49 421 218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhalt

Geleitwort.....	7
-----------------	---

I. Konzepte: Transformationstheorien auf dem Prüfstand

Philipp Casula

Demokratie und nationale Identität in Russland: Herausforderungen für die Transformationstheorie	11
--	----

Vedran Dzihic und Angela Wieser

<i>Democratisation revisited</i> – Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung am Beispiel von Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien	16
---	----

Norma Osterberg

Erfolg und Scheitern von Demokratisierungsprozessen. Zwei Fallstudien: Albanien und Kroatien. Die Notwendigkeit der Kongruenz von Sozialkapital und politischen Institutionen.....	21
--	----

II. Pfade: Ideen und Identitäten in der Transformation

Malte Frye

»Before the War I didn't even know that I am a Muslim« – der Islam in Nachkriegsbosnien im Spannungsfeld von Konfession und nationaler Identität	29
--	----

Igor Gordyi

Die Grundzüge des politischen Engagements der ukrainischen Kirchen	33
--	----

Marc Zivojinovic

Vom »Wüten der Mythen« – Erosion und Reanimation von Mythen im serbischen Transformationsprozess	38
--	----

Sabine Willenberg

Modernisierung der Außenpolitik im westlichen Balkan?	43
---	----

Silvia Nadjivan

Gegenwärtige Modernisierungskonflikte in Serbien – ein Erbe des Milošević-Regimes?.....	47
---	----

III. Transfers: Externe Einflüsse auf Transformation

Franziska Smolnik

Externe Demokratieförderung im postsozialistischen Raum.
Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument.....53

Michael Paulo

Liberalisierung auf Druck von Außen? Korruptionsstrategien
sektoraler Akteure und ihre Auswirkungen auf Liberalisierungszusagen
im Rahmen des WTO-Beitritts57

Daniel Grotzky

Mehrheit und Minderheit im Kontext politischer Transformation:
Estnischer Nationalstaat und Russen in Estland61

Hristofor Hrisoskulov

Bulgarien im Kontext der regionalen Kooperation im Schwarzmeerraum65

Kristine Müller

Gleich und doch nicht gleich. Lokale Kontextbedingungen
grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten von Kleinunternehmern
an der EU-Außengrenze.....69

IV. Räume: Städte und Gemeinden im Wandel

Evelyn Moser

Der ländliche Raum in Russland: Lokale Selbstverwaltung
beeinflusst vom Erbe des Kolchoz79

Christian Smigiel

Sozialräumlicher Wandel in Stadtregionen des östlichen Europa. Eine
Bestandsaufnahme des Aufkommens einer neuer Wohnform: Geschlossene
und bewachte Wohnkomplexe in der bulgarischen Hauptstadt Sofia.....83

Anja Erdmann

Der demographische Wandel in Polen und seine Folgen
für die Stadtentwicklung.....87

V. Gesellschaftlicher Wandel: Kunst zwischen Kommerz und Politik

Thomas Skowronek

€rfolgsgeschichten. Kunstmarkt und kulturelle Werte in Russland
nach 198995

Sandra Frimmel

Kunstkollisionen. Die Gegenwartskunst in Russland zwischen der Förderung
des Neuen und Forderungen nach Traditionsbewahrung.....99

VI. Gesellschaftlicher Wandel: Methoden der Elitenforschung

Ronald Gebauer

Das Schicksal der DDR-Funktionseleite im wiedervereinigten Deutschland.
Die Anwendung des Statistical Matching als sozialwissenschaftliche
Methode zur Erstellung von Abstromanalysen 107

Elena Semenova

Parlamentarische Eliten in Osteuropa: Rekrutierung und Karrieren. Das Beispiel
der Staatsduma der Russländischen Föderation 112

Stefanie Friedrich

Die politische Repräsentation von Frauen in Serbien 117

VII. Internationale Zusammenarbeit: Energie

Katharina Mikulčák

Sino-russische Kooperation in Zentralasien:
Schwache Fakten, starkes Potenzial? 123

Gaukhar Abdigaliyeva

Die Energieversorgung Europas durch die Diversifizierung der Öl- und
Gaslieferanten am Beispiel Kasachstans 128

Mahabat Sadyrbek

Die EU-Zentralasienstrategie – neues »Great Game« oder neue Chance
für die Region? 132

VIII. Transformation des Rechts: Auf dem Weg zum Rechtsstaat?

Maria Mushchinina

Rechtstexte und Rechtsterminologie: ein Beschreibungsmodell 139

Aima Samatova

Die Rechtsverhältnisse Staat – Investor im Bereich der Nutzung
von Bodenschätzen (am Beispiel Kasachstans) 143

Edlira Maranaku

Pfadabhängige Rechtsstaatlichkeit in Albanien 147

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 153

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa 159

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa 160

Geleitwort

Die diesjährige 16. Tagung junger Osteuropa-Experten (JOE-Tagung) widmet sich unter dem Thema »Modernisierung in Ost- und Ostmitteleuropa«? einer kritischen Auseinandersetzung mit den vielschichtigen Prozessen des Wandels in der Region. Dabei sollen zum einen die gängigen Theorieansätze auf ihre Erklärungskraft hinterfragt werden und zum anderen ausgewählte Themenbereiche eingehender analysiert werden. Schwerpunkte sind dabei unter anderem Demokratisierung, nationale und religiöse Identitäten sowie die Rolle von Eliten und globalen Akteuren.

Die Tagungen finden seit 1996 regelmäßig unter organisatorischer und fachlicher Leitung der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde statt. Partner und Tagungsort war bis 2004 das KonferenzCentrum Brühl (früher Ost-West Kolleg Brühl) der Bundeszentrale für politische Bildung und ist nun seit der dreizehnten Tagung 2005 die Europäische Akademie Berlin.

Jedes Jahr erhält in diesem Rahmen ein ausgewählter Kreis exzellenter Examenskandidaten, Doktoranden und jüngerer Promovierter verschiedenster Fachgebiete die Gelegenheit, seine laufenden Abschlussarbeiten und Projekte im Bereich der Osteuropaforschung vorzustellen und offen zu diskutieren. Als besonders begrüßenswert erachten wir die wachsende Beteiligung von Nachwuchsforschern aus den Staaten Osteuropas.

Es ergibt sich aus dem Gegenstand der Tagungen, dass der Schwerpunkt auf der Auseinandersetzung mit der postsozialistischen Transformation der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systeme im östlichen Europa liegt. Hier hat sich ein breites, forschungswie praxisrelevantes Arbeitsfeld geöffnet, das weit über den Rahmen der traditionellen Osteuropaforschung hinausweist. Das Fach hat sich damit grundlegend verändert, und genau dies zeigen auch die auf der Tagung vorgestellten Projekte. Die Vielfalt von Fragestellungen, Forschungsansätzen und Methoden ist ein ermutigendes Zeichen für die weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Region.

Es gilt festzuhalten, dass wir derzeit über eine große Zahl junger hoch qualifizierter Wissenschaftler verfügen, die sich intensiv mit den aktuellen wie auch historischen Transformationsprozessen befassen. Aufgrund der Öffnung der osteuropäischen Gesellschaften seit Mitte der 1980er Jahre einerseits und des wachsenden Interesses der allgemeinen Sozialwissenschaften an der Region Osteuropa andererseits hat diese Generation für ihre Ausbildung fachlich, methodisch und sprachlich weit bessere Voraussetzungen vorgefunden, als dies bei früheren Expertengenerationen der Fall war. Es ist eine Chance für Politik, Wirtschaft und auch für die etablierte Wissenschaft, dieses Potential an qualifizierten Nachwuchskräften sinnvoll zu nutzen.

Wir wünschen den Teilnehmern der 16. JOE-Tagung ebenso fruchtbare Diskussionen wie bisher und hoffen, dass der vorliegende Band dazu beiträgt, den Erfahrungsaustausch auch über den engeren Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus zu fördern.

Wir danken der Otto Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung, ohne die die Tagungen nicht möglich wären.

Die Veranstalter

***I. Konzepte:
Transformationstheorien
auf dem Prüfstand***

Demokratie und nationale Identität in Russland: Herausforderungen für die Transformationstheorie

Transition, Transformation und ihre Grenzen

Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Regimes Osteuropas kam für die westlichen Sozialwissenschaften weitgehend überraschend. Es war nicht ein Mangel an empirischen Daten, der die Ahnungslosigkeit der Sozialwissenschaften begründete. Das Problem war ein konzeptuelles: Die Möglichkeit eines radikalen, friedlichen Umbruchs lag schlicht jenseits des Denkbaren (Lebow & Risse-Kappen 1995: 1ff.). Ein ähnlich konzeptuelles Problem stellt sich heute wieder, wenn es gilt, die demokratisch defizitäre *Stabilität* in Russland zu erklären.

Ende der 1980er Jahre rückte eine sozialwissenschaftliche Schule in den Vordergrund, die ein stark akteurszentriertes Modell eines Übergangs zur Demokratie vertrat. Im Zentrum des Transitionsparadigmas stand die Idee, dass sich *jedes* Land, das sich von Autokratie wegbewegt, sich zugleich auch »irgendeiner Form von Demokratie« (O'Donnell & Schmitter 1986: 6) zuwende.¹ Je nach Zählweise kam man auf über 100 Länder, die den Pfad der Demokratisierung eingeschlagen hätten (Carothers 2002: 6f.). Für manche Staaten wurde aber das »Sich-in-Transition-Befinden« zu einem Dauerzustand (Nodia 2002: 14) – was den eine *Dynamik* beschreibenden Transitionsbegriff *ad absurdum* führt. Die Kritik am Transitionsparadigma (Cohen 2000; Carothers 2002) führte u.a. dazu, dass man vorsichtiger von einer weniger teleologischen *Transformation* spricht. Dennoch werden beide Begriffe nahezu synonymisch verwendet. Auch über den heutigen Analysen post-kommunistischer Gesellschaften schwebt der Geist des Transitionsparadigmas.²

Russland liefert ein gutes Beispiel, um diesen Gedanken zu veranschaulichen. Denn entgegen allen implizit oder explizit transitologischen Vorstellungen eines Russlands *Lost in Transition* (Ševcova 2007; auch Sawka 2008: 451): Russland ist heute weder demokratisch noch auf dem Weg dorthin. Vielmehr hat sich eine mehrdimensionale, demokratisch-defizitäre Stabilität eingestellt (Schröder 2007). Diese Stabilität mit den Begrifflichkeiten der Transformationsforschung zu erklären ist schwierig, geht diese doch von einer *Entwicklung* aus. Nötig zu sein scheint vielmehr eine Theorie, die nicht nur Wandel zu erklären vermag, sondern mit der auch Stabilität gedacht werden kann.

Stabilität, Identität, Nationalismus

Ausgehend von dem Gedanken einer mehrdimensionalen Stabilität Russlands soll im Folgenden der Hypothese nachgegangen werden, dass eine Wiederbelebung der nationalen und die Konsolidierung der politischen Identität tragende Elemente dieser Stabilität sind. Daher wird im vorliegenden Aufsatz ein besonderes Augenmerk auf *Identity Politics* gelegt.

Deren Diskussion ist in der Transformationstheorie weitgehend unterbelichtet geblieben. In die IB-Studien hat sie dagegen schon seit längerem Eingang gefunden – sowohl in kon-

1 Für die Genese des Paradigmas vgl. Guillhot (2005). Für eine »orientalistische Kritik« vgl. Anderson (2007).

2 Das Beharrungsvermögen dieses Paradigmas lässt sich gut an der Diskussion um die Farbigen Revolutionen nachzeichnen (Tudoroiu 2007).

struktivistischer wie auch in poststrukturalistischer Form (Chernoff 2007). IB-Forschungen haben die enge Verwebung von Außenpolitik und nationaler Identität erkannt und thematisiert. Die Transformationsstudien waren in dieser Hinsicht langsamer. Dies gilt besonders für die deutsch- und englischsprachige Forschung (Müller & Pickel 2007). In Russland hat man dagegen das Potential poststrukturalistischer Ansätze oft schneller erkannt und diese Perspektiven aufgenommen.³

Hier soll versucht werden, die Analyse der russischen Identitätskrise in eine allgemeine Diskurs- und Hegemonietheorie (Laclau & Mouffe 2001) einzubetten. Eine solche Theorie fokussiert die Produktion von Identitäten im Rahmen von Diskursen, sowie deren Veränderung, Stabilisierung und Hegemonie. Mit diesem Ansatz kann nicht nur einer gesellschaftlich-politischen *Entwicklung* Rechnung getragen werden, wie es die Transformationstheorie macht – indem sie entweder Fortschritt feststellt oder aber dessen Ausbleiben konstatiert –, sondern auch einer *Stabilisierung*, die eine Konsolidierung von Identitäten im Rahmen eines bestimmten *hegemonialen Diskurses* erfordert.

Fallbeispiel: Russlands Identitätskrise

Idealtypisch soll unterschieden werden zwischen der politischen Identität und der nationalen Identität. *De facto* fallen beide Diskursstränge aber nur zu oft zusammen. Dies zeigt sich u.a. an dem Diskurs der *Gosudarstvenniki* (Etatisten), der es letztlich vermocht hat, die Unsicherheiten der 1990er Jahre zu kompensieren und der Wege eröffnet hat, die zuvor genannten Identitäten zu stabilisieren. Dessen Auftreten und Durchsetzung im russischen politischen Diskurs soll im Folgenden skizzenhaft nachgezeichnet werden.

Vereinfachend lassen sich seit 1985 drei aufeinander folgende hegemoniale Diskurse unterscheiden. Der erste hegemoniale Diskurs war der »sowjetische Diskurs«, in dem sich russische und sowjetische Identität überlappten und der auf einer »sozialistischen« politischen Identität fußte. Er wurde durch mehrere Störungen oder *Dislokationen* (Laclau) destabilisiert. Dazu zählt der zunehmende ökonomische Niedergang der UdSSR, der in einer durch Fortschrittsglauben getragenen Ideologie keinen Platz fand. Der sowjetische Perestroika-Diskurs (ca. 1987–1990) muss einerseits als ein Versuch gewertet werden, die Forderungen nach ökonomischem Aufschwung (*Uskorenije*) und politisch-sozialer Öffnung (*Glasnost'*) innerhalb des sowjetischen Diskurses zu berücksichtigen. Andererseits trug der Perestroika-Diskurs dazu bei, den vorherrschenden Diskurs weiter zu destabilisieren. Das diskursive Element »Demokratie« kippte an jener Stelle, an der es sich aus dem sowjetischen Diskurs löste (Stichwort: »sozialistische Demokratie«), zu einer spezifischen *Forderung* (Demokratie »wie im Westen«) wurde und damit anfangs, diesen infrage zu stellen.

Hier deutet sich bereits der zweite hegemoniale Diskurs an: der »demokratische« (ca. 1990–1993). Bereits ab Mitte der 1980er Jahre wurde das diskursive Element der Demokratie nach und nach aus dem Kanon des sowjetischen Diskurses gelöst und mit neuen Bedeutungen gefüllt. Durchgesetzt hat sich besonders jene Interpretation, die in der Demokratie ein »Mittel zur Erlangung des westlichen Wohlstandes« (Lukin 2000) sah. In der relativen Armut bestand in den Augen der »Demokraten« die große russische Anomalie. Andrej Kozyrev (1995) wurde z. B. nicht müde, dies zu betonen. Verbunden damit war der Glaube an die universelle Gültigkeit von Demokratie und Marktwirtschaft (Kozyrev 1995: 23). In der angestrebten politischen und ideologischen Anbindung an den Westen, so meinten die Kritiker später, erschöpfte sich der demokratische Plan für die russische Identität: Tsygankov (2006: 86) gesteht selbst Gorbačëv mehr Einsicht in der sensiblen Frage der russischen nationalen Identität zu als den »Demokraten«.

3 Vgl. Kapustin (2001), Makaryčev (2005), Malinova (2007), Morozov (2005), Prozorov (2005).

Dieser »demokratische« Diskurs politischer und nationaler Identität wurde als vorherrschender Diskurs nach und nach abgelöst durch den »etatistischen« Diskurs (ab ca. 1998), der sich sowohl von links- und rechtsradikalen,⁴ als auch von demokratischen Positionen distanzierte, zugleich aber auch Elemente dieser Diskurse aufnahm. Kennzeichnend war der Wechsel im Außenressort der Regierung 1996: Der in Brüssel geborene Kozyrev wurde durch den Nahost-Experten Jevgenij Primakov ersetzt, der zwei Jahre später Premierminister wurde.

Zwei Elemente kennzeichnen den etatistischen Diskurs:

- eine stark pragmatisch orientierte, auf Effizienz ausgerichtete Politik mit Betonung von Ordnung, Disziplin und Stabilität durch die Wiederherstellung staatlicher Autorität im Inneren;
- eine Vorstellung von Russland als eurasischer Großmacht (Wiederherstellung staatlicher Autorität im Äußeren); damit gehen einher: eine erneute Antagonisierung des Westens, ein größeres Interesse an Kooperationen mit asiatischen Staaten sowie eine neuerliche Betonung russischer Interessen im »nahen Ausland«.

Jevgenij Primakov drückt in seinen Memoiren »Empörung« über den Zustand des Landes und insbesondere über den Zustand des *Staates* in den 1990er Jahren aus (Primakov 2004: 72). Der von den »Pseudoliberalen« verordnete Kurs habe Korruption, Wirtschaftskriminalität sowie staatlicher Willkür Tür und Tor geöffnet. Demokratie als Ziel rückte in den Hintergrund, zumal sie mit Chaos und Korruption gleichgesetzt wurde. Staatliche Stärke, die politische Stabilität und Sicherheit hervorbringt, wurde vorrangiges politisches Ziel. In der Forderung nach Rechtsstaatlichkeit nimmt der etatistische Diskurs Forderungen des vorhergehenden Demokratiediskurses auf; in der Forderung nach staatlicher Stärke übernimmt er »reaktionäre« diskursive Elemente.

Die Konvergenz des etatistischen Diskurses mit reaktionären Strömungen wird noch deutlicher hinsichtlich seines zweiten Elements. Er betont wieder den Status Russlands als eine vom »Westen« verschiedene *Großmacht*. Dieses Großmachtdenken spiegelt sich u. a. wider im Nationalen Sicherheitskonzept von 1997 (Kassianova 2001): Die NATO ist hier nicht mehr möglicher Partner. Ihre Erweiterung wird als »extrem gefährlich« eingestuft. Multipolarität wird unterstrichen. Russland sieht sich v. a. als Vermittler zwischen dem Westen und Asien und weniger als Teil Europas. Im Gegensatz zu den im Hinblick auf die ehemaligen Unionsrepubliken isolationistischen Politiken Kozyrevs wurden auch die Bande zum »nahen Ausland« enger geknüpft und die Verantwortung für die Auslandsrussen betont.⁵

Schlussfolgerungen und Ausblick

Eine erste Lösung der russischen Identitätskrise bot der »demokratische« Diskurs. Die von den Radikalreformern vertretenen Positionen erlangten eine sehr prekäre Hegemonie, die u. a. auch an dem ökonomischen Niedergang und dem drohenden Staatszerfall scheiterte. Dies gab der national-kommunistischen Opposition Auftrieb und trug dazu bei, dass sich ein etatistischer Diskurs als Mittelweg etablieren konnte. Dieser bindet sowohl »demokratische« als auch reaktionäre Forderungen ein. Dazu zählt auch eine Antagonisierung des Westens. Dieser Antagonismus, der der Festigung der russischen nationalen Identität zuträglich

4 Der »national-patriotische« Diskurs spielte in allen drei Phasen eine gegenhegemoniale Rolle. Die Diskussion dieses »konservativen«/»reaktionären« Diskurses geht über die Ziele dieses Beitrages hinaus.

5 »Primakov felt that Russia had an obligation to respond to the political and cultural feelings of twenty-five million Russians who had found themselves outside their homeland and continued to identify with it« (Tsygankov 2006: 116).

ist,⁶ besitzt aber nicht dieselbe Schärfe wie jener der »Reaktionäre«. Entscheidend für die Herausbildung der Etatisten scheint nicht zuletzt gewesen zu sein, dass eine – unter dem demokratischen Diskurs erwartete – Reziprozität in den Beziehungen zum Westen ausgeblieben ist.⁷

Der skizzierte theoretische Ansatz betont nicht eine *verzögerte* oder *fehlgeleitete* lineare Entwicklung hin zu Demokratie und Marktwirtschaft, sondern ergründet vielmehr, wie sich vorherrschende diskursive Horizonte etabliert und abgewechselt haben, die ihrerseits bestimmte Interpretationen politischer und nationaler Identität beinhalteten. Weitere Forschungen müssten ergründen, wie sich der etatistische Diskurs in der Amtszeit Putins weiter gefestigt hat. Unter Putin haben sich bereits bei Primakov angedeutete Trends fortgesetzt. Im Gegensatz zu Primakov hatte Putin aber die politische Macht und die ökonomischen Mittel, um eine etatistische Politik durchzusetzen. Ihr Erfolg zementierte die Hegemonie eines Diskurses, der mehr Wert auf Effizienz und Stabilität als auf Demokratie legt und eine russische Originalität (*samobytnost'*) statt einer europäischen Identität zelebriert. Der zweite Tschetschenien-Krieg, die Ausschaltung und Zähmung der Oligarchen als Manifestation der Wiederherstellung staatlicher Autorität im Inneren sowie die Auseinandersetzung um die Erdgaspreise mit den Nachbarländern und der Konflikt um Süd-Ossetien als Ausdruck eines russischen Großmacht Denkens sind nur einige wenige Beispiele für die materielle Ebene des neuen hegemonialen Diskurses und die Durchsetzung einer neuen gefestigten nationalen und politischen Identität Russlands.

Literatur

- Anderson, Sally (2007) »The Elephant in the Room: Orientalism and Russian Studies«, in *Slovo* 19 (2): 125–35.
- Carothers, Thomas (2002) »The End of the Transition Paradigm«, in *Journal of Democracy* 13 (1): 5–21.
- Chernoff, Fred (2007) *Theory and Metatheory in International Relations*. Houndmills: Palgrave.
- Cohen, Stephen F. (2000) *Failed Crusade. America and the Tragedy of Post-Communist Russia*. New York: Norton.
- Guilhot, Nicolas (2005) *The Democracy Makers*. New York: Columbia UP.
- Karustin, Boris G. (2001) »Конец «транзитологии»? О теоретическом осмыслении первого посткоммунистического десятилетия«, in *Полис* 4/2001.
- Kassianova, Alla (2001) »Russia: Still Open to the West? Evolution of the State Identity in the Foreign Policy and Security Discourse«, in *Europe-Asia Studies* 53 (6): 821–839.
- Kozyrev, Andrej (1995) *Преображение*. Москва: Международные отношения.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2001[1985]) *Hegemony and Socialist Strategy*. New York: Verso.
- Lebow, Richard N.; Risse-Kappen, Thomas (1995) »Introduction«, 1–21 in *International relations theory and the end of the Cold War*. Eds. Lebow, Richard Ned & Thomas Risse-Kappen. New York: Columbia UP.
- Lukin, Alexander (2000) *The Political Culture of the Russian «Democrats»*. Oxford: Oxford UP.

6 Der Westen kann somit für Russland diskursiv wieder die Rolle eines »konstitutiven Anderen« übernehmen.

7 Emblematisch dafür: die NATO-Osterweiterung.

- Makaryčev, Andrej S. (2005) *Russia's Discursive Construction of Europe and Herself: Towards New Spatial Imaginary*. Unveröffentlichtes Manuskript. »Post-Soviet In/Securities: Theory and Practice«, October 7–8, 2005, The Mershon Center.
- Malinova, Olga Ju. (2008) »Образы России и »Запада« в дискурсе власти (2000–2007 гг.): попытки переопределения коллективной идентичности«, 86-106 in Semenenko, I. S.: *Образ России в мире: становление, восприятие, трансформация*. Москва: ИМЭМО РАН.
- Morozov, Viatčeslav E. (2005) »Sovereignty and democracy in contemporary Russia: a modern subject faces the post-modern world«, in *Journal of International Relations and Development* 11: 152–180.
- Müller, Klaus; Pickel, Andreas (2007) **»Многообразие национализма в посткоммунистической Восточной Европе«**, in *Восточноевропейские Исследования* 6: 76–88.
- Nodia, Ghia (2002) »The Democratic Path«, in *Journal of Democracy* 13 (3): 13–19.
- O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe (1986) *Transitions from Authoritarian Rule*. Baltimore: The John Hopkins UP.
- Prozorov, Sergej (2005) »Russian conservatism in the Putin presidency: The dispersion of a hegemonic discourse«, in *Journal of Political Ideologies* 10 (2): 121–143.
- Sakwa, Richard (2008) *Russian Politics and Society*. London: Routledge.
- Ševcova, Lilia (2007) *Russia – Lost in Transition*. Washington: Carnegie Endowment.
- Schröder, Hans-Henning (2007) »Personenvertrauen und Stabilität: die russische Gesellschaft und das System Putin«, 27–48 in Buhbe, Matthes; Gorzka, Gabriele: *Russland Heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*. Wiesbaden: VS.
- Tsygankov, Andrei P. (2006) *Russia's Foreign Policy: Change and Continuity in National Identity*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Tudoroiu, Theodor (2007) »Rose, Orange, and Tulip: The failed post-Soviet revolutions«, in *Communist and Post-Communist Studies* 40: 315–342.

Vedran Dzihic und Angela Wieser

***Democratisation revisited* – Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung am Beispiel von Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien**

1.

In der allgemeinen Transformations- und Demokratisierungsforschung wurde das Beispiel der post-jugoslawischen Länder weitgehend ausgeklammert. Der Demokratisierungspfad dieser Staaten wurde als grundsätzlich anders wahrgenommen, so dass sie auch in Standardbeiträgen der Transformations- und Demokratisierungsliteratur nur am Rande erwähnt wurden. (Merkel 1999, 401). Abgesehen von einigen wenigen komparativen Arbeiten (Dawisha/Parrott 1997, Pridham/Gallagher 2000) und Artikeln in relevanten Journalen (Bunce 2003, 2005 and Vucetic 2004) wurde die Analyse der Demokratisierung am Balkan den RegionalwissenschaftlerInnen überlassen (z. B.: Bieber 2005, Kaldor/Vejvoda 2002, Rüb 1997 and 2000).

Gleichzeitig wurden viele Grundannahmen der Demokratisierungsforschung durch den Verlauf und die Ergebnisse des Demokratisierungsprozesses in den post-jugoslawischen Staaten herausgefordert. Rückschläge und Verzögerungen im Demokratisierungsprozess in Serbien, Bosnien oder dem Kosovo, aber auch in Russland, Weißrussland und der Ukraine forderten etablierte Thesen der Transformations- und Demokratisierungsforschung heraus (vgl. Beichelt, Levitsky/Way 2002; Brie 1996; Pridham 2000). Die gängige Linearitätsannahme eines geradlinigen Überganges vom Ende des vorangegangenen (autoritären) Regimes zu einer konsolidierten Demokratie wurde starker Kritik ausgesetzt. Auch das Ausklammern kontextueller Faktoren (wie politischer und institutioneller Strukturen oder soziokultureller Traditionen), die den Demokratisierungsverlauf einer spezifischen Gesellschaft oder Region stark bestimmen, wurde thematisiert (Carothers 2002).

Am Ende der Transformation steht nicht immer Demokratie nach westlichem Vorbild. Eine solche Annahme (in der Konsolidierungstheorie breit vertreten) verstellt den Blick sowohl für die dringenden Probleme der Gesellschaften im Wandel als auch für die Suche nach passenden Konzepten und Theorien zur Beschreibung der Realität. (Vgl. Heinritz). Indem wir die regionalen Diskurse und die thematisierten Realprobleme in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien den allgemeinen Annahmen der Demokratisierungsforschung entgegensetzen, wollen wir uns den spezifischen Herausforderungen der post-jugoslawischen Demokratisierung annähern. Dies soll im Folgenden anhand einer knappen Analyse der spezifischen regionalen Voraussetzungen und der aktuellen politischen Entwicklungen in den Ländern des Westbalkans geschehen.

2.

Der Zusammenhang von Transformation und Nationalstaatsbildung wurde sowohl in der internationalen Demokratisierungsforschung als auch in den regionalen Debatten zum Thema ausführlich diskutiert (Bendel/Croissant/Rüb 2003, Bianchini/Schöpflin 1998, Bianchini 2002, Diamond/Plattner 1994, Linz/Stepan 1996, Merkel 1999, Offe 1994, Rustow 1970, Rüb 2003, Whitehead 2002). Die in der Demokratisierungsforschung allgemein postulierten Voraussetzungen für den Aufbau einer Demokratie – eine unbestrittene territoriale Souveränität (Dahl 1989, 207) und eine nationale Homogenität (Rustow 1970,

350) – waren in der Westbalkanregion vielfach nicht gegeben. Anhand der Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien hat sich deutlich gezeigt, dass der Prozess der nachholenden Nationalstaatsbildung den Aufbau einer modernen demokratischen Staatlichkeit behindert. Regionale AutorInnen weisen vor allem auf die Aushöhlung von Staatlichkeit durch ein exklusives ethnisches Verständnis von Nation hin. Ein solches erschwert die Bildung funktionsfähiger Institutionen und konterkariert somit den Prozess des Ausbaus und der Stärkung einer funktionsfähigen (sozialen) Staatlichkeit (Pavlovic/Antonic 2007, S. 234).

Die exklusiv verlaufenden Nationalstaatsbildungsprozesse haben am Westbalkan auch ein breitenwirksames sozialpsychologisches Moment («mentale Ebene» der Demokratie – Golubovic 2007) entstehen lassen. Dieses führt dazu, dass die BürgerInnen in der Absicherung der eigenen Nation bzw. im Erlangen der individuellen »Sicherheit« im Rahmen eines größeren Kollektivs (der Nation), das einen scheinbaren Schutz vor den Anderen bietet, eine wesentliche Leistung sehen, die die neuen Regime zu erfüllen haben. Die Sicherung des kollektiven (nationalen) Zusammenhalts ist jedoch keine demokratische und die Staatlichkeit unterstützende Leistung *per se*.

Damit offenbart sich in der Region des Westbalkans ein spezifisches »Dilemma der Beständigkeit« (Henritz 2007, in: Buzogany/Frankenberger, S. 152): Die Persistenz und fortgesetzte Virulenz des Ethnonationalismus, die sich sowohl in formal-demokratischen institutionellen Arrangements als auch auf mentaler bzw. habitualer Ebene zeigt, führt dazu, dass es im Demokratisierungsprozess zur Herausbildung sogenannter »reservierter Domänen« kommt. Diese schöpfen ihre Kraft aus historischen und symbolischen Verweisen auf die nationale Frage und behindern somit bis heute die Entwicklung der Demokratie. (Vgl. Pavlovic/Antonic 2007). Im Konkreten sind es Bereiche der staatlichen Sicherheit, des Territoriums und der nationalen Selbstbestimmung, in welchen symbolisch-ideologische Diskurse des Ethnonationalismus als eine Machttechnik weitergeführt werden. Durch das Festhalten an diesen »reservierten Domänen«, die vor allem den politischen und ökonomischen Eliten zugute kommen, kommt es in den betreffenden Ländern zu demokratischer Konsolidierung lediglich auf einem sehr niedrigen Niveau, nämlich auf der Ebene der Existenz formal-demokratischer Institutionen und in Form einer elektoralen Demokratie. Exklusive Nationalstaatsbildungsprozesse und die Persistenz des Ethnonationalismus werden damit zur größten Herausforderung für die Demokratisierungsprozesse in der Region.

Die Beständigkeit der Politisierung ethnischer Unterschiede als wirksames Mittel zum Machterhalt und als Hindernis für die Herausbildung und Stärkung einer demokratischen Staatlichkeit wird vor allem während akuter politischer Krisen und Geschehnisse deutlich. In Bosnien-Herzegowina zählt dazu die seit dem Wahlkampf 2006 permanent als Drohung im Raum stehende Abspaltung der Republika Srpska vom Gesamtstaat, die sich z. B. im Kontext der Ausrufung der kosovarischen Unabhängigkeit verstärkt hat. Weiter zählen dazu die Betonung der politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Republika Srpska oder auch die zuletzt verstärkten Forderungen nach Vollendung der Ethnoterritorialisierung durch die Schaffung einer dritten kroatischen Entität.¹ In dieser Argumentation wird der Prozess der »Entfremdung« der drei großen konstitutiven Völker voneinander fortgesetzt und vertieft. Die gesamtbosnische Identität verschwindet zunehmend (vgl. Cvitkovic 2006, Cimic 2005, Bieber 2004) und eine Demokratisierung staatlicher Strukturen im Sinne einer Verfassungsreform wird verhindert. (Vgl. Mujkic 2007).

1 Vgl. dazu die Debatten in den bosnischen Tageszeitungen *Nezavisne novine* und *Oslobodjenje* sowie in den Wochenmagazinen *Dani*, *Slobodna Bosna* und *Reporter* im Zeitraum zwischen Februar und August 2008. Siehe auch die intensive Berichterstattung auf Radio *Slobodna Evropa*, abrufbar unter www.slobodnaevropa.org.

Ähnlich verhält es sich in Serbien mit der Frage der Unabhängigkeit des Kosovo. Die Definition des Status des Kosovo als entscheidende Variable im ethno-nationalen Verständnis der Souveränität des serbischen Staates lähmt einerseits die demokratische Entwicklung Serbiens (Pavlovic/Antonic 2007), verstärkt aber andererseits zugleich auch die ideologische und symbolische Spaltung der Gesellschaft. Die Weiterführung der ethno-nationalen Logik führt außerdem zu einer starken Polarisierung der Parteienlandschaft. Davon zeugt das Verhältnis der Parteien zueinander, das in der Diskreditierung politischer Gegner im Wahlkampf (als Verräter der eigenen Nation²) oder in diametral entgegen gesetzten Positionen und Reaktionen auf bedeutende politische Ereignisse und Themen zum Ausdruck kommt. In den Reaktionen der politischen Akteure aus der ganzen Region auf die Festnahme des Kriegsverbrechers Karadzic wurde noch einmal deutlich, wie stark das exklusive Nationsverständnis weiterhin vorhanden ist.³ Die fortwährende Radikalisierung der Gesellschaft (Orlovic 2006) und der fehlende nationale Konsensus (Mihailovic 2006) stellen derzeit die größten Hindernisse einer demokratischen Transformation Serbiens dar. Gleichzeitig zeigen sie auch deutlich, wie das Kriterium der nationalen Homogenität – als postulierte Voraussetzung für die Etablierung eines stabilen demokratischen Staates – durch eine exklusive (und ethnische) Konnotation die positiven Effekte einer demokratischen Transformation verringert.

3.

Ein Grundparadoxon der Transformation der Gesellschaften des Westbalkans liegt darin, dass der Erfolg von Reformen eines stabilen und weitgehenden politischen Konsensus bedarf, der Prozess der Transformation selbst jedoch gleichzeitig die Gesellschaft polarisiert und jeglichen Konsens erschwert (Krstev 2004 in Ristic 2006). Im Prozess der Europäisierung, der am Westbalkan seit 2000 als »ad hoc acquis democratique« (vgl. Rorry Domm 2007) mit Hilfe von Konditionalitätskriterien Entwicklungsvorgaben für die Demokratisierung des Westbalkans formuliert, wird die Polarisierung der Gesellschaft – wie zuletzt rund um die letzten serbischen Wahlen im Mai 2008 – auch entlang des Verhältnisses zu »Europa« verstärkt. Bedingt durch die politische Konditionalität der EU in Bezug auf die Kooperation mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal kommt dabei eben der Frage nach dem Umgang mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern eine entscheidende Rolle zu. So werden z. B. in Serbien das Tribunal und damit auch die EU indirekt mit dem Vorwurf des ethnischen Bias⁴ und der politischen Voreingenommenheit konfrontiert, womit auch die EU Gefahr läuft, als »dubiose und hypokritische Instanz« (Dzihic/Nadjivan/Paic/Stachowitsch 2006, 149) dargestellt zu werden. So haben aktuelle und allgemeine politische Diskussionen auch starken Einfluss auf den steigenden Euroskeptizismus in der Region. Nachdem die Frage des Krieges und der Beziehungen zu den ex-jugoslawischen Nachbarländern sowie der Kooperation mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal die öffentlichen Debatten in der Region in den letzten Jahren bestimmt haben, beeinflussen diese auch die Erwartungen und Haltungen gegenüber einem möglichen EU-Beitritt (Ott 2006, 176). Im Zusammenhang mit der Auffassung der Europäisierung als eines »ad hoc acquis démocratique« am Westbalkan können auch allgemeine Fragen zu den Möglichkeiten und Limits der externen Demokratieförderung durch die EU aufgeworfen werden.

2 http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2007&mm=05&dd=08&nav_id=245466

3 <http://www.slobodnaevropa.org/content/Article/1185452.html>; <http://www.slobodnaevropa.org/content/News/1185397.html>. Siehe auch die Berichterstattung des serbischen Wochenmagazins NIN im Juli 2008.

4 <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=514183>

In den internationalen Transformationsdebatten wurde die Demokratieförderung der EU am Balkan in den letzten zwei Jahren auf theoretischer Ebene thematisiert (siehe Jünemann/Knodt 2007, Gawrich/Lapins 2006, Schimmelfenning/Sedelmeier 2005, Schimmelfenning/Scholtz 2007) und in Bezug auf den Westbalkan im Kontext des aktuellen Zurückbleibens der EU hinter der Thessaloniki-Agenda (Krastev 2005, Calic 2008, Tchernewa 2008) diskutiert. Als eines der wesentlichen Limits der europäischen Strategie wird erkannt, dass man mit politischen Konditionalitätsprinzipien die offenen nationalen Fragen nicht lösen kann (vgl. Stiks 2008, Solveig 2008, Solveig/Freiburg 2008, These von »limited impact of EU Political Conditionality« – Solveig/Freiburg 2008). Regionale Debatten weisen weiters darauf hin, dass Schwierigkeiten im Demokratisierungsprozess durch Schwächen externer Demokratieförderung von Seiten der EU und anderer internationaler Akteure (wie z.B. im Nation-Building-Prozess in Bosnien-Herzegowina) verstärkt werden.

Im Kontext der Europäisierung bzw. der Limits des Demokratisierungskonzeptes wird in den regionalen Beiträgen auch die Frage der Politikverdrossenheit und des Misstrauens der BürgerInnen gegenüber politischen Eliten und staatlichen Institutionen sowie die Verbindung dieser Erscheinungen mit dem steigenden Euroskeptizismus thematisiert (Cular 2005; Malenica 2007; Mihailovic 2006; Ott 2006; Stulhofer 2004): Die durch die demokratische Transformation erlangten politischen Mitbestimmungsrechte spiegeln sich nicht in ziviler Partizipation oder dem Vertrauen in die Regierung – das z. B. in den letzten Jahren in Kroatien um 45 % gefallen ist (Stulhofer 2004, 80) – wider. Auch der europäischen Erweiterungspolitik gelingt es nicht, dieses Misstrauen zu verringern.

Weiters wird die politische Mitbestimmung durch die wirtschaftliche und soziale Situation in den post-jugoslawischen Gesellschaften überschattet. Die steigende Armut (Malenica 2006) und die steigende Anzahl sozial Benachteiligter (Mihailovic 2006) zeigt, dass die politische Öffnung und die Erlangung politischer Rechte nicht durch eine soziale und wirtschaftliche Demokratie (Horvat 2002) im Sinne einer ausgeglichenen Vermögens- und Wohlstandsverteilung begleitet wurde. Auch der europäische Integrationsprozess wird nicht als Ausweg aus der sozialpolitischen Ungleichheit verstanden. So ist z. B. ein Großteil der kroatischen Bevölkerung davon überzeugt, dass der EU-Beitritt für sie persönlich mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringen wird (Ott 2006, 168). Die Erwartungshaltungen werden dabei, abgesehen von utilitaristischen Überlegungen zu den wirtschaftlicher Vorteilen eines EU-Beitritts, vor allem auch durch exklusiven Nationalismus und dessen soziokulturelle, politische und wirtschaftliche Annahmen bestimmt (Ott 2006, 147). Damit gelingt es dem Konditionalitätsprinzip der europäischen Integration wiederum nicht, den symbolisch-nationalen Diskurs zu brechen und ihm eine reale sozioökonomische Perspektive gegenüber zu stellen.

Hinzu kommt, dass das generelle Vertrauen in die EU – wahrgenommen als elitäres Projekt nationaler und europäischer Eliten – gleichzeitig mit dem Vertrauen in staatliche Institutionen sinkt. Mit dem Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen wächst auch die Skepsis gegenüber europäischen Organen (Ott 2006). Diese verlieren damit weitgehend an Problemlösungspotenzial – nicht zuletzt auch in der Frage der Korruption, die die wichtigste Quelle des Rückgangs von sozialem Kapital in der Region darstellt (Stulhofer 2004). Im Spannungsfeld von hoffnungsvoller Erwartung und realer Enttäuschung der Bevölkerung sowie durch die Polarisierung der Gesellschaft entlang des Verhältnisses zur EU im symbolisch-nationalen Diskurs der Eliten verliert die »Europäisierung« ihr Demokratisierungspotenzial. Das heißt jedoch auch, dass die formale »Demokratisierungsmeßlatte« der Europäischen Union für den Westbalkan kaum im Stande ist, die realen Herausforderungen der post-jugoslawischen Transformation zu erfassen. Ideologische, aber auch sozioökonomische Polarisierungen, die im Kontext der Frage der Staatlichkeit und der externen Demokratieförderung zu den größten Herausforderungen im Transformationsprozess gehören, werden in dieser Auslegung von

Demokratisierung nicht beachtet. Damit wird klar, dass weder der Fokus auf Wahlen und Stärkung von Institutionen innerhalb der allgemeinen Demokratisierungstheorie noch der Europäisierungsprozess mit den politischen Konditionalitäten einen Automatismus der Demokratieentwicklung herbeiführt. Zumindest nicht am Westbalkan. (Golubovic 2007).

Norma Osterberg

Erfolg und Scheitern von Demokratisierungsprozessen. Zwei Fallstudien: Albanien und Kroatien. Die Notwendigkeit der Kongruenz von Sozialkapital und politischen Institutionen

Das postsozialistische Europa hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren zu einer der differenziertesten Regionen der Welt entwickelt (Kopstein/O'Reilly 2000). Wir sind mit konstitutionellen Demokratien in Mitteleuropa, mit autoritären Regimen in Belarus, Moldawien und Russland und defekten Demokratien (Merkel et al. 2003) in Südosteuropa konfrontiert (Merkel 2007).¹ Besonders interessant ist die Gruppe der defekten Demokratien, da ihre Entwicklung scheinbar im Graubereich zwischen Diktatur und Demokratie stagniert. Doch auch die Länder Südosteuropas, die hier im Zentrum stehen sollen, sind nicht homogen. Die Unterschiede werden deutlich, wenn man Messungen zur Qualität der Demokratie betrachtet.

Tabelle: Demokratiemessung in Südosteuropa

BTI (2008)		Freedom House (2008)	
Kroatien	8,75	Kroatien	2/2
Mazedonien	7,52	Serbien	3/2
Montenegro	7,28	Montenegro	3/3
Serbien	7,20	Mazedonien	3/3
Albanien	7,07	Albanien	3/3
Bosnien-Herzegowina	6,51	Bosnien-Herzegowina	4/3

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2008, Freedom House 2008

Folgt man der Einteilung des Bertelsmann Transformation Index, dann zählt Kroatien als einziges Land der betrachteten Gruppe zu den rechtsstaatlichen Demokratien; die übrigen sind defekte Demokratien (BTI 2008). Nach der Einteilung von Freedom House gelten Kroatien und Serbien als frei, die übrigen als teilweise frei (Freedom House 2008).

Woher kommen die Unterschiede in der demokratischen Performanz dieser Transformationsgesellschaften? Anhand des Vergleichs zweier Fallstudien soll versucht werden, ihre Ursachen zu erklären. Aus der Gruppe der *most similar cases* sollen die *most different case studies* ausgewählt werden. Kroatien, das laut Daten über die eindeutig beste Performanz der Gruppe verfügt, soll Albanien gegenübergestellt werden.² Im Folgenden steht die Auseinandersetzung mit geeigneten theoretischen Analyseansätzen im Mittelpunkt.

1 Ausnahmen sind die Ukraine, die zu den defekten Demokratien zählt und Kroatien, das eine konstitutionelle Demokratie ist.

2 Bosnien-Herzegowina kann in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt werden, da es sich bei ihm bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht um einen souveränen Staat handelt. Einen Teil der Staatsgewalt übt derzeit noch der Hohe Repräsentant als Vertreter der internationalen Gemeinschaft aus und es befinden sich ca. 2.500 ausländische Soldaten im Land.

Ansätze zur Analyse der Ursachen für Erfolg und Scheitern von Demokratisierungsprozessen

Auf die beiden Fallstudien hin geprüfte theoretische Ansätze ergaben folgendes Bild:

In der Diskussion über den *Zusammenhang der ethnischen Zusammensetzung einer Gesellschaft und ihrer Staatsform* wird davon ausgegangen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein ethnisch relativ homogener Staat demokratisch verfasst ist, wesentlich größer ist, als die, dass ein ethnisch heterogener Staat dies ist (Diamond 1994). Kroatien ist ethnisch deutlich heterogener zusammengesetzt als Albanien (Seewann 1999), hat aber dennoch einen Konsolidierungsvorsprung.

Bezüglich des Einflusses der *religiösen Zusammensetzung auf die Staatsform* unterscheidet die Transformationsforschung zwischen religiösen Kulturen, die die Entwicklung von Demokratie fördern und solchen, die sie hemmen (Huntington 1993, Merkel/Puhle 1999). Während sich in Kroatien die Mehrheit der Bevölkerung zum Katholizismus, einem religiösen Kulturtyp, der als demokratiekompatibel gilt, bekennt, sind die Albaner mehrheitlich Moslems und griechisch-orthodox (Bremer 1999), und gehören damit Kulturen an, die als mit der liberalen demokratischen Staatsform unvereinbar oder als ihr gegenüber neutral gelten. Die religiöse Zusammensetzung und die darauf basierende kulturelle Orientierung der Bevölkerung wären in den ausgewählten Fällen möglicherweise ein Faktor zur Erklärung der demokratischen Performanz der beiden Transformationsgesellschaften. Die neuesten albanischen Zahlen sind jedoch aus dem Jahr 1945 und aufgrund der anzunehmenden Veränderungen durch das Religionsverbot von 1967 bis 1990 nicht mehr aussagekräftig. Neuere Erhebungen zur religiösen Zusammensetzung sind bis dato nicht durchgeführt worden.

Die *Art des Systemwechsels*, so der Ausgangspunkt des nächsten Ansatzes, hat einen entscheidenden Einfluss auf den weiteren Transformationsverlauf (Merkel et al. 1996, Rüb 1994, Schmitter/Karl 1991). Sowohl Kroatien als auch Albanien waren von der alten Regimeelite gelenkte Transitionen; hier wären also gleiche outcomes zu erwarten. Außerdem zählt der kroatische Systemwechsel zu den Transitionen durch Staatenneugründung. Diese Kategorie wird als besonders problematisch bewertet, da sich Sezession immer gegen etwas richtet und die eigenen Besonderheiten betont. Die Institutionen neigen zu Exklusion (Rüb 1994). Hier liegen also eindeutige Probleme der kroatischen Demokratie. Dennoch ist Kroatien im Transformationsprozess erfolgreicher als Albanien.

Weder das reine *Mehrheitswahlssystem* noch das reine *Verhältniswahlssystem* gilt als konsolidierungsfördernd (Kasapović/Nohlen 1996, Merkel 1999). In Albanien und auch in Kroatien wurden die ersten freien Wahlen nach absolutem Mehrheitswahlrecht abgehalten und alle weiteren Wahlen mit Grabensystemen (Barjaba 2004, Šiber 1997, Zakošek 2004).

Ebenso wenig hilfreich ist bei den beiden Fallstudien die Frage nach der *Art der Institutionalisierung*, also danach, ob das parlamentarische, das präsidentielle oder das semi-präsidentielle Regierungssystem die Konsolidierungsanforderungen am besten erfüllt (Lijphard 1991, Linz 1990a, Linz 1990b). Sowohl Kroatien (Zakošek 2004), als auch Albanien (Schmidt-Neke 2004) wurden de jure beziehungsweise de facto in den ersten Jahren nach dem Systemwechsel semi-präsidentiell regiert. In beiden Ländern kam es aufgrund besonderer Ereignisse (Kusovac 2000, Schmidt-Neke 1997) zu einer Neu- beziehungsweise Rückorientierung, so dass beide inzwischen parlamentarische Regierungssysteme sind.

Nach mehr als einem Jahrzehnt der Forschung scheint es, als ob die Relevanz formaler demokratischer Institutionen für demokratische Prozesse begrenzter ist, als zunächst angenommen (Kitschelt/Wilkinson 2007: 1).

Weiterentwicklung

Dennoch spielen Institutionen eine bedeutende Rolle für die Demokratie und den Transformationsprozess. Mein Institutionenverständnis leitet sich aus dem *Historischen Institutionalismus* ab, der Institutionen als »*formal and informal procedures, norms and conventions*« versteht, »*embedded in the organizational structure of the polity or political economy*« (Hall/Taylor 1996: 938). Die Entwicklung der Institutionen ist pfadabhängig. Das meint, nichts entsteht auf einer tabula rasa, alles baut auf bereits Existierendem auf. Die Entwicklung der Institutionen und das Handeln der Akteure erfolgt immer im Kontext historischer Erfahrungen, Besonderheiten, Normen und Werte. Die *historische Modernisierungsforschung* (Parsons 1964) greift die Elemente des Formalen und des Informalen sowie der Pfadabhängigkeit auf (Sterbling 1993). Im Gegensatz zur klassischen Modernisierungsforschung und der aus dieser abgeleiteten Wohlstandstheorie der Demokratie (Lipset 1959) geht sie jedoch davon aus, dass Modernisierung zu einer Verschränkung traditionaler und moderner Strukturaspekte führt und nicht zu einer Ablösung des Einen durch das Andere. Entsprechend haben wir es mit ungleichzeitigen und partiellen Modernisierungsprozessen zu tun: Der Prozess sozialen Wandels führt zur Institutionalisierung relativ moderner und weniger moderner Strukturen in ein und derselben Gesellschaft. Es gibt keine »Evolutionsmechanik« im Modernisierungsprozess (Sterbling 1993). Das heißt, ökonomische Modernisierung kann zu sozialer und kultureller Modernisierung führen und so Demokratisierungszwänge auslösen, genauso kann der Modernisierungsprozess aber auch unvollständig bleiben. Die Schlussfolgerung ist, dass Modernisierung auf der Basis kontinuierlicher pfadabhängiger Prozesse dauerhafte Entwicklungsunterschiede zwischen den Nationen produziert (Inglehart/Welzel 2001). Für die Transformationsforschung ist daran die Abkehr von dem Postulat bedeutend, dass gleiche operationale Bedingungen überall zum gleichen Ergebnis führen.

Kongruenz von Sozialkapital und politischen Institutionen

Welche Kultur fördert aber die Funktionsfähigkeit der Institutionen? Eine Studie mit ähnlicher Fragestellung hat in den 90er Jahren Robert Putnam (1993) durchgeführt. Die institutionelle Leistungsfähigkeit korreliert demnach mit dem *Sozialkapital* der Gesellschaft (Putnam 1993). Der Begriff Sozialkapital meint die Bereitschaft der Gesellschaft, auf der Basis gegenseitigen Vertrauens miteinander zu kooperieren.

In der weiteren Forschung begann man, sich von der ausschließlich positiven Beurteilung des Sozialkapitals abzuwenden und auch dessen negative Aspekte zu untersuchen (Gabriel et al. 2003, Putnam 1995, Putnam 2000). Neben dem formalen Sozialkapital, das die arbeitsteilige Gesellschaft benötigt und das auf der Koordination von Sozialbeziehungen durch staatliche Institutionen sowie auf der gemeinschaftsübergreifenden Vernetzung durch Vereine und Ähnliches basiert, existiert innerhalb von Gemeinschaften wie der Familie oder dem Dorf ein informales Sozialkapital. Formales und informales Sozialkapital können durchaus koexistieren, müssen sich aber nicht zwangsläufig ergänzen und gegenseitig unterstützen (Fukuyama 1995).

Hat nun in Südosteuropa ein Industrialisierungsprozess stattgefunden, der einen Strukturwandel der Gesellschaft und damit auch einen Kulturwandel ermöglicht? Den Großteil Südosteuropas erreichte der Modernisierungsprozess erst nach 1945. Die dominierenden politischen Formen entsprachen den Wandlungsprozessen der Wirtschaft nur teilweise (Segert 1997). Folglich fand zwar ein Industrialisierungsprozess statt, der Struktur- sowie der damit verbundene Kulturwandel wurden von den kommunistischen Diktaturen jedoch blockiert, um den strukturellen Demokratisierungszwängen erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung zu entgehen (Welzel 1994). Die konsolidierungsfördernden

Elemente des Sozialkapitals konnten sich so nicht herausbilden. Im Gegenteil: Die Blockade der Demokratisierungszwänge führte langfristig zu Unterstützungsdefiziten in Form des Rückzugs in Subkulturen und informelle Netzwerke (Welzel 1994). Bereits existierende Strukturdefekte verstärken sich.

Daraus ergibt sich die These, dass der sozio-ökonomische Entwicklungsstand der Gesellschaften vor der kommunistischen Machtübernahme sowohl die Performanz der vergangenen kommunistischen Regime beeinflusste (Segert 1997) als auch diejenige der gegenwärtigen Regierungen und deren Aussichten auf eine erfolgreiche Demokratisierung (Inglehart/Welzel 2005). Hybride Strukturen verfestigen sich, wo sich aufgrund des Beharrungsvermögens traditionaler Sozialformen das Neue nicht vollständig durchsetzen kann. Den sozialistischen Regierungen gelang es auf gesellschaftlicher Ebene in vielen Fällen nicht, die traditionale Sozialform in den Ländern des Balkans umzuwälzen (Hensell 2003). Auf staatlicher Ebene treten diese Widersprüche als hybride Herrschaftsformen auf, die als *patrimonial* (Weber 1985) bezeichnet werden können. Das traditionale patriarchale Muster auf der Ebene der Gesellschaft überträgt sich auf die staatliche Ebene und untergräbt dort den modernen bürokratischen Anstaltsstaat (Weber 1985). Die Basis der Demokratie aber ist bürokratische Herrschaft (Merkel 1999). Die patrimoniale Herrschaft hingegen zeichnet sich durch die Abwesenheit der Elemente moderner Staatlichkeit aus, durch ein hohes Maß an Personalisierung und die fehlende Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit (Weber 1985). In den meisten postsozialistischen Staaten blieb die Kombination traditionaler und bürokratischer Herrschaft, auch *Neopatrimonialismus* (Erdmann 2002, Wimmer 2000) genannt, als Ergebnis partieller Modernisierung bestehen (Hensell 2003). Wie bereits den sozialistischen Regimen und deren Vorgängerregimen gelang auch ihnen die Modernisierung gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen nur sehr bedingt. Strukturdefekte des neopatrimonialen Systems sind *personal rule*, politischer Klientelismus und endemische Korruption (Wimmer 2000). Betroffen sind davon nicht alle in gleichem Maße. Die Form neopatrimonialer Herrschaft wandelt sich seit Beginn der 1990er Jahre (Hensell 2003). Dies geschieht in den verschiedenen Ländern von einer jeweils anderen Ausgangsbasis aus und in unterschiedlicher Geschwindigkeit. Hier kommt die Pfadabhängigkeit der Entwicklung zum Tragen, die bis in die Zeit der vorkommunistischen Regime zurückweist. Je stärker traditionelle Strukturen wie Patriarchalismus und Patrimonialismus bzw. Neopatrimonialismus fortbestehen, desto stärker unterlaufen sie in Form informaler institutioneller Arrangements die formalen institutionellen Arrangements und hemmen die Performanz der politischen Institutionen und den Transformationsprozess. Das informale dominiert in diesen Gesellschaften das formale Sozialkapital. Gekennzeichnet sind die entsprechenden Strukturen durch geringes generalisiertes Vertrauen, Kooperationsformen, die von Klientelismus und Korruption geprägt sind und geringe Partizipation (Putnam 1993). Die fehlende staatliche Effektivität, gründend in der neopatrimonialen Herrschaftsform, wirkt ihrerseits wiederum negativ auf die Ausbildung des Sozialkapitals zurück.

Ohne ein Sozialkapital, das die Demokratie stärkt, bleiben die politischen Institutionen jedoch potjomkinsche Dörfer. Erfolgreiche Demokratisierungsprozesse bedürfen der Kongruenz von Sozialkapital und politischen Institutionen, von Akteur und Struktur, da beide sich gegenseitig beeinflussen.

Literatur

- Barjaba, Kosta, 2004: Albania's Democratic Elections, 1991–1997. Analyses, Documents and Data. Berlin.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2008: Bertelsmann Transformation Index 2008. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh.

- Bremer, Thomas, 1999: Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: Hatschikjan, Magarditsch; Troebst, Stefan (Hrsg.): Südosteuropa. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch. München. 151–168.
- Diamond, Larry, 1994: Nationalism, ethnic conflict and democracy. Baltimore.
- Erdmann, Gero, 2002: Neopatrimoniale Herrschaft – oder: Warum es in Afrika so viele Hybridregime gibt, in: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen. 323–342.
- Freedom House, 2008: Nations in Transit 2008. Democratization from Central Europe to Eurasia. New York.
- Fukuyama, Francis, 1995: Trust: the social virtues and the creation of prosperity. New York.
- Gabriel, Oscar W.; Kunz, Volker; Rossteutscher, Sigrid; Deth, Jan W. van, 2003: Sozialkapital und Demokratie: Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien.
- Hall, Peter A.; Taylor, Rosemary C., 1996: Political Science and the Three New Institutionalisms, in: Political Studies 44, 5. 936–957.
- Hensell, Stephan, 2003: Typisch Balkan? Patronagenetzwerke, ethnische Zugehörigkeit und Gewaltdynamik in Mazedonien, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4. 131–146.
- Huntington, Samuel P., 1993: The Clash of Civilisations, in: Foreign Affairs 72, 3. 22–49.
- Inglehart, Ronald; Welzel, Christian, 2001: Human Development and the »Explosion« of Democracy: Variations of Regime Change across 60 Societies, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Discussion Paper FS III 01-202.
- Inglehart, Ronald; Welzel, Christian, 2005: Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence. New York.
- Kasapović, Mirjana; Nohlen, Dieter, 1996: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, in: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard; Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen. 213–260.
- Kitschelt, Herbert; Wilkinson, Steven I., 2007: Patrons, Clients, and Policies. Patterns of Democratic Accountability and Political Competition. Cambridge.
- Kopstein, Jeffrey S.; O'Reilly, David A, 2000: Geographic Diffusion and the Transformation of the Postcommunist World, in: World Politics 53, 1. 1–37.
- Kusuvac, Zoran, 2000: The Prospects for Change in Post-Tudjman Croatia, in: East European Constitutional Review, summer. 57–62.
- Lijphart, Arendt, 1991: Presidentialism and Majoritarian Democracy, in: Szoboszlai, György (Hrsg.): Democracy and political transformation: theories and East-Central European realities. Budapest. 75–93.
- Linz, Juan, 1990a: The Perils of Presidentialism, in: Journal of Democracy 1, 1. 51–69.
- Linz, Juan, 1990b: The Virtues of Parlamentarism, in: Journal of Democracy 1, 1. 84–91.
- Lipset, Seymour Martin, 1959: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: The American Political Science Review 53, 1. 69–105.
- Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard; Segert, Dieter, 1996: Einleitung: Die Institutionalisierung der Demokratie, in: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard; Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen. 9–36.
- Merkel, Wolfgang, 1999: Systemtransformation. Opladen.

- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen, 1999: Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Eicher, Claudia; Thiery, Peter, 2003: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen.
- Merkel, Wolfgang, 2007: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift 48, 3. 413–433.
- Parsons, Talcott, 1964: Evolutionary Universals in Society, in: American Sociology Review 29, 339–357.
- Putnam, Robert, 1993: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton.
- Putnam, Robert, 1995: Bowling alone. America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy 6, 1. 65–78.
- Putnam, Robert, 2000: Bowling alone. The Collaps and Revival of American Community. New York.
- Rüb, Friedbert W., 1994: Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen. 111–140.
- Schmidt-Neke, Michael, 1997: 555 Jahre und ein halbes: Vorläufige Bilanz des Machtwechsels in Albanien, in: Südosteuropa 46, 12. 627–649.
- Schmidt-Neke, Michael, 2004: Das politische System Albaniens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen. 805–846.
- Schmitter, Philippe C.; Karl, Terry Lynn, 1991: What Democracy is ... and is not, in: Journal of Democracy 2, 3. 75–88.
- Seewann, Gerhard, 1999: Minderheiten und Nationalitätenpolitik, in: Hatschikjan, Magaritsch; Troebst, Stefan (Hrsg.): Südosteuropa. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch. München. 169–198.
- Segert, Dieter, 1997: Theoretischer Ertrag und wichtige Eckpunkte eines Vergleichs der Reformen in Ostmitteleuropa, in: Misselwitz, Hans; Segert, Dieter (Hrsg.): Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ostmitteleuropäischen Umbruchprozesses seit 1989. Potsdam. 150–165.
- Šiber, Ivan, 1997: The 1990 and 1992/93 Sabor Elections in Croatia. Analyses, Documents and Data. Berlin.
- Sterbling, Anton, 1993: Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften. Hamburg.
- Weber, Max, 1985: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen.
- Welzel, Christian, 1994: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1, Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen. 47–80.
- Wimmer, Hannes, 2000: Die Modernisierung politischer Systeme. Wien.
- Zakošek, Nenad, 2004: Das politische System Kroatiens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen. 639–679.

***II. Pfade: Ideen und
Identitäten in der
Transformation***

»Before the War I didn't even know that I am a Muslim« – der Islam in Nachkriegsbosnien im Spannungsfeld von Konfession und nationaler Identität

Aufbauend auf einer historischen Analyse und den Ergebnissen einer insgesamt sechsmonatigen Feldforschung in Sarajevo in den Jahren 2005 und 2006 wird im Folgenden das Spannungsverhältnis des Islams zwischen Konfession und Nation in Bosnien-Herzegowina (*Bosna i Hercegovina*)¹ erörtert.

In der Südosteuropaforschung gehört der bosnisch-muslimische Nationsbildungsprozess zu einem der umstrittensten Themenkomplexe. Durch den Krieg in Bosnien von 1992 bis 1995 wieder in das Zentrum der wissenschaftlichen Forschung gerückt, entstand eine Vielzahl an Publikationen, die sich mit der Frage beschäftigten, ob es sich bei der 1993 in Bosniaken (*Bošnjaci*) umbenannten Nation der Muslime (*Muslimani*) letztendlich um eine Nation oder nur um eine reine Konfessionsgemeinschaft handele.

Historiker und Sozialwissenschaftler sind sich dabei grundsätzlich einig, dass die heutigen Bosniaken im Vergleich zu anderen europäischen nationalen »Wir-Gruppen« (Elwert 1989) erst zu einem vergleichsweise späten Zeitpunkt ein nationales Bewusstsein entwickelten (Banac 1984: 40ff.; Höpken 1989: 181 ff.). Folgt man Seton-Watson's (1960) Typologie von »old continuous nations« und »modern nations«, gehört die bosniakische Nation der letzteren Kategorie an. Die Geschichte der Bosniaken muss deshalb als Prozess gelesen werden, in dem sich die für die Nationsbildung elementare »transition from faith to culture« (Gellner 1983) erst vergleichsweise spät vollzog. Während die Zugehörigkeit zur katholischen (*katolička*) bzw. orthodoxen (*pravoslavna*) Kirche bereits ab dem 19. Jahrhundert in direkte Verbindung zur kroatischen und serbischen Nation gesetzt wurde, bildete die supranationale Konzeption des Islams zunächst einen hemmenden Faktor für die nationale Entwicklung der Bosniaken. Diese werden von serbischen und kroatischen Nationalisten zum einen noch heute als »islamisierte Serben« bzw. »islamisierte Kroaten« vereinnahmt. Zum anderen besteht auf bosniakischer gesellschaftlicher und politischer Ebene kein grundsätzlicher Konsens darüber, über welche Inhalte die nationale Identität definiert und ausgehandelt werden soll (Bougarel 2001).

Unter der kommunistischen Führung Jugoslawiens wurden die Muslime als Nation anerkannt. Deren Definition des »*muslimanstvo*« (Muslimentums) strebte jedoch eine strikte Trennung zwischen religiöser und nationaler Identität an. Der Islam sollte ein säkulares, kulturelles und von der religiösen Praxis getrenntes Fundament für die nationale Identität bereitstellen (Friedman 1996: 163). Ein Atheist konnte hiernach genauso ein »Muslim im nationalen Sinn« (»*Musliman u nacionalnom smislu*«) sein wie ein gläubiger Muslim. Mit dem Ende des Kommunismus gingen jedoch nicht nur kriegerische Sezessionskriege in Jugoslawien einher, in denen die verschiedenen Religionen zur ethno-nationalen Mobilisierung und Differenzierung herangezogen wurden; ebenfalls wurde die »nationale Frage« der bis dato muslimischen Nation neu gestellt.

Mitglieder der während des Kommunismus verbotenen Organisation der »Jungen Muslime« (*Mladi Muslimani*) nahmen im Jahr 1990 zentrale Positionen in der ersten demokratisch gewählten Partei der Bosniaken, der Partei der Demokratischen Aktion (*Stranka Demokratske Akcije*, SDA), ein. Unter dem zum Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten gewählten Alija

1 Aus Gründen der Vereinfachung wird fortlaufend die Kurzform Bosnien verwendet.

Izetbegović strebten diese zusammen mit der Islamischen Gemeinschaft (*Islamska Zajednica*, IZ) in der Kriegs- und Nachkriegszeit eine Re-Islamisierung und Re-Nationalisierung der mehrheitlich säkularen muslimischen Bevölkerung an. Dem Islam sollte sowohl als exklusiv formuliertem Fundament für die weitere Genese der bosniakischen Identität wie auch in religiöser Hinsicht eine neue politische und gesellschaftliche Plattform geschaffen werden. Die Religion sollte aus der Sphäre des Privaten in die postsozialistische Öffentlichkeit überführt und die nationale Kohäsion durch die religiöse Praxis des Islams gestärkt werden. Diese Agenda des »religiösen Flügels« der SDA führte zu einem Kampf um das Deutungsmonopol der Nation zwischen säkularen und religiösen politischen Akteuren (Bougarel 2001: 79ff.).

Mit diesem Hintergrund kann aufgezeigt werden, welche Rolle die religiöse und die säkulare Komponente des »*bošnjaštvo*« (»Bosniakentum«) heute im gesellschaftlichen Leben Sarajevos einnehmen. Inwiefern dient der Islam als exklusiveres Mittel der ethno-nationalen Grenzziehung gegenüber der serbischen/serbisch-orthodoxen und kroatischen/katholischen Bevölkerung? Konnten sich die von Bringa (1995: 83f.) mehrheitlich als hybrid, heterogen und inklusivistisch beschriebenen Identitätsbilder der Vorkriegszeit zum Teil aufrechterhalten? Ferner kann verdeutlicht werden, welche Bedeutung dem Islam neben der nationalen Komponente im Alltagsleben der Bevölkerung zukommt. Kann von einer Re-Islamisierung der bosniakischen Bevölkerung gesprochen werden, die sich durch vermehrte religiöse Praxis, ein Bekenntnis zum Islam und die Überführung der Religion aus dem »privaten« in den »öffentlichen« Raum ausdrückt?

Während der Aufenthalte des Autors wurde deutlich, dass sich Sarajevo in einem komplexen und dynamischen Spannungsfeld der Konstruktion und Dekonstruktion der Kategorien des »Anderen« und des »Eigenen« befindet (Frye 2007). Ethno-nationale Identitäten zeigten sich zu einem hohen Maße situational und durch Elastizität und Überschneidungen gekennzeichnet. In diesem Sinne wurden – abhängig vom Bestehen »interethnischer« Netzwerke und Beziehungen, den Erfahrungen des Einzelnen während des Krieges sowie den lokalen Vorkriegsidentitätsmustern – auch die nationalen Kollektive selbst unterschiedlich »imaginiert«. Exklusivistische trafen auf inklusivistische Identitätsbilder und staatliche Fremdzuschreibungen auch auf persönliche und gesellschaftliche Selbstzuschreibungen. Diese standen, wie im Fall des zivilen, überkonfessionellen und auf dem Prinzip der Staatsbürgerschaft aufbauenden Nationskonzepts des »*Bosanac*« (»Bosniertums«) und den auf institutioneller Ebene unterstützten exklusiven und ethnischen Nationskonzepten, nicht selten in Konflikt zueinander. Soziale Nähe, freundschaftliche Beziehungen und »interethnische« Interaktionen nahmen in direktem Bezug zu den jeweiligen Identitätsbildern ebenfalls unterschiedliche Formen an, die von unkonditionierten freundschaftlichen Begegnungen dem Individuum gegenüber, über unformuliertes Misstrauen bis zur Vermeidung intensiven Kontakts und explizitem Hass dem »Anderen« gegenüber reichten. Nationale Identifikationen und Grenzziehungen nahmen in vielen Fällen jedoch auch eine untergeordnete Rolle ein, und soziale Differenzierungen der Vorkriegszeit, wie zum Beispiel hinsichtlich Stadt-Land-Unterschieden oder Bildungsgraden, kamen im öffentlichen Leben Sarajevos zunehmend wieder an die Oberfläche.

Die »Wiederkehr des Heiligen« in zahlreichen postkommunistischen Ländern muss im bosnischen Fall eher als eine Weiterführung der »Ethnisierung« und »Profanisierung« der Religion gesehen werden, als dass sie auf eine wiederentdeckte »Religiosität« hindeutet (siehe dazu auch Vrćan 2002; Perica 2002: 224ff.). Die tendenzielle »Ent-Privatisierung« (Casanova 2004) des Islams verwies während der Forschungsaufenthalte des Autors nur in wenigen Fällen auf eine gesteigerte Religiosität oder, um religionsphänomenologisch mit Eliade zu sprechen, eine religiöse »Sehnsucht nach dem Ursprung« (Eliade 1976) unter der Bevölkerung. Der vermehrte Besuch von Moscheen sowie die zugenommene symbolische

Verortung muslimischer Identität laufen der These einer tatsächlichen mit gesteigertem Glauben verbundenen »De-Säkularisierung« (Berger 1999) der Bevölkerung in vielen Fällen vielmehr entgegen. Dabei kann Beyer (1999: 21ff.) gefolgt werden, der besonders in Zentral- und Osteuropa zwei grundsätzliche Entwicklungen der Religionen beschreibt. Erstere zeigt sich in einer Privatisierung des Religiösen: einer Fortführung der Transformation der Religion in eine private Angelegenheit als Teil der persönlichen Identitätsbildung. Die zweite Entwicklung verweist auf die Politisierung der Religionen und Kirchen und deren Verbindung mit kollektiven (nationalen, ethnischen) Identitäten. Das Objekt der Verehrung bildet im Fall des religiösen Nationalismus nicht mehr das »Heilige« (Otto 1963), sondern der Staat und die Nation.

Die Auswertung zahlreicher Interviews verdeutlichte, dass, obwohl der religiösen Bezeichnung »Muslim« durch die nationale Namensänderung der religiöse Wert wiedergegeben werden sollte (Dick 2003: 80), der Islam heute letztendlich noch deutlicher zur Bestimmung der nunmehrigen bosniakischen Identität herangezogen wird. Anstelle einer Re-Islamisierung trat bei jenen, die ihre Identität exklusiver verorteten, häufig eine symbolische Nationalisierung des Islams. Dieser übernahm in vielen Fällen die Rolle einer »ethnic church« (Smith 1986: 116) und führte einen Teil der Interviewten in einer symbolischen Gemeinschaft gegenüber Serben und Kroaten zusammen. Folgt man Perica nach der »[e]thnic churches depend on the nation-state as much as the nation depends on them« (Perica 2002: 221), zeigt sich, dass die Sichtbarkeit des Islams in Bosnien deshalb zu einem hohen Grad von der »Ethnisierung« der Gesellschaft abhängig ist.

Durch die beobachtbare Wiederkehr alternativer Diskurse, wie dem überkonfessionellen Konzept einer bosnischen oder einer säkularen Definition bosniakischer Identität, hat das »Revival« des Islams in Bosnien letztendlich jedoch zunehmend an Tragweite verloren. Die durch die SDA und IZ angestrebte Re-Islamisierung der Bevölkerung, verbunden mit neue Freiheiten bringenden demokratischen und individuellen Momenten, konnte, wie auch Bougarel (2001: 127f.) unterstreicht, nicht den Charakter einer Gesellschaftsschichten übergreifenden Bewegung annehmen. Die Säkularisierungspolitik des Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), die auf die Reduzierung der Religion auf den privaten Bereich zielte, begleitet von der allgemeinen Modernisierung des gesellschaftlichen Lebens, schien diesem Programm auf längere Sicht das nötige gesellschaftliche Fundament entzogen zu haben.

Dennoch ließen sich in Sarajevo auch Ursachen finden, warum der Islam, neben der nationalen Dimension als »Balkan Idol« (Perica 2002), auch als religiöses Bekenntnis eine wenngleich begrenzte neue Bedeutung für Teile der Bevölkerung erhalten hat. Dies geschah in teils miteinander in Konflikt stehenden Interpretationen darüber, was muslimische Identität bedeuten soll und kann. Eine Minderheit an Atheisten stieß mehrheitlich auf selbsterklärte »Muslime im Herzen« (*»muslimani u srcu«*), die der Praxis des Islams zwar keine bzw. wenig Aufmerksamkeit schenkten, sich aber über moralische Momente wie Gastfreundschaft, Großzügigkeit, Ehrlichkeit und Freundlichkeit als solche definierten. Diesen standen Personen, die zentralen muslimischen Ritualen folgten, während des *ramadans* fasteten und regelmäßig die Moschee besuchten und einige wenige Muslime, die ihr Leben eng an der *shari'a* ausrichteten, gegenüber. Bestehende Konflikte zwischen diesen Gruppen wurden durch Spannungen aufgrund der Anwesenheit neuerer transnationaler muslimischer Akteure, die ihrerseits versuchten, das Deutungsmonopol des Islams in Bosnien zu vereinnahmen, ergänzt. Die Präsenz neuer Rechtsschulen in Bosnien führte letztendlich jedoch weniger zu einer (Re-)Integration des »lokalen« Islams in einen globalen Rahmen oder zu einer gesteigerten Identifikation mit der islamischen Gemeinschaft (*umma*), als dass sie durch die Gegenüberstellung mit dem »lokalen« Islam der weiteren Bestimmung bosniakischer Identität diene.

Seit der Forschungszeit des Autors hat sich mit den Wahlen vom 1. Oktober 2006 die Parteienlandschaft Bosniens deutlich gewandelt. Mit Haris Silajdžić aus der Partei für Bosnien-Herzegowina (*Stranka za Bosnu i Hercegovinu*; ZabiH) wurde, im zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken rotierenden Präsidentenamt, ein bosniakischer Präsident gewählt, der als Kritiker der nach wie vor von Teilen der SDA unterstützten Re-Islamisierungspolitik gilt und sich zudem für die Abschaffung der *Republika Srpska* ausspricht. Diese Agenda wird zu neuen Dynamiken, aber auch Konflikten im gesellschaftlichen und politischen Leben Bosniens führen. Die weiteren politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen werden letztendlich zeigen, wie sich der Prozess der Nationsbildung der Bosniaken und das Zusammenleben von Serben, Kroaten und Bosniaken in Bosnien in der weiteren Zukunft gestalten werden.

Literatur

- Banac, Ivo (1984): *The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics*. London.
- Berger, Peter L. (1999): *The Desecularization of the World*. Washington.
- Beyer, Peter F. (1999) Privatisation and Politicization of Religion in Global Society. Implications for Church-State Relations in Central and Eastern Europe. In: Irena Borowik (Hg.). *Church-State Relations in Central and Eastern Europe*. Krakow. 21–41.
- Bringa, Tone (1995) *Being Muslim the Bosnian Way. Identity and Community in a Central Bosnian Village*. Princeton.
- Bougarel, Xavier (2001): L'Islam bosniaque, entre identité culturelle et idéologie politique. In: Xavier Bougarel und Nathalie Clayer. *Le Nouvel Islam Balkanique. Les musulmans, acteurs du post-communisme 1990–2000*. Paris. 79–132.
- Casanova, José (2004): Religion und Öffentlichkeit. Ein Ost-/Westvergleich. In: Hans-Richard Reuter (Hg.). *Religion und Gesellschaft. Texte zur Religionssoziologie*. Paderborn. 271–293.
- Dick, Christiane (2003): *Die Bošnjaštvo–Konzeption von Adil Zulfikarpašić. Auseinandersetzung über den nationalen Namen der bosnischen Muslime nach 1945*. Abschlussarbeit zur Erlangung des Magister Artium. Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin. Berlin.
- Eliade, Mircea (1976): *Die Sehnsucht nach dem Ursprung. Von den Quellen der Humanität*. Frankfurt/Main.
- Elwert, Georg (1989): Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen. *Ethnizität und Gesellschaft. Occasional Papers*. 22. Berlin.
- Friedman, Francine (1996): *The Bosnian Muslims. Denial of a Nation*. Oxford.
- Frye, Malte (2007): Der Islam in Nachkriegsbosnien zwischen Nation und Konfession. Abschlussarbeit zur Erlangung des Magister Artium. Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Berlin.
- Gellner, Ernest (1964): *Thought and Change*. London.
- Höpken, Wolfgang (1989): Die jugoslawischen Kommunisten und die bosnischen Muslime. In: Andreas Kappeler et al. (Hg.). *Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Identität. Politik. Widerstand*. Köln. 181–210.
- Seton-Watson, Hugh (1960): *Nationalism, Old and New*. Sidney.

Igor Gordyi

Die Grundzüge des politischen Engagements der ukrainischen Kirchen

Den Kirchen kommt innerhalb gesellschaftspolitischer Transformationsprozesse eine bedeutende Rolle zu (Huntington 2000, 20-27). Das zeigte sich in den vergangenen Jahrzehnten in mehreren Ländern (Spanien 1971, Philippinen 1979, Argentinien 1981, Polen 1989). Die Kirchen setzten sich in diesen Ländern für die Einhaltung der Menschenrechte und für die demokratische Gesellschaftsordnung ein.

Die Ukraine befindet sich seit Jahren in einem Transformationsprozess. Dieser wird dadurch erschwert, dass die Gesellschaft der Ukraine sprachlich, kulturell, konfessionell und politisch gespalten ist. Die Kirchen der Ukraine nehmen im Bereich der Menschenrechte und der Demokratisierung unterschiedliche Haltungen ein, die auf ihren unterschiedlichen Traditionen und auf den aktuellen Entwicklungen der Soziallehre der Kirchen basieren (Gordyi 2008b: 413).

Das von den Kirchen jeweils bevorzugte Entwicklungsmodell der Ukraine hängt wesentlich von deren Auffassung der kulturellen Zugehörigkeit der Ukrainer ab. Ukrainische Diskussionen über kulturelle Identität werden grundsätzlich durch das Spannungsfeld zwischen West und Ost, also zwischen Europa und Russland bestimmt (Hnatiuk 2005: 66). Gleiches gilt für die Diskussionen zwischen den ukrainischen Kirchen.

Die Kirchen der Ukraine

Die ukrainische Gesellschaft ist multikonfessionell. In der Ukraine wirken ca. 120 Religionsgemeinschaften, die aus insgesamt über 30.000 Gemeinden bestehen. Etwa 97 % dieser Gemeinden gehören christlichen Religionsgemeinschaften an, ungefähr die Hälfte von ihnen beruft sich auf die orthodoxe Tradition. Die andere Hälfte hängt katholischen und protestantischen Traditionen an.¹

Die größte Kirche der Ukraine ist die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK [MP]). Sie ist eine Teilkirche des Patriarchats von Moskau und hat vor allem im Osten der Ukraine großen Einfluss. Die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) ist ein Teil der katholischen Kirche und wird hauptsächlich im Westen des Landes unterstützt.

Das Verhältnis zwischen den christlichen Kirchen in der Ukraine wird als »eines der diffizilsten Probleme in der weltweiten Ökumene« bezeichnet (Oeldemann 2003: 91).

Den Kirchen wird in der Ukraine ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht: Im Juni 2007 vertrauten 59,3 % der Ukrainer ihren Kirchen (Bericht 2007: 6.5). Das große Vertrauen zu den Kirchen lässt sich seit der ersten Hälfte der 90er Jahre beobachten.²

Die Kirchen engagieren sich seitdem mit unterschiedlicher Intensität in diversen gesellschaftspolitischen Prozessen. Sie nehmen an diesen Prozessen jeweils auf ihre Art und Weise teil. Der Höhepunkt ihres gesellschaftspolitischen Engagements fällt ins Jahr 2004 (*Orange Revolution*).

1 Nach Angaben des Staatlichen Amtes für Religionsangelegenheiten, <http://www.risu.org.ua> (22.08.2008).

2 Siehe Angaben des Fonds »Demokratychni iniciatyvy«, <http://www.dif.org.ua> (05.04.2008).

Die kulturelle Zugehörigkeit der Ukrainer aus der Sicht der Kirchen

Beim Versuch, die ukrainische nationale Identität zu rekonstruieren, wird die Orthodoxie als Teil dieser Identität angesehen (Brüning 2003). Gleichzeitig wird auch der Einfluss der ukrainischen katholischen Kirche, vor allem in Galizien, hervorgehoben (Turii 2003). Aus historischer Perspektive wird die UGKK als »Träger der ukrainischen Nationalbewegung in Galizien« bezeichnet (Kappeler 2000: 136).

In diesem Abschnitt wird das gegenwärtige Verständnis der Kirchen von der kulturellen Identität der Ukrainer skizziert. Es werden dabei jeweils drei Perspektiven vorgestellt: die auf die kirchliche und die auf die kulturelle Identität der Ukrainer sowie die Bedeutung beider für den politischen Bereich.

(1) Das Patriarchat von Moskau

Das Patriarchat von Moskau versteht die Ukrainer als »orthodoxes Volk«. Gemeint ist damit ihre Zugehörigkeit zum Moskauer Patriarchat. Die Existenz anderer traditioneller Konfessionen wird mit einem Abfall vom rechten Glauben erklärt, der durch den Einfluss der weltlichen Mächte auf die Kirche zustande gekommen sei. Die UOK (MP) versteht sich als die einzige von Beginn an wirkende Kirche der Ukraine. Sie verbinde Ukrainer, Russen und Weißrussen zu einem Kirchenvolk.

Aus Sicht dieser Kirche stellen Ukrainer, Russen und Weißrussen eine kulturelle Einheit dar. Der Ursprung dieser Kultur (Zivilisation), die »Heilige Rus'« genannt wird,³ ist die Taufe des Kiewer Reiches im Jahr 988. Eine Bedrohung der Einheit der Heiligen Rus' kam im Laufe der Geschichte häufig aus dem Westen. Der letzte existierende Staat, der die Einheit politisch festigte, war die Sowjetunion. Deren Zerfall führte zu einer Spaltung der kulturellen Einheit und wird deswegen als »geopolitische Katastrophe« bewertet.⁴ In der Phase politisch herbeigeführter Spaltung wird die Kirche des Moskauer Patriarchats als einigender Faktor angesehen. Das Hauptanliegen des Moskauer Patriarchats ist aktuell die Verteidigung und Festigung der kulturellen Einheit der Heiligen Rus'.⁵

Im politischen Kontext wird der Begriff der Einheit von der Kirche besonders betont. Die »Soziale Konzeption« (SC) des Moskauer Patriarchats bezeichnet Einheit in diesem Sinne als »gut« und Spaltung als »böse«. Die Kirche »begrüßt die Tendenzen zur Vereinigung von Ländern und Völkern, insbesondere von solchen, die ein gemeinsames historisches und kulturelles Erbe besitzen« (SC: XVI.1). Da Ukrainer und Russen aus Sicht dieser Kirche sowohl gemeinsames historisches und kulturelles Erbe besitzen, als auch in ihrer Mehrheit die Schaffung eines Bündnisses zwischen Russland und der Ukraine befürworten (Gordyi 2008a: 87), begrüßt die Kirche des Moskauer Patriarchats die Tendenzen zur Vereinigung zwischen der Ukraine und der Russländischen Föderation.

(2) Die UGKK

Nach Meinung der UGKK sind die Ukrainer von Beginn an ihrem Ritus nach »östlich« gewesen, blieben jedoch auch nach der großen Schisma (1056) der Westkirche verbunden. Die Union von Brest (1596) zwischen der Kiewer Metropole und der katholischen Kirche war somit

3 Beschluss des Konzils der Hierarchen der Russischen Orthodoxen Kirche »Über die Einheit der Kirche« (russ.), <http://mospat.ru/index.php?page=41636> (27.06.2008).

4 Metropolit Kirill von Smolensk und Kaliningrad: Nur ein Mensch, der Russland nicht kennt, kann behaupten, dass die Orthodoxie veraltet sei und sich erschöpft habe (russ.), <http://mospat.ru/index.php?page=30963> (21.04.2006).

5 Beschluss des Konzils der Hierarchen der Russischen Orthodoxen Kirche »Über die Einheit der Kirche« (russ.), <http://mospat.ru/index.php?page=41636> (27.06.2008).

nur eine Bestätigung der ohnehin vorhandenen Zugehörigkeit der Ukrainer zur katholischen Kirche. Erst durch die politische Eingliederung der Ostukraine ins russische Zarenreich und durch dessen repressive Maßnahmen wurden die Ukrainer in die russische Staatskirche (das Patriarchat von Moskau) eingegliedert und verloren ihre Verbindung zur Westkirche.⁶

Die kulturelle Identität der Ukrainer ist nach Meinung der UGKK europäisch. Der Grund dafür ist die Treue der Ukrainer zu christlichen Werten, vor allem zur Freiheit. Christliche Werte charakterisieren laut dieser Kirche die geistige und politische Kultur Europas. Seit der Taufe des Kiewer Reiches (988) sind das Volk dieses Reiches und dessen direkte Erben, die Ukrainer, Mitträger europäischer Kultur.⁷ Bedroht wurde die europäische Identität der Ukrainer, so die Kirche, aus dem Osten: durch die Tataren (13. Jh.) und durch die Sowjetunion. Trotz dieser Bedrohungen sei es dem ukrainischen Volk aber gelungen, seine europäische Identität zu bewahren.⁸

Die UGKK setzt sich für die Europäisierung der Ukraine ein. Der Schwerpunkt ihres Engagements liegt jedoch nicht auf der Unterstützung der europäischen Integrationsbestrebungen der Ukraine, sondern auf Veränderung der ukrainischen Gesellschaft »von innen« (Gordyi 2008a: 169). Ziel dieser Veränderung ist die Überwindung des »totalitären Erbes« der Sowjetunion und die Schaffung einer Gesellschafts- und Staatsordnung nach europäischem Modell.⁹ Als Beispiel für gelungene Veränderung gilt der Kirche die deutsche Gesellschaft nach dem II. Weltkrieg. Da es den Deutschen – und auch anderen europäischen Völkern – gelungen ist, das Erbe ihres totalitären Regimes zu überwinden und eine demokratische Gesellschaftsordnung zu schaffen, kann dies auch den Ukrainern gelingen.

Das politische Engagement der ukrainischen Kirchen

Das politische Engagement der ukrainischen Kirchen hängt wesentlich von ihren Auffassungen der kulturellen Zugehörigkeit der Ukrainer ab.

Die UOK (MP) betont die kulturelle Nähe zwischen Ukrainern und Russen. So unterhält sie seit den 90er Jahren gute Beziehungen zu den russlandorientierten Parteien der Ukraine. Bei der Präsidentenwahl 2004 unterstützte sie den pro-russischen Kandidaten Viktor Janukovič (Gordyi 2008a: 172) und bei der Parlamentswahl 2006 die Parteien, die als Befürworter der Annäherung der Ukraine an Russland und als Gegner der EU- und NATO-Integration auftraten.

Die UGKK betont die Zugehörigkeit der Ukrainer zu Europa. Unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion unterstützte sie national-patriotische Organisationen, vor allem in Galizien (Boeck 2003: 85-86). 2004 stellte sie sich auf die Seite des pro-europäischen Kandidaten Viktor Juščenko und der *Orangen Revolution*.

Das Engagement der Kirchen wird von der ukrainischen Gesellschaft grundsätzlich positiv aufgenommen. Offensichtlich verhalten sich die Kirchen so, wie ihre Mitglieder es von ihnen erwarten. Das scheint der Hauptgrund für das hohe Vertrauen der Ukrainer zu den

6 Geschichte der Kirche (ukr.), http://www.ugcc.org.ua/ukr/ugcc_history/history (25.08.2008).

7 Aufruf Seiner Seligkeit Lubomyr, des Großerzbischofs von Kiew und Galytsch, anlässlich des 1020. Jubiläums der Taufe der Kiewer Rus' (ukr.), <http://www.ugcc.org.ua/ukr/documents/appeal2008/1020> (07.05.2008).

8 Ebd.

9 Aufruf der Bischofssynode der Großen Erzdiözese von Kiew und Galych der UGKK an die Gläubigen und alle Menschen guten Willens anlässlich der Gestaltung und der Tätigkeit der neu gewählten staatlichen Organe in der Ukraine (ukr.), <http://www.ugcc.org.ua/ukr/documents/appeal2006/vlada> (12.06.2006).

Kirchen zu sein (siehe oben). Die Tatsache, dass die Kirchen von der Gesellschaft als vertrauenswürdig angesehen werden, obwohl sie ukrainische Identität, Geschichte, Gegenwart und Zukunftsorientierung unterschiedlich deuten, gründet in der Existenz verschiedener kultureller Identitäten innerhalb der ukrainischen Gesellschaft (Rjabtschuk 2005: 15f; Hnatiuk 2004: 87).

Die kulturelle Spaltung der ukrainischen Gesellschaft wird von den Kirchen wahrgenommen. So setzt sich die UGKK für die Schaffung einer ukrainischen Landeskirche durch schrittweise Vereinigung der traditionellen ukrainischen Kirchen ein. Eine ukrainische Landeskirche würde, so die UGKK, die Gesellschaft der Ukraine konsolidieren und »das Fundament einer ukrainischen nationalen Identität« bilden.¹⁰ Die UOK (MP) lehnt diese Initiative ab.¹¹

Die soziale Lehre und die Auffassung der beiden Kirchen von der kulturellen Zugehörigkeit der Ukrainer werden sich in der nächsten Zukunft nicht verändern. Es wird darauf ankommen, wie diese Inhalte von der ukrainischen Gesellschaft künftig aufgenommen werden. Im Falle einer europäisch ausgerichteten Entwicklung der Ukraine kann mit einer wachsenden Unterstützung der UGKK gerechnet werden. Im Falle einer Annäherung der Ukraine an Russland wird die Bedeutung der UOK (MP) wachsen. In beiden Fällen wird es in der Ukraine auf kirchlicher Ebene weiterhin unterschiedliche Konzepte zur kulturellen Zugehörigkeit der Ukrainer geben.

Literatur

- Brüning, A. 2003. *Orthodoxie als Element ukrainischer nationalen Identität*. In: Bremer, T. (Hrsg): *Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 11-24.
- Boeckh, K. 2003. *Staat und Kirchen während der Transformation der Ukraine*. In: Bremer, T. (Hrsg): *Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 67-90.
- Gordyi, I. 2008(a). *Ukrainische Kirchen und die Orange Revolution. Haltung der ukrainischen Kirchen in den gesellschaftspolitischen Prozessen in der Ukraine im Jahre 2004*. Dissertationsschrift. Katholisch-theologische Fakultät der Universität Wien.
- Gordyi, I. 2008(b). *Die Kirchen in der Zivilgesellschaft der Ukraine*. In: Gabriel, I. (Hrsg): *Politik und Theologie in Europa. Perspektiven ökumenischer Sozialethik*. Ostfildern: Mathias-Grünewald-Verlag, 412-419.
- Hnatiuk, O. 2005. *Proschann'a z imperijeju. Ukrajins'ki dyskusiji pro identychnist'*. Kiew: Chasopys »Krytyka«.
- Huntington, S. 2000. *Religion and the Third Wave*. In: Myronovych, M. (Hrsg): *Religijna svoboda i prava l'udyny*. I. L'viv: Svichado.
- Kappeler, A. 2000. *Kleine Geschichte der Ukraine*. München: Beck.
- Oeldemann, J. 2003. *Die ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen der Ukraine*. In: Bremer, T. (Hrsg): *Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 91-106.
- Rjabtschuk, M. 2005. *Die reale und die imaginierte Ukraine*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.

10 Brief Seiner Seligkeit Lubomyr an Seine Seligkeit Metropolit Volodymyr, Vorsteher der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (ukr.), <http://www.ugcc.org.ua/ukr/documents/appeal2008/soprychastya> (26.04.2008).

11 Entscheidungen der Heiligen Synode der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (ukr.), http://www.provoslavye.org.ua/index.php?r_type=news&action=fullinfo&id=21799 (16.07.2008).

Turii, O. 2003. *Die Griechisch-Katholische Kirche und die ukrainische nationale Identität in Galizien*. In: Bremer, T. (Hrsg): *Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 25-32.

Dokumente

»The Basis of the Social Concept« (SC), Englischer Text: <http://www.mospat.ru/index.php?mid=90> (20.07.2008).

Expertenbericht: »Die Ukraine im Jahre 2007: die Lage und die Entwicklungsperspektiven« (Bericht 2007), Ukrainischer Text: http://www.niss.gov.ua/book/Eks_d2007/Exp2007_6.pdf (22.06.2008).

Marc Zivojinovic

Vom »Wüten der Mythen« – Erosion und Reanimation von Mythen im serbischen Transformationsprozess

Nach dem Tod des Charismatikers Josip Broz Tito im Mai 1980 glitt das jugoslawische Sozialismusmodell in eine schwere und, wie sich später zeigte, finale Krise. Analog dazu setzte ein Prozess ein, in dessen Verlauf tabuisierte Vergangenheitsmomente in mythologischer Form ins öffentliche Bewusstsein überführt wurden und die politische Kultur mehr und mehr beeinflussten. Dieses »Wüten der Mythen«¹ soll im Folgenden beschrieben und analysiert werden.

Das zweite Jugoslawien war aus dem siegreichen Kampf der Partisanen gegen die Besatzungskräfte und die »einheimischen Feinde« hervorgegangen. Der Mythos des gemeinsamen antifaschistischen Partisanenkampfs aller jugoslawischen Völker unter der Führung der Kommunistischen Partei wurde mit Kriegsende als staatserzeugende Kraft heroisiert und zum Ursprungsmythos ausgebaut.² Der »Volksbefreiungskampf« und die »sozialistische Revolution« bildeten neben dem Slogan der »Brüderlichkeit und Einheit« die mythopoetischen Ideologeme des Tito-Regimes und die Legitimationsgrundlage des föderativ erneuerten Staates. Nach 1948 kamen der Konflikt mit Stalin und die Blockfreiheit als mythologische Additive hinzu. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die Kultivierung neuer Bedrohungsszenarien, wie etwa nach der Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei im Jahr 1968, waren unverzichtbare Bestandteile der jugoslawischen Selbstvergewisserung. Das Gefühl äußerer Bedrohung verlieh der Solidargemeinschaft eine stärkere Kohäsion, während sich in der Inszenierung des Kriegsmythos die einfache Dichotomie von Gut und Böse, von Freund und Feind widerspiegelte.³

Im Verlauf der 1980er Jahre wurde in allen jugoslawischen Teilrepubliken eine tiefgreifende sozioökonomische und kulturelle Krisensituation spürbar, die mit einer Serie von erinnerungspolitischen Tabubrüchen einherging. Populärwissenschaftliche Werke trugen zur Demaskierung des Partisanenkultes bei. Indem sie die bislang stets verschwiegenen Verbrechen der Partisaneneinheiten thematisierten, setzte auch eine Erosion des Tito-Mythos ein.⁴ Eine Vorreiterrolle in diesem Prozess nahm die sogenannte »Goli-Otok-Literatur« ein, die in den frühen 1980er Jahren erstmals die stalinistisch-repressive Art der Parteiführung thematisierte und Fragen nach von Partisanen verübter Gewalt stellte. Auch der frühere Staatsführer Tito, der bislang stets als unantastbar gegolten hatte, geriet in die Kritik. Alle Versuche, eine Entwertung seiner Person zu verhindern, erwiesen sich angesichts des schleichenden Machtverfalls der Partei als aussichtslos.⁵ Hinzu kamen verschiedenste Ver-

1 Das anschauliche Diktum entnehme ich dem Beitrag von Reinhard Lauer in: *Das jugoslawische Desaster*, hrsg. von Reinhard Lauer/W. Lehnfeldt, Wiesbaden 1994.

2 Wolfgang Höpken: *Kriegserinnerung und Kriegsverarbeitung auf dem Balkan. Zum kulturellen Umgang mit Kriegserfahrungen in Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 41 (2001) 4, S. 371–389.

3 Vgl.: Križan Mojmir: *Nationalismen in Jugoslawien. Von postkommunistischer nationaler Emanzipation zum Krieg*, in: *Osteuropa* 2 (1992), S. 121–140, hier S. 121 und Holm Sudhaussen: *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten: Konstruktion, Dekonstruktion und Rekonstruktion von »Erinnerungen« und Mythen*, in: *Mythen der Nationen: 1945 – Arena der Erinnerungen*, Herausgegeben von Monika Flacke, Berlin 2004, Band 1, S. 373–426, hier S. 377.

4 Holm Sudhaussen: *Serbische Historiographie zwischen nationaler Legitimationswissenschaft und post-nationalem Paradigmenwechsel*, in: *Österreichische Osthefte* (2002), S. 411–420, hier S. 412f.

5 Wolfgang Höpken: *Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat: Jugoslawien 1944–1991*, in: *Umkämpfte Vergangenheit*, hrsg. von Petra Bock/Edgar Wolfrum, Göttingen 1999, S. 210–243, hier S. 235.

schwörungstheorien hinsichtlich Titos »wahrer« Identität, auf die 1984 mit dem Gesetz zum »Schutz des Gebrauchs von Titos Namen und Bild« reagiert wurde, das den schleichenden Verfall des Tito-Mythos jedoch nicht aufhalten konnte. So machte etwa der frühere Weggefährte Titos Vladimir Dedijer tabuisierte Aspekte des Partisanenkriegs wie die exzessiven Vergeltungsmaßnahmen und Exekutionen der Partisanen und deren geheime Gespräche mit der deutschen Besatzungsmacht im März 1943 bekannt. Er zeigte zudem, dass nicht die Okkupanten, sondern die serbischen Četnici die Hauptgegner der Partisanen gewesen waren, was in Serbien zu einer Neuinterpretation der neueren Geschichte führte.⁶

Die an die Oberfläche drängenden »Gegenerinnerungen«, die quer zu den offiziellen Geschichtsnarrativen standen, wurden allerdings nicht im Sinne einer versöhnlichen Vergangenheitsbewältigung zur Diskussionsgrundlage eines zivilgesellschaftlichen Dialogs; sie traten vielmehr ethnonational aufgeladen und von vornherein in politisierter Form auf.

Nach den albanischen Demonstrationen im Kosovo 1981 kehrte die »Kosovo-Problematik« auf die Agenda der serbischen Politik zurück. Zugleich wurde das Ausmaß der Staatsverschuldung von ca. 20 Mrd. Dollar bekannt, das bislang geheim gehalten worden war. Die Wirtschaft erlebte eine massive Talfahrt. 1983 mussten für einige Produkte Bezugskarten eingeführt werden. Schon 1985 lag der Anteil der Personen, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, bei ca. 25 % und die Arbeitslosenquote erreichte mit 14 % bei einer gleichzeitigen Inflation von 80 % einen neuen Rekord.⁷ Während sich der seit den 1970er Jahren polyzentrisch verfasste Bund der Kommunisten nicht über mögliche Wege aus der Krise einigen konnte, sanken die Realeinkommen zwischen 1979 und 1985 dramatisch.⁸ Die ökonomische wie die funktionale Krise des politischen Systems wurden zusehends zu einer umfassenden Legitimationskrise.⁹ Die kommunistischen Eliten suchten nach neuen Legitimationsquellen jenseits der überkommenen Narrative des Selbstverwaltungssozialismus, zerfielen dabei entlang nationaler Bruchlinien¹⁰ und etablierten neue legitimierende Mythen in den einzelnen föderalen Einheiten. In Serbien standen die permanente Selbstviktimsierung und die »Destruktion der serbischen Nation« im Vordergrund des »intellektuellen« Diskurses.

Dem »Wiedererinnern« des Zweiten Weltkrieges unter ethnonationalen Vorzeichen, von Bette Denitch treffend als Prozess des »unmaking multiethnicity« charakterisiert, mit dem die Bereitschaft zum Bürgerkrieg vorbereitet wurde, kam in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu.¹¹ Dabei mutierten die vormaligen sozialistischen Helden mehr und mehr zu Schurken und ehemalige »Kriegsverbrecher« zu »Patrioten«.¹² So verständlich es ist, dass tabuisierte Themen aufgegriffen wurden, so unheilrohend war die Art, in der dies geschah. Die ethnozentristische Argumentation zielte nicht auf Dialog, sondern auf die nationale

6 Jasna Dragović-Soso: »Saviours of the Nation«, London 2002, S. 79.

7 Ebenda, S. 65.

8 Die Realeinkommen sanken in dieser Periode um 45 %. Siehe: Jens Reuter: Sinkender Lebensstandard in Jugoslawien, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung 7–8 (1985), S. 403–409, hier S. 403. Gleichzeitig nahm die Inflation im Verlauf der 1980er Jahre immer erschreckendere Ausmaße an. Siehe: Jens Reuter: Inflation und sinkender Lebensstandard in Jugoslawien, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung 10 (1989), S. 565–572.

9 Vgl. Florian Bieber: Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević, Wien 2005 (Wiener Osteuropa Studien, 18), S. 12; Höpken, Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat, S. 235; Sudhaussen: Serbische Historiographie, S. 412f.

10 Ivan Bernik/Brina Malnar: Der Fall Slowenien, in: Kollektive Identität in der Krise, hrsg. von Robert Hettlage/Petra Deger/Susanne Wagner, Opladen 1997, S. 234–254., hier S. 245.

11 Wolfgang Höpken: Jasenovac – Bleiburg – Kočevski Rog: Erinnerungsorte als Identitätssymbole in (Post-) Jugoslawien, in: Geschichte (ge-)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus: Jugoslawien und Bulgarien, hrsg. von Angela Richter, Barbara Beyer, Berlin 2006, S. 401–432, hier S. 415.

12 Maja Brkljačić/Holm Sundhaussen: Symbolwandel und symbolischer Wandel. Kroatiens »Erinnerungskulturen«, in: Osteuropa 7 (2003), S. 933–948, hier S. 935.

Abgrenzung des »ewigen Verlierers« Serbien und stellte damit – wie es retrospektiv scheinen mag – eine self-fulfilling prophecy dar.¹³

Als besonders unheilvoll erwies sich die Allianz zwischen einem Teil der kommunistischen Machteliten und nationalistisch eingestellten Intellektuellen in Serbien. Das im Jahr 1986 verfasste Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften ist als Versuch zu sehen, historische Mythen, Legenden und Stereotype zur Legitimation nationalistischer Ziele und als Mobilisierungsfaktor einzusetzen.¹⁴ Dabei wurde eine serbische Leidensgeschichte konstruiert, die von der verlorenen Amselschlacht bis zur »Dreiteilung« Serbiens durch das Tito-Regime reichte. Mit dem Memorandum entwickelte sich die Serbische Akademie zu einem Zentrum der wissenschaftlich verbrämten Kanonisierung des Opfer-Narrativs.¹⁵ Die nationalistische Kritik hatte zwar bereits nach den Kosovo-Unruhen im April 1981 eingesetzt, aber erst mit dem Memorandum weitete sie sich auf die Lage der Serben in Kroatien und Bosnien-Herzegowina aus. Zugleich wurden die kommunistischen Mythen immer offensiver in Frage gestellt.¹⁶

Zuvor hatte die Zeitschrift »Pravoslavje« von einem »gut geplanten langsamen Genozid an den Kosovo-Serben« gesprochen und zur Verteidigung der serbischen Ansprüche in der Provinz aufgerufen. In kürzester Zeit avancierte »Genozid« zu einem Topthema, mit dem die Ängste der Bevölkerung geschürt wurden.¹⁷ Das Bild der serbischen Leidensgeschichte wurde dabei sowohl von einem Teil der serbischen Historiographie und Publizistik mobilisierend eingesetzt als auch von der Politik aufgegriffen.¹⁸

Im serbischen Geschichtsverständnis, das stärker durch populärwissenschaftliche Werke als durch die fachwissenschaftlichen Diskurse geprägt zu sein scheint, fällt bis heute eine Verfolgungsmetaphorik auf, die fließende Übergänge zu Verschwörungstheorien verschiedenster Couleur aufweist. Demnach sehen sich die Serben als Ziel feindlicher Expansionspläne und als Opfer gefährlicher Kräfte, die sie zerstören wollen und ihnen ihr legitimes Recht auf eine Heimat aller Serben absprechen. Viele Argumente, die zunächst gegen die Kosovo-Albaner verwendet wurden, kamen später in ähnlicher Form gegen die Kroaten zum Einsatz. In Kroatien indes wurde zum Teil ebenso holzschnittartig und aus einer ähnlich chauvinistischen Perspektive heraus argumentiert. Dort sahen einige in den Serben eine blutrünstiges und zum Genozid neigendes Volk, während man sich selbst – frei nach dem Motto »Der Balkan, das sind die anderen« – zum zivilisierten christlichen Abendland zählte.¹⁹

Das Abgleiten der serbischen Öffentlichkeit in einen chauvinistischen Nationalismus ist untrennbar mit dem Namen Slobodan Milošević verknüpft. Allerdings hatte dieser die nationalistische Wende in den serbischen Diskursen nicht eingeleitet. Aber er begriff, dass im nationalistischen Taumel die Möglichkeit lag, die Massen hinter sich zu bringen. Dabei instrumentalisierte er die serbischen Nationalmythen skrupellos im Interesse seiner persönlichen Macht.²⁰ Sein Auftritt vor demonstrierenden Kosovo-Serben am 24. April 1987 in Priština, bei

13 Holm Sundhaussen: *Geschichte Serbiens*, Wien 2007, S. 389.

14 Wolfgang Höpken: *Geschichte und Gewalt. Geschichtsbewusstsein im jugoslawischen Konflikt*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 1 (1993), S. 55–73, hier S. 65.

15 Sundhaussen: *Geschichte Serbiens*, S. 397.

16 Bieber: *Nationalismus in Serbien*, S. 14.

17 Sundhaussen: *Geschichte Serbiens*, S. 386f.

18 Wolfgang Höpken: *Der Zweite Weltkrieg in den jugoslawischen und post-jugoslawischen Schulbüchern*, in: *Öl ins Feuer?*, hrsg. von derselb., Hannover 1996 (*Studien zur internationalen Schulbuchforschung*, Bd. 89), S. 176.

19 David Bruce MacDonald: *Balkan Holocausts?*, Manchester, New York 2002, S. 91.

20 Peter Nitsche: »Das serbische Golgatha«. *Das Kosovo als Gedächtnisort und nationaler Mythos*, in: *Gedächtnisorte in Osteuropa*, hrsg. von Rudolf Jaworski/Kusber Jan/Steindorff Ludwig, Frankfurt a. M. 2003 (*Kieler Werkstücke*, Reihe F: *Beiträge zur osteuropäischen Geschichte*, Bd. 6), S. 139–156, hier

dem er den berühmt gewordenen Satz »Niemand hat das Recht, euch zu schlagen!« prägte, kann als Beginn von Serbiens post-titoistischer Ordnung angesehen werden.²¹

Diese Ordnung trat zunächst noch in scheinbarer Kontinuität zum Titosystem und -kult auf. Noch 1987 präsentierte sich Milošević als Verteidiger des titoistischen Erbes, mithin als »zweiter Tito«; ab 1988 etablierte er aber einen eigenen Personenkult, der den um Tito vollkommen verdrängte.²² Vor Milošević hatte eine Reihe gesichtsloser Bürokraten die Nachfolge Titos angetreten. Die Anhänger Miloševićs aber sahen in ihrem »Slobo« einen neuen charismatischen Führer, trugen seine Bilder auf Demonstrationen und dichteten Lieder über ihn.²³ Hatten die Demonstranten zu Beginn der »Meetings« auch Bilder von Tito und Lenin mitgeführt, so wurden diese im Verlauf der Proteste immer seltener und schließlich dominierten Bilder von Milošević die Szenen.²⁴ Das Charisma Miloševićs basierte auf populistischer Manipulation und chauvinistischer Rhetorik, zu deren Höhepunkt die Kundgebung auf dem Amselfeld vom 28. Juni 1989 wurde.²⁵ Zu der von der orthodoxen Kirche Serbiens und der serbischen kommunistischen Partei gemeinsam inszenierten 600-Jahr-Feier pilgerten weit über 1 Million Menschen an den mythenumwobenen und geschichtsträchtigen Ort.²⁶ Das zum »Schicksalsort« und zur »narrativen Abbeviatur«²⁷ des serbischen Heroismus stilisierte Amselfeld hatte im serbischen Bewusstsein zu diesem Zeitpunkt wieder eine mythologisierte Bedeutung als »Wiege der serbischen Kultur« erhalten und ließ sich perfekt in den »Opferdiskurs« einpassen. Die inzwischen auf den nationalistischen Kurs eingeschwenkte Tageszeitung *Politika* meldete am gleichen Tag: »Das Volk kommt und nichts kann es mehr aufhalten.«²⁸ Damit schienen sich der Kosovo-Mythos und der serbische Volkskult verbunden zu haben. Dennoch brachte nicht etwa die Kriegsrhetorik der post-kommunistischen Milošević-Partei SPS den Wahlsieg bei den ersten freien Wahlen im Dezember 1990, sondern dessen Friedens- und Sozialrhetorik.

Dies verdeutlicht, dass der Hass, der letztlich zum Motor der jugoslawischen Nachfolgekriege wurde, sich sicherlich nicht auf eine anthropologische Prädisposition des »Balkanesen« zurückführen lässt. Er musste planvoll erzeugt und propagiert werden. Zu Beginn der 1990er Jahre war er bei der Mehrheitsbevölkerung nicht in empirisch nachweisbarer Form vorhanden.²⁹

Im Verlauf der Ereignisse, die schließlich in die Tragödie des jugoslawischen Bürgerkrieges mündeten, trug auch die kroatische HZD unter Tudjman nicht unwesentlich zur Eskalation der Lage bei.³⁰ Tudjman, ein ehemaliger General der jugoslawischen Volksarmee, erwies sich mit seinen Fantasieuniformen und seinen inszenierten Auftritten als zwar demokratisch legitimierte aber dennoch titoesk anmutende Herrscherfigur, die auch chauvinistische

S. 156.

- 21 Ann Lane: *Yugoslavia*, Basingstoke 2004, S. 163.
- 22 Vgl. Bieber, *Nationalismus in Serbien*, S. 201. Sundhaussen, *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten*, S. 391.
- 23 Sabrina P. Ramet: *Nationalism and Federalism in Yugoslavia 1962–1991*, Bloomington 1992, S. 225f.
- 24 Bieber: *Nationalismus in Serbien*, S. 201.
- 25 Mojmir: *Nationalismen in Jugoslawien*, S. 132.
- 26 Höpken: *Geschichte und Gewalt*, S. 60.
- 27 Höpken: *Jasenovac*, S. 403. Jörg Rösen nutzt den Ausdruck der »narrativen Abbeviaturen«, eine Bezeichnung für eine gemeinschaftlich erinnerte Geschichte, die weit über das am Ort Geschehene hinausreicht.
- 28 Zitiert nach: Sundhaussen: *Geschichte Serbiens*, S. 409.
- 29 Ebenda, S. 390.
- 30 Ebenda, S. 412.

Rhetorik und einen eigenen Personenkult zur Herrschaftssicherung einzusetzen verstand.³¹

Auch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre dominierte der Kosovo-Mythos die serbische Politik noch so weit, dass sogar ein vollkommen aussichtsloser Krieg mit ihm gerechtfertigt werden konnte. Der Transformationsprozess kam unter Milošević indes kaum voran, sieht man vom langsamen Vordringen privatwirtschaftlicher Unternehmen, die jedoch allzu oft von dubiosen »biznismen« initiiert wurden, einmal ab. Dass es aber auch Gegenstimmen gab, belegen die zahlreichen Demonstrationen der Opposition in den urbanen Zentren Serbiens. Die Mythen scheinen indes auch nach dem Sturz Miloševićs im Oktober 2000 noch nicht ausgewütet zu haben. Sie sind bei weiten Teilen der Öffentlichkeit noch immer präsent und für Teile der politischen »Elite«, sowohl des »rechten« wie auch des »linken« Spektrums, handlungsanleitend. Die Mythen belasten nicht nur die demokratische Transformation von Staat und Gesellschaft, sondern das gesamte politische Klima und erschweren eine Aussöhnung mit den Nachbarvölkern. Nur ein deutlicher Bruch mit der Opferrhetorik und eine nüchterne Bilanz der Schäden, die das »Wüten der Mythen« Serbien in den letzten zwanzig Jahren zugefügt hat, könnte eine Umorientierung befördern. Ob dies in naher Zukunft gelingen wird, ist momentan allerdings nicht absehbar.

Festzustehen scheint hingegen, dass sich der heutige Staat Serbien durch Mythen konstituiert hat und dass die imaginierte Nation im serbischen Fall – wie in vielen anderen Fällen der Geschichte – eben keine gewaltfreie Utopie ist.³²

31 MacDonald: *Balkan Holocausts?*, S. 186.

32 Vgl. hierzu Thomas Mergel: *Benedict Andersons Imagined Communities: Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*. Nachwort zur Neuauflage 2005, S. 281–306, S. 298f.

Sabine Willenberg

Modernisierung der Außenpolitik im westlichen Balkan?

Unter *Modernisierung der Außenpolitik* können unterschiedliche Aspekte verstanden werden, von denen dieser Beitrag zwei beleuchtet: die (1) Demokratisierung und Pluralisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses und die (2) Achtung und Internalisierung internationaler Normen. Zugegebenermaßen sind dies zwei Aspekte, die dem westlichen/westeuropäischen Verständnis von Modernisierung entwachsen sind. Angebracht sind also Zweifel daran, ob eine Beurteilung der außenpolitischen Modernisierung in der Untersuchungsregion – fokussiert werden hier Kroatien, Bosnien und Herzegowina (BiH) und Serbien –, die ihre ganz eigenen Bedingungen aufweist, machbar, sinnvoll, berechtigt ist. So will der Beitrag hier kein abschließendes Bild zeichnen, sondern zunächst Puzzleteile ordnen.

Demokratisierung und Ent-Nationalisierung der Außenpolitik

Unter Modernisierung der Außenpolitik kann die *Demokratisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses* verstanden werden. Eine Außenpolitik wäre also desto moderner, je mehr die innerstaatlichen Strukturen demokratischen Kriterien entsprächen. Außerdem – und in der Untersuchungsregion eng damit verquickt – bedeutet Modernisierung eine *gleichberechtigte* Teilhabe der gesellschaftlichen Akteure am Entscheidungsprozess und zudem eine *Ent-Ethnonationalisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses*.

Charakteristisch für die Untersuchungsregion ist, dass der Transformationsprozess und damit die Modernisierung der Außenpolitik in zwei Stufen verlaufen ist: In einem ersten Schritt nach dem Zerfall Tito-Jugoslawiens Anfang der 1990er Jahre (in BiH nochmals 1995) wurden zwar demokratische Verfassungen verabschiedet und entsprechende Institutionen aufgebaut. Die Kriegsgeschehnisse und ungeklärte Staatlichkeiten – letztlich die dilemmatische Gleichzeitigkeit¹ von politischer und staatlicher Transformation, die exklusive nationale Identitäten und deren selbsterklärten Wahrer stärkte – bewirkten aber, dass sich nationalistische und semidemokratische Eliten lange hielten. In Kroatien und Serbien konnten sie autoritäre Regime aufrechterhalten, in BiH den Gesamtstaat lahmlegen.

Zum zweiten Schritt des Transformationsprozesses kam es erst nach den Machtwechseln des Jahres 2000, als in Kroatien nach dem Tod des Präsidenten Tuđman und in der Bundesrepublik Jugoslawien/ Serbien nach dem Sturz des Präsidenten Milošević demokratische Eliten, die sich vom Nationalismus distanzieren, das Ruder übernahmen. Im gleichen Jahr errang in BiH erstmals eine multiethnische Koalition einen Sieg über die ethno-nationalen Parteien.²

Die Pluralisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses leitete in Kroatien 2000 eine Verfassungsänderung ein, die den bis dahin dominierenden Präsidenten schwächte sowie die Regierung und das Parlament stärkte (Übergang vom semi-präsidentiellen zum parlamentarisch(-präsidentiellen) Regierungssystem). Wenngleich der außenpolitischen Demokratisierung dadurch deutlich Vorschub geleistet wurde, war es doch paradox, dass ausgerechnet der »modern« denkende neue Präsident Mesić damit weitgehend auf Repräsentation und Mahnung beschränkt wurde. Ebenso wurde die gestärkte Opposition, allen voran die

1 Vgl. Claus Offe: *Der Tunnel am Ende des Lichts*, Frankfurt/Main 1994.

2 Vgl. u. a. Martin Brusis/ Wim van Meurs: *Eliten, Mobilisierungsmuster und Transitionspfade in Serbien*. In: *Südosteuropa* 9–10/2000, S. 449–463.

nationalkonservative HDZ des Ex-Präsidenten Tuđman, für die »moderne« Regierung um den Sozialdemokraten Račan in den Jahren 2000 bis 2003 zum Hemmschuh, indem sie häufig Entscheidungen im Willen um die Wahrung der nationalen Identität ausbremste. Der nach der Oppositionszeit gleichsam »selbst modernisierte« HDZ-Vorsitzende Sanader dagegen konnte nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 2003 eine moderne kroatische Außenpolitik in Richtung EU freier – wenngleich nicht konsequenter – fortführen.

In der Bundesrepublik Jugoslawien/ Serbien wurde 2000 die verfassungsmäßige außenpolitische Kompetenzverteilung wiederhergestellt: der Machtmissbrauch des Bundespräsidenten eingedämmt und Parlament und Regierung gestärkt. Ausufernd nutzte das Präsidentenamt aber auch Milošević-Bezwinger Koštunica, der – 2000 noch Hoffnungsträger der internationalen Gemeinschaft, später wegen seiner starren Kosovo-Position und nationalistischer Eskapaden deren Sorgenkind – einen modernen außenpolitischen Kurs nur sehr bedingt fuhr. Dies schmälerte die Wirkungsmöglichkeiten des modernen und kooperativen Außenministers Svilanović (2001–2004). Das Bundesparlament, in dem Montenegro die Beteiligung verweigerte, blieb weitgehend funktionsunfähig. Auch in der Staatenunion Serbien und Montenegro, die 2003 der Bundesrepublik nachfolgte, lief der außenpolitische Entscheidungsprozess faktisch nicht auf der Ebene der schwachen Staatenunion, sondern auf der der starken Mitgliedstaaten ab, die sich immer weiter voneinander entfernten und 2006 endgültig trennten. Die Außenpolitik Serbiens bekam mit der überfälligen neuen Verfassung alsbald eine Chance zu weiterer Modernisierung, steckt aber im Interessensgegensatz dreier Kräfte fest: der seit 2003 wieder starken Opposition der nationalistisch Radikalen um Šešelj und Nikolić, der mindestens national-konservativen DSS von Koštunica und der vom Westen favorisierten »proeuropäischen« DS von Präsident Tadić, die seit den Wahlen 2008 in einer fragwürdigen Allianz mit der Milošević-Partei der Reformsozialisten die Außenpolitik auf einem Zickzack-Kurs zwischen europäischer Integration und nationaler Rückbesinnung bzw. panslawischer Russlandgewandtheit steuert.

Besonders ist in BiH die außenpolitische Demokratisierung an die Ent-Ethnonationalisierung gebunden: Das mit dem Dayton-Vertrag geschaffene System BiH ist zwar nach demokratischen Grundsätzen verfasst, begreift seine Bürgerschaft aber ethnonational: Die nationalen Interessen der drei Völker, die es konstituieren, verfügen in allen Instanzen über Vetofähigkeit und dominieren bei der Wahlentscheidung über bürgerlich-demokratische Instanzen. Ethnisch-paritätisch und damit wörtlich doppelt und dreifach besetzte Positionen schafften nicht nur ein überblähtes, »unmodernes« Verwaltungssystem und hemmen pluralistische Entscheidungsfindung und Handlungsfähigkeit. Für den außenpolitischen Apparat bedeutete dies bisweilen die faktische Parallelität dreier Außenministerien in einem, indem Kommunikation entlang ethnischer Trennlinien und gemäß den Interessen der drei Völker, und nicht gemäß dem Interesse des Gesamtstaates erfolgte, das wegen der ethnischen Interessensdivergenz ohnehin schwerlich zu definieren ist. Der Regierungswechsel 2000 brachte einen Modernisierungsschub: Außenminister Lagumdžija mühte sich redlich, das Außenamt weg von den ethnischen Prädominanzen zu professionalisieren.³ Zupass kam ihm die gleichzeitige Entwicklung in Kroatien und Serbien, die immer einen direkten Spill-over-Effekt auf BiH hat. In diesem Fall nährte sie aber nicht wie sonst die zentrifugalen Kräfte, sondern vermittelte den Konationalen den gebotenen Kooperationswillen und so der Außenpolitik BiHs einen Handlungsraum jenseits der festgefahrenen ethnonationalen Interessen. Vor wie nach dem Wiedererstarken der ethnonationalen Parteien 2002 aber lag die außenpolitische Richtlinienkompetenz nicht in den Händen der Regierung, sondern bei der Präsidentschaft, die nach ethnonationaler Logik verfasst ist: Sie besteht aus je einem Vertreter der Völker, die die Verteidigung ihrer »nationalen« Interessen als oberste Direktive verstehen

3 Vgl. *Impact of Nationalism on Foreign Policy*. Foreign Policy Initiative of Bosnia and Herzegovina – Political Analysis 05/2008.

(müssen). Ein gemeinsamer Beschluss der Präsidentschaft, z. B. bzgl. der Anerkennung des Kosovo »nichts zu beschließen«, ist somit im Vergleich zur Alternative dreier konkurrierend am Gesamtstaat zerrender Beschlüsse schon als Erfolg zu werten.⁴

Achtung internationaler Normen

Außenpolitische Modernisierung kann zudem die Abkehr vom klassischen Souveränitätsbegriff der Staatsräson bedeuten. Moderne Außenpolitik *akzeptiert und achtet den Staatsinteressen übergeordnete Interessen, Normen und Institutionen* und versteht die internen Angelegenheiten nicht unter allen Umständen als sakrosankt.⁵ Die Integration in supranationale Institutionen (wie z. B. die EU) inklusive der Abgabe außenpolitischer Kompetenzen wäre eine weitere Modernisierungsstufe.

Die Außenpolitiken im westlichen Balkan haben sich unter spezifischen Umständen herausentwickelt: In den Anfang der 1990er Jahre jungen, gerade erst unabhängig gewordenen Staaten wurde die neu erworbene und teils hart erkämpfte Staatlichkeit zum wertvollsten Gut, die Verteidigung staatlicher Souveränität und territorialer Integrität zum erstrangigen außenpolitischen Ziel. Integration in internationale Organisationen wurde zwar propagiert, aber nicht um den Preis, nationalstaatliche Kompetenz anzurühren, betrieben. Dies änderte sich mit den Machtwechseln 2000. Die Integration in die EU wurde nun als Primärziel postuliert, und Modernisierung mutierte zum Synonym für »Europäisierung«, also für die Übernahme »europäischer« Werte, Normen und Institutionen sowie die Reagibilität, die Empfänglichkeit der Außenpolitik für die EU-Anreizstrategie überhaupt.

Gleichwohl erfolgt die Modernisierung nicht geradlinig. Vor allem in den Außenpolitikfeldern Nachbarschaftspolitik/ regionale Kooperation und Kooperation mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal, beide von der EU als Voraussetzungen für den Integrationsprozess gefordert, werden die engen Grenzen des außenpolitischen Handlungsraums klar: Zwar wird in allen drei Staaten die Kooperation seit 2000 unmissverständlich befürwortet und betrieben. Nicht selten verläuft sie aber zäh und führt dabei immer wieder zu hitzigen Auseinandersetzungen um ihre grundsätzliche Notwendigkeit. Wenn sie als bedroht empfunden werden, erhalten nationale Identität und nationale Interessen immer wieder Vorrang vor der Einhaltung zwischenstaatlicher Verpflichtungen und der Übernahme internationaler Normen.⁶

Pikant wird die Unternehmung, den außenpolitischen Modernitätsgrad zu bestimmen, wenn gerade die Treue gegenüber internationalen Prinzipien eine vermeintlich »unmoderne« Außenpolitik begründet. Serbien liefert stellvertretend eine Reihe von Beispielen: So bekennt es sich seit 2000 unumwunden und redundant zur Gültigkeit des Dayton-Abkommens, meint damit aber nicht – wie die westliche Staatengemeinschaft – erstrangig die Unterstützung BiHs als Gesamtstaat, sondern die im Dayton-Abkommen ebenso angelegte, den Gesamtstaat aber eher unterminierende Legitimation der starken Entitäten (so die Republika Srpska) wie auch das Recht auf Sonderbeziehungen zwischen Entitäten und Nachbarstaaten (so zwischen der Republika Srpska und Serbien). Besonders prominent: Die serbische Ablehnung der Kosovo-Unabhängigkeit wird im Westen als vormoderner Nationalismus perzipiert, während Serbien »modern« mit einem Bruch des Völkerrechts argumentiert.

4 Vgl. Sabine Willenberg: Ordnet Kosovo den Balkan neu? In: Südosteuropa Mitteilungen 04/2008.

5 Vgl. u. a. Ernst-Otto Czempel: Determinanten zukünftiger deutscher Außenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/2000 und Ralph Blessing: Der mögliche Frieden: Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923–1929, Oldenbourg 2008.

6 Vgl. dazu auch Sabine Stroh: Neue Außenbeziehungen im Dreieck Kroatien – Bosnien und Herzegowina – Serbien und Montenegro. In: Südosteuropa 7–9/2003, S. 355–380.

Vielfalt der außenpolitischen Moderne?

In der hier verwendeten Perspektive schneiden die Unterzeichnerstaaten des Dayton-Abkommens auf der Modernitätsskala wegen der Dominanz ihrer nationalen Identitäten nicht sonderlich gut ab. Ihr außenpolitischer Zickzack-Kurs zwischen internationaler Kooperations- und europäischer Integrationswilligkeit sowie isolierender Renationalisierung erscheint aber als *typisch* und verleitet dazu, mit Shmuel N. Eisenstadt eine spezifische außenpolitische Modernisierung der »Dayton-Region« zu vermuten, der die westeuropäische Variante zwar Pate steht, ihr aber nicht in allen Aspekten folgt.

Silvia Nadjivan

Gegenwärtige Modernisierungskonflikte in Serbien – ein Erbe des Milošević-Regimes?

Der folgende Beitrag behandelt die Frage, welche Bedeutung der Sturz des Milošević-Regimes im Jahr 2000 für gegenwärtige Modernisierungskonflikte in Serbien hat – und zwar im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen EU-Integrationsprozess. Hierzu wird erstens das Regime charakterisiert, zweitens der Regimewechsel skizziert und drittens werden Kämpfe rund um den gegenwärtigen EU-Annäherungsprozess im Licht des Erbes der 1990er Jahre untersucht.

Konkurrierende »Felder« in Serbien

Um das Milošević-Regime zu klassifizieren, wird auf Pierre Bourdieus »Feld«-Begriff rekurriert. Das »Feld« bildet laut Bourdieu (2001, 49) »ein Kräftefeld und ein Kampffeld zur Veränderung der Kräfteverhältnisse«. In diesem streben AkteurInnen, geleitet von ihren jeweiligen Interessen, Positionen und Handlungsmöglichkeiten, entweder die Stabilisierung oder die Veränderung bestehender Machtverhältnisse an. Das »Feld« ist somit laut Bourdieu »ein System von Unterschieden auf verschiedenen Ebenen, und alles, was in den Institutionen oder bei den Akteuren, in deren Handlungen oder Diskursen, geschieht« (ebd., 90). »Kämpfe« und damit verbundene Machtverschiebungen finden sowohl innerhalb der als auch zwischen den »Feldern« statt. Bourdieus Feldbegriff wird unter Zuhilfenahme des von Juan Linz und Alfred Stepan (1996, 7) definierten »Arena«-Begriffs im Kontext Serbiens folgendermaßen modifiziert (vgl. Nadjivan 2008, 23): Eliten im »politischen Feld« setzen sich aus Regierungs- und (im Parlament vertretenen) Oppositionsparteien zusammen. Eliten im »gesellschaftlichen Feld« umfassen regimetreue und oppositionelle Massenmedien, Universitäten, zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen (NGOs) und die Kirche. Zum gesellschaftlichen Feld zählt außerdem die »unprivilegierte« Bevölkerungsmehrheit. Das »ökonomische Feld« beinhaltet vor allem die staatlich gelenkte Wirtschaft, Privatunternehmen, Kleingewerbe sowie die Schattenwirtschaft.

Unter dem Milošević-Regime differierten AkteurInnen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Feldes hinsichtlich ihrer Beziehung zur »Machtelite« (Mills 1972, 278). Die Machtelite umfasste regimetreue politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Eliten. Deren – stets dynamischer – »innerer Kreis« (Mills 1972, 298), bestehend aus Milošević, seiner Familie und engeren Gefolgsleuten, bildete somit das Gravitationszentrum aller Felder und darin agierender Eliten. Ein wesentliches Charakteristikum des serbischen Regimes war schließlich die Vermischung von Modernisierungs- und traditionell-patriarchalen Elementen, wodurch sich auch die politische Einbindung von Miloševićs Familie erklären lässt. Staatliche Transformationsprozesse bzw. Staatszerfallsprozesse und Kriege führten zu einer heterogenen Zusammensetzung der Machtelite: Zu Mitgliedern der bisherigen kommunistischen Nomenklatura gesellten sich regierungsnahen Neureichen und sogenannte Kriegspoliteure (zumeist Führer paramilitärischer Einheiten) (vgl. Nadjivan 2006, 158 f.). So wirkten sich staatliche Transformationsprozesse auf Interdependenzen der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Felder aus und wurden umgekehrt von diesen bestimmt (vgl. Nadjivan 2008, 25 f.).

Der Regimewechsel 2000

Wesentliches Merkmal der innenpolitischen Konflikte und des Regimewechsels selbst waren die finanziellen, organisatorischen und logistischen Ressourcen, auf die KontrahentInnen des politischen und gesellschaftlichen Feldes zurückgreifen konnten: Internationale Subventionen für oppositionelle Bewegungen in Serbien brachten dem Land zwar kurzfristig betrachtet mehr Geld. Mittelfristig stärkten sie die Institutionalisierung und Professionalisierung höchst heterogener Oppositionsbewegungen – insbesondere des gesellschaftlichen Feldes. Je geringer somit der Aktionsradius und damit verbunden die finanziellen Mittel des »inneren Kreises« der Machtelite – des »Milošević-Clans« – wurden, desto weiter reichten Netzwerke und Ressourcen der Oppositionellen, so dass der Milošević-Clan selbst gestürzt wurde. Hatte das Milošević-Regime vor allem Ende der 1990er Jahre staatliche Institutionen zusehends deprofessionalisiert und privatisiert, institutionalisierte und professionalisierte sich umgekehrt der oppositionelle Widerstand insbesondere des gesellschaftlichen Feldes. Nachdem Oppositionelle des politischen Feldes das Regime in seinem Weiterbestand gestützt hatten, war es vor allem das oppositionelle Potenzial des gesellschaftlichen Feldes (international logistisch und finanziell unterstützter oppositioneller Medien und NGOs), das dessen Sturz forcierte (vgl. Nadjivan 2008, 176 ff.).

Voraussetzungen für den »peti (5.) oktobar« 2000

Zu den Vorbedingungen des Regimewechsels in Serbien gehörten – um es mit Hannah Arendts Worten auszudrücken – »der drohende Zusammenbruch des Staatsapparates, seine Unterhöhnung, der Verlust des Vertrauens in die Regierung seitens des Volkes, das Versagen der öffentlichen Dienste« (Arendt 2003, 110). Dem Regime fehlte das Geld, die staatliche Apparatur aufrecht zu erhalten, Gehälter und Pensionen wurden über Monate hinweg nicht ausbezahlt. Die stark angeschlagene Wirtschaft war durch NATO-Bombardements nun völlig ruiniert (vgl. Antonić 2002a, 281 ff.). Darüber hinaus belegten diese Bombardements, dass das serbische (jugoslawische) Regime nicht im Stande war, existentielle Grundvoraussetzungen für die Bevölkerung sicherzustellen, geschweige denn die Kosovo-Problematik zu lösen (vgl. Vidojević 2002, 110 f.). Die NATO-Bombardements entpuppten sich sozusagen als Katalysator des breiten Widerstandes innerhalb des gesellschaftlichen Feldes – innerhalb der breiten Bevölkerung. Entgegengesetzte Werthaltungen und ideologische Ausrichtungen, feministische, bürgerrechtliche und denen widersprechende nationalistische und klerikale, formierten sich zu einer gemeinsamen »ideologielosen« Widerstandsbewegung. Das einzige gemeinsame Ziel, das Milošević-Regime zu stürzen (»Gotov je« – »Fertig ist er«), führte zu einer breiten Zweckgemeinschaft und überdeckte die ideologischen Gegensätze innerhalb von AktivistInnen des gesellschaftlichen Feldes. Erst der »ideologielose« Zusammenschluss schien diesen Regimewechsel somit zu ermöglichen (vgl. Nadjivan 2008, 155).

Der Regimewechsel erfolgte formal gesehen durch die vorgezogene jugoslawische Präsidentschaftswahl am 24. September 2000, realpolitisch dagegen durch eine höchst heterogene Straßenöffentlichkeit am 5. Oktober 2000, die einen zweiten von Milošević und seiner Gefolgschaft geforderten Wahlgang verhinderte. Dieser »peti oktobar« (»fünfte Oktober«) gestaltete sich als soziale Massenbewegung gegen Armut, Arbeitslosigkeit und gegen die politische Führung Serbiens bzw. Jugoslawiens (vgl. Vidojević 2002, 110 f.), die seltener für Kriegsverbrechen und häufiger für das Elend im »eigenen Land« verantwortlich gemacht wurde.

Gegenwärtige Modernisierungskonflikte

Nach dem Regimewechsel 2000 konnten die wichtigsten TrägerInnen des Milošević-Regimes sowohl ihre Netzwerke aufrecht erhalten, als auch einen Systemwechsel verhindern (vgl. Dimitrijević 2005, 61). In Serbien fand nach dem 5. Oktober 2000 ein Regime- und kein Systemwechsel statt, der vorwiegend personelle, weniger dagegen strukturelle Veränderungen mit sich gebracht hat. Als Erbe des Milošević-Regimes ist der Klientelismus in Serbien erhalten geblieben (vgl. Nadjivan 2006, 159 f.). Undurchsichtige Entscheidungsprozesse innerhalb des (nach wie vor informierten und kaum ausgetauschten) inneren Kreises der Machtelite sind ebenfalls erhalten geblieben. Staatliche und para-staatliche Strukturen durchziehen wie während der 1990er Jahre die Gesellschaft in Serbien, wodurch konkurrierende AkteurInnen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Feldes im formellen wie auch im informellen Raum agieren (müssen) (vgl. ebd.).

Auf der einen Seite sind AkteurInnen des alten Regimes weiterhin in Machtstrukturen eingebunden (Golubović 2005, 27). Auf der anderen Seite erfreuen gerade sie sich als Führungseliten von »volkstümlichen« und »traditionell-nationalistischen« Regimeparteien der 1990er Jahre zunehmender Beliebtheit. Infolge der enttäuschten Erwartungen von Seiten der einstigen oppositionellen, nämlich der »demokratischen« bzw. »bürgerlich-demokratischen« (Trkulja 2002, 43) Parteien zielen sie nach wie vor auf »Transitions-« bzw. ModernisierungsverliererInnen« (Golubović 2005, 30 f.), was ihnen – wie die Wahlergebnisse am 11. Mai 2008 bewiesen haben – deutliche Stimmenanteile gebracht hat. Das Problem des »5. Oktobers« war nicht nur der kurzweilige »ideologielose« Zusammenschluss – unter Ausbleiben struktureller Veränderungen (des »6. Oktobers«) – sondern auch der hier angenommene Umstand, dass Wahlberechtigte im Zuge der oppositionellen (international unterstützten) Wahlkampagnen des politischen und gesellschaftlichen Feldes mit dem Versprechen auf finanziellen Wohlstand und Reisefreiheit »bestochen« werden sollten – und wurden.

Gegenwärtige Modernisierungskonflikte, die sich im Zuge des europäischen Integrationsprozesses abzeichnen, dürften mitunter durch den kurzweiligen »ideologielosen« Zusammenschluss höchst divergenter Kräfte im Jahr 2000 gekennzeichnet sein. So scheinen die 1990er Jahre nach den Wahlen 2008 ein »Revival« zu erleben: Bürgerlich-demokratische Oppositionelle zeichnen sich erneut durch Wankelmütigkeit aus, was kürzlich im Umwerben der ehemaligen Regimepartei SPS für eine »europäische Regierung« in Serbien bewiesen wurde. Der bis heute informierte innere Kreis der serbischen Machtelite trifft undurchsichtige Entscheidungen, wie die Ungereimtheiten rund um die Verhaftung des vermeintlichen Kriegsverbrechers Radovan Karadžić zeigen. International vernetzte und unterstützte Eliten des gesellschaftlichen Feldes – bekanntlich unabhängig von WählerInnenstimmen – verkörpern bis heute die überzeugendsten ProtagonistInnen/PropagandistInnen des forcierten EU-Integrationsprozesses. Vor allem sie sind es, die unverblümt serbische »Gegenleistungen« wie die bedingungslose Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag fordern. Modernisierungskonflikte gestalten sich daher als Kämpfe zwischen bürgerlich-demokratischen und traditionell-nationalistischen Eliten im politischen und gesellschaftlichen Feld wie auch als Kämpfe zwischen AkteurInnen des politischen und des gesellschaftlichen Feldes selbst.

Literatur

- Antonić, Slobodan (2002): Zarobljena zemlja. Srbija za vlade Slobodana Miloševića [Das gefangene Land. Serbien unter der Regierung von Slobodan Milošević], Beograd.
- Arendt, Hannah (2003): Macht und Gewalt, München (1. Aufl. 1970).
- Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz.
- Dimitrijević, Nenad (2005): Serbia as an Unfinished State, in: Vujadinović, Dragica/Lino Veljak/Goati, Vladimir/Pavičević, Veselin (Hg.): Between Authoritarianism and Democracy. Serbia, Montenegro, Croatia. Vo. II, Belgrade, 59–74.
- Golubović, Zagorka (2005): Rezultati demokratske tranzicije kroz prizmu građana Srbije 2005 [Resultate der demokratischen Transition durch das Prisma der Bürger Serbiens 2005], in: Politika i društvo (Politics and Society) 2 (27), 13–44.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore.
- Mills, C. Wright (1972): The Power Elite, London/Oxford/New York.
- Nadjivan, Silvia (2006): Serbien, in: Džihić, Vedran/Nadjivan, Silvia/Paić, Hrvoje/Stachowitsch, Saskia (2006): Europa – verflucht – begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien.
- Nadjivan, Silvia (2008): Wohl geplante Spontaneität. Der Sturz des Milošević-Regimes als politisch inszenierte Massendemonstration in Serbien, in: Kramer, Helmut/Kreisky, Eva (Hg.): Politik und Demokratie. Bd. 10, Wien/Frankfurt am Main.
- Trkulja, Jovica (2002): Srbija između autoritarizma i demokratije [Serbien zwischen Autoritarismus und Demokratie], in: ders. (Red.): Bilans promena. Srbija – godinu dana posle [Bilanz der Veränderung. Serbien – ein Jahr danach], Kikinda, 37–50.
- Vidojević, Zoran (2002): Srbija između hleba, (ne)slobode i nove autoritarnosti [Serbien zwischen Brot, (Un-)Freiheit und neuer Autorität], in: Trkulja, Jovica (Red.): Bilans promena. Srbija – godinu dana posle [Bilanz der Veränderung. Serbien – ein Jahr danach], Kikinda, 93–128.

***III. Transfers:
Externe Einflüsse auf
Transformation***

Externe Demokratieförderung im postsozialistischen Raum. Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument

Besonders seit Anfang der 1990er Jahre hat sich die externe Demokratisierungshilfe zu einer wahren »Wachstumsindustrie« entwickelt. Während zur Zeit des Kalten Krieges weniger die liberal-demokratische Ausrichtung eines Staates zählte als seine Loyalität mit dem Anti-Kommunismus, sind heute die verschiedensten Akteure (einzelne Staaten, internationale Organisationen, private Stiftungen – um nur einzelne Akteurstypen zu nennen) mit einer großen Bandbreite von Herangehensweisen und Programmen in diesem Bereich tätig. Ebenso heterogen wie die Akteure sind allerdings auch die Bewertungen der Erfolgsaussichten externer Demokratisierung. Diese reichen von der generellen Ablehnung externer Demokratieförderung – die in den Augen vieler Kritiker nur als Deckmantel für die Verfolgung eigener nationaler Interessen dient¹ – bis hin zur Verfechtung externer Demokratieförderung als probates und wirksames Mittel zur Förderung bzw. Initiierung demokratischer Entwicklungen in Drittländern. Im Zusammenhang mit letzterer Einschätzung wird insbesondere die Europäische Union genannt, die versucht – hauptsächlich mithilfe ihres Instruments der politischen Konditionalität – nachhaltig Einfluss auf die demokratische Entwicklung von Staaten zu nehmen.² Ob allerdings das Instrument der politischen Konditionalität der EU tatsächlich den an es geknüpften Erwartungen gerecht werden kann, das gilt es zu überprüfen.

Erkenntnisinteresse, theoretische Einbettung und untersuchte Faktoren

Politische Konditionalität bedeutet, dass ein politischer Akteur die Vergabe von Leistungen – die als Anreize fungieren – an bestimmte Bedingungen knüpft. Um demokratische Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte durchzusetzen, bedient sich die EU hauptsächlich der Strategie der sogenannten positiven Konditionalität, bei der bei Nichterfüllung der Bedingungen die in Aussicht gestellten Leistungen einbehalten werden. Allerdings zeigen die empirischen Befunde, dass die politische Konditionalität der EU nicht überall gleichermaßen erfolgreich ist.³ Um herauszufinden, warum der Einfluss der EU-Konditionalität auf die Demokratisierung in den postsozialistischen Staaten unterschiedlich stark ist, wurde der Einfluss nachfolgender Faktoren untersucht. Von ihnen wurde nach Sichtung des Forschungsstands und insbesondere unter Rückgriff auf die Theorie der internationalen Sozialisation angenommen,⁴ dass sie für die unterschiedlichen Ergebnisse der EU-Konditionalität (mit)verantwortlich zeichnen:

1 Vgl. beispielsweise Schmitter/ Brouwer 1999: 25.

2 Siehe hierzu auch Cooley 2003: 26; Pravda 2001: 14f.

3 **So scheint der Einfluss der EU-Konditionalität beispielsweise in den südkaukasischen und zentralasiatischen Ländern, betrachtet man den Demokratisierungsgrad, weit entfernt von dem in den ostmitteleuropäischen Ländern zu sein. Aber auch zwischen den Staaten, die 2004 bzw. 2007 Mitglieder der EU wurden, gibt es hinsichtlich des Demokratisierungsgrads Unterschiede.** (Vgl. hierzu den *Bertelsmann Transformation Index (BTI)* 2003 bzw. 2006 und das *Freedomhouse-Ranking* der Studie *Nations in Transit 2006*.)

4 Die Theorie der internationalen Sozialisation (nach Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006) erwies sich als Erklärungsansatz für den unterschiedlich starken Einfluss der EU-Konditionalität als besonders fruchtbar. Die Theorie kombiniert rationalistische und konstruktivistische Elemente, indem sie einerseits im Sinne des Konstruktivismus die Bedeutung internationaler Gemeinschaften und Organisationen betont, andererseits aber von rationalistischen Annahmen bezüglich der Handlungslogik der Akteure

- die Größe des von der EU in Aussicht gestellten Anreizes (Unabhängige Variable)
- die Höhe der Adaptionskosten – verstanden als Machtverlust für die Regierungspartei(en) (Bedingungsvariable I)
- der Grad der asymmetrischen Interdependenz zwischen EU und Drittstaat (Bedingungsvariable II)

Die Wechselwirkung zwischen der EU-Konditionalität und der von der EU geforderten Etablierung und Einhaltung demokratischer Prinzipien und Verfahren wurde dabei konkret am Beispiel der Rechtsstaatlichkeit⁵ als einer wichtigen Dimension von Demokratie und einem der Grundprinzipien der EU überprüft. Angenommen wurde, dass es, wenn die EU einem Drittland im Rahmen der politischen Konditionalität eine Beitrittsperspektive bietet, wahrscheinlich ist, dass das Drittland die Regeln der EU übernimmt.

Daneben wurde erwartet, dass der Einfluss der unabhängigen Variablen zum einen positiv verstärkt wird, wenn die neuen Regeln keine bzw. nur geringe Adaptionskosten (keinen bzw. geringen Machtverlust für die regierende(n) Partei(en)) zur Folge haben und zum anderen, dass es wahrscheinlich ist, dass der Einfluss der unabhängigen Variablen geringer ist, wenn die asymmetrische Interpendenz⁶ zwischen EU und Drittstaat ebenfalls gering ist. Zur empirischen Überprüfung der Hypothese(n) wurden als Fallbeispiele Georgien und Mazedonien herangezogen; der untersuchte Zeitraum erstreckte sich von 2000 bis 2007.

Anspruch und Wirklichkeit der EU-Konditionalität – die Beispiele Georgien und Mazedonien

Sowohl Georgien als auch Mazedonien sind Adressaten der EU-Konditionalität; während Mazedonien seit 2000 eine Beitrittsperspektive hat und seit 2005 offizieller EU-Beitrittskandidat ist, verfügt Georgien weder im Rahmen des seit 1999 geltenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens noch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik über eine Beitrittsperspektive.

Es zeigte sich, dass Mazedonien – im Einklang mit den vorangehend formulierten Hypothesen – tatsächlich einen höheren Rechtsstaatlichkeitsgrad aufwies als Georgien. Während Mazedonien im Untersuchungszeitraum eine weitgehend positive Entwicklung im Bereich der Rechtsstaatlichkeit verzeichnen konnte, nahm der Rechtsstaatlichkeitsgrad in Georgien ab.

Die EU-Beitrittsperspektive hatte in Mazedonien einen erheblichen Anteil an den Verbesserungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Die in der Zeit von 2000 bis 2007 zwischen Mazedonien und der EU geschlossenen Abkommen, aber auch die regelmäßig durch die EU veröffentlichten Fortschrittsberichte zur Evaluierung der (angemahnten) Reformschritte, waren wichtige Antriebskräfte für die Rechtsstaatlichkeitsreform. Wichtig für den positiven Einfluss der EU-Beitrittsperspektive war allerdings, das klingt hier bereits an, nicht nur die generell proklamierte EU-Perspektive, sondern auch die schrittweise Konkretisierung dieser Option.⁷

ausgeht. Angenommen werden rationale, Nutzen maximierende Akteure, die ihr Verhalten von Kosten-Nutzen-Rechnungen abhängig machen. Ob die Regeln der EU (bezüglich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte) übernommen werden, hängt davon ab, ob durch eine solche Anpassung ein Nutzen generiert werden kann, der die Kosten der Anpassung übersteigt.

5 Die abhängige Variable ist demnach der Grad der Rechtsstaatlichkeit.

6 Asymmetrische Interdependenz meint die ungleiche Abhängigkeit zwischen EU und Drittstaat.

7 Dies bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass ein Ausbleiben solcher konkreter Schritte der Integration den Reformprozess verlangsamen, wenn nicht sogar gefährden könnte. Darüber hinaus birgt die Ausrichtung der Reformen an Stichterminen die Gefahr, dass Gesetze zwar eilig verabschiedet werden, ihre tatsächliche Umsetzung allerdings nicht erfolgt.

In Georgien dagegen reichten die EU-Anreize unterhalb der Beitrittsperspektive nicht aus, um relevante Fortschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit zu erzielen. Im Gegenteil konnten auch die Anreize der EU nicht verhindern, dass Georgien eine negative Entwicklung im Bereich der Rechtsstaatlichkeit aufweist. Dies ist umso bemerkenswerter, als die EU in den verschiedenen Abkommen mit Georgien explizit Verbesserungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit anmahnt.

Zwar hat Mazedonien im Bereich der Rechtsstaatlichkeit eine überwiegend positive Entwicklung durchlaufen, die Verbesserungen sind aber nicht herausragend. Verzögerungen bzw. eine unzureichende Implementierung von Reformen konnten insbesondere für solche Bereiche festgestellt werden, die stark politisiert sind und in denen eine erfolgreiche Umsetzung der Gesetzesänderungen den Einfluss der regierenden Parteien beschnitten hätte. Erwartete Machteinbußen aufgrund eingeschränkter bzw. wegfallender Extraktions- und Verteilungsmöglichkeiten scheinen hier den positiven Einfluss der EU-Beitrittsperspektive verringert zu haben.

Auch in Bezug auf Georgien spielten hohe Adaptionkosten eine wichtige Rolle. Ebenso wie in Mazedonien wurden hier Reformen nur insoweit durchgeführt, als sie die Einflussmöglichkeiten bzw. den Machterhalt der regierenden Partei bzw. des regierenden Führungszirkels nicht schmälerten. In beiden Fällen hatten hohe Adaptionkosten somit Einfluss auf die Regelübernahme.

Dass die von der EU gebotenen Anreize kaum Auswirkungen auf die georgische Politik im Bereich der Rechtsstaatlichkeit hatten, muss allerdings auch auf die geringe asymmetrische Interdependenz zwischen Georgien und der EU zurückgeführt werden, die sich insbesondere durch das Vorhandensein von alternativen Mächten, namentlich der USA und Russland, ergeben hat. Beide Länder engagier(t)en sich in Georgien und können insbesondere in den beiden wichtigen Bereichen »Sicherheit« und »Wirtschaft« alternativ zur EU Unterstützung bieten. Dagegen muss der Grad der asymmetrischen Interdependenz zwischen der EU und Mazedonien zu Lasten Mazedoniens als hoch eingestuft werden.

Die empirische Überprüfung konnte die zentrale Hypothese, dass insbesondere die unterschiedlich hohen Anreize der EU-Konditionalität für ihren unterschiedlich starken Einfluss auf die Demokratisierung der postsozialistischen Staaten verantwortlich sind, bestätigen. Daneben konnte aber auch der nicht zu unterschätzende Einfluss der asymmetrischen Interdependenz und der Adaptionkosten aufgezeigt werden.

Für die praktische Politik der EU bedeutet das Untersuchungsergebnis, dass ihre Ambitionen, Drittländer mithilfe der verschiedenen Heranführungsstrategien an sich zu binden und durch Angleichung an die EU zu demokratisieren und zu stabilisieren, skeptisch zu betrachten sind.

Insbesondere Anreize unterhalb der Beitrittsperspektive hatten keinen nennenswerten Einfluss und konnten eine Übernahme von EU-Regeln nicht veranlassen. Auch die ungenügende Berücksichtigung des innen- und außenpolitischen Kontexts der mit Hilfe der EU-Konditionalität zu demokratisierenden Länder wirkte sich negativ auf die Ziele der EU aus.

Literatur

- Bertelsmann Transformation Index. (2006): Status-Index. <http://bti2006.bertelsmann-transformation-index.de/37.0.html>.
- Cooley, Alexander (2003): Western Conditions and Domestic Choices: The Influence of External Actors on the Post-Communist Transition, in: Freedom House (Hg.): Nations in Transit 2003: Democratization in East Central Europe and Eurasia. New York, 25–38.
- Freedomhouse Nations in Transit (2007). http://www.freedomhouse.hu/index.php?option=com_content&task=view&id=84.
- Pravda, Alex (2001): Introduction, in: Zielonka, Jan; Pravda, Alex (Hg.): Democratic Consolidation in Eastern Europe. International and Transnational Factors. Oxford, 1–27.
- Schimmelfennig, Frank; Engert, Stefan; Knobel, Heiko (2006): International Socialization in Europe. European Organizations, Political Conditionality and Democratic Change. New York.
- Schmitter, Phillipe C.; Brouwer, Imco (1999): Conceptualizing, Researching and Evaluating Democracy, Promotion and Protection, European University Institute (EUI) Working Paper SPS 99/9.

Michael Paulo

Liberalisierung auf Druck von Außen? Korruptionsstrategien sektoraler Akteure und ihre Auswirkungen auf Liberalisierungszusagen im Rahmen des WTO-Beitritts

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme zeichnete sich der Telekommunikationssektor in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas sowie des postsowjetischen Raumes durch eine enorme Rückständigkeit aus: Nur 10 Prozent der Haushalte waren an das Fernmeldenetz angeschlossen. Netzinfrastrukturen waren über dreißig Jahre alt und erlaubten nur eine Informationsübertragung mit geringer Bandbreite. Das Dienstleistungsangebot beschränkte sich dementsprechend auf Sprachtelefonie- sowie Telegrafiedienste. Während die Regierungen im Mobilfunkbereich auf die Kräfte des freien Marktes setzten, um den Sprung in die Informationsgesellschaft zu schaffen, vertrauten sie im Festnetzsektor weiterhin den staatlichen Monopolanbietern, die für den Netzbetrieb und die Dienstleistungserbringung verantwortlich waren.

Erst mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) standen die Transformationsstaaten unter Druck, diese Monopole abzuschaffen und ausländischen Unternehmen Marktzugang zu gewähren. Im Rahmen des *Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen* (GATS) waren sie jedoch befugt, Übergangsfristen für die Umsetzung der Liberalisierungszusagen festzulegen: Während Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Tschechien und Ungarn unter dem Druck der *Europäischen Union* (EU) eine Liberalisierung bis 2004 zusagten, legten die folgenden postsowjetischen Staaten unterschiedliche Übergangsfristen fest: Georgien erklärte sich mit dem Beitritt im Jahr 2000 bereit, seinen Telekommunikationsmarkt unverzüglich für ausländische Unternehmen zu öffnen. Die Republik Moldau verpflichtete sich, das Monopol der Festnetztelefondienste im Verlauf von zwei Jahren aufzuheben, Kirgisien im Laufe von vier Jahren. Armenien bestand dagegen darauf, dem alleinigen Festnetzbetreiber eine Monopolstellung bis 2014 zu gewähren und erst zwölf Jahre nach dem WTO-Beitritt eine Liberalisierung durchzuführen.

Tabelle: Liberalisierungszusagen der postsowjetischen Staaten (Sprachtelefoniedienste)

	WTO-Beitritt	Gewährung des Marktzugangs	Zeitraum der Übergangsfrist
Armenien	2002	2014	12 Jahre
Georgien	2000	2000	Sofortige Umsetzung
Kirgisien	1999	2003	4 Jahre
Republik Moldau	2001	2004	3 Jahre

Quelle: WTO 1999b/2000/2001a/2002

Im Gegensatz zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie des Baltikums geben die Liberalisierungszusagen von Armenien, Georgien, Kirgisien und der Republik Moldau Rätsel auf: Warum hat der Anpassungsdruck von Seiten der WTO-Mitglieder nicht dazu geführt, dass sich die postsowjetischen Staaten auf einheitliche Zeitpläne geeinigt haben, obwohl bei den Festnetztelefondiensten in allen vier Ländern zu Beginn der Verhandlungen 1995 ein staatliches Monopol vorlag? Der Fallvergleich zwischen den »Extremfällen« Armenien und Georgien zeigt auf, dass Korruptionsstrategien sektoraler Akteure für die unterschiedlichen Zeitpläne verantwortlich sind, da diese Auswirkungen auf die Marktstruktur und -regulierung haben und somit in erheblichem Maß die Liberalisierungsverhandlungen im Rahmen des GATS beeinflussen.

Der Handel von Telekommunikationsdiensten im Rahmen des GATS

In den 90er Jahren teilte sich die Welt hinsichtlich ihrer Telekommunikationsmärkte in zwei Lager auf: Während die westlichen Industrienationen den Netzbetrieb und die Dienstleistungserbringung liberalisiert hatten, dominierten im Rest der Welt staatliche Monopole den Festnetzsektor. Um für ihre Unternehmen neue Märkte zu erschließen, setzten sich die OECD-Staaten dafür ein, dass der grenzüberschreitende Handel mit Telekommunikationsdiensten im Rahmen des GATS verhandelt wird. Unterstützung erhielten sie von Staaten, deren Fernmeldewesen zwar von einem Monopol geprägt war, die sich aber für eine Marktöffnung einsetzten, um mithilfe ausländischer Investitionen ihre marode Infrastruktur und ihr begrenztes Dienstleistungsangebot zu modernisieren.

Da die Erbringung von Fernmeldediensten an eine Netzinfrastruktur gebunden ist, müssen die WTO-Mitglieder im Vergleich zu anderen Dienstleistungssektoren nicht nur darüber verhandeln, inwieweit sie ausländischen Unternehmen Marktzugang und Inländerbehandlung gewähren. Sie müssen auch die Frage berücksichtigen, wie Neueinsteiger ohne eigenes Netz ihre Dienstleistungen anbieten können. Die WTO-Staaten verständigten sich daher in der Uruguay-Runde (1986-1994) auf folgende Ordnungsstrukturen für die Liberalisierungsverhandlungen:

Marktzugang und Inländerbehandlung: Im Rahmen der Welthandelsrunden und der Beitrittsgespräche verhandeln die Regierungen, in welchen Bereichen des Telekommunikationssektors sie ausländischen Unternehmen gestatten, ihre Dienste anzubieten, und inwieweit sie diese mit inländischen Firmen gleichstellen.

Regulierungsvorschriften: Um sicherzustellen, dass ausländische Anbieter ihre Dienste anbieten können, müssen sich liberalisierungswillige Staaten verpflichten, WTO-Regulierungsvorschriften in nationales Recht umzusetzen. Die Regulierungsvorschriften spiegeln die Befürchtung wider, dass der zugesicherte Marktzugang in ehemals monopolstrukturierten Telekommunikationsmärkten möglicherweise nicht durchgesetzt werden kann. Als Bedrohung werden insbesondere marktbeherrschende Anbieter angesehen, die über einen großen Teil der Netzinfrastruktur verfügen und darüber die Marktbedingungen für Neueinsteiger wesentlich bestimmen können. Die WTO schreibt daher vor, dass ausländischen Dienstleistungsanbietern gegen Entgelt ein Netzzugang gewährt werden muss und spezifiziert Regeln zum Wettbewerbsschutz, die von einer unabhängigen Regulierungsbehörde überwacht werden sollen.

Nach den GATS-Regeln ist es zwar jedem WTO-Mitglied überlassen, in welchen Sektoren es Marktzugang gewährt und die Regulierungsvorschriften umsetzt. Diese Flexibilität darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere Beitrittskandidaten unter enormem Druck stehen, Liberalisierung zuzusagen, um sich die Unterstützung der großen Freihandelsnationen zu sichern. Diese bestehen in der Regel auf verbindlichen Zusagen, akzeptieren jedoch Einschränkungen beim Marktzugang sowie die Festlegung von Übergangsfristen, innerhalb derer Liberalisierungszusagen umgesetzt werden müssen.

Korruptionsstrategien als Ursache für Liberalisierungszusagen

In den Beitrittsgesprächen sagten zwar alle Transformationsstaaten eine Liberalisierung zu, bestanden dabei aber auf unterschiedlichen Übergangsfristen. Da die mittelosteuropäischen und die baltischen Länder durch den EU-Beitritt gezwungen waren, die wettbewerbsfreundlichen Regulierungsrichtlinien Brüssels zu implementieren und europäischen Unternehmen Marktzugang zu gewähren, dehnten sie dieses Recht bis 2004 auf alle WTO-Staaten aus. Im Gegensatz zu diesen homogenen Liberalisierungszusagen divergierten die Zeitpläne der postsowjetischen Staaten sehr stark, wobei Armenien und Georgien die

größten Unterschiede aufwiesen. Dies ist vor dem Hintergrund, dass in beiden Ländern zu Beginn der WTO-Verhandlungen 1995 ein Monopol vorlag, erstaunlich.

Worauf sind die Unterschiede zurückzuführen? In beiden Ländern brachen mit der Auflösung der Sowjetunion die zentralisierten Organisationsstrukturen im Fernmeldewesen zusammen und die Kommunikationsministerien standen vor der Frage, auf welche Regeln und Strukturen sie zurückgreifen sollten. Der Niedergang bürokratischer Kontrollinstitutionen gestattete es dem Führungspersonal des Ministeriums und des Telefonanbieters, anstehende Regulierungs- und Privatisierungsentscheidungen so zu gestalten, dass sie durch sie ein Maximum an Korruptionsgewinnen erzielen konnten. Diesen interpersonellen Netzwerken standen dabei nach Joseph S. Nye (1968: 419) verschiedene Strategien zur Verfügung, um ihre öffentliche Position zu privatem Vorteil auszunutzen: die Unterschlagung staatlicher Ressourcen sowie die Bevorteilung Dritter durch Bestechung oder persönliche Beziehungen (Nepotismus).

Welche Korruptionsstrategie die sektoralen Netzwerke in Armenien und Georgien verfolgten, war stark davon abhängig, inwieweit die Staatsführung in der Lage war, ihren Handlungsspielraum durch informelle Verpflichtungsbeziehungen einzugrenzen. Hierbei sind idealtypisch zentralisierte und fragmentierte Korruptionssysteme voneinander zu unterscheiden (Stefes 2006): In ersteren sind die Netzwerke in eine klientelistische Struktur eingebunden, die sicherstellt, dass die politische Führung sektorale Korruptionsaktivitäten kontrollieren kann, um einen Großteil der Gewinne zu erhalten. Solche zentralisierten Korruptionssysteme entstehen, wie in Armenien, wenn es Elitegruppen im Verlauf des Transformationsprozesses gelingt, sich nicht nur an die Spitze der formellen Institutionen zu stellen, sondern auch sektoral organisierte Bürokraten und Unternehmer durch Verpflichtungsbeziehungen und einen effizienten Zwangsapparat an sich zu binden.

Im Gegensatz dazu ist die staatliche Führung bei fragmentierten Korruptionssystemen nicht in der Lage, die sektoralen Netzwerke in eine hierarchische Struktur einzubinden. Deren Korruptionsaktivitäten unterliegen, wie in Georgien, keinen Einschränkungen; sie können ihre administrativen Kompetenzen nach Belieben ausnutzen, um Korruptionsgewinne abzuschöpfen. Dabei handeln sie jedoch in stetiger Unsicherheit über ihre eigene Zukunft. Denn ihre sektorale Vormachtstellung wird von der politischen Führung, die versucht, sie in eine klientelistische Struktur einzubinden, stets bedroht. Ihr Handeln findet vor kurzfristigen Zeithorizonten statt und es wird versucht, durch *Ad-hoc*-Maßnahmen persönliche Gewinne zu erzielen.

Diese beiden Korruptionssysteme bestimmen in erheblichem Maße, welche Korruptionsstrategien die Netzwerke im Telekommunikationssektor präferieren: In einem zentralisierten Korruptionssystem tendiert die Staatsführung dazu, den staatlichen Anbieter an einen privaten Investor zu verkaufen und diesem exklusive Monopolrechte zu gewähren. Korruptionsgewinne werden in diesem Fall erzielt, indem der private Anbieter Monopolrenten erwirtschaftet, die er anteilig an die Staatsführung und hochrangige Netzwerkmitglieder überweist. Der Vorteil hierbei ist, dass nur ein kleiner Personenkreis involviert ist und die Staatsführung so die Korruptionsaktivitäten des Netzwerkes kontrollieren kann. Ihr verbleibt durch die Regulierungsvollmacht zudem die Befugnis, die Monopolrechte zu verlängern oder zu verkürzen, um weitere Bestechungszahlungen durchzusetzen.

Da ihre Position im Elitengefüge unsicher ist, können Netzwerke in fragmentierten Korruptionssystemen keine Monopolrechte vergeben. Ihre Abschöpfungsstrategien orientieren sich eher an kurzfristig erzielbaren Korruptionsgewinnen, indem sie privaten Unternehmen Marktzugang gewähren und diesen Ressourcen des staatlichen Telefonanbieters zur Verfügung stellen. Dabei kann festgestellt werden, dass die Netzwerke zum einen dritten Personen, zum anderen aber auch ihren eigenen Mitgliedern aufgrund von deren Netzwerkzugehörig-

keit Vorzüge im Austausch gegen Bestechungszahlungen gewähren. Damit stellen sie sicher, dass sie unabhängig von ihrem administrativen Status, der ihnen durch die Staatsführung stets streitig gemacht werden kann, über eine legale Einnahmequelle verfügen.

Diese Korruptionsstrategien wirken sich zwangsläufig auf Marktstruktur und -regulierung der Sprachtelefoniedienste aus und bestimmen darüber das Abstimmungsverhalten der Kommunikationsministerien in den GATS-Verhandlungen: In Armenien entstand auf diese Weise ein privates Monopol, das durch den Staat reguliert wird. Unter diesen Bedingungen war es sektoralen Akteuren nicht möglich, einer frühzeitigen Liberalisierung im Rahmen des GATS zuzustimmen, da sie dadurch die Möglichkeit verloren hätten, weitere Korruptionsgewinne zu erzielen. In Georgien dagegen sah die Situation anders aus. Dort entwickelte sich im Zuge der Korruptionsaktivitäten ein Wettbewerbsmarkt ohne spezifische Regulierung. Daher waren die sektoralen Akteure dort zum einen in der Lage, ausländischen Unternehmen Marktzugang zu gewähren. Zum anderen konnten sie sich auch verpflichten, die Regulierungsvorschriften in nationales Recht zu überführen. Die geringen Monitoringkapazitäten der WTO und die Verfügungsgewalt des Netzwerkes im Telekommunikationssektor gestatten ihnen, die Implementierung der Regulierungsvorschriften ihrer Korruptionsstrategie anzupassen. Auf diese Weise war das georgische Kommunikationsministerium in der Lage, im Rahmen des GATS eine Liberalisierung ohne langfristige Übergangsphasen zuzusagen.

Der Vergleich zeigt, dass die WTO-Mitglieder sowohl in Armenien als auch in Georgien nicht in der Lage waren, einen diskriminierungsfreien Marktzugang und die Umsetzung der Regulierungsvorschriften durchzusetzen. Sie drängten beide Staaten zwar in den GATS-Verhandlungen, eine Marktöffnung innerhalb einer Übergangsfrist zuzusagen. Die Liberalisierungszusagen waren jedoch nur Bestandteil einer Anpassungsstrategie der sektoralen Netzwerke mit dem Ziel, unter internationalem Druck ihre jeweilige Korruptionsstrategie weiterverfolgen zu können. Armenien musste hierfür auf langfristige Übergangsphasen bis zur Marktöffnung bestehen, Georgien dagegen konnte kurzfristige zusagen.

Literatur

- Nye, Joseph S. »Corruption and Political Development: A Cost-Benefit Analysis.« *American Political Science Review* 61, no. 2 (1967): 417–27.
- Stefes, Christoph H. *Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism* Basingstoke: Palgrave, 2006.
- WTO. »Armenia. Trades in Services. Schedule of Specific Commitments.« 2002.
- . »Georgia. Trades in Services. Schedule of Specific Commitments.« 2000.
- . »Kyrgyz Republic. Trades in Services. Schedule of Specific Commitments.« 1999a.
- . »Republic of Moldova. Trades in Services. Schedule of Specific Commitments.« 2001a.

Daniel Grotzky

Mehrheit und Minderheit im Kontext politischer Transformation: Estnischer Nationalstaat und Russen in Estland

Estland errichtete nach der Unabhängigkeit von der UdSSR einen Nationalstaat, der ein Drittel der Bevölkerung – die fast ausschließlich während der Sowjetzeit zugewanderten russischsprachigen Bewohner¹ – zunächst vom Staatswesen ausschloss. Politikwissenschaftlich gilt eine derartige gesellschaftliche Heterogenität als Herausforderung einer stabilen Demokratie und Transformation.² Die Konsolidierung des Nationalstaates führte aber nicht zu einem Konflikt; das Land entwickelte stabile politische und wirtschaftliche Institutionen.

Ausschlaggebend dafür war, dass die Minderheit nie politisch mobilisierte. Dies liegt in Akteurskonstellationen in drei zeitlichen Phasen begründet: dem Pfad in die Unabhängigkeit, der Konsolidierung des Nationalstaates und dem EU-Beitritt. Zur Illustration wird im Folgenden in Anlehnung an Will Kymlicka mit einem Kontinuum von drei gedanklichen Kategorien von Minderheiten gearbeitet:³ (1) »*Nationale Minderheiten*« berufen sich auf eine Vergangenheit vor der Gründung des übergeordneten Nationalstaates als Legitimation ihrer Autonomieforderungen. (2) »*Immigranten*« sind in eine neue Gesellschaft eingewandert, besitzen aus Sicht des Nationalstaates eine Berechtigung zum Erwerb seiner Staatsbürgerschaft und versuchen, günstige Integrationsbedingungen zu auszuhandeln. (3) Davon werden »*Metics*« unterschieden, also Personen, denen der Staat kein Teilhabeangebot in Form einer Staatsbürgerschaft macht, die jedoch langfristig im Land wohnen (z. B. Gastarbeiter oder illegale Einwanderer).⁴ Diese Kategorisierung wird als Folge eines Prozesses angesehen, den im Laufe der Zeit Estland, die Minderheiten selbst und Russland sowie die EU und die OSZE geprägt haben.⁵

Phase eins: Systemwechsel und demokratische Mobilisierung (1987–1991)

Ab 1987 konsolidierten sich die estnischen politischen Akteure, zwischen denen sich ein Wettbewerb um Deutungshoheit entwickelte: Die zahlenmäßig stärkere »Volksfront zur Unterstützung der Perestroika« warb anfangs für Autonomie innerhalb der UdSSR, später für die Unabhängigkeit Estlands durch ein Referendum aller Einwohner der Teilrepublik. Ein solcher Pfad hätte eine russische »nationale Minderheit« mit vollumfänglicher Partizipation am Staatswesen zur Folge gehabt. Die »Bewegung Estnischer Staatsbürger« warb

-
- 1 Tatsächlich handelt es sich zum Teil auch um Menschen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung. Entsprechend der Begriffsverwendung in weiten Teilen der Forschungsliteratur wird hier aber mit den Begriffen »russisch« und »russischsprachig« operiert. »Russländisch« bezieht sich auf den Staat Russland bzw. die Russländische Föderation.
 - 2 Linz, Juan/Alfred Stepan, 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation. (Baltimore: John Hopkins University Press), S. 29 ff.
 - 3 Kymlicka, Will, 2001: Western Political Theory and Ethnic Relations in Eastern Europe, in: ders./Magda Opalski (Hrsg.): Can Liberal Pluralism be exported? Oxford: Oxford University Press, 13–107.
 - 4 Es wird hier der englische Begriff verwendet, da es keine sinngenaue deutsche Übersetzung gibt.
 - 5 Vgl. Brubaker, Rogers, 1996: Nationalism Reframed. (Cambridge: Cambridge University Press); Smith, David, 2002: Framing the National Question in Central and Eastern Europe: A Quadratic Nexus? in: The Global Review of Ethnopolitics 2 (1), S. 3–16.

hingegen für die Restitution der Republik Estland, die seit der Angliederung an die UdSSR 1940 weiter rechtlichen Bestand habe. Alle seit 1940 Hinzugewanderten werden dadurch als illegale Einwanderer (»Metics«) eingestuft.

Der machtpolitische Wettbewerb zwischen Gorbatschow und Jelzin und der Putsch im August 1991 beschleunigten den Prozess in Richtung einer Restitutions-Lösung. Durch die wiederholte Ablehnung selbst moderater Forderungen nach estnischer Autonomie beförderte Gorbatschow lautere Rufe nach Unabhängigkeit. Als sowjetische Truppen im Januar 1991 in Lettland und Litauen Demonstranten töteten, nutzte Boris Jelzin die Gelegenheit und profilierte sich gegenüber Gorbatschow, indem er als Präsident der RSFSR die Souveränität Estlands anerkannte. Die volle estnische Unabhängigkeit auf der Grundlage der Restitution wurde am 20. August 1991 als Reaktion auf den Putsch von Hardlinern gegen Gorbatschow erklärt.

In dieser Phase wurde die russische Minderheit weitgehend instrumentalisiert: Politische Vertreter der Russen in Estland traten als Anhänger der UdSSR auf. Während des Putsches gegen Gorbatschow schlugen sich die Behörden im überwiegend russisch bewohnten Nordosten auf die Seite der Putschisten. Zugleich besaß ein beträchtlicher Anteil der Russen in Estland, der die Unabhängigkeit und demokratische Reformen befürwortete, während dieser kritischen Phase keine politische Stimme. Diese Lücke ließ ein Zerrbild entstehen, das die russische Minderheit als Gegner der estnischen Unabhängigkeit und Demokratie erscheinen ließ und verhinderte, dass sie eine Rolle als Verhandlungspartner bei der Neukonstituierung des Staates einnehmen konnte.⁶

Phase 2: Konsolidierung des Nationalstaates (1991–1997)

In der Verfassung bekamen die estnische Sprache und Kultur eine Vormachtstellung. Kulturelle Autonomie von Minderheiten war zwar vorgesehen, schloss aber zugewanderte Russen aufgrund mangelnder historischer Bindung an das Land aus. Estnischkenntnisse wurden Voraussetzung für den Erhalt der Staatsbürgerschaft, die an die Republik von 1940 anknüpfte und zugewanderten Russen nicht automatisch erteilt wurde. Nicht-Staatsbürger wurden 1993 in einem »Ausländer-Gesetz« aufgefordert, sich registrieren zu lassen, damit über ihre Wohnsitzberechtigung entschieden werden konnte. Druck von Seiten der OSZE führte dazu, dass sie im Zuge dieser Registrierung eine permanente Aufenthaltsgenehmigung erhielten.⁷ 1996 institutionalisierte Estland durch die Ausstellung von »Ausländer-Pässen« den Status der Staatenlosigkeit. Abgefedert durch einen Katalog sozialer Rechte und das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen wurde eine Nische geschaffen, in der die russische Minderheit sich als »Metic« einrichten konnte.⁸ Diese Politik, die von einer Restitutionslogik getragen wurde und sich als Ausgleich zu fünfzig Jahren Diskriminierung der estnischen Sprache und Kultur in der UdSSR verstand, verhinderte im Kontext der Transformation auch, dass eine organisierte »nationale Minderheit«, die mehrheitlich im schwerindustriellen Nordosten Estlands konzentriert war, die Westorientierung der Wirtschaftspolitik und marktwirtschaftliche Reformen blockieren konnte.⁹

Die Russen in Estland wurden entlang ihrer Sprachfertigkeit und ihrer historischen Bindung an Estland segmentiert. Anfang der 90er Jahre emigrierten rund 110.000 von ihnen in die

6 Vgl. Butenschön, Marianna, 1992: Estland, Lettland und Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit. (München: Piper), S. 19–104.

7 Kelley, Judith, 2004: Ethnic Politics in Europe. (Princeton/Oxford: Princeton University Press), S. 110 ff.

8 Smith, David, 2001: Estonia: Independence and European Integration, (London: Routledge).

9 Hallik, Klara, 2002: Nationalising Policies and Integration Challenges, in: Lauristin, Marju/Mati Heidmets (Hrsg.): The Challenge of the Russian Minority. (Tartu: Tartu University Press), 65–88, S. 67.

Russländische Föderation,¹⁰ weitere 113.000 hatten bis 1996 die russländische Staatsangehörigkeit angenommen und zogen sich als »Metics« ohne Aussicht auf Integration in das politische System aus diesem zurück. 80.000 Russen, die Ahnen in Estland vor 1940 nachwiesen, erhielten dagegen sofort die Staatsbürgerschaft,¹¹ ebenso weitere 30.000, die sich vor der Unabhängigkeit hatten registrieren lassen.¹² Rund 500 russische Führungsfiguren wurden durch beschleunigte Verfahren »für besondere Dienste« eingebürgert.¹³ Wer Estnisch beherrschte, dem stand als »Immigrant« die Einbürgerung mit einer nicht verhandelbaren Integrationsperspektive offen. Die Spracherwerbshürden lagen jedoch hoch, da es keine öffentlichen Fördermittel für das Erlernen von Estnisch gab.¹⁴ Die Integration ins Staatswesen hing somit von der Initiative des Einzelnen ab. Vor allem jüngere Russen verfolgten eine »Immigranten«-Strategie, um an der wirtschaftlichen Modernisierung teilnehmen zu können. Eine mobilisierte russische »nationale Minderheit« blieb aus: Für ungültig erklärte Autonomie-Referenden in den fast ausschließlich russischsprachigen Städten Narva und Sillamäe fanden nur unter mäßiger Wahlbeteiligung statt. Bei den Parlamentswahlen 1995, bei denen bereits 18 Prozent der Wahlberechtigten »Nicht-Esten« waren, erhielt der russische Wahlblock weit weniger Sitze als prognostiziert und zerfiel anschließend.

Die OSZE stellte die Definition Estlands als Nationalstaat nie in Frage, zumal sie selber keine Definition von »nationaler Minderheit« besaß.¹⁵ In der Krise zum Ausländer-Gesetz und bei den Verhandlungen zum Truppenabzug schloss ihre Diplomatie rechtliche Lücken, die Abschiebungen theoretisch möglich gemacht hätten. Insofern stärkte die OSZE die Kategorisierung der Russen in Estland als »Immigranten«.

Die Russländische Föderation nahm eine Fürsprecher-Rolle der Russen in Estland für sich in Anspruch und spielte diese geopolitisch aus. Wirtschaftlicher wie auch militärischer Druck von Seiten der Duma und der Regierung spielten wiederholt eine Rolle, um die Situation der »Auslandsrussen« zu verbessern: Als Reaktion auf das Ausländer-Gesetz wurden Erdgaslieferungen an Estland ausgesetzt. Boris Jelzin versuchte, den Abzug noch in Estland verbliebener sowjetischer Truppen an die Situation der russischen Minderheit zu koppeln, erreichte dadurch aber nur den Verbleib russischer Militärpensionäre in Estland, denen nicht automatisch die estnische Staatsbürgerschaft zustand.¹⁶ Zudem verstärkte der Vorgang die Wahrnehmung der Minderheit in Estland als Sicherheitsrisiko.

Phase drei: EU-Beitrittsprozess (ab 1997)

Der EU-Beitrittsprozess war ein Motor des zeitgleich stattfindenden Abbaus von Integrationshürden, nicht aber des Kategorienwandels in der Minderheitenpolitik. Nach der Logik der Konditionalität konnten Forderungen an Anreize geknüpft werden, um die politische Kalkulation für Entscheidungsträger in Estland zu verändern.¹⁷ Nach einer Kritik von Seiten der EU

10 Hallik, 2002, ebd., S. 69.

11 Smith, David, 1998: Russia, Estonia and the search for a stable ethno-politics, in: *Journal of Baltic Studies*, 29 (1), 3–18, S. 5.

12 Galbreath, David, 2005: Nation-Building and Minority Politics in Post-Socialist States, (Stuttgart: ibidem), S. 114.

13 Pettai, Vello/Klara Hallik, 2002: Understanding processes of ethnic control, in: *Nations and Nationalism*, 8 (4), 519 f.

14 Laitin, David 1998: Identity in Formation. Ithaca: Cornell University Press, S. 94.

15 Feldman, Gregory, 2003: The European-ness of Estonia's Ethnic Integration Policy, in: *Cambridge Review of International Affairs*, 16 (2), 223–238.

16 Smith, Graham, 1994: The Resurgence of Nationalism, in: ders.: *The Baltic States*. New York: St. Martin's Press, 121–143.

17 Siehe hierzu und für den Abschnitt v.a. Kelley, 2004 und Schimmelfennig, 2006 a. a. O.

ermöglichte das estnische Parlament in Estland geborenen Kindern staatenloser Eltern den automatischen Erhalt der estnischen Staatsbürgerschaft. 1999 wurden Estnischkenntnisse für alle Angestellten im öffentlichen Dienst wie auch im Privatsektor verpflichtend eingeführt. Nach einer heftigen Kritik im Fortschrittsbericht des gleichen Jahres, der die Maßnahmen als Einschränkung des freien Marktes wertete, wurden Ausländer von den Bedingungen ausgenommen und die Forderung der Sprachkenntnis vom »öffentlichem Interesse« abhängig gemacht.

1997 begann auch die Ausarbeitung eines Integrationsprogramms, das »Nicht-Esten« in die Gesellschaft einbinden und den Anteil der Staatenlosen verringern sollte. Die EU förderte es durch Mittel des PHARE-Programms und stieß dabei auf einen innerestnischen Prozess des Umdenkens.¹⁸ Im Zentrum der Integration stand der Spracherwerb, aber erstmals wurden auch kulturelle Unterschiede anerkannt. Anstatt einer Änderung von »Metics« zu »Immigranten« zeigte das Programm eine Veränderung der Integrationsbedingungen auf. Eine Nische für Russen als »Metics« blieb erhalten, aber ein erhöhter Teil sollte durch staatliche Hilfe animiert werden, den »Immigranten«-Pfad zu wählen, so dass auch die EU die Nationalstaatsidee indirekt stärkte. Abzuwarten bleibt, ob der Einsatz der EU für den Erhalt von russischsprachigen Schulen langfristig einen Effekt auf das Bild von der Minderheit haben wird.¹⁹

Der institutionelle Druck zur Integration hat Wirkung gezeigt: Die Zahl derjenigen, die in Umfragen angaben, Estnisch zu sprechen, stieg von rund 60 auf 80 Prozent. Nur noch neun Prozent der Bevölkerung sind staatenlos.²⁰ Es gibt dabei nach wie vor Faktoren, die den Verbleib in der »Metics«-Nische attraktiv machen, vor allem für ältere Russen. Politische Mobilisierung ist rar, eher hat sich eine russische Anhängerschaft der estnisch-populistischen Zentrumsparterie entwickelt. Den gut integrierten »Euro-Russen« steht somit eine isolierte und wirtschaftlich benachteiligte Gruppe gegenüber.²¹

Nach dem Truppenabzug 1994 ließ die russische Estlandpolitik nach; weder die Minderheitenpolitik noch der estnische NATO- und EU-Beitritt wurden nachhaltig beeinflusst.²² Doch Russland bleibt prägend für die Wahrnehmung der Minderheit. Geographische Nähe und das breite Medienangebot stützen eine kulturell-russische Identität in Estland.²³ Das wiedererstarkte Russland bietet schlecht integrierten Russen ein Alternativangebot als geistige Heimat.²⁴ Für die Esten bleibt die UdSSR ein Okkupationsstaat, während die Russen in Estland die UdSSR als Befreier Estlands vom Faschismus und als Ursprung der eigenen Herkunft ansehen.²⁵ Unterschiedliche Interpretationen des Zweiten Weltkriegs haben im April 2007 die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals aus der Innenstadt von Tallinn heraus zur estnisch-russischen Krise werden lassen. Die Minderheitenproblematik ist somit heute weiter aktuell und seine Entwicklung nicht abgeschlossen sondern weiterhin vom Handeln der unterschiedlichen Akteure abhängig.

18 Pettai/Hallik, 2002, S. 520.

19 Smith, David, 2003: *Minority Rights, Multiculturalism and EU Enlargement*, in: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe*, 4 (1), 1–39, S. 28.

20 Hallik, 2002, S. 72 f.

21 Vihalemm, Triin/Anu Masso, 2002: *Patterns of Self-Identification among the Younger Generation of Estonian Russians*, in: Lauristin, Marju/Mati Heidmets (Hrsg.): *The Challenge of the Russian Minority* (Tartu: Tartu University Press), 185–198, S. 185 ff.

22 Galbreath, 2005, S. 222.

23 Blum, Andrew, 2001: *Recognition as Protection/ Recognition as Threat*, in: *Nationalism & Ethnic Politics*, 7 (2) 95–124, S. 109.

24 Vihalemm/Masso, 2002, S. 74.

25 Budryte, Dovile, 2005: *Taming Nationalism?*, (Aldershot: Ashgate), S. 198.

Hristofor Hrisoskulov

Bulgarien im Kontext der regionalen Kooperation im Schwarzmeerraum

Am 1. Januar 2007 hat die Europäische Union (EU) durch den Beitritt von Bulgarien und Rumänien eine Osterweiterung vollzogen. Seitdem verläuft die Grenze der erweiterten EU entlang des Schwarzen Meers. Trotz andauernder Konflikte und zunehmenden Drogen- und Menschenhandels in der Schwarzmeerregion haben vor allem andere Krisen, wie z. B. die fortlaufenden Lieferungsprobleme von russischem Erdöl und Erdgas Ende 2006 und 2007, die strategisch wichtige Lage des Schwarzen Meeres in Erscheinung treten lassen.

Bereits 2005 hat die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen. Diese Ausgangssituation verdeutlicht zum einen das Interesse der EU, die Schwarzmeerregion in ihre neu geschaffene Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) einzubeziehen und mit ihrer Hilfe die Außenpolitik der Staaten in der gesamten Schwarzmeerregion in beträchtlichem Umfang zu bestimmen. Zum anderen geht es der EU darum, Bulgariens Potenziale und Kapazitäten für die Entwicklung der regionalen Kooperation im Schwarzmeerraum abzuschöpfen.

Die Schwarzmeersynergie im Rahmen der ENP

Die EU hat eine Reihe von wirtschaftlichen, rechtlichen, diplomatischen und friedenssichernden Instrumenten entwickelt, um ihrem Anspruch, nach der Osterweiterung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft als Transformationsmacht aufzutreten, gerecht zu werden. Die Europäische Sicherheitsstrategie und die ihr nachfolgenden beiden Kommissionsmitteilungen zur unmittelbaren Nachbarschaft stellen das Fundament der neuen ENP dar. Für die benachbarten Staaten bedeuten diese Maßnahmen eine stärkere Anbindung an den europäischen Binnenmarkt. Diese wird von einem beträchtlich hohen Anspruch auf die Einhaltung gemeinsamer europäischer Werte, jedoch nicht von der Perspektive auf EU-Beitritt begleitet. Der geographische Wirkungskreis der ENP umfasst so unterschiedliche Staaten wie die Ukraine, Moldau und Belarus, die Länder des südlichen Mittelmeerraumes, Armenien, Georgien und Aserbaidschan, deren Verhalten in Bezug auf ihre Anbindung an wirtschaftliche und auch außen- und sicherheitspolitische Integrationszonen jeweils sehr unterschiedlich ist. Entsprechend gestaltet die EU-Kommission die Beziehungen zu den Nachbarstaaten bilateral und in der Form differenzierter Aktionspläne für mittelfristige Beziehungen. Sie macht ihre Prioritäten im Kontakt mit den Nachbarstaaten deutlich und installiert Mechanismen wie Länderberichte und Monitoring, die der Bewertung des EU-Wertesystems und seiner Effizienz im jeweiligen Umfeld dienen. Indem sie die Nachbarstaaten mit dem EU-System konfrontiert, ist sie in der Lage, das Verhalten der Partnerstaaten einzuschätzen, diese auf der Grundlage ihrer Einschätzung zu unterteilen und anschließend ihre ENP danach auszurichten.

In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung der Koordination von EU-Instrumenten und den Kooperationsbestrebungen aller in der Schwarzmeerregion beteiligten Seiten deutlich. Tatsächlich hat die Schwarzmeerregion gerade aufgrund der Vielfalt bestehender Initiativen ein Synergiepotenzial, das ausgelotet werden soll. Dazu werden die Institutionen und Regeln der ENP in die Initiativen eingebracht.

Besonderes Kennzeichen der Schwarzmeerinitiative ist es, dass sie die Förderung von regionaler und gleichzeitig auch multilateraler Zusammenarbeit in der von Bilateralität

geprägten ENP etabliert hat.¹ Das besondere Augenmerk der EU gilt dabei der bereits existierenden Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (BSEC), aber auch Initiativen wie die Initiative von Baku (zur Energiekooperation) und die EU-Programme INOGATE (regionale Integration der Pipelinesysteme sowie Öl- und Gas-transport) und TRACECA (Kooperation im Bereich Transport und Kommunikation) werden berücksichtigt.

In Anbetracht des Umstands, dass die ehemaligen EU-Anwärterstaaten während der Beitrittsverhandlungen keine eigene Politik gegenüber ihren Nachbarländern – den heutigen EU-Anrainerstaaten – entwickeln konnten, da sie Ressourcen und Zeitplanung auf den EU-Beitritt ausgerichtet hatten, erscheint die Bedeutung des multilateralen Fokus noch größer. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region generell nur sehr wenig ausgebaut. Es ist außerdem zu berücksichtigen, dass die Stärkung regionaler Konstruktionen und Kooperationen angesichts der veränderten machtpolitischen Lage im postsowjetischen Raum als Ausgleich zu politischen Handlungen und Projekten an der neuen EU-Grenze anzusehen ist. Die nachbarschaftlichen Beziehungen in der Region erhalten einen neuen Rahmen, indem die ENP-, aber auch die an sie angrenzenden Staaten in Zentralasien, ihre außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen und Prioritäten in unterschiedlichen Kooperationskreisen organisieren. Diese befassen sich mit Bereichen wie Sicherheit, Energie, Transportwesen, Umwelt und Wirtschaft; Breite und Grad der Kooperation sind in den verschiedenen Kreisen jeweils unterschiedlich angelegt.

Bulgarien im Kontext der regionalen Kooperation im Schwarzmeerraum

Bei der Verwirklichung und Gestaltung der Europäischen Außen- und Nachbarschaftspolitik betonen die Nationalstaaten ihre außenpolitischen Interessen und Präferenzen. Dies lässt sich besonders deutlich am Beispiel der Beziehungen zwischen der EU und den Ländern des postsowjetischen Raums erkennen. Als implizites Beispiel dafür wird nun Bulgarien herangezogen, und zwar hinsichtlich zweier wichtiger Bereiche der ENP, nämlich der Sicherheitspolitik und der Energiesicherheit. Bei beiden verfolgt die bulgarische Regierung verschiedene außenpolitische Strategien.

Seit dem 1. Januar 2007 ist Bulgarien EU-Mitglied und steht dementsprechend vor der Herausforderung, seine Beziehungen zu den gemeinsamen Nachbarländern fortzuentwickeln. In diesem Zusammenhang definiert Bulgarien erstens die Schwarzmeerregion als oberste außenpolitische Priorität. Zweitens visiert es als Mitgliedsland von NATO und EU seine Zugehörigkeit zu den euro-atlantischen Strukturen an. Diese Zugehörigkeit teilt Bulgarien mit den Zielländern der ENP – der Ukraine, Moldau und Georgien –, so dass mit diesen gemeinsame Ziele einer politischen Kooperation im euro-atlantischen Raum möglich sind. Drittens spielen für die Gestaltung der politischen Kooperation mit den Staaten des postsowjetischen Raums alte Traditionen eine Rolle.²

Bulgarien steht sowohl im Osten Europas als auch im Südkaukasus vor der Herausforderung, sicherheitspolitische Risiken wie Sezessionskonflikte in einem einheitlichen europäischen Kontext zu regeln. Es beteiligt sich im Sinne der Ziele der Aktionspläne an multilateralen Lösungsansätzen. Am 4. Februar 2005 wurde eine neue Group of Friends unter Beteiligung von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Bulgarien und Rumänien gegründet. Damit engagiert sich die EU mit weiteren Mitgliedstaaten, die ihre als exkommunistische Staaten im EU-

1 Vgl. Lippert, 2007, S. 13.

2 Vgl. Hrisoskulov, 2007, S. 168.

und NATO-Beitrittsprozess gemachten Erfahrungen in die Gestaltung der Beziehungen zu Georgien einbringen können, in den Sezessionskonflikten in Georgien.

Die Bulgarische Militärstrategie von 2002 und der Jahresbericht für nationale Sicherheit von 2005 werten die Ziele der bulgarischen Regierung vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Maßstäbe der ENP aus, die den Grundzielen und -prinzipien der Europäischen Nachbarschafts- und Sicherheitspolitik verpflichtet sind.³ Diesen Papieren zufolge hält Bulgarien die Grundprinzipien der Europäischen Nachbarschaftspolitik, nämlich die Förderung von Multilateralismus, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, ein.

Die Osterweiterung und der Beitritt Bulgariens bescheren der EU neue Grenzen, die im strategischen Interesse Bulgariens liegen. Im Bereich der Energiesicherheit erschließt sich den bulgarischen Eliten eine bisher unbekannt Dimension der außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen zu Russland, den ENP-Staaten und darüber hinaus auch zu den zentralasiatischen Staaten.⁴ In der Wirtschaft und im Bereich der Sicherheit wie auch bei den Rivalitäten um Macht und Einfluss im postsowjetischen Raum deutet sich die Durchsetzung neuer Paradigmen in den Beziehungen der EU und Bulgariens zu den neuen Nachbarn an. Seit Mitte der 1990er Jahre haben sich die machtpolitischen Auseinandersetzungen um Energietransportkorridore und Pipelinerouten in den internationalen Beziehungen verschärft und die Staaten im postsowjetischen Raum sind nicht mehr nur als Konfliktherde sondern auch als potenzielle Partner in Energiesicherheitsangelegenheiten in Erscheinung getreten.

Anfang 2007 unterzeichneten Russland, Griechenland und Bulgarien das Projekt *Burgas-Alexandropolis*, das die Beförderung russischen Öls vom Schwarzen zum Mittelmeer realisieren soll. Im Januar 2008 folgten weitere bilaterale Abkommen zwischen Bulgarien und Russland im Energiebereich, betreffend die Transitgaspipeline *South Stream*, den Aufbau des Atomkraftwerkes *Belene* und die Gründung eines internationalen Unternehmens innerhalb des Projekts *Burgas-Alexandropolis*.

Bulgarien und Griechenland kommen als EU-Mitgliedstaaten in den Verhandlungen mit Russland oftmals entscheidend voran, und zwar besonders dann, wenn ein politisches Vakuum zwischen der EU und Russland besteht. Die großen Energieprojekte machen Bulgarien zum Teil des »Great Game« der energiestrategischen Rivalität. Das bedeutet, dass Bulgarien sich bei der Gestaltung, Vertretung und Durchführung der europäischen Energiepolitik zu einem strategisch bedeutsamen Akteur entwickelt. Sein Engagement für andere Energieprojekte wie *Nabucco* trägt zu einer gemeinsamen europäischen und internationalen Politik der Diversifizierung von Energiequellen und -korridoren bei.⁵ *South Stream* soll nicht Alternative zu *Nabucco*, sondern Garantie für eine stärkere Entwicklung des Geschäftsklimas sein.⁶ Dies ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die neuen Mitgliedstaaten ihre nationalen Außenpolitiken mit in die EU gebracht haben, dabei jedoch bemüht sind, die eigenstaatlichen Interessen mit dem EU-Rahmen in Einklang zu bringen. Die Energietransportkorridore werden als Garant für die Annäherung Russlands in den Verhandlungen mit der EU angesehen. Nichtsdestotrotz werden die Erfahrungen alter und neuer EU-Mitglieder für die künftige Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland im Energiesicherheitsbereich wichtig sein.

3 Vgl. Council of Ministers of the Republic of Bulgaria 2006 und Military Strategy of Republic of Bulgaria 2002.

4 Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Bulgaria, 2007, S. 90ff.

5 Parvanow, 2008a.

6 Vgl. Parvanow, 2008b.

Wille und Realität – Bulgarien in seiner unmittelbaren Nachbarschaft

Mit dem ENP-Beschluss setzt die Europäische Union einen Handlungsrahmen für das Problem des gemeinsamen Auftretens von europäischen Institutionen und Mitgliedstaaten. In diesem Rahmen nimmt Bulgarien externe und interne Herausforderungen wahr und reagiert auf aktuelle Probleme. Diesem Rahmen entsprechend kann es Strategien für eine erfolgreichere Entscheidungsfindung nach außen hin und für die Intensivierung nachbarschaftlicher Beziehungen entwickeln. Des Weiteren kann Bulgarien die eigenen im EU- und NATO-Beitrittsprozess gemachten Erfahrungen an seine unmittelbaren Nachbarländer weitergeben. Somit kommt auf das neue EU-Mitgliedsland eine wichtige Rolle zwischen dem Kern und der neuen Peripherie der EU zu, die in unterschiedlichen Koalitionen mit alten und neuen Mitgliedstaaten und ENP-Staaten besteht.

Literatur

- Council of Ministers of the Republic of Bulgaria: Annual National Security Report for 2005, 2006, <http://www.government.bg/cgi-bin/e-cms/vis/vis.pl?s=001&p=0138&n=000538&g=>
- Hrisoskulov, Hristofor: Challenges and Perspectives of the Border on the Periphery of the European Union – The Case of Bulgaria, in: Rolenc, Jan Martin (Hrsg.), *Crucial Problems of International Politics through the Eyes of Young Scholars*, Jan Masaryk Centre of International Studies/ Prague, 2007, S. 165 – 175, http://icys.vse.cz/2007/doc/ICYS2007_Collection.pdf
- Lippert, Barbara: Teilhabe statt Mitgliedschaft? Die EU und ihre Nachbarn im Osten, in: *Osteuropa*, 57. Jg., 2–3, 2007, S. 69 – 94
- Military Strategy of Republic of Bulgaria: Sofia, 2002, http://www.mod.bg/en/koncepcii/military_strategy.html
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Bulgaria: Bulgaria's Approach to Strengthening Stability and Cooperation in the Black Sea Region – A Policy Paper, in: Nikolov, Krassimir (Hrsg.): *Europe on the Black Sea Shore: Opportunities and Challenges for Bulgaria*, BECSA/ Sofia, 2007, S. 85 – 106
- Parvanow, Georgi: Ansprache des Präsidenten Georgi Parvanow bei der Eröffnung des Konzerts, anlässlich des Russlandjahres in Bulgarien (Bulgarisch), 17.01.2008, 2008a, <http://www.president.bg/news.php?id=2998&st=0>
- Parvanow, Georgi: Mit Putin haben wir europäische Projekte verwirklicht, Interview des bulgarischen Präsidenten Georgi Parvanow für die Zeitung Trud (Bulgarisch), 21.01.2008, 2008b, <http://www.president.bg/news.php?id=2991&st=0>
- Alle Internetseiten wurden am 12.06.2008 abgerufen.*

Kristine Müller

Gleich und doch nicht gleich. Lokale Kontextbedingungen grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten von Kleinunternehmern an der EU-Außengrenze

Einleitung

Der gesellschaftliche Wandel, der in den Ländern Osteuropas mit dem politischen Umbruch Ende der 80er Jahre in Gang gesetzt wurde, nimmt in verschiedenen Regionen Osteuropas sehr unterschiedliche Formen an. An der östlichen EU-Außengrenze treffen jeweils Länder mit unterschiedlichen Transformationsentwicklungen aufeinander. Es ist zu vermuten, dass dort ganz besondere Dynamiken entstehen, die für die Bewohner dieser Regionen spezielle Handlungskontexte erzeugen.

Im Rahmen des Dissertationsvorhabens, das mit diesem Beitrag vorgestellt werden soll, wird untersucht, wie sich diese Kontexte auf grenzüberschreitende Interaktionen auswirken. Am Beispiel grenzüberschreitender ökonomischer Aktivitäten von Kleinhändlern und Unternehmern kleinerer Betriebe an der finnisch-russischen und an der polnisch-ukrainischen Grenze wird der Frage nachgegangen, auf welche Weise die Akteure ihre Handlungsräume innerhalb der sehr verschiedenen lokalen Kontexte entwickeln. Als entscheidende Rahmenbedingungen der betrachteten Aktivitäten werden dabei vor allem das Grenzregime der EU-Außengrenze und das weitere institutionelle Umfeld angesehen. Der vorliegende Beitrag soll das Forschungsvorhaben näher skizzieren und einen kurzen Einblick in die lokalen Kontexte der zwei Fallstudiengebiete geben.

Die EU-Außengrenze in Osteuropa

Mit dem Beitritt weiterer Länder zur Europäischen Union hat sich in den vergangenen Jahren die Außengrenze der EU weiter nach Osten verschoben. Somit werden Grenzen, welche zunächst als politische Grenze zwischen zwei Staaten etabliert waren, schrittweise mit zusätzlichen Funktionen versehen.

Aufgrund ihrer Lage am Rand nicht nur der EU, sondern auch des Schengenraumes wird der finnisch-russischen und der polnisch-ukrainischen Grenze gegenwärtig eine starke abschirmende Funktion zugeschrieben. Durch die Etablierung einer stabilen EU-Außengrenze sollen Sicherheit und Wohlstand der Bevölkerung auf dem Territorium der EU geschützt werden (vgl. van Houtum 2004, Reuber 2006). Anhand rechtlicher Vorgaben im Rahmen der Regulierungen des Schengener Abkommens¹ und durch nationale Regulierungen in Bezug auf die Grenze ist festgelegt, welche Art von Austauschbewegungen von Personen und Gütern auf welche Weise möglich und unmöglich sein sollen. Gleichzeitig ist es Ziel der von der EU initiierten Europäischen Nachbarschaftsprogramme (ENP)², Stabilität und Wohl-

1 Das Schengener Abkommen, im Jahr 1985 zunächst als Übereinkommen von fünf EU-Mitgliedstaaten über den Wegfall der inneren Grenzen getroffen, regelt den Umgang mit Binnen- und Außengrenzen in nunmehr dreißig Unterzeichnerstaaten. Im Zuge der Öffnung der Binnengrenzen innerhalb des Schengen-Raumes werden durch das Schengener Abkommen Regeln für die verstärkte Kontrolle der Außengrenze festgelegt (European Commission 2000).

2 Die European Neighbourhood Policy (ENP) wurde zum ersten Mal in einem Strategiepapier der Europäischen Kommission im Jahr 2003 dargestellt, und dient der Rahmensetzung für die Politik der Europäischen Union in Bezug auf ihre südlichen und östlichen Nachbarn (European Commission 2004).

stand auch in den Nicht-EU-Ländern innerhalb der an sie angrenzenden Regionen zu erhöhen (European Commission 2004, S. 3). Somit ist – zumindest auf dem Papier – festgelegt, welche Art von Grenzregime an den äußeren Grenzen der EU wirksam sein soll und welche Ziele damit verfolgt werden. Was allerdings wirklich vor Ort passiert, ist davon nicht in jedem Fall ableitbar und kann – so ist die grundlegende Vermutung dieser Arbeit – in Abhängigkeit der lokalen Kontexte sehr unterschiedlich sein.

Die eigentliche Realisierung der EU-Außengrenze kann erst verstanden werden, wenn man die tatsächlichen Handlungen der involvierten Akteure näher in den Blick nimmt (vgl. auch Reuber 2006, van Houtum 2005). Damit orientiert sich die Arbeit an dem Verständnis von »Grenze«, das in Simmels Aussage »Die Grenze ist nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt.« (Simmel 1908/2006, S. 23) zum Ausdruck kommt. Demnach wird also »Grenze« nicht schlichtweg als vorhandene und mit bestimmten Wirkungen verbundene Linie, sondern als Ergebnis von Handlungen verschiedener Akteure aufgefasst, basierend auf dem Umgang dieser Personen mit den Regeln, die mit der Grenze verbunden sind (Einhaltung/Nicht-Einhaltung, Durchsetzung/Nicht-Durchsetzung usw.). So wird beispielsweise die Regulierung der Grenzkontrolle in der Interaktion mit den grenzüberschreitenden Personen auf verschiedene Weise umgesetzt, und es bilden sich aufgrund lokalspezifischer Bedingungen besondere Strukturen rund um den Grenzübertritt heraus.

Aus akteurszentrierter Perspektive soll untersucht werden, welche Kontextbedingungen die Entwicklung der grenzüberschreitenden Handlungen wie befördern bzw. behindern und welche verschiedenen Handlungsräume³ die Akteure durch ihre Aktivitäten an der Grenze konstruieren. Dabei soll ebenfalls der Frage nachgegangen werden, wie die verschiedenen Akteure sich auf diesem Weg in einem sozioökonomischen Kontext positionieren, der die Grenzen nationaler bzw. EU-bedingter (institutioneller) Sozialräume überschreitet.

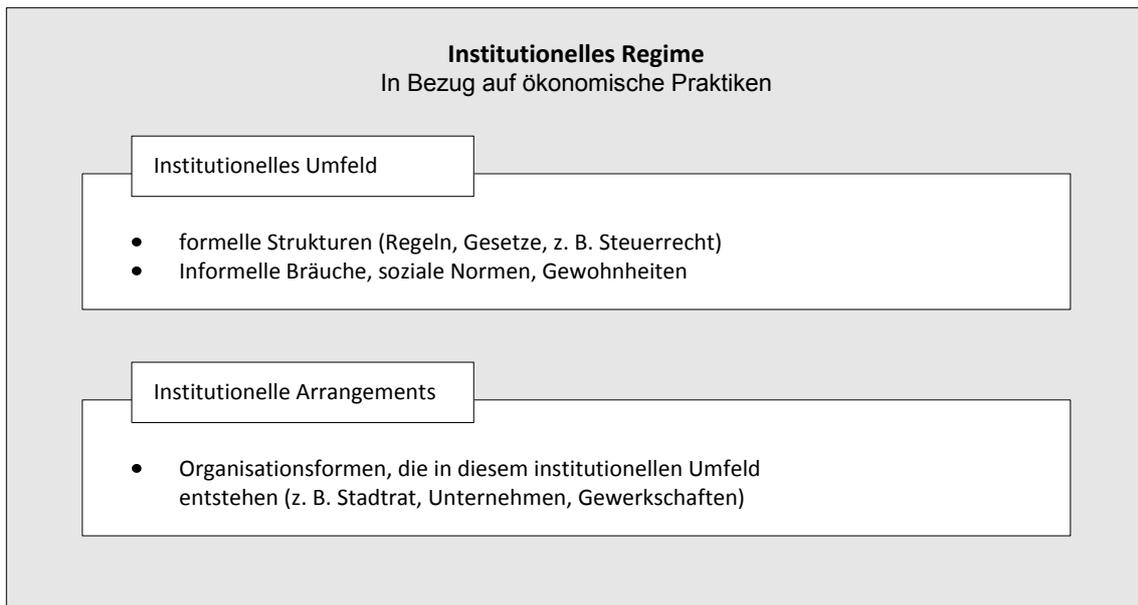
Grenzüberschreitende ökonomische Aktivitäten und ihre »Institutionellen Regime«

Zur Beantwortung der Fragestellungen werden empirische Arbeiten in zwei Abschnitten der östlichen EU-Außengrenze durchgeführt. Die untersuchten ökonomischen Handlungen von Kleinhändlern und Kleinunternehmern stellen nur einen Teil von deren alltäglichen Handlungen dar. Sie wurden ausgewählt, da sie einen starken Bezug zur Grenze aufweisen.

Für die Untersuchung der Entwicklung und räumlichen Orientierung der grenzbezogenen ökonomischen Aktivitäten ist die Betrachtung des institutionellen Umfeldes von wesentlicher Bedeutung. Ökonomische Handlungen sind verwoben mit Organisationsformen, sogenannten »Institutionellen Arrangements«, die in einem weiteren Kontext (»Institutional Environments«) zustande kommen (siehe Abb. 1). Die somit für ökonomisches Handeln wirksame Gesamtheit an Normen, Regeln, Gesetzen usw. kann auch mit dem Begriff des »Institutionellen Regimes« erfasst werden (vgl. Martin 2000). Die Erforschung der einzelnen Facetten dieses Umfeldes wird einen essentiellen Anteil der empirischen Arbeit darstellen; sie soll einen wesentlichen Teil der Antworten auf die Fragestellungen liefern.

3 Handlungsräume werden hier als soziale Konstrukte angesehen (vgl. Blotevogel 2005, S. 836), welche individuelle Handlungen strukturieren und gleichzeitig kontinuierlich von eben diesen reproduziert und verändert werden.

Abb. 1: Institutionelle Regime als Kontexte ökonomischen Handelns



Quelle: eigener Entwurf in Anlehnung an Martin (2000)

Weltweit laufen aus verschiedenen Gründen und in verschiedenen Geschwindigkeiten gesellschaftliche Transformationen ab. Zu den wesentlichen Merkmalen der Kontexte der hier betrachteten ökonomischen Handlungen zählen die Einflüsse der Transformationsentwicklungen⁴ der 90er Jahre in den Ländern Osteuropas. Die Entwicklung neuer Institutionen stellt für die Bewohner dieser Länder eine große Herausforderung dar. Sämtliche Akteure mussten sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten wiederholt mit neuen Gesetzen arrangieren und neue Abläufe erlernen. Dass der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft gerade für die Organisation ökonomischer Aktivitäten eine bedeutende Rolle spielt, steht dabei außer Frage.

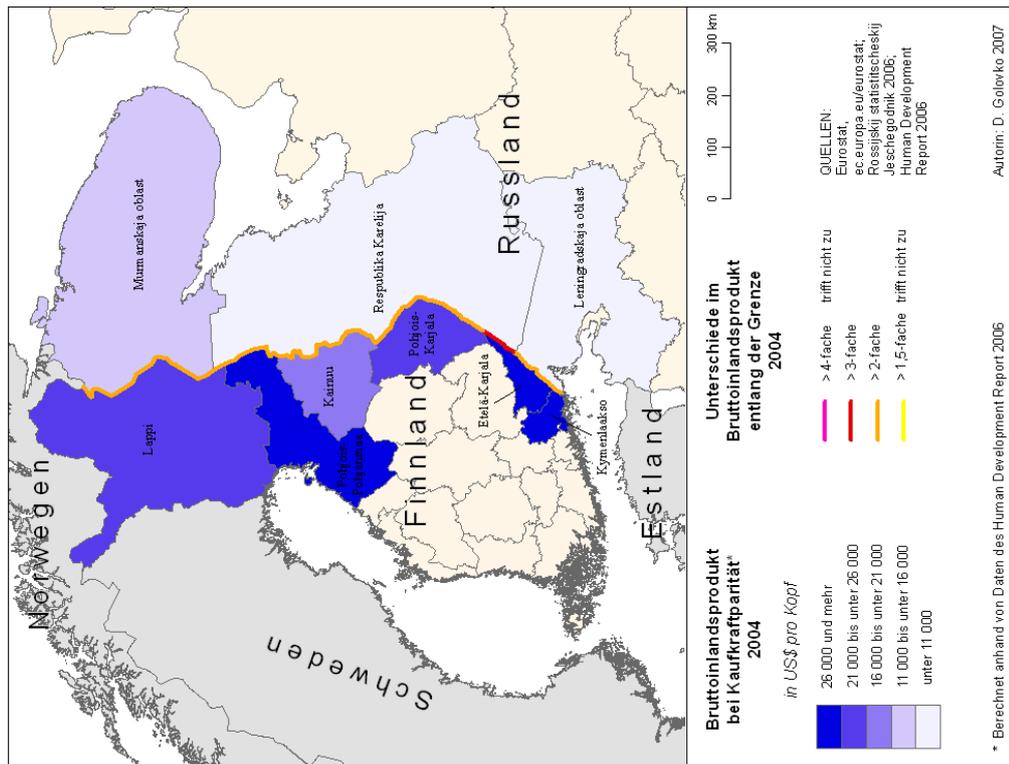
Die Transformationen haben in den verschiedenen osteuropäischen Ländern einen sehr vielfältigen Verlauf genommen. Die Länder gehen jeweils eigene Entwicklungswege, »die durch unterschiedliche historische, ökonomische, politische und nicht zuletzt räumliche Strukturen determiniert sind« (Ott 2000, S. 25). Gerade an der Ostgrenze der Europäischen Union, die zum großen Teil entlang ehemals sozialistischer Länder verläuft, treten diese Unterschiede im gesellschaftlichen Umbruch der letzten Jahrzehnte teilweise recht deutlich zutage.

Fallstudien an der östlichen EU-Außengrenze

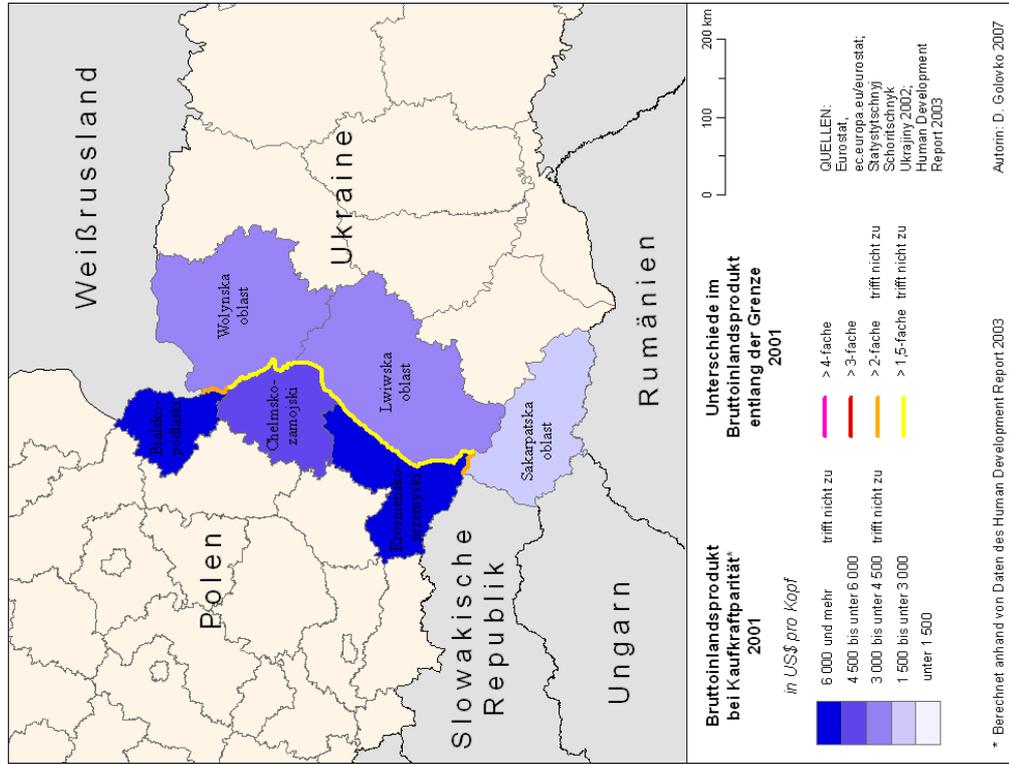
Für die Untersuchungen dieses Forschungsvorhabens wurden zwei Abschnitte der EU-Außengrenze gewählt, die einen kontrastreichen Vergleich erlauben. Das formale Grenzregime der EU-Außengrenze existiert an beiden Abschnitten gleichermaßen. Die lokal sehr unterschiedlichen Kontextbedingungen lassen jedoch auch sehr verschiedenartige Entwicklungen grenzüberschreitender Aktivitäten vermuten. Ein Blick auf Karten, die die Disparitäten der Wirtschaftskraft (hier beispielhaft dargestellt am Bruttoinlandsprodukt, siehe Abb. 2) entlang der Grenzen darstellen, zeigt an verschiedenen Abschnitten der EU-Außengrenze unterschiedliche Kontraste zwischen den sozioökonomischen Bedingungen

⁴ Transformation soll hier verstanden werden als ein struktureller und institutioneller Wandel, der sozialen Wandel als Anpassungsreaktion zur Folge hat (Dangschat 1997, S. 100).

Abb. 2: Disparitäten in den Fallstudienregionen
 Unterschiede im Bruttoinlandsprodukt an der finnisch-russischen Grenze, 2004



Unterschiede im Bruttoinlandsprodukt an der polnisch-ukrainischen Grenze, 2001



Quelle: Golovko (2007)

der angrenzenden Länder. Aber auch in Bezug auf die Art der institutionellen Umfeld der ökonomischen Handelns und andere Aspekte der gesellschaftlichen Transformationsprozesse haben wir es an diesen Abschnitten mit teilweise sehr unterschiedlichen Bedingungen zu tun.

Fallstudie in Karelien (Finnland/Russland)

Weit im Norden der östlichen EU-Außengrenze finden empirische Untersuchungen zu den grenzüberschreitenden Handlungen an einem Abschnitt der Grenze zwischen dem finnischen und dem russischen Karelien statt. Wenn die Grenze zwischen Finnland und Russland auch auf einen sehr bewegten geschichtlichen Hintergrund mit einer Vielzahl von Verschiebungen zurückblickt, so stellt dieser Abschnitt im Rahmen der Untersuchungen doch ein Beispiel für den schon länger bestehenden Verlauf der Außengrenze der Europäischen Union dar.

Finnland trat zu Beginn des Jahres 1995 der Europäischen Union bei; die Grenze zwischen Finnland und Russland wurde somit zu einem Abschnitt der EU-Außengrenze (vgl. Liikanen et al 2007). Das Schengener Abkommen ist an diesem Abschnitt seit dem Jahr 2000 wirksam. Das könnte bedeuten, dass die Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Grenze bereits besser erkannt und einige Kontextbedingungen von den Akteuren bereits stärker reflektiert wurden.

Nicht weniger bedeutend für die Ausübung der grenzbezogenen ökonomischen Aktivitäten könnten die aufeinander treffenden Gegensätze der jeweiligen nationalen gesellschaftlichen Entwicklungen sein. Die Finnen als Bewohner eines nordwesteuropäischen Landes mit stabilen demokratischen Strukturen leben hier an der Grenze zu Bürgern einer post-sozialistischen Gesellschaft, die mit den Umbrüchen der letzten Jahrzehnte kämpfen.

Dies bedeutet, dass sich die Akteure auf beiden Seiten der Grenze in sehr gegensätzlichen institutionellen Kontexten bewegen. Beispielsweise entwickelte sich Karelien auf der russischen Seite in den Jahrzehnten der Sowjetunion verstärkt als Rohstoffregion mit größeren Betrieben im Bereich des Holzabbaus. Diese Betriebe spielten eine bindende Rolle für sämtliche Alltagsaktivitäten der Bewohner (Piipponen 1999, S. 198). Nach der politischen Wende Ende der 80er Jahre und den darauf folgenden wirtschaftlichen Transformationen wurden viele der Betriebe, nachdem sie nun der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzt waren, geschlossen. Die Einbettung in diese Strukturen fiel somit vielerorts weg. Die institutionellen Umfeld der ökonomischen Handelns unterliegen großen Veränderungsprozessen. Dieser Umstand wirkt sich vermutlich auch auf die Gestaltung von Arrangements im Rahmen ökonomischer Aktivitäten – also auf formelle wie informelle Regeln, Normen und ungeschriebene Gesetze, die die Beziehungen grenzüberschreitender Akteure ausmachen – aus.

Fallstudie in Podkarpacie/Lvivskaja Oblast (Polen/Ukraine)

An der Grenze zwischen Polen und der Ukraine ist der Verlauf der EU-Außengrenze und der Außengrenze des Schengen-Raums eine sehr neue Tatsache, deren Konsequenzen sich gerade erst entwickeln.⁵ Die Grenze verläuft hier zwischen zwei ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes, die also in Bezug auf ihre Transformationsentwicklungen in den letzten Jahrzehnten einen ähnlichen sozialen und institutionellen Hintergrund aufweisen.

Dennoch weisen die Regionen beiderseits der Grenze auch wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Umfeldbedingungen ökonomischer Aktivitäten auf. Polen ist seit 2004 Mitglied

5 Die Regeln des Schengener Abkommens in Bezug auf die EU-Außengrenzen werden hier seit dem 21. Dezember 2007 angewendet, also seit dem Tag, an dem auch die Binnengrenzen zwischen Polen und Deutschland im Sinne des Schengener Abkommens geöffnet wurden.

der Europäischen Union, seit Ende 2007 gehört es dem Schengen-Raum an. Die damit verbundenen institutionellen Rahmenbedingungen sind für die Bewohner der grenznahen Gebiete somit noch relativ neu.

Ebenfalls neu sind die Bestimmungen des Schengen-Grenzregimes für die Bewohner des Nicht-EU-Landes Ukraine. Noch bis Ende des vergangenen Jahres stellte z. B. der grenzüberschreitende Kleinhandel eine wesentliche Lebensgrundlage für nicht wenige Bewohner der polnisch-ukrainischen Grenzregion dar. Die nun geltenden Visa- und Zollbestimmungen erschweren jegliche Art von Grenzüberschreitung und verändern somit den Kontext der grenzüberschreitenden ökonomischen Aktivitäten. Die Regulierungen der EU-Außengrenze sind noch immer in Veränderung begriffen. So ist beispielsweise die genaue Ausführung einer Regulierung zum Kleinen Grenzverkehr weiterhin in Diskussion.⁶

Schluss und Ausblick

Die Formalität der politischen EU-Außengrenze ist in beiden Grenzrelationen gleich, und doch existieren sehr verschiedene Kontextbedingungen. Die Untersuchung der in diesen Kontexten angesiedelten Akteure und ihrer Handlungen soll Erkenntnisse über die verschiedenen kontextspezifischen Raumkonstruktionen entlang der EU-Außengrenze ermöglichen. Dabei sind auch Erkenntnisse darüber zu erwarten, wie sich die unterschiedlichen Entwicklungsprozesse des gesellschaftlichen Umbruchs in Osteuropa auf die Handlungsmöglichkeiten von Bewohnern der EU-Grenzregionen auswirken.

Literatur

- BLOTEVOGEL, H. H. (2005): Raum. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ed.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover, ARL, 831–841.
- DANGSCHAT, J. (1997): Sozialer Wandel in der Stadt – Beispiel Ostdeutschland. In: KOVACS, Z. & WIEßNER, R. (eds.): *Prozesse und Perspektiven der Stadtentwicklung in Ostmitteleuropa*. Passau, 97–122.
- EUROPEAN COMMISSION (2000): *The Schengen acquis. Official Journal of the European Communities L239, 22/09/2000*.
- EUROPEAN COMMISSION (2004): *European Neighbourhood Policy (COM(2004) 373 final)*.
- GOLOVKO, D. (2007): Entwicklung und Erstellung einer Kartenserie mittels ArcGIS zum Projekt »Geographie[n] an den Rändern des Europäischen Projekts«. (unveröffentlichte Karten). Leipzig.
- LIIKANEN, I., et al (2007): *Karelia – a cross-border region? The EU and cross-border region-building on the Finnish-Russian border*, Joensuu, University of Joensuu, Karelian Institute.
- MARTIN, R. (2000): Institutional Approaches in Economic Geography. In: SHEPPARD, E. & BARNES, T. J. (eds.): *A Companion to Economic Geography*. Oxford, Malden, Blackwell Publishers Ltd., 77–94.
- OTT, T. (2000): Angleichung, nachholende Modernisierung oder eigener Weg? Beiträge der Modernisierungstheorie zur geographischen Transformationsforschung. In: *Europa Regional*, 8, 20–27.
- PIIPPONEN, M. (1999): Transition in the forest sector of the Republic of Karelia, Russia. In: *Fennia*, 177, 185–233.

⁶ Die Regelung des »Kleinen Grenzverkehrs« umfasst die Grenzüberschreitung von Anwohnern eines ausgewiesenen Gebietes entlang der Grenze. Laut den EU-Gesetzen ist es den entsprechenden Ländern möglich, bilateral vereinbarte Maßnahmen zu ergreifen, die sehr unterschiedlich aussehen können.

- REUBER, P. (2006): Die Grenzen Europas als soziale und politische Ordnungen. In: KULKE, E., MONHEIM, H. & WITTMANN, P. (eds.): *Grenzwerte. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. (55. Deutscher Geographentag Trier 2005)*. Berlin, Leipzig, Trier, DGfG, 23–32.
- SIMMEL, G. (1908/2006): Der Raum und die räumliche Ordnung der Gesellschaft. In: EIGMÜLLER, M. & VOBRUBA, G. (eds.): *Grenzsoziologie*. Wiesbaden, 15–23.
- VAN HOUTUM, H. (2004): Borders of Comfort: Spatial Economic Bordering Processes in the European Union (EU). *54. Deutscher Geographentag Bern 2003*. 533–542.
- VAN HOUTUM, H. (2005): The Geopolitics of Borders and Boundaries. In: *Geopolitics*, 10, 672–679.

***IV. Räume: Städte und
Gemeinden im Wandel***

Der ländliche Raum in Russland: Lokale Selbstverwaltung beeinflusst vom Erbe des Kolchoz

Die jüngste Reform der lokalen Selbstverwaltung in Russland führte vor allem die Kommunen im ländlichen Raum in einen Zustand von Überlastung und verstärkter finanzieller Abhängigkeit. Der vorliegende Beitrag untersucht, welche informellen Arrangements auf lokaler Ebene getroffen wurden, um in dieser Situation dennoch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zu ermöglichen, welche Legitimitätsvorstellungen und Verantwortlichkeiten ihnen zugrunde liegen und wie sie – zum Teil noch aus sowjetischer Zeit stammend – eine effektive Dezentralisierung auf lokaler Ebene beeinflussen können.

Rechtlicher Hintergrund zur lokalen Selbstverwaltung in Russland

Offiziell existiert eine gesetzliche Grundlage der lokalen Selbstverwaltung in Russland seit dem Beginn der Transformation. Das 1995 verabschiedete erste Gesetz zur lokalen Selbstverwaltung beinhaltet jedoch weder eine klare Definition des Aufgabenbereichs der Kommunen (vgl. CFP 2008: 4) noch eindeutige Regelungen zum kommunalen Finanzsystem (Chernyavsky 2004: 252f). Von einer konsequenten Umsetzung konnte aufgrund derartiger Unklarheiten während der 1990er Jahre keine Rede sein (vgl. Gelman 2004: 89ff). Lediglich die Schwäche des Zentralstaats erlaubte es der lokalen Verwaltungsebene, in einigen Regionen eine gewisse Bedeutung zu erlangen.

Mit den verstärkten zentralistischen Tendenzen unter Präsident Putin sowie der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 131 »Über die allgemeinen Prinzipien der Organisation lokaler Selbstverwaltung in der Russischen Föderation«¹ im Jahr 2003 (in Kraft seit 2006) änderte sich diese Situation. Als entscheidende Neuerung definiert das Gesetz erstmals den Aufgabenbereich der Kommunen im Hinblick auf lokale soziale und kulturelle Infrastruktur. Darüber hinaus kategorisiert es verschiedene Typen lokaler Einheiten mit unterschiedlichen Kompetenzen und legt Richtlinien für Formen lokaler Partizipation fest (z. B. Wahlen oder Dorfversammlungen). Anlass zur Kritik bietet das Gesetz im Hinblick auf finanzielle Fragen. Da die Kommunen nach der Reform kaum noch über eigene Einnahmen durch Steuern verfügen, sind sie zur Finanzierung ihrer Ausgaben zunehmend von Subventionen aus dem nationalen Budget abhängig (vgl. CFP 2008: 4ff). Eine flexible Handhabung des eigenen Budgets ist unter diesen Voraussetzungen kaum möglich und Kritiker erkennen bereits eine schleichende »Verstaatlichung« der lokalen Finanzen (vgl. Chernyavsky und Vartapetov 2004: 261). Im Kontrast zum offiziell proklamierten Ziel der Reform, die Effektivität lokaler Selbstverwaltung und damit die sozioökonomische Entwicklung auf lokaler Ebene zu fördern (vgl. Lapin et al 2006: 81), schränke das Gesetz letztendlich deren Entwicklungsmöglichkeiten ein (vgl. Urban Institute 2007: o.S.). Um in dieser Situation dennoch das neu definierte Aufgabenspektrum bewältigen zu können, sind im ländlichen Raum zahlreiche lokale und zum Teil informelle Arrangements zwischen Behörden, lokalen Eliten und der Bevölkerung getroffen worden, die teilweise deutliche Züge der sowjetischen Vergangenheit tragen.

1 »Ob obščich principach organizacij mestnogo samoupravlenija v Rossijskoj Federacii« (Föderales Gesetz Nr. 131), Gesetzestext verfügbar unter <http://document.kremlin.ru/doc.asp?ID=19445&PSC=1&PT=1&Page=1> (zuletzt abgerufen: 17.7.2008).

Kolchoz und kommunale Selbstverwaltung im sowjetischen System

Der Alltag im ländlichen Raum war im sowjetischen System maßgeblich geprägt von der dominanten Rolle der landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe (Kolchoz), deren Funktion bei weitem die einer reinen Produktionsstätte von Agrarerzeugnissen überstieg. Im Hinblick auf die gegenwärtige Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung verdienen dabei vor allem zwei Aspekte besondere Beachtung: Das dritte Musterstatut, eine Richtlinie für die interne Organisation landwirtschaftlicher Kollektivbetriebe (vgl. Lindner 2008: 72ff), räumte dem Kolchoz explizit die Möglichkeit einer tragenden Rolle innerhalb der Kommunalverwaltung ein. So durfte er soziale Einrichtungen der lokalen Infrastruktur erwerben, bauen oder sich an deren Unterhalt beteiligen, sofern dies den Zielen der Genossenschaft diene. Das Engagement des Kolchoz stellte dabei häufig keine Ergänzung der lokalen Selbstverwaltung dar. Letztere wurde von den Kollektivbetrieben faktisch vielmehr vollständig übernommen (vgl. Pickvance 1998: 307) bzw. wurde der Kolchoz mit den lokalen Verwaltungsorganen »verschmolzen« (Lindner 2008: 81ff).

Eine zweite zentrale Funktion des Kolchoz war mit der persönlichen Nebenerwerbswirtschaft der Kolchozarbeiter verknüpft. Diese Form der privaten Hoflandwirtschaft hatte trotz aller offiziellen Anstrengungen, den privaten Sektor zurückzudrängen, im sowjetischen System und darüber hinaus Bestand und trug einen erheblichen Teil zur Versorgung der Landbevölkerung mit Grundnahrungsmitteln bei. Zum Kolchoz entwickelte sich dabei eine symbiotische Beziehung des wechselseitigen Austauschs von privat produzierten Erzeugnissen (zur Sicherung der Planerfüllung) gegen die Bereitstellung von technischen Geräten, Saatgut, Futter oder Düngemitteln seitens des Kollektivbetriebs (vgl. Lindner 2008: 84ff).

Sowjetisches Erbe: Die Praxis lokaler Selbstverwaltung im ländlichen Raum

Die folgende empirische Argumentation basiert auf der inhaltsanalytischen Auswertung von 78 Leitfadeninterviews, die in den Jahren 2006 und 2007 in Dörfern der Regionen Penza, Perm und Adygeja geführt wurden. Befragt wurden dabei überwiegend Vertreter der Lokalverwaltungen, aber auch Offizielle auf Bezirksebene, Mitarbeiter lokaler Institutionen wie Schulen oder Kulturhäuser, sowie »einfache« Dorfbewohner.²

Kolchoz und administrative Sphäre: Die zentrale Funktion der Landwirtschaftsbetriebe in der administrativen Sphäre, d. h. bei der praktischen und finanziellen Unterstützung der Bereitstellung von Dienstleistungen, ist laut Aussagen von Dorfbewohnern und Offiziellen weitgehend ungebrochen. Ihr Aufgabenspektrum reicht von der Bereitstellung von technischen Geräten zur Instandhaltung von Strassen über die finanzielle Unterstützung von Schulen und Kindergärten bis hin zur Rolle als »allgemeiner Geldgeber« für lokale Infrastrukturprojekte. Die Einstellung von Vertretern der Betriebsleitung gegenüber dieser Funktion ist jedoch ambivalent: Während einerseits wiederholt die fehlende Reziprozität und die Unwirtschaftlichkeit dieser Form der Unterstützung beklagt wird, schwingt in vielen Aussagen gleichzeitig auch ein latentes Verantwortungsgefühl gegenüber der Kommune mit, das ein Einstellen der Leistungen verbietet:

Nun, wie hilft unser Betrieb zum Beispiel den Dorfbewohnern. (...) Umsonst können wir jetzt nicht mehr arbeiten. Deswegen stehen der Zusammenarbeit vor allem finanzielle Fragen im Wege. Aber um die Strassen im Dorf kümmern wir uns noch,

² Da es sich bei den vorliegenden Interviews im Hinblick auf das Gesamtprojekt nur um eine Einstiegshebung handelt, bedürfen die im Folgenden dargestellten Ergebnisse überwiegend noch weiterer Untersuchung.

auch wenn das für uns nicht profitabel ist, aber hier leben wir, was soll man machen.
(Direktor eines landwirtschaftlichen Betriebs, Region Perm, 2006)

Doch die scheinbare Kontinuität täuscht: Im Gegensatz zur sowjetischen Vergangenheit, als der Kolchoz für die Dorfverwaltung als konkreter Ansprechpartner im Hinblick auf lokale Dienstleistungen fungierte, scheinen mittlerweile zunehmend individuelle Arrangements zwischen Administration und lokalen (Einzel-) Unternehmern zu dominieren, die je nach Bedarf immer wieder neu ausgehandelt werden. Als relativ neues Phänomen wurden in diesem Zusammenhang in einigen Dörfern sogenannte Unternehmerräte (Sovet predprinimatelej) gegründet, deren Aufgabe unter anderem darin besteht, die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den lokalen privaten Sektor zu koordinieren. Formen praktischer Unterstützung werden meist informell zwischen Administration und Unternehmern ausgehandelt, wobei letztere häufig sehr günstige Konditionen anbieten. Eine Bürgermeisterin aus der Region Perm berichtet im Jahr 2006 beispielsweise:

Wir haben zum Beispiel für die Reinigung der Wege eine Abmachung mit Viktor Ivanovič getroffen. Wir tanken seinen Traktor, wir bezahlen den Traktorfahrer, aber er nimmt von uns keine Miete. Wenn der Traktor kaputt geht, bezahlt er ihn auf eigene Rechnung.

Die steigende Zahl von Verhandlungen mit verschiedenen privaten oder halb-staatlichen Akteuren, deren Handlungsmöglichkeiten nunmehr auch von Marktmechanismen beeinflusst werden, erhöht die Komplexität der Rahmenbedingungen, unter denen solche Arrangements getroffen werden. Den Dorfadministrationen verlangen sie damit ein ungewohnt hohes Maß an Kreativität, Flexibilität und Eigenverantwortung ab, dem sich nicht alle Kommunen gewachsen fühlen, so dass die aktuelle Situation entsprechend häufig als hoffnungslos wahrgenommen wird.

Während Offizielle die veränderten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen jedoch grundsätzlich erkannt haben und ihre Erwartungen und Strategien schrittweise anpassen, betrachten die Dorfbewohner die Aktivität des – auch heute noch so bezeichneten – »Kolchoz« im Rahmen der Kommunalverwaltung als selbstverständlich. Aufforderungen zur finanziellen Beteiligung der Bewohner sind in ihren Augen illegitim. Offizielle fühlen sich angesichts dieser Haltung und der damit verbundenen Konsequenzen weitgehend machtlos. In einem Dorf der Region Adygeya wurde beispielsweise die Wasserversorgung aufgrund der schlechten Zahlungsmoral der Dorfbewohner eingestellt, was eine Mitarbeiterin der Dorfschule auf die aus der Kolchoz-Vergangenheit resultierende Anspruchshaltung zurückführt:

S: Es gab den Kolchoz...

R: Sie [die Dorfbewohner, Anm. EM] haben einmal nicht gezahlt – und jetzt ist das in ihrer Natur. Das Problem ist, dass wir uns nicht daran gewöhnt haben [selbst zu zahlen, Anm. EM], deswegen weigern wir uns auch weiterhin...

Persönliche Nebenerwerbswirtschaften: Durch die veränderten strukturellen Rahmenbedingungen hat sich die ehemals symbiotische Beziehung zwischen Dorfbewohnern und Kolchoz gelöst. Die geringere Bereitschaft der Landwirtschaftsbetriebe, die privaten Hoflandwirtschaften zu unterstützen, führt zu sinkender Rentabilität und folglich zum Rückgang dieser individuellen Form des Wirtschaftens. Auf diese Entwicklung reagieren viele Dorfbewohner mit einer passiven und resignativen Grundhaltung. Möglichkeiten, die persönliche Situation durch Eigenverantwortung und individuelles Engagement zu verbessern, werden selten wahrgenommen.

Fazit

Der Aufbau neuer bzw. die Restrukturierung alter Netzwerke (vgl. dazu auch Pickvance 1997: 315ff) und das Bemühen um individuelle Arrangements deuten darauf hin, dass lokale Offizielle und Unternehmer ihre Handlungsstrategien schrittweise entlang der neuen strukturellen Rahmenbedingungen ausrichten. Eine solch aktive Rolle der kommunalen Administration findet sich zwar noch nicht in allen Dörfern, jedoch scheint der überwiegende Teil der lokalen Offiziellen von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Auch wenn informelle Arrangements zwischen Lokalverwaltung und Unternehmern kein offizieller Bestandteil des zugrunde liegenden Konzepts lokaler Selbstverwaltung sind, versetzen sie die Kommunen doch in die Lage, ihr neues Aufgabenspektrum bewältigen zu können. Ein Stolperstein für die effektive Implementierung lokaler Selbstverwaltung könnte es hingegen sein, dass eine Form der Eigenverantwortung und Partizipationsbereitschaft seitens der Dorfbewohner vorausgesetzt wird, die nicht zuletzt aufgrund des sowjetischen Erbes im ländlichen Raum (noch) nicht existiert.

Literatur

Center for Fiscal Policy (CFP) (2008): Analytical Work on Indicators of Effectiveness of Local Governments in the Context of Decentralization Reform in Russia. Unveröffentlichter Report. Moskau.

Chernyavsky, Andrei and Karen Vartapetov (2004): Municipal Finance Reform and Local Self-Governance in Russia. In: Post-Communist Economies, Vol. 16, No. 3. S. 251–263.

Gelman, Vladimir (2004): Federal Policies toward Local Government in Russia: The Process of Institution Building. In: Evans, Alfred B. und Vladimir Gelman (Hrsg.) (2004): The Politics of Local Government in Russia. New York. S. 85–103.

Lapin, Vladimir A., Aleksej V. Krestjanov und Irina N. Konovalova (2006): Osnovy Mestnogo Samoupravlenija. Moskau.

Lindner, Peter (2008): Der Kolchoz-Archipel im Privatisierungsprozess. Bielefeld.

Pickvance, Chris (1997): Mediating Institutions in the Transition from State Socialism: The Case of Local Government. In: Grabher, Gernot und David Stark (Hrsg.) (1997): Restructuring Networks in Post-Socialism. New York. S. 305–323.

Urban Institute (2007): Comprehensive Socio-Economic Development of Russian Municipalities: Problems and Perspectives. Online-Report. http://www.urbaneconomics.ru/eng/publications.php?folder_id=19&mat_id=65&page_id=247, Download am 10.07.2008.

Christian Smigiel

Sozialräumlicher Wandel in Stadtregionen des östlichen Europa. Eine Bestandsaufnahme des Aufkommens einer neuer Wohnform: Geschlossene und bewachte Wohnkomplexe in der bulgarischen Hauptstadt Sofia

Osteuropäische Gesellschaften haben seit dem Beginn der 1990er Jahre eine Vielzahl von politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen erfahren. Nirgends ist dies eindeutiger zu beobachten als in den Metropolen osteuropäischer Staaten. Neue ökonomische Wachstumspole in unmittelbarer Nähe zu verfallenden Altindustrieanlagen symbolisieren das Nebeneinander von ökonomischem Auf- und Abschwung. Diese Gleichzeitigkeit von Auf- und Abwertungsprozessen lässt sich ebenfalls im Bereich des Wohnens beobachten. Gentrifizierung von innerstädtischen Gebieten, sozialräumliche Marginalisierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen in prekären Wohnlagen und anhaltende Wohnsuburbanisierung sind nur einige charakteristische Schlagworte, die die sozialräumlichen Veränderungen im Bereich des Wohnens beschreiben (u. a. Hill und Wiest 2004, Kovács und Wießner 1999, Krupickaite und Standl 2004, Steinführer 2001).

Die diesen Prozessen zugrunde liegende These, dass Stadtregionen im östlichen Europa einer zunehmenden Fragmentierung und sozialräumlichen Segregation unterworfen sind, ist vor allem deshalb interessant, weil derartige Entwicklungen erst seit kurzem zu beobachten sind. Während der sozialistischen Stadtentwicklung hatte Segregation als Projektion sozialer Ungleichheit im Raum keine auch nur annähernd vergleichbare Bedeutung. Grundsätzlich war »die Wohnungsallokation keine Frage des Vermögens und Einkommens, sondern der wohnungspolitischen Vergabe- und Zuteilungspraxis« (Weclawowicz 1993, S.16). Seitdem haben sich die Verhältnisse infolge der Privatisierung des Wohnungsbestandes, des Rückzugs öffentlicher Institutionen aus dem Bereich des Wohnungswesens, des Markteintritts privater Akteure und einer einsetzenden sozialen Differenzierung wesentlich verändert. Diese strukturellen Veränderungen haben dazu geführt, dass sich allmählich Wohnungsmärkte herausbilden, Wohnquartiere sich ausdifferenzieren und zudem neue Wohnformen entstehen. Hinsichtlich des letztgenannten Punktes sind vor allem Formen des geschlossenen und bewachten Wohnens zu nennen, die mittlerweile überall in osteuropäischen Metropolen zu finden sind. Es handelt sich hierbei um geschlossene und bewachte Wohnkomplexe (sogenannte *gated communities*), die als private Wohngebiete durch Zaun, Mauer oder natürliche Barrieren dem öffentlichen Zugang entzogen sind und darüber hinaus durch Videoüberwachung, Sicherheitsdienste oder elektronische Systeme kontrolliert werden. Zueigen ist allen diesen Wohnanlagen, dass Geschlossenheit und Bewachung über den individuellen Wohnbereich hinausgeht.

Dass diese Form des Wohnens mittlerweile mehr als ein Nischenelement ist, belegen neueste Studien aus osteuropäischen Stadtregionen. Als prägnantes Beispiel hierfür kann die polnische Hauptstadt Warschau angeführt werden, wo es nach neuesten Untersuchungen bereits über 400 dieser geschlossenen und bewachten Wohnkomplexe (GBW) gibt (Mojkowski und Owczarek 2008). Aber auch in anderen osteuropäischen Metropolen handelt es sich bei ihnen nicht um singuläre Erscheinungen. Vielmehr kann festgehalten werden, dass von St. Petersburg im Norden bis Sofia im Süden in nahezu allen osteuropäischen Agglomerationen GBW zu einem essentiellen Bestandteil der prosperierenden Wohnungsmärkte im östlichen Europa geworden sind.

Der Trend zum bewachten Wohnen ist auch in der bulgarischen Hauptstadt Sofia offensichtlich. Ablesbar ist er an den mehr als 50 GBW, die in den letzten Jahren entstanden sind bzw. noch entstehen werden. Insbesondere seit dem Jahr 2002, mit dem Markteintritt zahlreicher internationaler Firmen in einen bis dahin unterentwickelten Wohnimmobilienmarkt, ist eine erhebliche Dynamisierung zu erkennen. Fast 90 % der GBW sind seitdem errichtet worden, wobei ein Trend zu immer größeren Anlagen zu erkennen ist. Die größte momentan noch in der Entstehungsphase befindliche GBW ist für mehr als 2500 Bewohner ausgelegt. Auffällig ist zudem, dass nahezu alle GBW im Süden Sofias in der Nähe des Naturparks Vitosha errichtet werden. Die räumliche Konzentration in der Nähe landschaftlich attraktiver Gebiete markiert eine der Hauptstrategien internationaler Betreiber, die ihre GBW als eine Kombination von Exklusivität und Sicherheit, intakter Natur und internationalem Flair vermarkten. Erkennbar ist dies neben der räumlichen Clusterung im prestigereichen Süden Sofias auch an der Namensgebung. Mehr als 50 % der GBW tragen Namen wie Mount View Sofia, Green City, Bistrice Gardens, Vitosha Tulip oder Simeonovo River Park und haben somit entweder einen direkten naturräumlichen Bezug oder einen Bezug zu einem prestigeträchtigen Wohnviertel im Süden Sofias. Des Weiteren ist zu erkennen, dass circa 80 % der GBW internationale Namen tragen. Zahlreiche Interviews mit Betreibern und Bauherren haben ergeben, dass diese marketingtechnische Maßnahme in erster Linie die Exklusivität und den internationalen Standard der Wohnanlage hervorheben soll. In Anbetracht der Tatsache, dass westeuropäische oder nordamerikanische Produkte generell ein hohes Ansehen in der bulgarischen Öffentlichkeit genießen und sich in vielen Bereichen an westlichen Vorbildern orientiert wird, verwundern diese Namensgebungen keineswegs.

Weitere Ursachen sind die Kundenorientierung auf internationale Anleger und Ausländer, die in Bulgarien arbeiten. Diese beiden Gruppen stellen neben einer kleinen wohlhabenden Schicht der bulgarischen Bevölkerung, die sich diese Form des Wohnens leisten kann, die Hauptkundengruppe für GBW-Anbieter dar. An den genannten Punkten ist zu erkennen, dass es sich bei den geschlossenen und bewachten Wohnkomplexen auch um ein Immobilienprodukt handelt, das von internationalen Immobilienfirmen und Finanzinstitutionen strategisch vertrieben wird. Belegt wird diese Annahme auch durch die Tatsache, dass in vielen osteuropäischen Metropolen geschlossene und bewachte Wohnkomplexe ähnlichen Typs mit teilweise gleicher Namensgebung zu finden sind.

Was bedeutet dieser Boom der geschlossenen und bewachten Wohnkomplexe nun für die sozialräumliche Entwicklung Sofias? Handelt es sich um einen Trend, der lediglich aufgrund der Angebote internationaler Immobilienfirmen entstanden ist und dessen Ursachen somit im globalen Immobiliengeschäft zu suchen sind? Oder sind individuelle Wohnwünsche und traditionelle Wohnparadigma entscheidend für ihn verantwortlich? Welche gesellschaftlichen Diskurse und institutionellen Rahmenbedingungen liegen seiner Dynamik zugrunde? Und welche soziodemographischen Strukturen lassen sich bei der Betrachtung der Bewohner erkennen?

Diese Fragen, die Hauptgegenstand des Promotionsvorhabens des Autors sind, lassen sich beim jetzigen Stand der Forschungen nur teilweise beantworten. Bezüglich der sozialräumlichen Entwicklung ist jedoch festzuhalten, dass GBW sozialräumliche Segregation verstärken. Es ist erkennbar, dass es sich um eine freiwillige Segregation vor allem junger und wohlhabender Bevölkerungsgruppen handelt. Am Beispiel des geschlossenen und bewachten Wohnkomplexes »Maxi Club Green City« in Sofia, einem Apartmentkomplex mit 360 Wohneinheiten und diversen Freizeit- und Dienstleistungsangeboten, der im Rahmen des Promotionsvorhabens untersucht wird, ist zu erkennen, dass zwei Drittel der Bewohner jünger als 35 Jahre sind und über ein (im Vergleich zum bulgarischen Durchschnitt) sehr hohes Einkommen verfügen. Hinsichtlich der Sozialstruktur ist weiterhin offensichtlich, dass überwiegend Haushalte mit Kindern in diesem GBW wohnen: 75 % der Haushalte sind Haushalte mit

Kindern. Nicht nur in diesen drei Punkten unterscheidet sich dieser GBW wesentlich von der Mehrzahl der Sofioter Wohnviertel, die in großer Zahl von einem rapiden Alterungsprozess der Wohnbevölkerung und einer geringen Kinderzahl gekennzeichnet sind. Des Weiteren ist die Internationalität der Bewohnerschaft ein besonderes Kennzeichen des »Maxi Club Green City«. Zwar ist mit knapp 60 % die Mehrheit der Bewohner Bulgaren. Dementsprechend sind aber 40 %(!) der Bewohner Ausländer. Sie kommen aus nicht weniger als 17 verschiedenen Nationen und belegen damit die These, dass GBW auch als Wohnstätte für international tätige Akteure von Bedeutung ist. Ein weiteres Merkmal der Sozialstruktur im GBW »Maxi Club Green City« ist der hohe Anteil von Hochschulabsolventen und selbständigen Berufstätigen. 87 % der Bewohner haben einen Hochschulabschluss. Aber vor allem ist die Vielzahl von Selbständigen auffällig. Knapp 50 % der erwerbstätigen Bewohner sind selbständig und knapp jeder Fünfte führt gar ein Unternehmen mit mehr als fünf Angestellten.

Trotz dieser scheinbaren soziostrukturellen Homogenität der Bewohnerschaft kann nicht von einer Gemeinschaft oder *community* gesprochen werden, was der häufig im Fall von GBW verwendete Terminus *gated community* impliziert. Vielmehr äußerte die Mehrheit der Bewohner die Meinung, dass es kein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl zwischen den Bewohnern im »Maxi Club Green City« gibt. Dies belegt die Tatsache, dass mehr als 60 % der befragten Bewohner keinerlei Beziehungen zu ihren Nachbarn haben und sie auch nicht namentlich kennen. Für eine Vielzahl der Bewohner ist ein *community feeling*, mit dem die Anlage interessanterweise auch beworben wird, nicht weiter von Interesse. Vielmehr ist zu beobachten, dass die Bewohnerschaft dieses geschlossenen und bewachten Wohnkomplexes relativ stark fragmentiert ist. Zusätzlich dokumentiert wird dies durch die Tatsache, dass für die Mehrheit der Bewohner nicht Gemeinschaftsgefühl, freundschaftliche Netzwerke oder familiäre Bindungen die Hauptmotive des Zuzugs darstellen. Der primäre Grund war die Sauberkeit und Ruhe des Wohnkomplexes, verbunden mit dem Aspekt der Sicherheit. Hieran lässt sich ablesen, dass geschlossene und bewachte Wohnkomplexe scheinbar eine Art Angebotslücke schließen, die auf dem Wohnungsmarkt in Sofia im Bereich des Hochpreissegments bisher bestand. Es handelt sich also um eine Art Wohnpräferenz einkommensstarker Bevölkerungsschichten, die der Wohnungsmarktsituation in Sofia mit ihrer Knappheit an exklusivem Wohnraum und den Angebotsstrategien internationaler Immobilienbetreiber geschuldet ist, aber auch der Wirkmächtigkeit öffentlicher Diskurse.

Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem die Bedeutung des Themas Sicherheit in der bulgarischen Öffentlichkeit. Obwohl Sofia im europäischen Vergleich durchaus als sichere Stadt bezeichnet werden kann – die im Bereich der Kapitalverbrechen zum Beispiel eine wesentlich geringere Quote als Amsterdam oder Brüssel aufweist – spielt das Thema Sicherheit in der Öffentlichkeit eine große Rolle. Erkennbar ist dies auch an der Vielzahl der diversen Sicherheitsunternehmen, die vor fast jeder Serviceeinrichtung in Sofia zu finden sind. Diesem Trend zur Kontrolle liegt eine Art diffuses Unsicherheitsgefühl zugrunde, das nicht zuletzt Resultat der turbulenten Transformation ist. Im Zuge der Transformationsjahre kam es zu zahlreichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen, die vor allem das Vertrauen in öffentliche Institutionen erheblich sinken ließen. In kaum einem Land der Europäischen Union haben öffentliche Institutionen derzeit ein geringeres Ansehen in der Bevölkerung als in Bulgarien (Schüler 2008). Es findet seinen Ausdruck auch darin, dass öffentlichen Institutionen der Schutz der eigenen Wohnung nicht zugetraut wird. Demzufolge ist es nicht überraschend, dass die Mehrzahl der Sofioter Wohnungen inzwischen von einer Sicherheitsfirma überwacht wird. Hieran erkennt man, dass das Thema Sicherheit nicht nur bezüglich der geschlossenen und bewachten Wohnkomplexe von großer Relevanz ist. Es ist vielmehr ein gesellschaftliches Phänomen, weshalb die GBW auch als Ausdruck einer »gesellschaftlichen Unsicherheit« interpretiert werden können, die sich in Kombination mit den Vermarktungsstrategien internationaler Immobilienbetreiber zunehmender Beliebtheit

erfreut. Neueste Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojekts¹, bei dem 450 Bewohner von fünf unterschiedlichen Wohnquartieren² in Sofia befragt wurden, zeigen denn auch, dass unabhängig von Alter, Bildungsgrad oder Einkommen GBW zu einer der populärsten Wohnformen zählen, in die die Mehrheit der Sofioter Befragten bei entsprechenden finanziellen Ressourcen sofort umziehen würde.

Literatur

- Hill, A. u. K. Wiest (2004): Gentrification in ostdeutschen Cityrandgebieten? Theoretische Überlegungen zum empirischen Forschungsstand. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde*. S. 25–39.
- Kovács, Z. u. R. Wießner (1999): Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung in Budapest. Zur Entwicklung der innerstädtischen Wohnquartiere im Transformationsprozess. *Beiträge zur Regionalen Geographie* 48.
- Mojkowski, K. u. Owczarek, D. (2008): Results of an in-depth survey of gated and guarded housing in Warsaw (unveröffentlichtes Manuskript).
- Krupickaite, D. u. H. Standl (2004): Gentrification in the old town of Vilnius, Lithuania. In: *Europa Regional* 12(1), S. 42–51.
- Steinführer, A. (2004): Wohnstandortentscheidungen und städtische Transformation – vergleichende Fallstudien in Ostdeutschland und Tschechien. Wiesbaden.
- Schüler, S. (2008): Zur politischen Kultur im heutigen Bulgarien. In: *Südosteuropa-Mitteilungen* 02/2008, S. 82–98.
- Weclawowicz, G. (1993): Die sozialräumliche Struktur Warschaus – Ausgangslage und postkommunistische Umgestaltung. Institut für Stadt und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ISR-Forschungsberichte, 8).

1 Von der DFG gefördertes Projekt zum sozialräumlichen Wandel in Wohnquartieren ausgewählter Stadtregionen des mittleren/östlichen Europa, das am Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig bearbeitet wird (BR 1729/2-1).

2 Bei diesen Wohnquartieren handelt sich um zwei innerstädtische Wohnquartiere, die in der Zwischenkriegszeit bzw. in den 1950er Jahren entstanden sind (Lozenetz und Oborischte). Zwei weitere Wohnquartiere sind sogenannte Großwohnsiedlungen (Mladost und Druschba), die in den 1970er und 1980er Jahren errichtet wurden. Weiterhin handelt es sich um ein suburbanes Fallstudiengebiet (Pancharovo).

Anja Erdmann

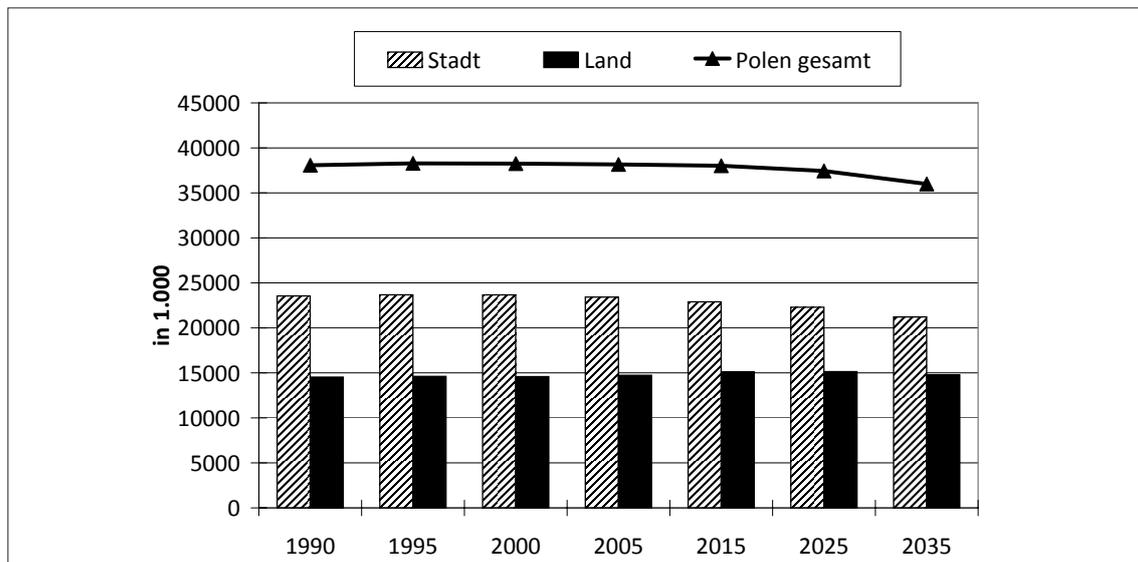
Der demographische Wandel in Polen und seine Folgen für die Stadtentwicklung

Mit dem Beitritt der zwölf neuen Mitgliedsländer in den Jahren 2004 und 2007 hat sich die Bevölkerung der Europäischen Union (EU) um 109 Mio. auf rund 490 Mio. Menschen erhöht. Diese Zahl wird in den nächsten Jahrzehnten starken Veränderungen unterliegen, denn vor allem die alten EU-Mitgliedsländer stehen bereits seit einigen Jahren vor der Herausforderung, sich mit dem demographischen Wandel und dessen Folgen für die Stadtentwicklung zu beschäftigen. Aber auch für die postsozialistischen Städte in Ostmittel- und Osteuropa lässt sich seit etwa 1990 ein tiefgreifender demographischer Wandel erkennen. Dieser Prozess wird als »Zweiter demographischer Übergang« bezeichnet und hängt mit der ökonomischen Transformation und einem Wertewandel zusammen. Er ist gekennzeichnet durch Geburtenrückgang, Alterung der Gesellschaft und Veränderungen privater Haushaltsstrukturen. Während sich dieser Wandel in Westeuropa über einen längeren Zeitraum vollzog, verläuft er in Ostmittel- und Osteuropa deutlich schneller und zeichnet sich durch eine ganz eigene Charakteristik aus (vgl. Gierczak 2007, S. 1). Um diese Problematik zu verdeutlichen, werden im Folgenden exemplarisch Polens gegenwärtige und zukünftige Bevölkerungsentwicklung sowie mögliche daraus resultierende Probleme für die Stadtentwicklung dargestellt.

Bevölkerungsentwicklung in Polen

Insgesamt betrachtet ist bei der demographischen Entwicklung Polens bereits seit einigen Jahren eine Stagnation zu erkennen bzw. sind sogar geringfügige Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen. Die Bevölkerungszahl Polens nimmt seit Ende der 1990er Jahre zwar leicht, aber kontinuierlich ab. Auch für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung lässt sich anhand von Prognosewerten bereits jetzt sagen, dass dieser Trend anhalten wird. Abbildung 1 stellt die Bevölkerungsentwicklung in Polen von 1990 bis 2005 dar und zeigt zudem den weiteren Verlauf der Bevölkerungsentwicklung für die Jahre 2015, 2025 und 2035.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in Polen von 1990 bis 2035



Quelle: eigene Darstellung, Daten des Statistischen Hauptamtes Polen (Główny Urząd Statystyczny)

Bedingt wird die dargestellte künftige Entwicklung durch den weiteren Rückgang der Geburtenrate und durch die Verschiebung der Jahrgänge mit Geburtenüberschuss in höhere Altersgruppen. Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Geburtenrate in Polen für ausgewählte Jahre.

Tabelle 1: Entwicklung der Geburtenrate in Polen für ausgewählte Jahre

Jahr	1960	1970	1980	1990	2000	2007	2015	2025	2035
Geburtenrate	2,98	2,20	2,28	2,04	1,34	1,31	1,36	1,42	1,44

Quelle: eigene Darstellung, Daten des Statistischen Hauptamtes Polen (Główny Urząd Statystyczny)

Zu erkennen ist, dass es seit 1990 einen extremen Rückgang der Geburtenrate gibt, der zum Teil auf den politischen Systemwechsel Anfang der 1990er Jahre zurückgeführt werden kann, zum Teil aber auch die Fortsetzung eines Trends darstellt, der in einem Wertewandel begründet liegt und sich seit langem abzeichnet (vgl. Dorbritz/Philipov 2002, S. 428). Hinsichtlich der erstgenannten Ursache folgt die Entwicklung Polens der Entwicklung in Ostdeutschland, wo Familiengründungen angesichts wirtschaftlicher und politischer Unsicherheiten zunächst verschoben wurden. Die aufgeschobenen Geburten wurden in den folgenden Jahren kaum nachgeholt, wobei die wirtschaftliche Unsicherheit zum Teil noch andauert, weshalb sie für die kommenden Jahre erwartet werden. Bezugnehmend auf den Wertewandel und damit auf die zweite Ursache der niedrigen Geburtenrate lässt sich festhalten, dass auch in Polen eine sehr schnelle und starke Orientierung hin zu westlichen Verhaltensmustern stattfand. So wurden der Zeitpunkt der Heirat und des ersten Kindes deutlich nach hinten verschoben und das Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes stieg auf in Westeuropa übliche Werte an (vgl. Dorbritz/Philipov 2002, S. 428). Bisher lässt sich aber noch nicht endgültig feststellen, ob bestimmte Frauenjahrgänge tatsächlich weniger Kinder bekommen oder ob sie sie nur später bekommen. Die Prognosen bis 2035 gehen sogar wieder von einem leichten Anstieg der Geburtenrate in Polen aus.

Ein weiterer Prozess ist die zunehmende Alterung der Bevölkerung. Sie kann als Ursache der negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der gleichzeitig steigenden Lebenserwartung angesehen werden und an ihr lässt sich, ähnlich wie in Ostdeutschland, der demographische Wandel hin zu einer alternden und zahlenmäßig schrumpfenden Bevölkerung erkennen. Auch wenn die polnische Gesellschaft, im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern, bisher noch durch einen verhältnismäßig hohen Anteil jüngerer Bevölkerung gekennzeichnet ist, findet auch in Polen ein Alterungsprozess der Bevölkerung statt. Die Intensität dieses Prozesses wird sich aber erst in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts verstärken. So wird sich der Anteil der über 65-Jährigen von 13,0 % im Jahr 2004 auf 29,4 % im Jahr 2050 erhöhen (vgl. Eurostat). Hierbei werden größer werdende Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung prognostiziert. Tabelle 2 verdeutlicht die bisherige und die künftige Entwicklung der Lebenserwartung in Polen anhand ausgewählter Jahre.

Tabelle 2: Entwicklung der Lebenserwartung in Polen für ausgewählte Jahre

Jahr	1950	1970	1980	1990	2000	2006	2015	2025	2035
Männer	56,0	66,6	66,0	66,2	69,7	70,9	72,3	74,6	77,1
Frauen	61,6	73,3	74,4	75,2	78,0	79,6	80,2	81,5	82,9

Quelle: eigene Darstellung, Daten des Statistischen Hauptamtes Polen (Główny Urząd Statystyczny)

Wesentlichen Einfluss auf die steigende Lebenserwartung sowohl der Frauen als auch der Männer haben Verbesserungen hinsichtlich des Gesundheitswesens, der Hygiene, der Ernährung, der Wohnsituation und den Arbeitsbedingungen sowie der gestiegene materielle Wohlstand.

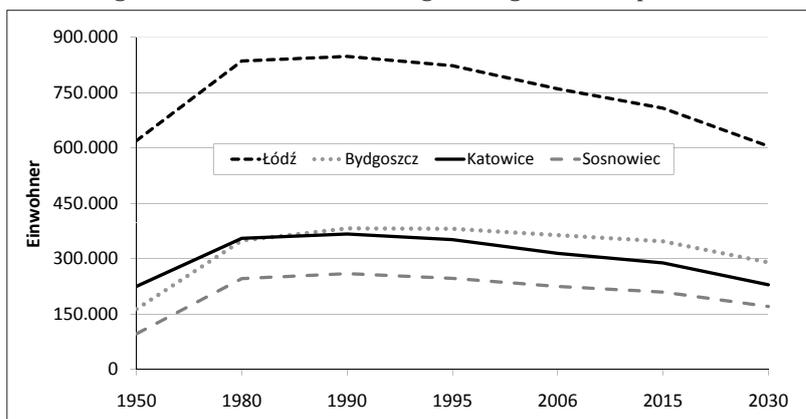
Neben Geburtenrückgang, Alterung sowie Veränderungen der privaten Haushaltsstrukturen lassen sich als weitere Gründe der Bevölkerungsverluste in Polen vor allem die Folgen der

intra- und interregionalen Mobilität nennen, die Auswirkungen auf die urbanen Zentren haben. Ursache dieser Mobilität ist der Umstand, dass sich die postsozialistische Wirtschaft immer noch im Umbruch befindet und – da der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft sich sehr plötzlich vollzogen hat – erhebliche Anpassungsprobleme hat. Besonders problematisch ist das für die Betriebe des Montansektors, da sie sich gegenüber der neuen internationalen Konkurrenz nicht behaupten können. Von Schrumpfung betroffen sind deshalb die Städte in Polen, in denen es zu einem massiven Arbeitsplatzabbau im produzierenden Gewerbe (vor allem in den klassischen Hochindustriesektoren wie Kohleabbau, Stahlproduktion und Werften) kam. Zu nennen sind hier Großstädte wie Łódź, Gdańsk, Bydgoszcz, Katowice, Bytom oder Sosnowiec. Diese Entwicklungen führen zu einer arbeitsplatzbedingten Abwanderung der Bevölkerung vor allem ins Ausland. Dabei gibt es zum einen die zeitlich befristeten Aufenthalte im Ausland als Saisonarbeiter. Diese Form der Wanderung hat in den letzten Jahren einen enormen Anstieg erfahren. So hat sich in der Zeit von 2004 bis 2007, bedingt durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit für polnische Arbeitskräfte, die Anzahl der Wanderungen von ca. 1 Mio. auf ca. 2,2 Mio. mehr als verdoppelt (vgl. GUS 2007). Hauptwanderungsziel der Saisonarbeiter waren dabei in erster Linie Länder der EU, vor allem Großbritannien, Deutschland und Irland. Diese drei Länder bilden auch die Hauptziele der zweiten Form von Abwanderung, die dauerhafte Abwanderungen darstellen. Auch hier ist für die letzten Jahre ein deutlicher Anstieg zu erkennen. Waren es 2004 etwa 18.900 Abwanderungen, so gab es 2007 bereits 46.900 Abwanderungen (vgl. GUS 2007). Laut den vorliegenden Prognosen wird sich dieser Trend auch weiterhin fortsetzen.

Folgen für die Stadtregionen

Die beschriebenen Ursachen der negativen Bevölkerungsentwicklung in Polen wirken sich auf Stadtregionen und den ländlichen Raum in unterschiedlichem Maße aus. Abbildung 1 zeigt zwar, dass sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum bis zum Jahr 2005 kaum Unterschiede zu erkennen sind, ab 2015 aber weisen beide verschiedene Entwicklungen auf. Die Städte verlieren erheblich an Einwohnern, während der ländliche Raum sogar leichte Zuwächse zu verzeichnen hat. Ein Blick auf die polnische Siedlungsstruktur zeigt, dass es eine hohe Zahl von Stadtregionen mit über 1 Mio. Einwohnern gibt. Insgesamt leben etwa 60 % der Bevölkerung in Städten und etwa 40 % im ländlichen Raum. Daraus lässt sich ableiten, dass einige Städte durch die Einwohnerverluste bereits jetzt vor erheblichen Herausforderungen stehen und in Zukunft sogar noch größere Probleme bekommen könnten. Bei der Betrachtung der Städte fällt auf, dass es vor allem die »Großstädte der zweiten Reihe« sind, die seit 1990 – und teilweise auch schon länger – von Einwohnerverlusten und Alterung der Bevölkerung betroffen sind (vgl. Haase et al 2008, S. 77). Abbildung 2 zeigt die Einwohnerentwicklung für einige ausgewählte Großstädte.

Abbildung 2: Einwohnerentwicklung in ausgewählten polnischen Großstädten von 1950 bis 2030



Quelle: eigene Darstellung,
Daten des Statistischen
Hauptamtes Polen (Główny
Urząd Statystyczny)

Deutlich zu erkennen ist bei allen Städten ein enormer Einwohnerzuwachs zwischen 1950 und 1980, der sich danach abschwächt, so dass es bis 1990 bei allen Städten nur noch eine leichte Zunahme der Einwohnerzahl gibt. Ab 1990 ist eine negative Entwicklung der Einwohnerzahl zu erkennen, wobei Katowice und Sosnowiec mehr Einwohner als andere Städte verloren haben. So verlor zum Beispiel Łódź zwischen 1990 und 2006 fast 12 % seiner Einwohner. In Katowice und Sosnowiec liegen die Werte dagegen mit 17 % bzw. 16 % weit höher. Damit können zwar Parallelen zur Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland gezogen werden, wobei sich auf den Wohnungsmärkten polnischer Städte bisher kaum Leerstände feststellen lassen. Laut Haase und anderen gilt dies auch für die absehbare Zukunft, da das Neubau- und Sanierungsgeschehen in der 1990er Jahren sehr viel gedämpfter als in Ostdeutschland verlaufen ist und die Wohnungsnachfrage das Angebot immer noch übersteigt (vgl. Haase et al 2008, S. 79). Das liegt zum einen daran, dass die Wohnsuburbanisierung in Polen eher gering ausgeprägt ist und daher auch kaum Abwanderungen in das Umland vieler großer Städte beobachtet werden können. Ausnahmen bilden u. a. die Städte Poznań, Kraków und Bydgoszcz. Zum anderen führt der Wandel und die zunehmende Pluralisierung der Lebensstile zu neuen Haushaltstypen und -mustern, was die Nachfrage nach Wohnraum verstärkt (vgl. Haase et al 2008, S. 79).

Trotz der noch geringen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt zeigt die Abbildung 2 doch deutlich, dass bis zum Jahr 2030 für die dargestellten Städte von einem enormen Bevölkerungsverlust ausgegangen werden muss. Besonders betroffen werden davon Łódź und Katowice sein, wo es zwischen 2010 und 2030 zu einem Bevölkerungsverlust von fast 20 % bzw. 25 % kommen wird. Hier werden früher als in anderen Städten sichtbare Folgen in der Stadtstruktur auftreten. Daher sollten sich diese Städte bereits frühzeitig mit Themen wie Abwanderung der Bevölkerung, Flächenfreisetzungen oder Auslastung der sozialen und technischen Infrastruktur auseinandersetzen. Allerdings stoßen Bevölkerungsverluste, Alterung und multidimensionale Schrumpfungsprozesse in der kommunalen Praxis bisher kaum auf Interesse. Ähnlich sieht es bei der wissenschaftlichen Debatte zu diesem Thema aus. Es gibt zwar viele Untersuchungen, die sich der Entwicklung der Hauptstadt Warschau widmen, eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung anderer polnischer Städte findet jedoch kaum statt. Dies stellt einen Ansatz für weitergehende Untersuchungen dar.

Literatur

- Dorbritz, J.; Philipov, D. (2002): Der Wandel in den Mustern der Familienbildung und der Ehescheidungen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, H. 4, Jg. 27, S. 427–463.
- Eurostat Onlinedatenbank, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136184,0_45572592&_dad=portal&_schema=PORTAL (Stand: 28.08.2008).
- Gierczak, D. (2007): Soziale und räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels für innerstädtische Altbaugelände in den Montanrevierstädten Bytom, Gliwice, Ostrava, www.collegium-carolinum.de/vera/boht2007/2007-18-Gierczak.pdf (Stand: 25.08.2008).
- GUS (Główny Urząd Statystyczny) (2008): Prognoza ludności Polski na lata 2008–2035, www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_prognoza_ludnosci_PL_2008-2035.pdf (Stand: 27.08.2008)
- GUS (Główny Urząd Statystyczny) (2007): Rocznik demograficzny. Warszawa, http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_PUBL_Rocznik_Demograficzny_2007.pdf (Stand: 27.08.2008)
- Haase, A. et al (2008): Städte im demographischen Wandel. In: Osteuropa, H. 1/2008, Jg. 58., S. 77–90.
- Institut der deutschen Wirtschaft (2004): Perspektive 2050, Ökonomik des demographischen Wandels, Köln.

***V. Gesellschaftlicher Wandel:
Kunst zwischen Kommerz
und Politik***

€rfolgsgeschichten. Kunstmarkt und kulturelle Werte in Russland nach 1989

Eine der markantesten Veränderungen im kulturellen Bereich Russlands nach 1989 war sicherlich die Einführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Sie führte zu grundlegenden Verschiebungen in der bis dahin mehr oder weniger bestehenden Aufteilung in einen offiziellen und einen inoffiziellen Bereich. An ihre Stelle trat die neu gestellte Frage nach der Relationalisierbarkeit von Kunst und Ökonomie. Betroffen waren sowohl institutionelle Strukturen als auch leitende Vorstellungen über Wertigkeiten und Hierarchien im Kunstfeld. An die Stelle vertrauter Bezugsgrößen traten neue Instanzen mit bislang nicht erprobten Sinngebungsverfahren. Einer dieser Faktoren, der sich anschickte, nachhaltige Veränderungen im kulturellen Bereich herbeizuführen, war der Markt für zeitgenössische Kunst.

Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre gab es in Russland nur vage Vorstellungen darüber, wie ein Kunstmarkt funktionieren sollte. Im Wesentlichen stellte er – der Kunstmarkt – eine noch nicht kritisch durchdachte Projektionsfläche für unterschiedliche Vorstellungen dar. Ihren Gehalt schöpften sie aus der Eruption »realsozialistischer« Marktbilder und den Versuchen, westliche Muster zu importieren. Dies geschah in einer Situation vermeintlicher Universalität kunstmarktlicher Potenz. Zu dieser Zeit war »der Kunstmarkt« also primär ein fiktionales Gebilde, ungeachtet konkreter Kunstverkäufe, die aufgrund ihrer meist spekulativen Natur vielmehr die Entstehung mythopoetischer Kunstmarktvorstellungen schürten.

Im Zuge des »Russian Boom«, also der Modewelle sowjetischer Kunst und Kultur am Ende der 1980er Jahre, erwachten Hoffnungen, der eigenen zeitgenössischen Kunst »endlich« einen ihr gebührenden Stellenwert zuzuweisen und sie aus der inoffiziellen und internationalen Versenkung hervortreten zu lassen. Doch infrastrukturell betrachtet war der russische Kunstmarkt um 1989 eine Art diskursive Realfiktion. Es gab zu diesem Zeitpunkt weder etablierte Institutionen noch erprobte Interaktionsmechanismen zwischen Künstlern, Mediatoren und Rezipienten. Um die nach dem Zerfall des sowjetischen Kulturbetriebs sich auftuenden institutionellen Leerstellen zu besetzen, bildeten sich auf experimentellem Wege »Scharnierfiguren« der Kunstwelt, die es in dieser Form bislang nicht gegeben hatte: Galeristen für zeitgenössische Kunst. Ihre Aufgabe sahen sie darin, die Zirkulation von Wissen, Geld und Kunst wegweisend mitzugestalten. Damit war ein Protagonistentyp auf den Plan getreten, um den herum sich diskursive Ströme konzentrierten, die dieser wiederum katalysierte. Galeristen bzw. ihre Galerien etablierten sich in den folgenden Jahren zu zentralen Akteuren der Kunstwelt.

Ein wesentliches Charakteristikum galeristischer Praxis besteht in der diskursiven Rahmung der präsentierten Kunst und der Markierung des künstlerischen Raums. Galerien profilieren sich als spezifische »Gatekeeper«¹, indem sie den Kontext gestalten, in dem künstlerische Werke und Projekte zur Geltung gelangen. Sie vermitteln über ihre Eigendarstellung, über die Kommentierung der ausgestellten Kunst, über institutionelle Kooperationen u. ä. ein bestimmtes Image, das als Orientierungsangebot für die Teilnehmer der Kunstwelt funktioniert. So präsentieren verschiedene Galerien häufig unterschiedliche Künstler als Vertreter spezifischer kunsthistorisch relevanter Erscheinungen. Galerien interpretieren die künstlerische Situation. Sie gestalten einen Symbolisierungsprozess, der andere Inter-

1 Vgl. Bystryn, Marcia: Art Galleries as Gatekeepers: The Case of the Abstract Expressionists. *Social Research*. 45: 2 (1978), 390–408.

pretationen rahmen und kanalisieren kann, oder anders: Sie erzählen eine spezifische Geschichte der Kunst.

Im Folgenden werden am Beispiel der Galerie Guelman aus Moskau Momente galeristischer Praktiken skizziert. Dabei wird deutlich werden, dass die bei der merkantilen Stabilisierung kulturellen Sinns angewandten Verfahren auf die Galerie zurückwirken und eine Professionalisierung galeristischer Poetik herbeiführen. Damit endet aber nicht die »Geschichte des Geschichtenerzählens«; vielmehr wird diese auf eine neue Grundlage gestellt.

Marat Guelman gründete seine Galerie im Jahr 1990, als sowohl das damalige Kunstfeld als auch die Gesellschaft insgesamt in einem grundlegenden Wandel begriffen waren. Die Überschneidung beider Sphären war häufig ein Wesensmerkmal der in seiner Galerie präsentierten Projekte und an Ausstellungstiteln wie »Nostal'gija«, »Konversija« oder »Kompromat« ablesbar.

Zu den früheren Projekten, die Guelman aufgrund ihrer Verschränkung von Kunst und Gesellschaft einer »Ästhetik der Teilnahme«² zurechnete, gehörte im Jahre 1996 die Ausstellung »Novye den'gi«, ein gemeinschaftliches Projekt von Marat Guelmans, dem Journalisten Leonid Parfenov und der Künstlerin Elena Kitaeva.³ Sie stellte Entwürfe für neue Rubelscheine aus, auf denen Schriftsteller, bildende Künstler und andere Kulturschaffende abgebildet waren. Zu sehen waren u. a. Gogol', Dostoevskij, Repin und Malevič. Anhand einiger Charakteristika dieser Ausstellung lässt sich nachzeichnen, welche Diskurse Guelman hier aufgreift, um sie im Rahmen seiner Galerie zur Darstellung zu bringen.

Dem Motto des Projektes »Novye den'gi« zufolge war das Hauptaugenmerk auf die Repräsentation einer »nationalen Idee« gerichtet. Bezug genommen wurde dabei auf die im Jahr zuvor (1995) neu ausgegebenen Rubelscheine und die anhaltenden Diskussionen über staatliche Souveränität. Zugleich wurde nach der Rolle der Künstler im neuen Russland gefragt, indem deren frühere staatliche Funktionalisierung zitiert wurde. Indem die Künstler auf den Geldscheinen abgebildet und somit künstlerischer und pekuniärer Wert in unmittelbare Nähe zueinander gebracht wurden, wurde auch auf das Potential der Kunst verwiesen, soziale Entwicklungen zu legitimieren. Neben diesen eher als traditionell zu bezeichnenden Aspekten ist ein weiteres Moment erwähnenswert.

Kunst präsentiert sich hier als Medium gesellschaftlichen Sinns. Indem Zirkulation und Distribution von Wissen und sozialer Geltung an künstlerische Repräsentationsfähigkeit gekoppelt werden, stellt sich das Kunstsystem als eigentliches Telos dieser Bewegungen dar. Kunst hat Geltung, da sie anderem zur Geltung verhilft. Mittels der Appropriation eines Hauptmediums gesellschaftlicher Signifikation, des Geldes, markiert Kunst ihre regulative Potenz.

Durch die institutionelle Rahmung dieses Projektes relativiert Guelman den darin formulierten »übergesellschaftlichen« Anspruch und unterstreicht dessen künstlerischen Charakter. Er inszeniert seine Galerie als Garanten des »nur-künstlerischen« Status des Projektes und »bändigt« dadurch die etwaige gesellschaftsdurchdringende Potenz der Kunst. Dadurch überträgt Guelman den Anschein diskursiver Unberechenbarkeit auf seine Galerie und thematisiert so deren institutionellen Status. Hat die Galerie die Aufgabe, die Kunst im Zaum zu halten und den sozialen Raum vor ihren Machtansprüchen zu schützen oder soll sie dieses gesellschaftskritische Potential schüren? In der Schwebe bleibt, ob es sich hier »nur« um eine Galerie für zeitgenössische Kunst oder möglicherweise auch um eine neue, noch unbestimmte gesellschaftliche Kraft handelt.

2 Vgl. Kiričenko, Elena: Ėstetika učasija. 01.08.2002. In: <http://www.guelman.ru/artists/mg/uchast/> (31.08.2008).

3 Vgl. Novye den'gi. In: K 15-letiju Galerei M. Gel'mana: Katalog. Moskva 2007, 106–121.

In diesem frühen Projekt spielt Guelman mit der Instabilität des künstlerischen Feldes und den Mythen, die sich um den Kunstmarkt ranken. Er praktiziert eine Ökonomie des Suggestiven, Vorläufigen und Improvisierten und repräsentiert so eine spezifische Weise sozialer Interaktion. Indem Guelman seine Galerie als »instabile Institution« inszeniert, verweist er auf vergleichbare gesellschaftliche Prozesse, die ebenfalls nicht über etablierte Verfahren der Interaktion verfügen. Die Vorläufigkeit und die Unbeständigkeit sozialer Prozesse, die zum Großteil über das Medium Geld verlaufen, werden in der Praxis der Galerie mimetisch reproduziert.

In einigen späteren Ausstellungen zeigt Guelman die Künstlergruppe »Sinie nosy«, die ebenfalls mit der Vermengung von Thema und Verfahren spielt. »Sinie nosy« sind für ihre Verarbeitung massenmedialer Stereotypen über Russland bekannt. In ihren Werken greifen sie häufig klischeebesetzte Bilder von russischen Clochards, Revolutionären oder auch Mafiosis auf. Mit ihrer ostentativen Bezugnahme auf Massenmedien thematisieren »Sinie nosy« auch ihre eigene kulturindustrielle Involviertheit und die damit zusammenhängenden Reglementierungen künstlerischen Sprechens. In der Ausstellung »Tjap-Lap-Art« (2004) parodierten sie u. a. den zu einem Konsumgut geronnenen Suprematismus Malevičs. So wurden Kompositionen aus Brot, Wurst und Käse als »Küchensuprematismus« präsentiert. »Sinie nosy« referieren hier ebenso auf eine Ikone der klassischen russischen Avantgarde wie auf künstlerische Praktiken der sowjetischen inoffiziellen Kunst.

Mit ihrer parodierenden Do-it-yourself-Ästhetik aproprieren die Künstler massenmedial aufbereitete Images des Kunstmarktes und exponieren Kunstrezeption als Konsumtion. Diese autoreflexive Bloßlegung des Verfahrens greift auch auf die Rezeption über. So stellt sich die Frage, wie das von »Sinie nosy« praktizierte Ineinander von Kunst und Markt interpretiert und bewertet werden kann. Wie ist es möglich, eine kritische Distanz gegenüber den Werken einzunehmen, wenn Selbstkritik oder subversive Affirmation Teil ökonomischer Praktiken sind? Eine warenästhetische »Verurteilung« oder marktkritische »Würdigung« dieser Kunst erscheint schwierig, da sie selbst mit Images der Kunstbewertung zu arbeiten scheint. Diese Konzeptualisierung möglicher Reaktionen verwandelt die Rolle des Rezipienten in die eines passiven Konsumenten – oder macht sie als solche kenntlich.

Wie stellt sich nun Guelmans Galerie zu diesen Projekten ins Verhältnis? Erstaunlich eindeutig. Guelman präsentiert »Sinie nosy« als Künstler seiner Galerie, ohne auf ihr ambivalentes Spiel, auf die im Werk dekonstruierte Kunstautonomie näher einzugehen. So perpetuiert Guelman die Vorstellung eines kunstbetrieblichen »Hochglanzproduktes«, das auch im sozialen Raum seine Position gefunden zu haben scheint. Er präsentiert den institutionellen Rahmen als konventionellen »White Cube«. Das im klinischen Weiß des Galerieraums negierte Außen der Kunst kommt nicht zur Darstellung.⁴ Guelman kappt das provokative Spiel dieser Künstlerrollen parodierenden Künstler, indem er die »Hochwertigkeit« ihrer künstlerischen Produkte herausstellt. Die Frage, inwiefern der institutionelle Rahmen selbst, die Galerie, ein Klischee ist bzw. Klischees reproduziert, bleibt ungestellt.

Der hier skizzierte Kontrast zweier exemplarischer Modi galeristischer Praxis – die autoreflexive Infragestellung der Institution am Beispiel »Novye den'gi« auf der einen Seite und die Ausblendung der institutionellen Kontingenz am Beispiel »Sinie nosy« – soll abschließend vor dem Hintergrund der Entwicklung des russischen Kunstfeldes in der Zeit von 1989 bis etwa 2005 betrachtet werden.

Eine Phase institutionellen Experimentierens hat einer Konsolidierung und Professionalisierung des Kunstfeldes Platz gemacht. Guelman versteht sich heute vor allem als »Producer« von Kunst. Wie gezeigt, tritt die Thematisierung des galeristischen Verfahrens hinter eine neutralisierende Kunstpräsentation zurück. Bei der Ausstellung der Kunst steht nicht

4 Vgl. O'Doherty, Brian: In der weißen Zelle. Berlin 1996.

mehr die Darstellungs- oder Erzählweise, sondern das Präsentierte oder Erzählte im Vordergrund. Repräsentativ für andere etablierte Kunstfeldakteure funktioniert Guelmans Galerie als Marke, welche mit dem Anspruch aufzutreten scheint, international anschlussfähige, aber auch unabhängige Kunst anzubieten.

Diese gestiegene Selbstsicherheit des russischen Kunstmarktes hat ihre Gründe. Russlands reaktivierte gesellschafts- und globalpolitische Großmachtambitionen finden im Kunstmarkt ein Mittel der Distinktion. Dies motiviert zahlreiche Akteure, entsprechende finanzielle Mittel zu investieren. Um dem Kapitalzufluss Genüge zu leisten, scheint es auf Seiten der Galeristen erforderlich zu sein, eine der aktuellen Situation entsprechende »diskursive Windschnittigkeit« an den Tag zu legen. Damit ist nicht unbedingt Konformität auf inhaltlicher Ebene gemeint, wie zahlreiche Kunstskandale belegen. Nach ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung in den 1990ern und zu Beginn der 2000er Jahre ist zeitgenössische Kunst heute zu einem relativ anerkannten Medium sozialer Distinktion geworden. Ihre Form scheint die soziale Kompatibilität, um die es hier geht, in der »Professionalisierung« des Kunstbetriebes gefunden zu haben, also in der Konzentration auf wirtschaftliche Transaktion in einer der »symbolischen« Besonderheit des Kunstmarktes entsprechenden Weise. Man kann hier von der Durchsetzung eines bestimmten Handlungs- und Wertungsmusters im Kunstbetrieb sprechen.

Um ihre Akzeptanz sicherzustellen, wird die ökonomische Professionalisierung mit einer bestimmten, gesellschaftlich relevanten Semantik belegt. Kommerzieller Erfolg erscheint aus dieser Perspektive als Index »kultureller Entwicklung«. Durch die Vermittlung sozialer Werte und Werteskalen wird also eine Ökonomisierung des russischen Kunstfeldes diskursiv hergestellt. Die kunstweltinterne Valorisierung künstlerischer Phänomene basiert so auf der Interpretation gesellschaftlicher Narrative. Dabei scheint es weniger um die Reproduktion eines bestimmten favorisierten Inhalts zu gehen, als vielmehr auf ein prinzipielles Gelingen der »Kunstmarktnarration« anzukommen. Konsekutivität scheint das Grundmotiv dieser »Erfolgsgeschichten« zu sein.

Vor diesem Hintergrund fällt die am Beispiel von Guelman und den »Sinie nosy« erwähnte Nichtmarkiertheit des ökonomischen Kontextes in der galeristischen Praxis besonders auf. Sie erscheint als Ausklammerung, als strategische Konstruktion eines »weißen Blattes« im Sinne einer »Normalisierung« der Situation, einer Naturalisierung sozialer Verschiebungen. Diese Professionalisierung der zwanzig Jahre zuvor noch »wilden« Projektionsfläche Kunstmarkt ist eine diskursive Glättung im Namen einer vermeintlich nur formalen Orientierung am Erfolg. Im Windschatten einer demonstrativ am Markt orientierten Axiologie können so andere Machtpraktiken gedeihen. Dass das Kunstfeld nämlich so autonom nicht ist, wie es das Bild des glatten Kunstmarkts suggeriert, machen leider zahlreiche staatliche Eingriffe und Skandale um die Kunst deutlich. Vielleicht sind die Kunstmarktakteure selbst die ersten, die an Autonomie durch Ökonomie glauben.

Sandra Frimmel

Kunstkollisionen. Die Gegenwartskunst in Russland zwischen der Förderung des Neuen und Forderungen nach Traditionsbewahrung

Der zeitgenössische russische Kunstbetrieb erstartet seit Ende der 1990er Jahre; das Interesse an der Gegenwartskunst wächst sowohl von privater als auch von staatlicher Seite merklich. Davon zeugen zahlreiche Stiftungsgründungen, Galerien- sowie Ausstellungsraumöffnungen und nicht zuletzt die nächstes Jahr zum dritten Mal stattfindende Moskauer Biennale für zeitgenössische Kunst. Parallel hierzu finden sich die Akteure und Produkte dieses relativ jungen Kunstbetriebs verstärkt in einem Spannungsverhältnis zu einer traditionellen akademisch und religiös geprägten Vorstellung von der Rolle der Kunst in der Gesellschaft wieder. Kontroversen wie jene um die Moskauer Ausstellungen *Vorsicht, Religion!* von 2003 bis 2005, *Rossija 2* von 2005 oder *Verbotene Kunst 2006*, deren Organisatoren wegen Erregung nationalen, rassistischen und religiösen Hasses angeklagt wurden, sind dafür ein deutliches Zeichen.

Im internationalen Vergleich wird ersichtlich, dass zeitgenössische Kunst nicht nur in Russland als provozierend empfunden wird. So wurde die polnische Künstlerin Dorota Nieznalska 2003 für schuldig befunden, durch ihre Arbeit »Pasja« religiöse Gefühle verletzt zu haben. Dem *Brooklyn Museum* in New York, das 1999 die Ausstellung *Sensation – Young British Artists from the Saatchi Collection* präsentierte, wurde vorgeworfen, es verwende »Steuergelder für die obszöne [...] Entweihung nationaler und religiöser Symbole.«¹ Auch ein Fall in Südtirol hat im Sommer dieses Jahres für Schlagzeilen gesorgt: Die in Bozen gezeigte Skulptur »Zuerst die Füße« des deutschen Künstlers Martin Kippenberger – ein gekreuzigter Frosch – wurde von einem Politiker als »Persiflage einer zentralen Aussage des Christentums«² bezeichnet, die die christliche Gemeinschaft Südtirols beleidige. Während der Südtiroler Fall in den Medien als »Sommerposse« betrachtet wurde, ist die Situation in Russland durch den Übergang von einem zentralistisch gelenkten Blick auf die Kunst hin zu einer heterogenen Kunstlandschaft und einer Vielzahl unterschiedlicher künstlerischer Strömungen sehr angespannt.

Die einander hier gegenüberstehenden Positionen und deren grundlegende Motive lassen sich aus den argumentativen Mustern und rhetorischen Strukturen ihrer Vertreter herauslesen. Deswegen möchte ich im Folgenden anhand der jüngsten Kollisionen zwischen Kunst und Recht in Russland das Vokabular untersuchen, das in Medien und Gerichtsverhandlungen angewandt wird, um die Freiräume der Kunst innerhalb der russischen Gesellschaft sowie deren Grenzen zu definieren. Mich interessiert nicht eine Rekonstruktion der Einzelfälle; mein Fokus liegt auf den rhetorischen Verfahren, mit denen die unterschiedlichen Vorstellungen von der Funktion der Kunst in der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht werden. Hierbei lassen sich einige typische Argumentationsmuster feststellen.

So versuchen diejenigen, denen die Gegenwartskunst ein Dorn im Auge ist, auf vielfältige Weise, dieser den Kunststatus abzuspochen. Im Fall der Ausstellung *Rossija 2*, die der Moskauer Galerist Marat Guelman initiiert hat, sprechen Vertreter der Fraktion *Rodina* beispielsweise von »Pseudokunst«;³ im Expertengutachten zu *Vorsicht, Religion!* wird der

1 Blumenthal, Ralph, Vogel, Carol: Museum Says Mayor Knew Nature of Exhibit 2 Months Ago and Didn't Object. In: New York Times, 5.10.1999.

2 Holger Liebs: Hängt ihn höher. Das Kreuz mit dem Kippenberger-Frosch. In: Süddeutsche Zeitung, 5.08.2008.

3 Rodina protiv Rossii 2. In: GiF.Ru, 2.03.2003.

zeitgenössischen Kunst ein »parasitärer« Charakter⁴ attestiert, und besonders eindringlich hat es ein Zeuge der Anklage vor Gericht formuliert:

Die auf der Ausstellung gezeigten Exponate können nicht als Kunstwerke, als Werke einer künstlerischen Kultur in Einklang mit den in der Gesellschaft üblichen traditionellen Begriffen und Normen beurteilt werden; sie besitzen keinen historischen oder künstlerischen Wert; ihr Wert [...] beläuft sich vielleicht auf einige hundert Rubel.⁵

Der Bruch mit den künstlerischen Traditionen – der in der zeitgenössischen Kunstszene längst nicht so offensichtlich ist, wie es ihre Gegner behaupten – ist ein grundlegendes Moment, das wiederholt gegen die aktuelle Kunst angeführt wird. So auch in einer weiteren Zeugenbefragung: »[D]as ist keine Kunst, Kunst hat immer etwas mit ursprünglichem Schaffen, mit dem Seelenleben zu tun, das immer einen positiven Impuls gibt.«⁶ Auch der geringe materielle Wert der Ausgangsstoffe der Werke wird häufig gegen die Kunst vorgebracht. Im bereits erwähnten Expertengutachten steht hierzu:

Wenn man den Prozess der Erschaffung von Objekten der »aktuellen Kunst« unter dem Kriterium des »Arbeitsaufwands« betrachtet, so ist hier eine Degradierung offensichtlich. Diese Objekte entstehen unter immer weniger Aufwand, so dass immer weniger »Kunst« übrigbleibt [...].⁷

In der Konsequenz ist von Kunst, Künstlern, Kunstwerken und Ausstellungen in diesem Kontext vielmals in Anführungszeichen die Rede, was von den Sprechern, Zeugen der Anklage im Fall *Vorsicht, Religion!*, beinahe in jedem einzelnen Fall gesondert hervorgehoben wird:

[A]usstellung sage ich in Anführungszeichen, denn ich halte das ganze für eine Tarnung, die dazu gedacht ist, sich hinter der zeitgenössischen konzeptuellen Kunst zu verstecken, um antiorthodoxe Propaganda zu betreiben.⁸

In vielen Zeugenaussagen dieses Gerichtsprozesses werden die Werke in Anführungszeichen zudem als »Werkzeuge des Verbrechens« tituliert und zwar in der steten, beinahe gebetsartigen Wiederholung der Formulierung: »Das sind keine Exponate, sondern Werkzeuge des Verbrechens«.⁹

Die hier verdeutlichte Strategie, der Gegenwartskunst ihren Kunststatus absprechen zu wollen, erleichtert es ihren Gegnern in der öffentlichen und vor allem der juristischen Diskussion, die Kunst als vogelfrei zu betrachten. Die auch in der Verfassung der Russischen Föderation bestehenden Gesetze zum Recht auf freie Meinungsäußerung und zur Freiheit künstlerischen Schaffens sind dann nicht mehr anwendbar – eine Taktik, die auch international in ähnlichen Fällen weite Verbreitung findet.

Eine weitere Methode zur Ausgrenzung der zeitgenössischen Kunst aus der Gesellschaft ist ihre Etikettierung als »Krankheit« im Gegensatz zur »gesunden« – traditionell-akademischen – Richtung. Diese Argumentation ist in der Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht neu. Man denke an die Diffamierung der »Entarteten Kunst« im Dritten Reich oder von Strömungen nonkonformer Kunst in der UdSSR und der DDR. Vertreter der *Vereinigung orthodoxer Bürger* sind der Ansicht:

4 Expertengutachten *Vorsicht, Religion!*, 28.11.2003.

5 Vernehmung des Zeugen Sergej Vasil'evič Rjachovskij. Taganer Gericht, 10.02.2005.

6 Vernehmung des Zeugen Grigorij Borisovič Garbuzov. Taganer Gericht, 3.11.2004.

7 Expertengutachten, a.a.O.

8 Vernehmung der Zeugin Ol'ga Logačina Aleksandrovna. Taganer Gericht, 4.11.2004.

9 Vernehmung des Zeugen Michail Aleksandrovič Ljukšin. Taganer Gericht, 10.11.2004.

Es wäre zweckdienlich, die Organisatoren und Teilnehmer der Ausstellung [Verbotene Kunst 2006] einer psychiatrischen Untersuchung zu unterziehen, denn ihr manischer Drang zur Lästerung könnte die Folge einer schweren sexuellen pathologischen Störung sein, zum Beispiel einer Form des Exhibitionismus.¹⁰

Die Ausstellungsmacher werden nicht nur als »psychisch nicht normal«,¹¹ sondern auch als »sozial gefährlich«¹² bezeichnet. In einem Artikel im *Kommersant* zur Ausstellung *Rossija 2* ist im gleichen Stil die Rede von einer »Provokation schwerkranker Menschen«.¹³

In eine ähnliche argumentative Richtung gehen teils etwas skurrile Verteufelungsversuche der zeitgenössischen Kunst. Mitglieder der konservativen staatlichen Künstler- und Schriftstellerverbände sehen in der Ausstellung *Vorsicht, Religion!* »satanistische Rituale unter dem Deckmantel einer Performance«,¹⁴ ein Zeuge der Anklage spricht von einem »satanistischen Kult« und gibt eine bemerkenswerte kunsthistorische Erklärung: »Das erste Happening hat meiner Meinung nach Satan durchgeführt, als er in Gestalt der Schlange Eva den Apfel geschenkt hat.«¹⁵ Hierdurch wird die Gegenwartskunst nicht nur aus der Gesellschaft ausgegrenzt, sondern auch als das böse Element einer religiösen Weltvorstellung schlechthin klassifiziert, das es zu bekämpfen gilt.

Der schädliche Einfluss der Kunst wird zusätzlich zur religiösen auch auf einer nationalen Ebene festgemacht. Die zeitgenössische Kunst gilt vielen als ein die Gesellschaft zersetzender westlicher Import. Im Expertengutachten zu *Vorsicht, Religion!* ist zu lesen:

Allem Anschein nach [...] haben wir es hier mit einer Gegenkultur oder einer feindlichen Kultur zu tun, die destruktive, die heutige Gesellschaft zerstörende Tendenzen zum Ausdruck bringt, die in der Kultur des Westens im Laufe des 20. Jahrhunderts gewachsen sind.¹⁶

Hieraus wird deutlich, auf welcher vielfältigen Art und Weise die Gegenwartskunst von ihren Widersachern diskreditiert wird: Ihr Kunststatus wird negiert, eine Kriminalisierung findet statt, und zur Dämonisierung kommt schlussendlich noch die Expatriierung.

Zu ihrer Verteidigung heben Vertreter der zeitgenössischen Kunstszene vor allem die modernisierende Funktion der Kunst hervor. Sie unterstreichen die »Funktion der Förderung des Neuen und der Meinungsbildung in der Gesellschaft«,¹⁷ wie Guelman es im Zuge des Gerichtsverfahrens um *Rossija 2* formuliert hat. Im Prozess um *Vorsicht, Religion!* klingt häufiger an, dass Kunst alte Grenzen überschreitet, sie verschiebt und neue setzt,¹⁸ dass ihre Aufgabe gerade in der Provokation besteht und darin, zum Denken anzuregen,¹⁹ und dass sie Wunden aufreißt.²⁰ »[D]ie Aufgabe des Künstlers ist es, Probleme aufzudecken, nicht auf Fragen zu antworten [...]«.²¹

10 Die Vereinigung orthodoxer Bürger schlägt vor, die Autoren der Ausstellung im Sacharov-Zentrum einer psychiatrischen Untersuchung zu unterziehen. In: www.interfax-religion.ru, 16.03.2007.

11 Vadim Nesterov, Semen Kvaša: Die Staatsanwaltschaft gegen »ideologischen Eiter«. In: *Gazeta.Ru*, 21.03.2007.

12 Ebd.

13 Alja Charčenko: Provokation schwerkranker Menschen. In: *Kommersant*, 1.02.2005.

14 Schriftsteller und Künstler protestieren gegen eine lästerliche Ausstellung. In: *Gif.Ru*, 2.02.2003.

15 Vernehmung des Zeugen Vladimir Sergeevič Sergeev. *Taganer Gericht*, 10.11.2004.

16 Expertengutachten, a.a.O.

17 Das Verfahren »Obskuranten gegen Guelman« endete mit einem Fiasko. In: www.babr.ru, 2.02.2006.

18 Vernehmung des Angeklagten Ju.V. Samodurov. *Taganer Gericht*, 1.02.2005.

19 Vernehmung der Zeugin Ekaterina Degot'. *Taganer Gericht*, 25.01.2005.

20 Vernehmung des Zeugen Lev Semenovič Levinson. *Taganer Gericht*, 17.01.2005.

21 Vernehmung des Zeugen Aleksej Leonidovič Pinus. *Taganer Gericht*, 17.01.2005.

Auch Kulturschaffende und Künstler argumentieren mit der internationalen Verflechtung der zeitgenössischen russischen Kunst, doch im Gegensatz zu ihren Opponenten ist die Kultur des Westens für sie positiv besetzt. Andrej Erofeev, Kurator der Ausstellung *Verbotene Kunst 2006*, erklärt die russische Gegenwartskunst zu einem Teil der europäischen Kultur und zu einer Hervorbringung der Demokratie. Zu den Hervorbringungen der Demokratie zählt auch das gesetzlich verbrieftete Recht auf die Freiheit der Kunst, doch spielt dieses Moment in der russischen Diskussion im Gegensatz zu ähnlichen, eingangs erwähnten internationalen Fällen nur eine untergeordnete Rolle. Nur in vereinzelt Zeitungsartikeln finden sich Hinweise darauf, dass Künstler jedes Recht besitzen, zu schaffen, zu denken, Fragen zu stellen, zu zweifeln und sich zu irren,²² sowie darauf, dass ein »zeitgenössischer Künstler sich im Rahmen der Kunst frei zu jedem beliebigen Thema äußern kann«²³ und »im musealen Raum das Recht auf das Spiel mit Bildern hat«.²⁴

Verweise einiger beteiligter Künstler darauf, dass die kontrovers diskutierten Ausstellungen, allen voran *Vorsicht, Religion!*, doch eher marginal, unbedeutend und lediglich für einen kleinen Publikumskreis gedacht gewesen seien, spielen eher ihren Gegnern in die Hände.

Eine ernstzunehmende Verteidigungsstrategie seitens der Angeklagten, die auf dem Recht auf die Freiheit künstlerischen Schaffens basiert, ist in keinem der bisherigen Fälle zu finden. Ekaterina Degot', eine der bekanntesten russischen Kunstkritikerinnen und Kuratorinnen, erklärt die Passivität der Künstler damit, dass diese sich nicht als durch ihr Kunstschaffen sakrosankte Figuren in der Gesellschaft betrachten. Sie erkennen an, dass sie den gleichen Gesetzen unterliegen wie alle anderen und verzichten deswegen auf eine Verteidigung unter Berufung auf die Kunstfreiheit.²⁵ Diese Erklärung scheint mir jedoch zu kurz gegriffen, kommt sie doch beinahe einem grundsätzlichen Schuldeingeständnis der Künstler und der gesamten zeitgenössischen Kultur gleich. Vielmehr scheint mir der Glaube an verfassungsmäßig garantierte Rechte nach den Erfahrungen einer »sozialistischen Egalität« noch zu gering, um eine solche Argumentation aufzubauen. Zudem scheinen die Künstler ihre gesellschaftliche Position noch nicht nachhaltig markiert zu haben.

Nach diesen Ausführungen wird ersichtlich, dass ein – wenn auch keinesfalls eindeutiger – Gegensatz zwischen zwei konträren Positionen besteht. Auf der einen Seite finden sich »traditionalistische« Tendenzen, die auf unveränderlichen gesellschaftlichen Werten beharren, auf der anderen Seite »progressive« Tendenzen, die auf die historische Bedingtheit dieser Werte verweisen und dementsprechend fordern, sie unter den aktuellen Gegebenheiten neu auszuhandeln.²⁶ Traditionsorientierte Stimmen verlangen, die Kunst solle Antworten auf Fragen geben; Kunst soll für sie eindeutig sein und bestehende Traditionen fortführen. In der zeitgenössischen Kunstszene selbst herrscht die Ansicht vor, die Kunst solle Fragen aufwerfen und wunde Punkte benennen; es wird in den Vordergrund gerückt, dass sie vielschichtige Interpretationen zulässt und Grenzen verschiebt, um neue Gedankenräume zu öffnen. Es besteht also ein Dilemma, das sich durch die gesamte Kunstgeschichte zieht.

Noch eine abschließende Bemerkung: Die russischen Kontroversen um Aufgabe und Funktion der Gegenwartskunst in der Gesellschaft nehmen nicht nur, aber auch deswegen derart zugespitzte Formen an, da die Kunstszene selbst sie mit »verantwortungslose[n] pubertäre[n]

22 Ira Val'dron, Aleksej Penzin: Wer die Sprache nicht gelernt hat, sollte keine Unterhaltung führen. In: www.globalrus.ru, 27.01.2003.

23 Aleksandra Obuchova: Die große Kraft der Kunst. In: Gif.Ru, 13.02.2003.

24 Pavel de Riko: Avantgardistische Trickbetrüger. In: www.portal-credo.ru, 8.02.2005.

25 Ekaterina Degot': Die Sache Erofeev und Samodurov. Was tun und wer ist schuld?. In: www.openspace.ru.

26 Zu diesem Gegensatz siehe Hunter, James Davison: *Culture Wars. The Struggle to Define America. Making sense of the battles over the family, art, education, law and politics.* New York 1991.

Gesten«,²⁷ wie Ekaterina Degot' es etwas überspitzt nennt, anheizt. So hat Andrej Erofeev beispielsweise seine höchst scharfsinnige Ausstellung *Verbotene Kunst 2006* in dem bereits durch den Prozess um *Vorsicht, Religion!* belasteten Sacharov-Zentrum gezeigt – ein Schachzug, für den sich kaum ein westlicher Museumskurator entscheiden würde. So hat nicht nur die Gesellschaft im Umgang mit der Gegenwartskunst etwas zu lernen, sondern auch die Kunst im Umgang mit der Gesellschaft – und zwar sowohl im Angriff, als auch in der Verteidigung.

27 Ekaterina Degot': Die Sache Erofeev und Samodurov. Was tun und wer ist schuld?. In: www.openspace.ru.

***VI. Gesellschaftlicher
Wandel: Methoden der
Elitenforschung***

Das Schicksal der DDR-Funktionselite im wiedervereinigten Deutschland. Die Anwendung des Statistical Matching als sozialwissenschaftliche Methode zur Erstellung von Abstromanalysen

Status quo der empirischen Forschung

Vieles, sehr vieles ist bereits zu dem Schicksal der DDR-Funktionselite vor und nach der Wiedervereinigung geschrieben worden. Um sich ein paar wenige Ergebnisse vorangegangener Forschung in aller Kürze in Erinnerung zurückzurufen: Das Einmaleins der Karriere im Spätsozialismus bestand aus einem Mix aus Loyalitätsbezeugungen (nach Möglichkeit SED-Zugehörigkeit) und richtigem Bildungsabschluss (nach Möglichkeit hohe Abschlüsse) (vgl. z. B. Solga 1995, 2006). Hinreichend war das in vielen Fällen jedoch nicht. Zugehörigkeit zu informellen Netzwerken sowie Leistung und Erfolg waren häufig erst das sine qua non, das zur Beförderung in die höheren Etagen der DDR-Verwaltung bzw. Industrie gereichte (vgl. Best 2003, Salheiser 2003, zur Entwicklung eines dynamischen Hierarchieschemas auf DDR-Daten, »Zentraler Kaderdatenspeicher«, vgl. Gebauer 2006). Ausdruck hierfür konnte der Erhalt der »richtigen« Ehrungen und Belobigungen (man denke nur an das überbordende DDR-Auszeichnungswesen) sein (vgl. z. B. Hornbostel 2003).

Wie *unsere* bisherige Forschung zeigt: In machtnahen Bereichen (SED, staatliche Verwaltung) waren zudem bei den älteren Geburtskohorten eine politische Herkunft aus einer Arbeiterpartei (KPD/SPD) und die Wahl eines Ehepartners aus den Reihen der SED von Vorteil, ein Umstand, der in machtfernen Bereichen (z. B. Industrie) eher von Nachteil war (vgl. z. B. Best 2008). Nach der Wende veränderte sich das Einmaleins der Karriere. Worauf es jetzt ankam, war die optimale »Passfähigkeit« von Qualifikationen/Erfahrungen und Netzwerkbeziehungen an die Veränderungen. Vormalige SED-Zugehörigkeit und systemnahe Qualifikationen konnten sich nun besonders in machtnahen Bereichen nachteilig auswirken. Die Nachwendesituation war durch Elitezirkulation und Elitereproduktion gekennzeichnet. Führungspositionen wurden in nicht unwesentlichem Umfang durch Importe aus dem Westen besetzt. Dennoch kann die Forschung belegen, dass dies nicht zu dem Eliteaustausch geführt hat, wie er zum Ende des alten und zu Beginn des neuen Jahrtausends von der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern selektiv wahrgenommen wurde (vgl. z. B. Windolf 1996: 467, Welzel 1997: 201). Der bisherige Stand der Forschung in dieser Frage ist aber noch ausbaufähig, weil wichtige Erkenntnisse zu Elitekontinuität und Dynamik der Elitereproduktion noch fehlen.

Entwicklung der inhaltlichen Fragestellung und Umsetzung

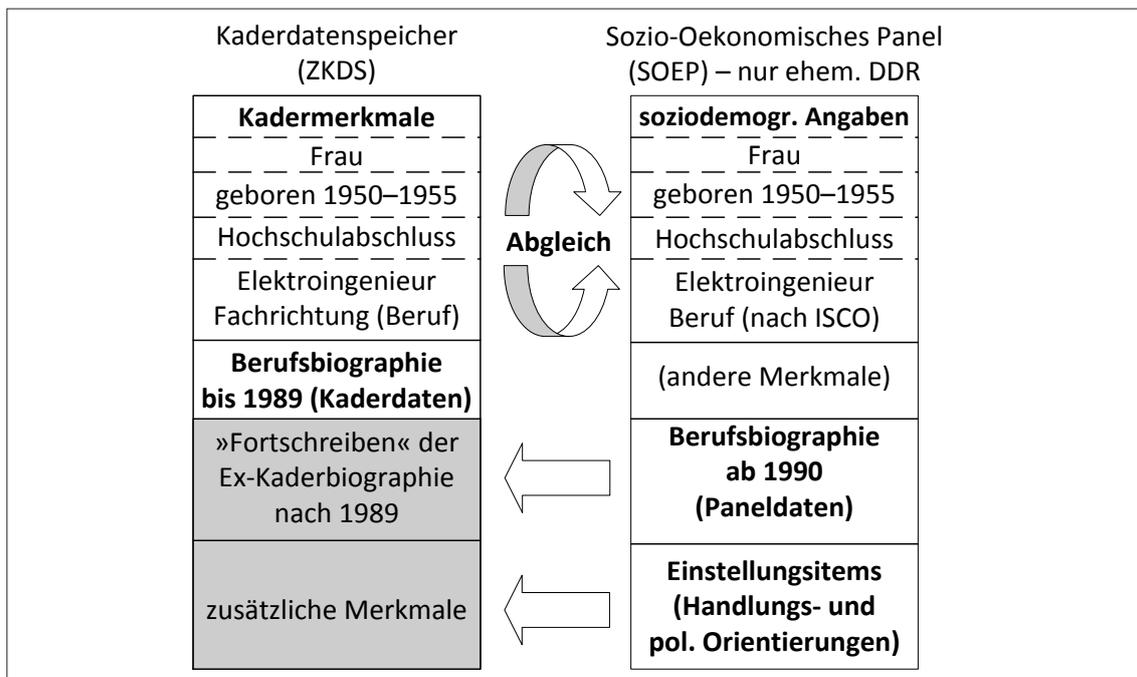
Was fehlt ist eine dynamische Betrachtung des Geschehens beim Übergang von einem Gesellschaftssystem in das andere. Während die bisherige Forschung Ergebnisse produzierte, die sie anhand der Daten von »survivors« gewann, also von Personen, die zum Teil noch heute in den Führungsetagen von Verwaltungen und Betrieben sitzen, muss unter Einnahme einer dynamischen Perspektive danach gefragt werden, wie Führungskräfte bzw. Angehörige der DDR-Dienstklasse an ihre Karrieren in der DDR anknüpfen konnten. Das verlangt nach einer Orientierung an den Lebensläufen der zu untersuchenden Population(en), die in anderen Forschungsgebieten längst zum Standard geworden ist (z. B. Bildungsforschung). In diesem

Rahmen können dann beispielsweise Abstromanalysen erfolgen. Daran anschließend kann danach gefragt werden, welche Faktoren sich auf den Erhalt bzw. Nichterhalt des Elitestatus von Personen positiv bzw. negativ auswirkten.

Statistical Matching

Wie anhand der Ausführungen im letzten Abschnitt gesehen werden kann, orientieren sich die Forschungsziele an Standards, die der Forschungsfrage angemessen sind. Gemessen an der vorliegenden Datenlage sind diese Ziele aber sehr ehrgeizig. Einerseits existieren zwar komplettierte Lebensläufe von Angehörigen der ehemaligen DDR-Dienstklasse, die Informationen über den Systemzusammenbruch hinweg bereitstellen (SOEP, MPIBB-Daten, Daten der Deutschen Rentenversicherung). Allerdings bilden diese Datensätze entweder die Population der ehemaligen DDR-Führungskräfte nur unzureichend ab (zu geringe Fallzahl, z. B. SOEP, MPIBB-Daten) oder ihr Informationsgehalt ist aufgrund einer geringen Anzahl von Variablen für sozialwissenschaftliche Analysen zu niedrig. Beschäftigungssektorspezifische Untersuchungen sind damit ebenfalls nicht oder nur sehr eingeschränkt zu leisten. Andererseits ist für die Zeit vor dem Systemzusammenbruch die Datenlage erstaunlich günstig. Wir arbeiten seit einigen Jahren mit den Daten des Zentralen Kaderdatenspeichers (ZKDS). Hierbei handelt es sich um Daten von DDR-Führungskräften, die vom Ministerrat der DDR erhoben wurden (vgl. z. B. Remy 2003). Günstig wäre also eine Kombination von Daten, die überwiegend aus Nachwendeeinformationen bestehen, mit solchen, die aus der Zeit des Spätsozialismus stammen. Eine herkömmliche Datenverknüpfung über eine fallspezifische einheitliche Nummer (Identifikatorvariable) scheidet jedoch für eine solche Kombination aus. Ein Verknüpfungsverfahren, das dennoch eine Kombination von Informationen ermöglicht, und welches in Statistik, Medizin und Marktforschung bereits seit Jahren Anwendung findet, ist das »Statistical Matching«. Hierbei werden, vereinfacht gesprochen, ähnliche Fälle kombiniert.

Abbildung 1: Statistical Matching (Beispiel)



Quelle: SFB 580 (2008: 112, Abbildung 2)

Entscheidend für ein erfolgreiches Matching ist eine möglichst umfangreiche Schnittmenge von Variablen, die in beiden Datensätzen erfasst wurden. Solch ein Set »gemeinsamer« Variablen existiert sowohl in den Daten des Sozioökonomischen Panels als auch in den Daten der Deutschen Rentenversicherung.

Mindestens ebenso wichtig wie die Frage nach in beiden Datensätzen erfassten »gemeinsamen« Variablen ist die Frage nach interessierenden Beziehungen von Variablen, die jeweils nur in einem von zwei zu matchenden Datensätzen erfasst wurden. In unserem Fall interessiert die Fortsetzung bzw. der Abbruch von Karrieren nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten. Relevante Informationen dazu sind im SOEP oder auch in den Daten der Deutschen Rentenversicherung vorhanden. Wichtige Informationen, die als erklärende Variablen infrage kommen, sind jedoch nicht erfasst. Hier ist der Informationsgehalt des Zentralen Kaderdatenspeichers als weitaus günstiger einzuschätzen.

Tabelle 1: Variablen im SOEP, die für ein Statistical Matching geeignet sind (Variablen, die sowohl im SOEP als auch im ZKDS vorkommen, wurden hervorgehoben)

Variable	Bezeichnungen ZKDS	Bezeichnung/en SOEP	Datei(en)
Geschlecht	v0201c	SEX	PPFAD
Geburtsjahr	v0201b	GEBJAHR	PPFAD
Soziale Herkunft	v1002	VBSTELL, MBSTELL	BIOPAREN
Staatsangehörigkeit	v1001	ZP63	GPOST
Schulabschlüsse	v1005	\$PSBILO	\$PGEN
Berufliche Abschlüsse	v5803	\$PBBILO/\$PBBIL01/ \$PBBIL02/\$PBBIL03	\$PGEN
Familienstand	v5101	\$FAMSTD	\$PGEN
Kinderzahl	v5615	\$KZAHL	\$KIND
Sektor/Berufl. Tätigkeit: z. B. ISCO/ Goldthorpe	v2001	\$IS8890, \$EGP	\$PGEN
Sektor/Berufl. Tätigkeit (mit Zeitangaben) bei: a) Eintritt in den Arbeitsmarkt b) letzter beruflicher Tätigkeit	Umfassende zeitliche Angaben: v21011–v210110, v2001, v21041–v2104110, v2006, v21051–v2105110	a) AGEFJOB, OCCFJOB, ISCO88, EGP, NACEFJ b) YEARLAST, OCCLJOB, NACELJ	BIOJOB
Berufliche Stellung	v1007	ZP29XX (1990), \$STIB	GPOST, \$P,\$PGEN
Verbandsmitgliedschaft	v11011–v110110	ZP03XX	GPOST
Parteizugehörigkeit	v06011–v06013		
Politische Herkunft	v1003		
Soziale Stellung Ehepartner	v5203		
Parteizugehörigkeit des Ehepartners	v5202		
Fremdsprachen	v40011–v40015		
Auszeichnungen	v45011–v450110		
Parteineigung		IP9XXX (ab 1992)	\$P
Haushaltseinkommen		\$HINC, \$AHINC	\$HGEN
Individualeinkünfte		ZP45YXX (1990)	GPOST, \$P

Quelle: SFB 580 (2008: 113, Tabelle 5), modifiziert

Beispielsweise liegen Informationen zum Beschäftigungssektor, in dem Personen vor der Wende tätig waren, zur Parteibindung, zu erhaltenen Auszeichnungen, zur Beherrschung

von Fremdsprachen, zur politischen Herkunft, zum sozialen Status und zur Parteizugehörigkeit des Ehepartners vor.

Zur Vorbereitung des Statistical Matching empfiehlt es sich, den Einfluss der gemeinsamen Variablen auf die abhängigen Variablen zu überprüfen. Hier wird eine hohe Erklärungskraft dieser Variablen für ein erfolgreiches Matching betont (vgl. auch Räßler 2002: 49). Das ist deshalb so wichtig, weil die Einschätzung der Stärke des Zusammenhangs zwischen zwei interessierenden Merkmalen, die aber jeweils nur in einem von zwei zu matchenden Datensätzen erhoben wurde, umso besser gelingt, je höher die Erklärungskraft der »gemeinsamen« Variablen ist (vgl. ebd.: 10 f.). Die Identifizierung solcher Variablen ist auch Bestandteil einer neueren ambitionierten Arbeit zum Statistical Matching des SOEP mit den Daten der Deutschen Rentenversicherung (vgl. Rasner et al. 2007). Zusätzlich erfolgen in dieser Studie mehrere Stufen des Abgleichs dieser Variablen aufgrund von Wissen über die unterschiedliche Erfassungspraxis, des Vergleichs der Verteilungen der in beiden Datensätzen erfassten »gemeinsamen« Variablen und des Vergleichs der Richtung der Effekte der Regressionskoeffizienten in den für jeden Datensatz getrennt, aber ansonsten mit den gleichen Variablen, berechneten Regressionsmodellen.¹

Eine ähnliche Vorgehensweise bei der Vorbereitung des Statistical Matching empfiehlt sich auch im Fall der Daten des ZKDS und des Sozioökonomischen Panels (bzw. auch der Daten der Deutschen Rentenversicherung). Der Abgleich muss hierbei zwischen den zuletzt aktualisierten Daten des ZKDS (1990) und der ersten Welle des Sozioökonomischen Panels auf dem Gebiet der DDR (ebenfalls 1990) und differenziert nach Geschlecht und interessierenden Beschäftigungssektoren erfolgen. Das Statistical Matching sollte dann die Fortschreibung des ZKDS ermöglichen, indem die Information über die Zugehörigkeit zur Funktionselite für jedes einzelne Nachwendejahr ergänzt wird. Als Matching-Techniken kommen leistungsfähige Methoden wie RIEPS² oder NIBAS³ in Betracht (vgl. hierzu Räßler 2002: 71 ff.).

Literatur

- Best, Heinrich (2003): Sozialismus in der DDR: Ein Feldexperiment mit paradoxalem Ergebnis. In: Ders. / Stefan Hornbostel (Hrsg.): Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Sonderheft der Historical Social Research, Jg. 28, H. 103/104, S. 128–160.
- Best, Heinrich (2008): Did Family Matter? The Formation and Reproduction of Functional Elites in a Socialist Society. In: Heinrich Best / Ronald Gebauer / Axel Salheiser (eds.): Elites and Social Change – The Socialist and Post Socialist Experience. Hamburg: Krämer-Verlag. Im Erscheinen.
- Gebauer, Ronald (2006): Wo geht's nach oben? Karrieremobilität von DDR-Kadern zwischen Aufstieg, Rückstufung und Abstieg. – Die Entwicklung eines Hierarchiepositionsschemas von DDR-Führungskadern für Längsschnittanalysen als methodische Herausforderung. In: Heinrich Best / Dietmar Remy (Hrsg.): Die geplante Gesellschaft. Analysen personenbezogener Massendatenspeicher der DDR (Wissenschaftliche Reihe des SFB 580, H. 18), Jena, S. 47–76.
- Hornbostel, Stefan (2003): Gegenelite oder verdiente Kämpfer für den Sozialismus? In: Heinrich Best / Stefan Hornbostel (Hrsg.): Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Sonderheft 1/2 der Historical Social Research, Jg. 28, Nr. 103/104, S. 161–186.

1 Der Abgleich erfolgt dabei differenziert nach Geschlecht und regionaler Zugehörigkeit (Ost/West).

2 Regression Imputation with Random Residuals

3 Non-iterative Bayesian Based Imputation

- Rasner, Annika et al. (2007): Best of Both Worlds: Preparatory Steps in Matching Survey Data with Administrative Pension Records; The Case of the German Socio-Economic Panel and the Scientific Use File Completed Insurance Biographies 2004. Berlin: SOEP, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Rässler, Susanne (2002): Statistical Matching. A Frequentist Theory, Practical Applications and Alternative Bayesian Approaches, New York et al.: Springer.
- Remy, Dietmar (2003): Datenfriedhof oder Füllhorn für die DDR-Forschung? Geschichte, Funktionsweise und wissenschaftlicher Wert des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. In: Heinrich Best / Stefan Hornbostel (Hrsg.): Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Sonderheft 1/2 der Historical Social Research, Jg. 28, Nr. 103/104, S. 73–107.
- Salheiser, Axel (2003): »Du und deine Elite!« – Leitungskader im Elektroniksektor der DDR-Industrie zwischen fachlicher Qualifikation und politischer Loyalität. In: Heinrich Best / Stefan Hornbostel (Hrsg.): Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Historical Social Research, Jg. 28, H. 103/104, S. 187–215.
- SFB 580 (2008): Projekt A1, Führungsgruppen und gesellschaftliche Differenzierungsprozesse in der DDR und den neuen Bundesländern – Karrierestrukturen und Kontinuität von Funktionseliten. Unveröffentlichter Projektantrag. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena S. X – XX.
- Solga, Heike (1995): Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR. Berlin: Akademie Verlag.
- Solga, Heike (2006): The Rise of Meritocracy? Class Mobility in East Germany Before and After 1989. In: Martin Diewald / Anne Goedicke / Karl Ulrich Mayer (Hrsg.): After the Fall of the Wall. Life Courses in the Transformation of East Germany. Stanford, Ca.: Stanford University Press, S. 140–169.
- Welzel, Christian (1997): Rekrutierung und Sozialisation der ostdeutschen Elite. Aufstieg einer demokratischen Gegenelite? In: Wilhelm Bürklin / Hilke Rebenstorf (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen: Leske + Budrich, S. 201–237.
- Windolf, Paul (1996): Die Transformation der ostdeutschen Betriebe. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 6, H. 4, S. 467–488.

Elena Semenova

Parlamentarische Eliten in Osteuropa: Rekrutierung und Karrieren. Das Beispiel der Staatsduma der Russländischen Föderation

Der Zusammenbruch des Sozialismus in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten leitete einen einzigartigen Modernisierungsprozess ein, der als soziales Experiment bezeichnet wurde (vgl. Levada 1993). Im Laufe dieses Experiments gingen Umgestaltungen institutioneller Rahmenbedingungen mit einer raschen Elitenzirkulation einher. Einerseits schuf der Systemwechsel in den osteuropäischen Ländern eine erhebliche Anzahl neuer Positionen innerhalb aller Elitensektoren, andererseits waren viele Positionen alters-, politisch- oder wirtschaftsbedingt vakant. In dieser Situation fiel den parlamentarischen Eliten eine große Bedeutung zu. Zum einen übernahmen sie die Funktion des Gesetzgebers, steuerten den Prozess des Wandels und nahmen an der Regierungsbildung sowie an der Rekrutierung politischen Personals teil. Zum anderen waren sie auf Wahlerfolge entsprechend den Prinzipien der repräsentativen Demokratie angewiesen, was einen gewissen Rückkoppelungseffekt zur Folge hat und mit einer Responsivität gegenüber der Wählerschaft einhergeht.

Russland ist im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Staaten durch spezifische Transformationsprozesse gekennzeichnet. Erstens ist hier eine Mischung aus manchen amerikanischen und europäischen Verfassungsnormen vorzufinden, die eine neue politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung gestaltet haben. Sowohl die Umsetzung dieser Normen als auch die Grundwerte der politischen Kultur sind zum Teil identisch mit denen der Sowjetzeit geblieben. Außerdem wurde die Entwicklung des Parlamentarismus in Russland durch dessen Verhältnis zur Exekutive bestimmt, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Richtung eines Superpräsidentialismus entwickelte.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die forschungsleitende Frage dieser Publikation nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen parlamentarischen Eliten in Russland und in anderen osteuropäischen Ländern. Wie hat sich die parlamentarische Elite (Russlands) entwickelt? Welche Besonderheiten und welche allgemeinen Tendenzen lassen sich in der Entwicklung der russischen parlamentarischen Elite ausmachen?

Zeitlich beschränkt sich die Analyse auf die fünf Legislaturperioden der Russischen Staatsduma (1993 bis 2007). Die Datengrundlage für den Vortrag sind biografische Daten aller Abgeordneten der Staatsduma der Russländischen Föderation von 1993 bis 2007. Als Daten für den osteuropäisch-russischen Vergleich werden die Resultate des EurElite-Projekts (geleitet von Prof. Dr. Best, Jena und Prof. Dr. Cotta, Siena) verwendet.

Soziodemografische Merkmale der Abgeordneten

Ausbildung

Aus der Elitenforschung ist bekannt, dass sich politische Führungskräfte systematisch von der Wählerschaft unterscheiden. Dies gilt im Besonderen für deren Bildungsstand. Die parlamentarischen Eliten rekrutieren sich vorrangig aus dem Kreis der höheren Bildungsschichten. Die Abgeordneten der russischen Staatsduma besitzen ein enorm hohes formales Bildungsniveau nicht nur im Vergleich zur Bevölkerung des eigenen Landes, sondern auch im Vergleich zu den meisten osteuropäischen Kollegen. Die Zahl der Hochschulabsolventen im russischen Parlament liegt durchschnittlich bei 96 Prozent und ist im Laufe der Zeit gestiegen.

In der fünften Duma haben 99 Prozent der Abgeordneten einen Hochschulabschluss. Die meisten osteuropäischen Parlamentarier verfügen ebenfalls über einen Hochschulabschluss oder sogar einen akademischen Titel. Einzige Ausnahmen bilden Polen und Tschechien, wo »nur« etwa 80 Prozent der Parlamentarier graduiert sind.

Bezüglich der Studienfachwahl russischer Parlamentarier ergibt sich ein ähnliches Bild wie in Ostdeutschland und den osteuropäischen Staaten. Die meisten Abgeordneten haben einen Abschluss im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften. Nur etwa ein Drittel aller Mitglieder der Staatsduma hat sozial-, wirtschafts- oder geisteswissenschaftliche Fächer studiert. Ehemalige Jurastudenten sind unter den Abgeordneten geringer repräsentiert – der Anteil an Juraabsolventen beträgt durchschnittlich zwölf Prozent; unter den osteuropäischen Abgeordneten hat jeder sechste Parlamentarier ein Jurastudium absolviert.

Geschlecht

Gänzlich verschiedene Entwicklungen ergeben sich im osteuropäisch-russischen Vergleich in Bezug auf die parlamentarische Repräsentation von Frauen. Während in den osteuropäischen Parlamenten die Frauenrepräsentation im Zeitverlauf von etwa acht auf aktuell 17 Prozent gestiegen ist, geht der Frauenanteil in der Staatsduma zurück. Der Anteil an weiblichen Abgeordneten liegt hier im Schnitt bei zehn Prozent; der höchste Wert wurde in der ersten Staatsduma 1993 erreicht und betrug 13 Prozent. Im Vergleich dazu liegt die Zahl von Parlamentarierinnen in Litauen durchschnittlich bei 22 Prozent. Damit gehört die Staatsduma zu den ganz wenigen postkommunistischen Parlamenten, in denen sich die Repräsentation von Frauen seit dem Systemwechsel nicht deutlich erhöht hat (Ilonszki / Edinger 2007:150f.).

Ethnische Herkunft

Insgesamt weist die russische Staatsduma einen hohen Anteil von Abgeordneten auf, der nicht der Titularnation angehört. Allgemein ist festzustellen, dass die Vertretung ethnischer Minderheiten seit 1993 von zunächst 19 Prozent um fast zehn Prozentpunkte gestiegen ist und bei durchschnittlich 22 Prozent liegt. Damit weist Russland genauso wie Rumänien eine geringe Überrepräsentation ethnischer Minderheiten im Nationalparlament auf. Im Vergleich dazu ist in Kroatien die serbische Minderheit leicht unterrepräsentiert. Tschechien, Ungarn und Polen sind durch eine nahezu totale Unterrepräsentation ihrer ethnischen Minderheit gekennzeichnet: In allen diesen Staaten gibt es praktisch keine Roma-Abgeordneten (vgl. Edinger / Kuklys 2007).

Die Berufe der Abgeordneten

Die russische Duma stellt in erster Linie die Interessenvertretung der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes dar. Fast 38 Prozent der russischen Abgeordneten sind Top-Manager oder Angestellte großer Unternehmen. Die Interessen des kleinen Mittelstands werden dagegen überhaupt nicht im Parlament repräsentiert. Seit der ersten Legislaturperiode hat sich die Zahl der Abgeordneten aus der Wirtschaftsbranche stetig erhöht. Zu Beginn waren etwa 30 Prozent der Delegierten Unternehmensvertreter; diese Zahl vergrößerte sich bis zur vierten Legislaturperiode auf 44 Prozent.

Die zweitgrößte Gruppe der Parlamentarier bilden die Beschäftigten des öffentlichen Sektors: Beamte (neun Prozent) und Lehrer (acht Prozent). Die Zahl der Abgeordneten mit Berufserfahrung im Lehrbereich und im öffentlichen Dienst ist gesunken. Während 1993 etwa 13 Prozent der höheren und gehobenen Beamten Dumamandate erhielten, waren es 2003 nur noch sechs Prozent. Eine ähnliche Tendenz ist für die Repräsentation der Lehrkräfte im Parlament festzustellen: In den ersten zwei Amtsperioden lag der Anteil der Lehrer

unter den Parlamentariern unverändert bei zehn Prozent. Bis zur vierten Legislaturperiode halbierten sich die entsprechenden Werte. Demgegenüber bleibt der Anteil der freiberuflich Beschäftigten unter den Mandatsträgern über die Jahre konstant bei etwa elf Prozent.

Aus politiknahen Bereichen wie Parteien oder Interessensgruppen rekrutieren sich weniger Abgeordnete als aus der Wirtschaft. Ihr Anteil ist über die Zeit hinweg stabil geblieben und macht knapp neun Prozent der russischen Parlamentarier aus.

Betrachtet man die allgemeine Entwicklung der Zusammensetzung des russischen Parlaments, so fällt der kontinuierliche Anstieg von Mandatsträgern mit militärischem Hintergrund auf. Das ursprüngliche Niveau der Militärvertreter von vier Prozent verdreifachte sich bis zur vierten Legislaturperiode der russischen Duma. Zu Amtszeiten Putins ist der Militäranteil im Parlament deutlich gestiegen. Der »Militarisierungsprozess« betrifft nicht nur das Parlament Russlands, sondern die gesamte politische Klasse und im Besonderen auch die regionalen politischen Elitegruppen. Während es 1989 unter Gorbatschow noch gar keine Militärvertreter in der politischen Elite gab, waren es unter Jelzin im Jahr 1993 sieben Prozent und unter Putin im Jahr 2002 bereits 27 Prozent (Kryschtanowskaja 2005:154f.).

Die Entwicklung der osteuropäischen Elite ist durch folgende Tendenzen gekennzeichnet: Der Anteil der Abgeordneten, die über Berufserfahrungen als Lehrer verfügen, sank im Zeitverlauf um fast zehn Prozentpunkte und beträgt aktuell im Durchschnitt 14 Prozent. In Russland und in den anderen osteuropäischen Staaten verläuft die Entwicklung der parlamentarischen Repräsentation von Lehrkräften parallel zum westeuropäischen Trend: Obwohl sich die Zahl der Lehrer und Professoren seit den 1980er Jahren in ganz Europa beständig verringert (Cotta / Verzhicelli 2006:534f.), hat sich im Längsschnitt seit Mitte des 19. Jahrhunderts tendenziell eine Steigerung ergeben (Cotta / Best 2000:501).

Im Gegensatz zur Repräsentationsrate der Lehrer nimmt die Zahl von Beamten in den osteuropäischen Parlamenten zu: In der ersten Legislaturperiode lag sie bei durchschnittlich sieben Prozent, bis zur fünften Legislaturperiode hat sich ihre Zahl nahezu verdoppelt. Die Zunahme der höheren und gehobenen Beamten in den osteuropäischen Parlamenten entspricht der langzeitlichen Entwicklung in den westeuropäischen Staaten, wenngleich von einer Verbeamtung des Parlaments (vgl. Herzog 1982) noch keine Rede sein kann.

Die geringe Zahl professioneller Politiker ist in den osteuropäischen Nationalparlamenten ein verbreitetes Phänomen. Nur etwa zehn Prozent der osteuropäischen Abgeordneten verfügen vor ihrem Einzug ins Parlament über Erfahrung in der politischen Arbeit. Die einzige Ausnahme bildet das kroatische Parlament, in dem fast ein Drittel aller Abgeordneten professionelle Politiker sind. Hier folgt die Zusammensetzung der osteuropäischen Parlamente nicht der westeuropäischen Tendenz, nach der der Anteil der Abgeordneten mit politischem bzw. gewerkschaftlichem Berufshintergrund erheblich steigt (Cotta / Best 2000:501f.).

Eine interessante Gemeinsamkeit zwischen der Zusammensetzung des Parlaments in Russland und der in anderen osteuropäischen Ländern ist die gestiegene Repräsentation der Unternehmensvertreter. Durchschnittlich ein Viertel aller Abgeordneten in Osteuropa kommt aus der Wirtschaft. In Westeuropa ist die Zahl der Abgeordneten mit Berufserfahrung in der Wirtschaft dagegen entweder rückläufig oder generell gering (Cotta / Best 2000:500f.). Zum einen könnte die Überrepräsentation der Wirtschaft in den nationalen Parlamenten Russlands und Osteuropas eine Folge der langen Tradition der staatlichen Kontrolle der ökonomischen Sphäre sowie der engen Verbindung von staatlichen und hochrangigen Wirtschaftskarrieren sein. Zum anderen könnte sie Resultat des schwach institutionalisierten Lobbysystems in den jeweiligen Staaten sein.

Politische Erfahrungen und frühere Positionen der Parlamentarier

Die meisten russischen Abgeordneten haben vor ihrem Einzug in die Duma bereits eine höhere Parteiposition auf Landes- oder auf Föderalebene inne bzw. verfügen über lokalpolitische Erfahrung. Generell bringen konstant 30 Prozent der Abgeordneten Erfahrungen in der Parteiarbeit mit. Der Anteil der Parlamentarier mit einem parteipolitischen Hintergrund liegt in Russland über dem osteuropäischen Durchschnitt, wo nur etwa 15 bis 20 Prozent der Abgeordneten über solche Erfahrungen verfügen. Ausnahmen bilden die Parlamente Kroatiens, Tschechiens und Ungarns, wo der Anteil parteierfahrener Delegierter bei nahezu einem Drittel der Abgeordneten liegt.

Die Politiker mit regionaler politischer Erfahrung machen fast ein Viertel des russischen Parlaments aus: Ihr Anteil ist bis zum Jahr 1999 auf 24 Prozent gestiegen und fällt seitdem wieder geringfügig. Offensichtlich sind Regierungstätigkeit und Erfahrung in den Regionalparlamenten für den Einzug in die russische Staatsduma nicht ausschlaggebend. Seit 1993 verringerte sich die Zahl von Mandatsträgern mit einer solchen Berufserfahrung kontinuierlich. Diese Tendenz entspricht dem osteuropäischen Trend: In den Nationalparlamenten Osteuropas verfügen aktuell nahezu neun Prozent der Abgeordneten über Regierungserfahrung; in den ersten Legislaturperioden waren es etwa doppelt so viele.

Im Laufe politischer Tätigkeiten kommen bestimmte Muster zum Einsatz, die zum einen der Karrierisierung des politischen Personals und zum anderen einer gewissen Absicherung ihrer Beschäftigung dienen. Eines dieser Muster ist das gleichzeitige (Ämterkumulation) oder nacheinander (Ämtersukzession) erfolgende Einnehmen von Parteiämtern und Positionen auf parlamentarischer, exekutiver oder Interessensgruppenebene (Borchert 2003:28f.). Etwa ein Drittel der russischen Parlamentarier hatte schon vor ihrer ersten Wahl in die Duma ein Amt inne, 21 Prozent haben sogar bereits zwei Ämter ausgeübt. Etwa sieben Prozent der Mandatsträger bekleideten vor ihrem Einzug ins Parlament drei und mehr Ämter. In den osteuropäischen Parlamenten ist die Zahl der Abgeordneten, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl ins Nationalparlament bereits über ein Amt verfügen, ständig gestiegen, und zwar besonders bis zur zweiten Legislaturperiode. Generell weisen Polen (über 80 Prozent), Ungarn (in der vierten Legislaturperiode über 90 Prozent) und Kroatien (über 70 Prozent) einen besonders hohen Anteil an Parlamentariern auf, die vor dem Einzug ins Nationalparlament bereits über erste politische Erfahrung verfügten. Am niedrigsten ist die Zahl der Abgeordneten mit politischer Vorerfahrung in Lettland: Erst in der vierten Legislaturperiode lag ihr Anteil bei 61 Prozent und damit um 27 Prozent höher als in der ersten Legislaturperiode.

Fazit

Aufgrund der Datenanalyse können wir nun einige Befunde über die Entwicklung der parlamentarischen Repräsentation in Osteuropa vorstellen.

Erstens weisen diese einige Gemeinsamkeiten auf. Hinsichtlich vieler sozialstruktureller Merkmale ähneln sich osteuropäische und russische Abgeordnete. Größere Unterschiede bestehen bezüglich der Vertretung von Frauen und ethnischen Minderheiten sowie bezüglich des beruflichen Hintergrunds der Parlamentarier.

Zweitens sind die osteuropäischen Parlamente im Unterschied zu den Professionalisierungs- und Karrierisierungsprozessen in Westeuropa durch eine De-Professionalisierung ihres Personals gekennzeichnet. Russische und auch viele osteuropäische Parlamentarier verfügen im Vergleich zu ihren westeuropäischen Kollegen vor dem Einzug ins Parlament über weniger politische Erfahrung: Das Niveau der Ämterkumulation osteuropäischer Parlamentarier liegt weit unter dem westeuropäischen Schnitt.

Drittens spielen viele parlamentarische Rekrutierungsmuster aus sowjetischer Zeit immer noch eine wichtige Rolle. Dies zeigt sich zunächst in der Überrepräsentanz sowjetischer Nomenklaturmitglieder im Parlament und in den regionalen politischen Eliten Russlands. Der entscheidende Punkt für Rekrutierungsprozesse und Karrieren des politischen Personals in der russischen Staatsduma ist aber das Festhalten am Patronageprinzip.

Literatur

- Borchert, J. (2003): Die Professionalisierung der Politik: Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses. Frankfurt / New York: Campus Verlag.
- Cotta, M. / Best, H. (Eds.) (2000): Parliamentary Representatives in Europe 1848–2000: Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Countries. Oxford: Oxford University Press.
- Cotta, M. / Verzichelli, L. (2006): Osnovnije puti razvitija i transformacii parlamentskoj èlity v Evropi (1848–2000 gody). In: O. Gaman-Golutvina, J. Pleis (Hrsg.): Parlamentarizm v Rossii i Germanii. Moskva, ROSSPEN. S. 525–571.
- Edinger, M. / Kuklys, M. (2007): Ethnische Minderheiten im Parlament. Repräsentation im osteuropäischen Vergleich. In: Osteuropa, 57 (11), S. 163–176.
- Herzog, D. (1982): Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Ilonszki, G. / Edinger, M. (2007): MPs in Post-Communist and Post-Soviet Nations: A Parliamentary Elite in the Making. In: The Journal of Legislative Studies, 13 (1), S. 142–163.
- Kryschtanowskaja, O. (2005): Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Levada, J. (Ed.) (1993): Sovetskij prostoj Čelovek: Opyt social'nogo portreta na rubeže 90-ch. Moskva, Mirovoj Okean.
- Semenova, E. (2008): How to Become an MP: Die Rekrutierung von deutschen und russischen Parlamentariern im Vergleich. SFB 580, Universität Jena.

Stefanie Friedrich

Die politische Repräsentation von Frauen in Serbien

Nach den mit dem Zerfall Jugoslawiens verbundenen Kriegen, der autoritären Herrschaft Miloševićs und der Erfahrung internationaler Sanktionen bildet Serbien auch heute noch einen der zentralen Krisenherde in Südosteuropa. Die mangelnde Konsolidierung der Demokratie gehört dabei zu den brisantesten Brennpunkten. Folgt man dem »Kontinuum politischer Systeme«, anhand dessen Wolfgang Merkel totalitäre Systeme, autoritäre Systeme und Demokratien unterscheidet, hat sich die Politik in Serbien von einem totalitären System unter sozialistischer Herrschaft (1945–1990) über ein autoritäres System unter Milošević (1990–2000) zu einer Demokratie (seit 2000) entwickelt.¹ Doch die »zentrale Frage lautet: Wie demokratisch ist ein System, das als Demokratie bezeichnet wird?«²

Merkels Kriterien zufolge muss Serbien auch heutzutage noch als sogenannte »defekte Demokratie« bezeichnet werden. Für diese Klassifizierung spricht nicht nur die Instabilität der politischen Institutionen, sondern auch der nach wie vor große Einfluss antidemokratischer und nationalistischer Kräfte und Parteien sowie das hohe Maß an Korruption und die mangelnde parlamentarische Kontrolle über das Militär und Sondereinheiten der Polizei.³ Weitere Probleme stellen die mangelnde Dezentralisierung und Bürgernähe sowie die indirekte staatliche Kontrolle über Medien und zivile Organisationen dar. Deutlich wird die mangelnde Demokratisierung nicht zuletzt auch an der ungleichen Behandlung der Geschlechter sowie der nationalen und ethnischen Minderheiten beim Zugang zu politischen Entscheidungspositionen. Die noch immer nicht völlig überwundene internationale Isolation, wirtschaftliche Probleme und die mangelnde Aufarbeitung der Kriegsgeschehnisse der 1990er Jahre verhärteten die Fronten innerhalb der Bevölkerung zusätzlich.⁴

Wie auch Merkel betont, gibt es auf lange Sicht

*zu einer (...) »inklusive« Politik der Demokratisierung für strukturell heterogene Gesellschaften keine Alternative, soll nicht die Staatlichkeit eines Landes schon zu Beginn der Transformationsprozesse untergraben werden.*⁵

Um die Stabilisierung der Demokratie zu gewährleisten, ist der Aspekt gleichberechtigter politischer Teilhabe aller Bürger an Entscheidungsprozessen – neben der Schaffung und Festigung demokratischer und freiheitssichernder Strukturen – demnach besonders zu beachten.

Der Kampf für gleiche gesellschaftliche und politische Einflussmöglichkeiten von Frauen und Männern in Serbien hat seine Wurzeln bereits im 19. Jahrhundert. Obwohl über die Jahre entscheidende Fortschritte erzielt wurden, sind der gleichberechtigte Zugang von Männern und Frauen zu repräsentativen politischen Ämtern und eine geschlechtergerechte Balance des gesellschaftlichen Einflusses in Serbien jedoch noch immer nicht erreicht worden.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begannen Frauenorganisationen in der Region, sich in Dachorganisationen wie der Srpski Ženski Savez (Serbische Frauenallianz) und der Narodni Ženski Savez Srba, Hrvata i Slovenaca (Nationale Frauenallianz der Serbinnen, Kroatinen und Sloweninnen) zu organisieren, um ihre gemeinsamen politischen Forderungen stärker

1 Merkel, 1999, S. 55.

2 Lauth, 2004, S. 10.

3 Goehring und Schnetzer, 2005, S. 523–560.

4 Ibid.

5 Merkel, 1999, S. 383.

unterstreichen zu können.⁶ Als 1921 im damaligen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen über eine neue Verfassung verhandelt wurde, traten Aktivistinnen von Frauenorganisationen besonders für eine Verankerung des Wahlrechts für Frauen und weiterer ziviler Rechte ein. Sie warnten davor, dass Frauen, falls sie sich nicht organisieren würden, auch weiterhin von politischen Entscheidungen ausgeschlossen bleiben würden. Die Konsequenzen der männlich dominierten Politik würden sie deutlich im Alltag spüren müssen. Trotz allen Engagements blieben Frauen jedoch auch nach der Verfassungsgebung viele politische und zivile Rechte inklusive des Wahlrechts verwehrt.⁷

Während die Mehrheit der bürgerlichen Frauenorganisationen weiterhin versuchte, eine Gleichstellung der Geschlechter durch die Einbindung von Frauen in das bestehende politische und gesellschaftliche System zu erreichen, nahm auch die Anzahl der Frauen zu, die der Ansicht waren, dass dies nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Umwälzung zu erreichen wäre. So wuchs bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Unterstützung sozialistisch geprägter Gruppierungen durch Frauen. Innerhalb der Arbeiterbewegungen bildeten sich daraufhin bald verschiedene Frauenorganisationen heraus.

Während des Zweiten Weltkriegs und den damit einhergehenden kriegerischen Auseinandersetzungen in der Balkanregion kämpften diese Frauen gemeinsam mit den Männern bei den später siegreichen Partisanen der *Naradno-Oslobodilački Pokret* (Nationale Befreiungsbewegung).⁸ Hier wurden im Gegensatz zu den anderen Konfliktparteien viele Frauen auch zum direkten Einsatz an der Waffe mobilisiert. Bereits 1943 wurde von den Partisanen eine Übergangsregierung unter Josip »Tito« Broz ausgerufen, unter dessen Führung 1945 die *Federativna Republika Jugoslavija* (Föderative Volksrepublik Jugoslawien [FRJ]) entstand.⁹ Mit der Verfassungsgebung von 1946 erhielten Frauen – auch als Anerkennung ihrer Leistungen für die Partisanenarmee – sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht.¹⁰ Nach über 70-jährigem Engagement war es Frauen somit erstmals möglich, direkten politischen Einfluss zu nehmen. Doch wie konnten sie sich in den folgenden 62 Jahren (also bis heute) in der politischen Arena etablieren?

Zunächst machte ihre politische Repräsentation zumindest formell große Fortschritte. Auch wenn in den verschiedenen Parlamenten und Arbeiterräten selten eine gleiche Repräsentanz der Geschlechter erreicht wurde, stieg die Anzahl der Frauen in diesen Gremien deutlich an und in den 1980er Jahren waren nicht selten mindestens 20 Prozent der Abgeordneten Frauen.¹¹ Da politische Entscheidungen aber häufig nicht in den gewählten Gremien, sondern in einem engen Führungskreis von Parteifunktionären gefällt wurden, zu denen Frauen nur in den seltensten Fällen zählten, schafften diese es nur bedingt, sich als Einflussfaktor im kommunistischen System dauerhaft zu etablieren.¹² Somit befanden sie sich zu Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs der späten 1980er und 1990er Jahre in einer schwierigen Ausgangslage. Mit dem Umbruch ging einher, dass das Prinzip der Gleichheit der Geschlechter durch die vorherrschende politische Ideologie nicht mehr so stark unterstützt wurde. Folglich sank die politische Repräsentation der Frauen nach den ersten freien Wahlen in Serbien im Jahr 1990 drastisch.¹³

6 Emmert, 1999, S. 33–36.

7 Ibid., S. 37–39.

8 Jancar-Webster, 1999, S. 67.

9 1963 wurde die FRJ in *Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija* (Sozialistische Föderative Volksrepublik Jugoslawien [SFRJ]) umbenannt.

10 Jancar-Webster, 1999, S. 68.

11 Bajić, 2005, S. 8.

12 Jancar-Webster, 1999, S. 85.

13 Bajić, S.8.

Nachdem sich bereits in den 1980ern ein zunehmender Nationalismus in Serbien abgezeichnet hatte, stellte die im Jahr 1990 einem vermeintlichen »demokratischen Frühling« folgende Machtübernahme des autoritär-nationalistischen Regimes Slobodan Miloševićs und seiner Socijalistička Partija Srbije (Sozialistischen Partei Serbiens [SPS]), der Nachfolgerpartei des serbischen Flügels der Savez Komunista Jugoslavije (Liga der Kommunisten Jugoslawiens), zunächst keinen demokratischen Wechsel der politischen Eliten, sondern lediglich einen ideologischen Wandel dar. Während die Repräsentation von Frauen in den politischen Gremien des sozialistischen Jugoslawiens durch Quotenregelungen noch weitgehend gesichert gewesen war, fiel der Frauenanteil im nationalen Parlament nach den ersten mehrparteilichen Wahlen in Serbien im Jahr 1990 – aus denen die SPS als Sieger hervorging – auf nur noch 1,6 Prozent.¹⁴ Ulf Brunnbauer verweist auf das Paradox, dass der Prozess der viel rezipierten Demokratisierung und Modernisierung der osteuropäischen Staaten seit 1989 besonders in Südosteuropa mit einer zunehmenden Retraditionalisierung der Geschlechterrollen einherging.¹⁵ Frauen gehören, wie er betont, sowohl im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und soziale Situation als auch im Hinblick auf ihre politische Repräsentation zu den Verlierern der Umwandlungsprozesse in Osteuropa.¹⁶

Obwohl die ersten mehrparteilichen Wahlen in Serbien bereits 1990 stattgefunden hatten, markierten, wie auch Duhaček hervorhebt, erst die Jahre 1999 und 2000 den tatsächlichen demokratischen Aufbruch.¹⁷ In dieser Zeit kam es zu einer erhöhten zivilgesellschaftlichen Mobilisierung, an der Frauen maßgeblich beteiligt waren. Im September 2000 konnte die Regierung Miloševićs durch die Wahl einer Koalition von 18 Parteien, die als Demokratska opozicija Srbije (Demokratische Opposition Serbiens) bekannt wurde, abgelöst werden.¹⁸ Der damit einsetzende Demokratisierungsprozess wirkt sich jedoch im Hinblick auf die Repräsentanz von Frauen in politischen Entscheidungsgremien nicht so schnell aus, wie es wünschenswert gewesen wäre.¹⁹ Nachdem Frauen wesentlich zum Sturz Miloševićs beigetragen hatten, forderten sie erneut eine gleichberechtigte Repräsentation in politischen Entscheidungspositionen. Aber ab dem Moment, an dem sich der politische Umwandlungsprozess zunehmend institutionalisiert und letztendlich »exklusiver« geworden war, konzentrierte sich die Entscheidungsmacht erneut fast ausschließlich auf die (mehrheitlich männlichen) politischen Eliten. Als am 24. September 2000 das föderale (also serbisch-montenegrinische) Kabinett berufen wurde, waren lediglich elf der 174 Abgeordneten (also 6,3 Prozent) weiblich.²⁰ Auch in den folgenden serbischen nationalen Wahlen im Dezember 2000 konnten sich Frauen nicht angemessen durchsetzen. Nach diesen Wahlen waren 32 der 250 Repräsentanten (also 12,8 Prozent) in der Narodna Skupština, dem nationalen Parlament, weiblich.²¹

Noch im Jahr 2006 lag der Anteil der weiblichen Abgeordneten im föderalen Parlament lediglich bei 7,9 Prozent.²² Nachdem der Staatenbund Serbien und Montenegro noch im selben Jahr aufgelöst worden war, folgten die nun rein serbischen Parlamentswahlen am 21. Januar

14 Siehe auch: Papić, 1999, S. 164.

15 Brunnbauer, 2000, S. 154. Siehe hierzu auch: Bijelić, 2005.

16 Brunnbauer, 2000, S. 151.

17 Duhaček, 2006, S. 924.

18 Vgl. Goehring und Schnetzer, 2005, S. 523. Milošević hatte sich zwar zunächst zum Wahlsieger erklärt, musste nach anhaltenden Streiks sein Amt aber an Koštunica abgeben.

19 Duhaček, 2006, S. 924.

20 Die Savezna Skupština, das föderale Kabinett des ehemaligen Jugoslawiens, bestand aus zwei Kammern: der Vece Gradjana (Kammer der Bürger) und der Vece Republika (Kammer der Republiken). Siehe dazu: Goati, 2000, S. 244.

21 Bajić, S. 8–9.

22 Interparliamentary Union (1)

2007. Danach wurden 20,4 Prozent der Abgeordnetenpositionen im nationalen Parlament von Frauen besetzt.²³ Seit den Wahlen im Mai 2008 sind Frauen mit 54 von 250 Repräsentanten und Repräsentantinnen vertreten. Dies entspricht 21,6 Prozent.²⁴ Obwohl dies ein deutlicher Fortschritt ist, stellt die Unterrepräsentanz von Frauen in formellen politischen Ämtern noch immer einen gravierenden Mangel des serbischen Demokratisierungsprozesses dar. Der Prozess der Demokratisierung und die in diesem Rahmen erhoffte und notwendige Einbindung von Frauen in die repräsentative Politik sind bei weitem nicht abgeschlossen, sondern befinden sich noch in der Anfangsphase. Dass Frauen derart signifikant unterrepräsentiert sind, stellt ein nicht zu unterschätzendes Defizit dar – sowohl der demokratischen Legitimierung als auch, implizit, der politischen Stabilisierung des Landes.

Literatur

- Bajić, Vesna, 2005, »The social and economic position of women in Serbia, South-East Europe Review for Labour and Social Affairs, 02/2005.
- Bijelić, Biljana, 2005, »Nationalism, Motherhood, and the Reordering of Women's Power", in: Ramet, Sabrina P. und Pavlaković, Vjieran (Hg.), 2005, Serbia since 1989, University of Washington Press, Seattle.
- Brunnbauer, Ulf, 2000, »From equality without democracy to democracy without equality? Women and transition in south-east Europe«, in: South-East review, 3/2000.
- Duhaček, Daša, 2006, »Feminist Perspectives on Democratization in Serbia/ Western Balkans«, in: Journal of Women in Culture and Society, vol. 31, no. 41.
- Goati, Vladimir, 2000, Elections in FRY from 1990 to 1998, CESID, Belgrad, S. 244.
- Emmert, Thomas A., 1999, »Ženski Pokret: The Feminist Movement in Serbia in the 1920s«, in: Ramet, Sabrina, (Hg.), 1999, Gender Politics in the Western Balkans, Pennsylvania State University Press, University Park.
- Goehring, Jeanette und Schnetzer, Amanda (Hg.), 2005, Nations in Transit 2005, Freedom House, Rowman & Littlefield Publishers.
- Interparliamentary Union (1), Serbia and Montenegro, http://www.ipu.org/parline-e/reports/arc/2355_03.htm.
- Interparliamentary Union (2), Serbia – last elections, http://www.ipu.org/parline-e/reports/2355_E.htm.
- Interparliamentary Union (3), Serbia, General Information about the Parliamentary Chamber or Unicameral Parliament, http://www.ipu.org/parline-e/reports/2355_A.htm.
- Jancar-Webster, Barbara, 1999, »Women in the Yugoslav National Liberation Movement«, in: Ramet, Sabrina, (Hg.), 1999, Gender Politics in the Western Balkans, Pennsylvania State University Press, University Park.
- Lauth, Hans-Joachim, 2004, Demokratie und Demokratiemessung, VS Verlag für Sozialwissenschaften und GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang, 1999, Systemtransformationen, Leske und Budrich, Opladen.
- Papić, Žarana, 1999, »Women in Serbia: Post-Communism, War and Nationalist Mutations«, in: Ramet, Sabrina P., (Hg.), Gender Politics in the Western Balkans, Pennsylvania State University Press, University Park.

23 Interparliamentary Union (2)

24 Interparliamentary Union (3)

***VII. Internationale
Zusammenarbeit: Energie***

Sino-russische Kooperation in Zentralasien:¹ Schwache Fakten, starkes Potenzial?

Einleitung

Zwischen der chinesischen und der russischen Regierung bestand in den letzten Jahrzehnten nur sehr eingeschränkter offizieller Kontakt. Nach dem Auslaufen des chinesisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags von 1950 im Jahr 1979, dem bereits seit den 1960er Jahren drastisch verschlechterte Beziehungen zwischen beiden Staaten vorausgegangen waren, ist erst im Jahr 2001 wieder ein Partnerschaftsabkommen² unterzeichnet worden. In der Zwischenzeit kooperierten beide Länder zwar ökonomisch (vor allem im Bereich der Rüstungs- und Militärtechnologie); ein politischer Austausch fand aber so gut wie nicht statt. Inzwischen betonen beide Staaten jedoch wieder die Bedeutung einer längerfristigen Zusammenarbeit und die Priorität der gegenseitigen Beziehungen.³ Den Aktionsraum der neuen Partnerschaft scheint insbesondere Zentralasien darzustellen. Beide Akteure treffen dort nicht nur aufgrund ihrer geografischen Nähe direkt aufeinander; die gemeinsame Lösungsfindung regionaler Probleme wirkt sich scheinbar auch vorbildhaft auf eine überregionale Zusammenarbeit aus. Deutlich zeigt das beispielsweise die Lösung der über viele Jahrzehnte hinweg bestehenden Grenzstreitigkeiten, die vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Beide Länder verfolgen ähnliche Interessen in der Region (v. a. Stabilität, Terrorismus-/Extremismusbekämpfung, Rohstoffe) und obwohl eine Reihe bilateraler Vereinbarungen existieren, betonen Russland und China die Effektivität einer multilateralen Kooperation in Zentralasien. Zwar ist die Regelungskraft sino-russischer Institutionen wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) sehr umstritten. Festzuhalten ist jedoch, dass die Beziehungen beider Länder deutlich intensiver geworden sind und auf beiden Seiten ein Bekenntnis zu einer Zusammenarbeit über bloße wirtschaftliche Interessen hinaus existiert.

Problemstellung

Im Rahmen meiner Diplomarbeit soll untersucht werden, *welche Folgen die sino-russische Kooperation in Zentralasien auf das bilaterale Verhältnis beider Akteure hat und was die intensivierte Zusammenarbeit für das internationale politische System bedeutet*. Mit China und Russland treffen zwei der größten und bedeutendsten Staaten der Welt aufeinander. Beide Länder genießen als Mitglieder des UN-Sicherheitsrates eine zentrale Stellung im internationalen politischen Kontext und sind inzwischen mit den meisten Staaten der Welt so eng verflochten, dass sich ihre Politik zwangsläufig auf das gesamte Staatensystem auswirkt. Zusammen mit den zentralasiatischen Republiken verfügen sie über rund 17 Prozent der Weltölreserven,

1 Zentralasien meint hier: Tadschikistan, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien und Turkmenistan.

2 »Treaty of Good-Neighbourliness and Friendly Cooperation Between the People's Republic of China and the Russian Federation« auf der Homepage des chinesischen Außenministeriums: <http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjb/zsjg/dozys/gjlb/3220/3221/t16730.htm> (Zugriff: 23.7.2008).

3 Protokoll des Besuches des russischen Außenministers Sergeij Lavrov in der Volksrepublik China im Juli 2008, auf der Homepage des russischen Außenministeriums: http://www.ln.mid.ru/brp_4.nsf/191-dd15588b2321143256a7d002cfd40/a75d874a035c5fa0c325748f001cd6dd?OpenDocument (Zugriff: 23.7.2008).

knapp 50 Prozent der Gasvorkommen und über fast die Hälfte der Weltbevölkerung.⁴ Ihre Zusammenarbeit hat folglich Auswirkungen auf Staaten wie die USA, die ihrerseits versuchen, Einfluss in Zentralasien zu gewinnen, aber auch auf gesellschaftliche, ökonomische und institutionelle Akteure und Gremien weltweit. Häufig wird die chinesisch-russische Kooperation mit großem Misstrauen beobachtet und tendenziell eher als Gefährdung für das derzeitige »westlich«⁵ dominierte, politische und ökonomische Weltgefüge angesehen. Beiden Ländern wird oft unterstellt, dass sie künftig die Rolle einer neuen Weltmacht übernehmen und damit verstärkt ihre Sichtweisen und Machtansprüche durchsetzen wollten. Die Politik Russlands und Chinas wird von den Ländern des »Westens« oft mit Attributen wie »undemokratisch« und »menschenrechtsverachtend« versehen und als eklatant verschieden von den eigenen Werten und Normensystemen angesehen. Deshalb wird bei einer verstärkten Kooperation beider Akteure befürchtet, dass sich diese Politik in großen Teilen Asiens manifestieren und dadurch eigene Bemühungen konterkarieren könnte.⁶ China und Russland nähren diese Vorurteile, indem sie erklären, dass sie sich gezielt gegen einen Machtausbau der USA in Zentralasien einsetzen und unter anderem mit der SOZ ein Gegengewicht zur NATO und zur OSZE etablieren wollen. Das schürt alte Ängste aus Zeiten des Kalten Kriegs, als sich China und die damalige Sowjetunion ebenfalls gemeinsam gegen die USA positionierten. Zudem gilt China für die Vereinigten Staaten immer noch als starke Bedrohung der eigenen Machtposition in der Welt, auch wenn die Auseinandersetzung mit der »chinesischen Gefahr« (China threat)⁷ nach dem 11. September 2001 stärker in den Hintergrund gerückt ist. Derzeit scheinen Russland und China mit ihrem Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten für die Zentralasiaten tatsächlich einen attraktiveren Kooperationspartner darzustellen als die USA, die mit ihrer »Demokratisierungspolitik« immer wieder auf Widerstand stießen und die 2005 mit dem Rauswurf aus Usbekistan einen wichtigen Verbündeten in der Region verloren haben.

Fokus: Energie- und Sicherheitskooperation in Zentralasien

Durch die unterschiedliche Rolle Chinas, der USA und Russlands entsteht in Zentralasien derzeit ein neues geopolitisches Spannungsfeld. Die Region liegt bereits seit vielen Jahrhunderten periodisch immer wieder im Fokus geopolitischer Interessen, zuletzt im 19. Jahrhundert in der Ära des sogenannten »Großen Spiels«.⁸ Die Akteure und die Region haben sich seitdem zwar entscheidend verändert und die zentralasiatischen Republiken existieren in ihrer heutigen Form erst seit der Erklärung ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991. Deshalb ist es auch unzulässig, simplifizierend von einem »neuen großen Spiel«⁹ zu sprechen. Dennoch lassen sich bestimmte Ähnlichkeiten zwischen damaligen und heutigen mit Zentralasien verbundenen Ansprüchen und Hoffnungen nicht leugnen. Die Region ist wegen ihrer Lage als Bindeglied zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten

4 Vgl. Bailes, Alyson J. K. et al (2007): The Shanghai Cooperation Organization, SIPRI Policy Paper Nr. 17, S. 4.

5 »Westen« und »westlich« bezieht sich im Kontext dieser Arbeit auf die G7-Staaten (Kanada, Japan, Deutschland, USA, Großbritannien, Italien, Frankreich).

6 Rumer, Eugene B. (2006): China, Russia and the Balance of Power in Central Asia, in: Strategic Forum, Nr. 223, November 2006, S. 1–8.

7 Gertz, Bill (2000): The China Threat. How the Peoples Republic Targets America. Siehe auch mehrere Aussagen Robert Kagans von der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden. Bspw. in: DIE ZEIT, Nr. 4/2008, auf: <http://www.zeit.de/2008/04/USA> (Zugriff: 18.7.2008).

8 Vgl. Warkotsch, Alexander (2006): Russlands Rolle in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/2006, auf: http://www.bpb.de/publikationen/CHQIB3,0,0,Russlands_Rolle_in_Zentralasien.html (Zugriff: 22.7.2008).

9 Vgl. Kleveman, Lutz (2003): The New Great Game. Blood and Oil in Central Asia und Altuglu, Murat (2006): The New Great Game. Energiepolitik im kaspischen Raum.

und wegen ihrer Rohstoffe nach wie vor begehrt und zählt in den Termini der Geopolitik zur sogenannten »Strategische Ellipse«.¹⁰

Für die Analyse der sino-russischen Kooperation in Zentralasien spielen deshalb die Bereiche *Energie* und *Sicherheit* eine herausragende Rolle. Auch wenn die Größe der Energiereserven und Ressourcen in Zentralasien umstritten ist, kann aufgrund der bisher explorierten Vorkommen davon ausgegangen werden, dass die Region energiepolitisch künftig eine bedeutendere Position einnehmen wird.¹¹ In Zentralasien verlaufen wichtige Energietransportrouten, die neben Russland und China auch den Iran, die Türkei, Indien und künftig verstärkt auch die Europäische Union bedienen. Das Interesse an den Ressourcen steigt aufgrund der Erhöhung des weltweiten Energieverbrauches stetig. Derzeit gehört Russland noch zu den Hauptabnehmern der zentralasiatischen Rohstoffe. Andere Abnehmer wie China, Indien oder die Europäische Union drängen jedoch zunehmend auf einen Anteil an den Energievorkommen. Eine Auseinandersetzung mehrerer Akteure um die Rohstoffe in Zentralasien erscheint deshalb durchaus möglich. Russland und China betonen jedoch immer wieder, dass sie eine solche Konfrontation vermeiden und mit dem Aufbau von Institutionen¹² zu einer langfristigen friedlichen Energiekooperation beitragen wollen.¹³ Sicherheitspolitisch gehört Zentralasien seit der verstärkten Antiterrorismuspolitik zu einer strategisch wichtigen Zone: Die USA operieren von Militärbasen in Kirgisien aus in Afghanistan und sehen in der Stabilität der zentralasiatischen Länder eine wichtige Voraussetzung für die Bekämpfung des Terrorismus weltweit. Die Stabilität der Region hat auch für China und Russland Priorität. Die gemeinsame Bekämpfung der »drei Übel der Zeit«¹⁴ Terrorismus, Separatismus und Drogenhandel ist ein Grundziel des Partnerschaftsvertrages und der SOZ.

Konfliktpotenzial

Bei der gegenseitigen Annäherung zwischen Russland und China darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Zusammenarbeit durchaus hohes Konfliktpotenzial besitzt. Zum einen beansprucht Russland nach wie vor eine wichtige Rolle in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Auch wenn inzwischen nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass Russland das Gebiet immer noch als sein erweitertes Staatsterritorium betrachtet, wird der zunehmende Einfluss Chinas in der Region in Russland durchaus nicht nur mit Wohlwollen registriert. Die sino-russischen Beziehungen werden deshalb von Analysten häufig als fragiles Zweckbündnis betrachtet, das nur über einen bestimmten Zeitraum hin

-
- 10 Als strategische Ellipse werden Russland, die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres, Zentralasien, der Iran und die Staaten des Nahen Ostens bezeichnet. Diese geopolitische Bezeichnung ist nicht unumstritten. Vgl. Ehlers, Kai (2004): Domino im Kaukasus – über »Filetstücke« auf dem »eurasischen Schachbrett«, auf: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20041211> (Zugriff: 22.7.2008).
- 11 Vgl. Rempel, Hilmar et al (2007): Die Rohstoffe Zentralasiens. Vorkommen und Potential für Europa, in: Sapper, Manfred et al (Hrsg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Sonderheft der Zeitschrift Osteuropa, 57. Jg., Heft 8–9/2007, S. 7, S. 433–449.
- 12 Der ehemalige russische Präsident Wladimir Putin präsentierte die Idee, die zentralasiatischen Länder mit Russland und China in einem SOZ-Energieclub zu vereinen, auf dem 5. Gipfeltreffen der SOZ 2006 in Shanghai. Wie dieser Club jedoch genau aussehen soll, ist bis jetzt unklar. Nach Putins Vorstellung sollen die Länder sowohl gemeinsame Energieprojekte durchführen als auch Preisabsprachen treffen. Zudem werben besonders der Iran und Russland seit längerer Zeit für die Gründung einer Gas-OPEC als Gegenkraft zur OPEC. Vgl. Mattes, Hanspeter (2007): Die »Gas-OPEC« – Schwierigkeiten einer Kartellbildung, auf: www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/staff/mattes/publications/giga_mattes_erdgasOPEC_0705.pdf (Zugriff: 22.7.2008).
- 13 Vgl.: »Central Asia: SCO Leaders Focus On Energy, Security, Cooperation«, auf: Radio Free Europe, <http://www.rferl.org/featuresarticle/2007/08/4853ecf7-2612-4d93-98fb-509c7cf71170.html> (Zugriff: 27.7.2008).
- 14 Bensmann, Marcus (2006): Wenn der wirkliche Gegner fehlt. Der Kampf gegen den Islamischen Terrorismus, in: Das Parlament, Nr. 30/31, 24.7.2006.

existieren kann:¹⁵ Entweder bis einer der beiden Partner in seiner Entwicklung dem anderen deutlich überlegen ist oder bis es möglicherweise erneut zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden aufstrebenden Ländern kommt. Tatsächlich ist der Partnerschaftsvertrag zunächst auf zwanzig Jahre angelegt und auch wenn die Grenzstreitigkeiten nun beigelegt sind, gibt es noch eine Reihe anderer möglicher Konfliktherde zwischen beiden Ländern.¹⁶ Zudem wird das chinesische Engagement auch von den Zentralasiaten selbst nicht als durchweg harmonisch wahrgenommen. Diese fürchten ebenfalls den wachsenden Zustrom der Chinesen und mögliche daraus entstehende Machtansprüche.¹⁷

Politikwissenschaftliche Operationalisierung

Derzeit ist der Grad der sino-russischen Zusammenarbeit in Zentralasien noch relativ gering; beide Akteure arbeiten jedoch verstärkt darauf hin, dass die Kooperationsintensität zunimmt.¹⁸ Man kann deshalb in Bezug auf das sino-russische Verhältnis in Zentralasien nicht nur von einer reinen Konkurrenzbeziehung sprechen.

a) Variablenmodell:

Abhängig (Y): sino-russische Kooperation in Zentralasien

Unabhängige (X): Interesse an Energiereserven und Stabilität in Zentralasien

→ Akteure schaffen sich aufgrund gemeinsamer Interessen mit Institutionen¹⁹ Voraussetzungen für langfristige Kooperation

Zu untersuchen: Abkommen, Organisationen, Strategien in den Bereichen Energie- und Sicherheitspolitik

Intervenierend: Rolle der USA und Grad der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Länder

b) Theoriegerüst:

Zur Bewertung des sino-russischen Agierens in Zentralasien bietet sich der *neoliberale Institutionalismus*²⁰ an. Zwischenstaatliche Kooperation ist dieser Theorie folgend möglich, da internationale Politik kein reines Nullsummenspiel ist. Das internationale System ist

15 Vgl. Ming, Shi (2008): Wer hat Angst vorm Großen Bären?, in: Internationale Politik, Februar 2008, S. 63–65.

16 Bspw.: Umstrittene Pipelinerouten, unterschiedliche Norm- und Wertvorstellungen, demografischer Druck durch chinesische Zuwanderung in Sibirien, billige chinesische Waren, die die russische Produktion hemmen. Vgl. Norling, Nicklas (2007): China and Russia. Partners with Tensions, in: Policy Perspectives, Vol. 4, Nr. 1, S. 33–48, auf: www.silkroadstudies.org/new/docs/publications/2007/Norling_China_and_Russia.pdf (Zugriff: 24.7.2008).

17 Vgl. Wacker, Gudrun (2003): Russland und China in Zentralasien: Partner oder Konkurrenten?, in: Alexandrova, O. et al (Hrsg.) (2003): Rußland und der postsowjetische Raum, S. 498–517, S. 502.

18 Kooperation heißt in diesem Fall eine langfristig angelegte Zusammenarbeit, die über eine rein wirtschaftliche Beziehung hinausgeht. In den Internationalen Beziehungen verweist Kooperation auf ein frühes Stadium von Integrationsprozessen, in denen gemeinsame Handlungen entwickelt werden und ist deshalb nicht mit einer bereits vorhandenen Institutionalisierung bzw. Regimebildung gleichzusetzen. Vgl. Bendel, Petra: Kooperation, in: Nohlen, Dieter (1998): Lexikon der Politik, Band 7: Politische Begriffe, CD-Rom-Ausgabe, sowie: Milner, Helen (1992): International Theories of Cooperation Among Nations, in: World Politics, Vol. 44, Nr. 3, S. 466–496.

19 Institutionen sind: Konventionen, Normen, Verhaltenskodizes, Regelwerke ect. (vgl. Mildner, Stormy: Überblick IB-Theorien, auf: <http://www.weltpolitik.net/print/1535.html>).

20 Robert Keohane, After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy (1984); Power and Governance in a Partially Globalized World (2002)

vielmehr durch Interaktionsmuster unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Akteure gekennzeichnet. Folglich würden politische und ökonomische Interdependenzen entstehen und der Grad der Verflechtung wachsen. Für die sino-russischen Beziehungen muss demzufolge nachgewiesen werden, welche *Interdependenzen* existieren, welche *strategischen Interessen* die Akteure verfolgen und welches *Konfliktpotenzial* sich daraus unter Umständen ergeben könnte.

c) Hypothesen:

(1) Russland und China kooperieren in Zentralasien, weil sich ihre Transaktionskosten damit verringern. Je stärker die Kooperation, umso mehr gewinnen beide an Macht und Einfluss in der Region.

(2) Je unterschiedlicher sich China und Russland jedoch ökonomisch entwickeln, umso gefährdeter ist die Partnerschaft. Derzeit befinden sich beide Länder auf ähnlichen Entwicklungsstufen. Bei einer signifikanten Veränderung der Entwicklungsstufe könnten neue Probleme die Kooperation belasten oder sogar beenden.

(3) Beide Akteure postulieren das Interesse, einen Gegenpol zu den USA in der Region zu schaffen. Weder China noch Russland ist jedoch derzeit allein in der Lage, die Rolle einer regionalen Ordnungsmacht zu übernehmen. Nur das Motiv »Gegengewicht zu den USA« trägt aber keine jahrzehntelange Zusammenarbeit. Die Energie- und Sicherheitskooperation könnte hingegen das Bindeglied einer langfristigen Partnerschaft werden.

d) Grenzen der Analyse

Schwierigkeiten für die Analyse ergeben sich in erster Linie aus der Aktualität des Themas. Da eine sino-russische Annäherung in Zentralasien erst seit wenigen Jahren festgestellt werden kann, ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, eine umfassende Darstellung vorzulegen. Viele Kooperationsfelder sind gerade erst im Aufbau und müssen demzufolge in mehreren Jahren noch einmal einer intensiveren wissenschaftlichen Prüfung unterzogen werden, um die Forschungsfragen verlässlich beantworten zu können.

Gaukhar Abdigaliyeva

Die Energieversorgung Europas durch die Diversifizierung der Öl- und Gaslieferrouen am Beispiel Kasachstans

Die Europäer gehören neben den Amerikanern, Chinesen und Japanern zu den weltgrößten Pro-Kopf-Konsumenten von Energie. 16 % des weltweiten Erdgasverbrauchs finden in der EU statt.¹ Das macht die EU zu einem wesentlichen Akteur auf dem internationalen Weltenergiemarkt. Zudem steigt ihr Energiebedarf seit 1986 um ein bis zwei Prozent jährlich,² und dies bei einer Verdopplung der Erdölpreise innerhalb von zwei Jahren. Deshalb wird bis 2030 eine Erhöhung der Gaseinfuhrabhängigkeit von 57 % auf voraussichtlich 84 % erwartet,³ was politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefahren mit sich bringen kann. Die Energiebilanz wird dabei nach Angaben der Kommission⁴ wie folgt aussehen: Erdöl (38 %), Erdgas (29 %), feste Brennstoffe (19 %), Kernenergie (6 %) sowie Wasser und andere Energien (8 %). Der Anteil von Erdöl und Erdgas beträgt damit fast 70 Prozent und wird als wichtigste Säule der Energieversorgung angesehen. Da die EU ihren Energieverbrauch durch Importe decken muss, bleibt das Anliegen, neue Länder als Energielieferanten zu gewinnen, hoch aktuell.

EU-Politik zur Energiesicherheit

Um nachhaltige Energiesicherheit zu gewährleisten, muss Europa nach der Lissabon-Strategie in Fragen der Energieaußenpolitik gemeinsam auftreten,⁵ was auch eine der Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft war.

Unter europäischer Energiepolitik, deren Ziele die Gewährleistung eines funktionierenden Energiebinnenmarktes, die Sicherung der Energieversorgung und der Klimaschutz sind, werden alle hoheitlichen Maßnahmen der Union auf dem Energiesektor verstanden, insbesondere solche, die Angebot und Nachfrage der Energieträger beeinflussen.⁶ Einige dieser Maßnahmen, die die wachsende Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten verringern sollen, werden im Papier der Kommission⁷ benannt. Laut diesem Papier muss die EU-Außenpolitik im Energiebereich kohärent, strategisch und zielorientiert sein.⁸ Außerdem schlägt die Kommission gut funktionierende Märkte und eine Diversifizierung von Energiequellen und -versorgungsrouten als Schlüsselaspekte der Energiesicherheit vor.

Strategie der Politik zur Sicherung der Energieversorgung

Aufgrund der wachsenden Nachfrage nach Erdöl und der entsprechenden Importabhängigkeit der EU-Länder sind energiepolitische Aspekte in Beziehungen zu Drittländern von großer Bedeutung. Als wichtigsten Bereich der EU-Energieaußenpolitik sieht die Kommis-

1 Grünbuch KOM (2000) 769 endg., 29.11.2000, S. 27.

2 Grünbuch KOM (2000) 769 endg., 29.11.2000, S. 15.

3 KOM (2007) 19, S. 4.

4 Grünbuch KOM (2000) 769 endg., 29.11.2000, S. 49.

5 Vgl. KOM (2007) 1 endg., Brüssel, 10.01.2007.

6 Bleckmann, Europarecht, 1997, Rn. 2860.

7 Papier der Kommission und des Generalsekretärs / Hohen Vertreters für den Europäischen Rat »Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich« vom 30.08.06.

8 Ebd., S. 3, Antwort auf die Frage: Wie können konkrete Ergebnisse erzielt werden?, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/90089.pdf.

sion ihr einheitliches Auftreten gegenüber Dritten und den Dialog mit wichtigen Produzenten-, Transit- und Verbraucherländern vor.⁹ Viele Hoffnungen stützen sich dabei trotz der Bestätigung der sogenannten Peak-Oil-Theorie durch einige Konzerne auf neue Lieferquellen.¹⁰ Eine maximale Diversifizierung der Energielieferanten ist auch laut der SWP-Studie¹¹ nötig. So könnte zum Beispiel die Türkei im Rahmen der Nachbarschaftspolitik eine Schlüsselrolle bei der Diversifizierung spielen,¹² da sie neue Routen für Öl- und Gasimporte aus der kaspischen Region und Zentralasien eröffnen kann. In Bezug auf den schnelleren und sicheren Transport des kaspischen Erdöls zum europäischen Markt wird mit der Erdölbeförderung nach Polen durch die Rohrleitung Odessa-Brody ab 2009 auch die Rolle der Ukraine als wichtigstes Transitland steigen.

Europäisches Interesse an den kaspischen Energieressourcen

Bisher haben die Energieressourcen des Kaspischen Beckens noch keinen direkten Beitrag zur Energiesicherheit der EU geleistet, die Initiative der EU für internationale Zusammenarbeit im Energiesektor erkennt jedoch die strategische Bedeutung der Region. Die Bedeutung der Zusammenarbeit im Energiebereich wurde bereits 1999 unterstrichen.¹³ Die besondere Rolle der kaspischen Energieimporte als wesentlicher Bestandteil der Energiesicherheit der EU wurde während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Kontext der Begriffe »Energieaußenpolitik« und »Zentralasienstrategie« erneut betont. Außerdem weist das Europäische Parlament auf die Bedeutung Kasachstans hin, das der wichtigste zentralasiatische Handelspartner im der EU im Energiehandel ist.¹⁴ Entsprechend weitet die EU ihre Zusammenarbeit mit den Ländern des Kaspischen Raums im Energiesektor aus, während die Energielieferländer dieser Region die europäischen Länder als Kunden gewinnen wollen. Eine Öffnung und Erweiterung der Pipeline-Netze ist also von beiden Seiten erwünscht. Die zentralen Vorhaben in diesem Zusammenhang sind das Nabucco Pipeline Projekt, der Energiedialog durch die »Baku-Initiative« und die BTC-Pipeline.

Kasachstans Energiereichtum

Die Hauptausrichtung der kasachischen Politik im Erdöl- und Erdgasbereich gilt der Festigung der staatlichen Position – der Staat soll als einflussreicher und verantwortungsvoller Akteur auf den internationalen Erdöl- und Energiemärkten auftreten. Mit diesem Ziel stärkt die Regierung kontinuierlich den staatlichen Einfluss auf die strategisch wichtigen Branchen des Energiesektors.¹⁵ Für den wirtschaftlichen Boom in Kasachstan ist der Ölsektor ausschlaggebend. 2006 betrug die Ölförderung in Kasachstan 65 Millionen Tonnen; bis 2015 soll sie 140 Millionen erreichen. Eines der weltgrößten Ölfelder – Kaschagan –, in dem ein Fünftel aller Öl- und Gasvorkommen des Kaspischen Raums lagert, soll zur Erhöhung der

9 KOM (2006), 726 endg., Brüssel, 04.12.2006.

10 Vgl. Knappe Ressourcen: Energieriese Total warnt vor Ende des Ölzeitalters, Spiegel Online, 03.06.2008. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,557435,00.html>.

11 Schröder/Tull (Hg.), Europäische Energiesicherheit 2020, Szenarien für mögliche Entwicklungen in Europa und seinen energiepolitisch wichtigsten Nachbarregionen, Berlin, März 2008.

12 Kommissionsmitglied Rehn, Gemeinsame strategische Interessen: Warum die Zusammenarbeit zwischen EU und Türkei so wichtig ist, Juni 2007, http://ec.europa.eu/commission_barroso/rehn/this_month/june_2007/index_de.htm.

13 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Jahresbericht 1999 über das TACIS-Programm, KOM (2000) 835, Brüssel, 20.12.2000, S. 59.

14 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20.02.2008 zur Strategie der EU für Zentralasien.

15 Botschaft des Präsidenten der Republik Kasachstan Nursultan Nasarbajew an das Volk Kasachstans, Astana, 06.02.2008.

Erdölförderung beitragen. Kasachstan versucht, neben den russischen auch alternative Öl-Exportrouten zu bedienen. Dahinter steht die Hoffnung auf eine weiter anwachsende Bedeutung Kasachstans als verlässlicher Öl- und Gaslieferant für Europa.

Die deutschen Rohölimporte aus Kasachstan betragen von Dezember 2006 bis November 2007 7,604 Millionen Tonnen und stehen damit an fünfter Stelle der deutschen Erdöleinfuhr,¹⁶ wobei 74 Prozent des gesamten Energiebedarfs durch Einfuhren abgedeckt werden mussten.¹⁷

Auch für die Gaseinfuhr wären Importe aus Kasachstan laut Bodo Lochmann, Experte für kasachische Wirtschaftspolitik, zumindest ein kleiner Schritt, um sich aus der einseitigen Abhängigkeit von Russland zu lösen.

Zusammenarbeit im Energiesektor

Eine gemeinsame Absichtserklärung ist die Grundlage für eine engere und intensivere Zusammenarbeit im Energiebereich zwischen der EU und Kasachstan.¹⁸ Hier sind Kooperation mit dem Ziel größerer Energiesicherheit, engere industrielle Zusammenarbeit im Bereich der Transportinfrastruktur sowie regelmäßiger Informationsaustausch über die Energiepolitik der Partner vorgesehen.

Interregionale Infrastrukturprojekte

Die kasachische Infrastruktur hält mit dem Ausbau der Zusammenarbeit nicht Schritt. Der Aufbau neuer Pipelines, die Lieferungen aus neuen Quellen zulassen und so die Diversifizierung technisch ermöglichen, ist notwendig. Hier engagiert sich Kasachstan bei der westlichen Baku–Tbilissi–Ceyhan-Pipeline.

Die EU wird im Rahmen der »Baku-Initiative« einen regelmäßigen erweiterten Energiedialog mit den zentralasiatischen Staaten führen, um eine regionale Energiegemeinschaft Schwarzes/Kaspisches Meer zu schaffen.¹⁹

Eine weitere Alternative ist die Nabucco Pipeline. Der Bau des geplanten europäischen Nabucco-Pipelineprojektes ist eine Antwort auf das beidseitige Interesse der Länder an direkter Gasein- und -ausfuhr und wurde auch von der deutschen Regierung unterstützt.²⁰

Außerdem gerät die Möglichkeit der Verflüssigung von Gas und dessen Transport in Tankern über das Kaspische Meer nach Aserbaidschan immer stärker in die Diskussion. Investitionen in Flüssigerdgas-Anlagen (LNG) sind in letzter Zeit ein wesentlicher Bestandteil der Diversifizierung geworden. Der Anteil von LNG am überregionalen Gashandel soll von 30 Prozent

16 Beziehungen zwischen Kasachstan und Deutschland, Auswärtiges Amt, März 2008, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Kasachstan/Bilateral.html>.

17 Schiffer, *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 57, 2007, 32, 42.

18 Kasachstan und die Europäische Union stecken in einer gemeinsamen Absichtserklärung den Rahmen ihrer energiepolitischen Beziehungen ab. IP/06/2006, Brüssel, 04.12.2006, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1679&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>.

19 Abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien.html>.

20 Die Parlamentarische Staatssekretärin Dagmar Wöhl äußert dazu: »Mit der Nabucco-Pipeline könnte Erdgas aus dem Kaspischen Raum nach Westeuropa transportiert werden. Die Bundesregierung begrüßt grundsätzlich jede Maßnahme, die zu einer Diversifizierung der Transportwege oder der Gasbezugsquellen beiträgt und hat daher der Aufnahme der Nabucco-Pipeline in die Liste der Transeuropäischen Netze (TEN) zugestimmt.«, BT Drucks. 16/3894, S. 39.

im Jahr 2004 bis 2030 auf über 50 Prozent steigen.²¹ Die LNG im Kaspischen Raum können damit einen Beitrag zur EU-Diversifizierungsstrategie leisten.

Hindernisse

Der zwischen Russland, Kasachstan und Turkmenistan unterzeichnete Energievertrag²² sieht die Erweiterung der Prikaspisky-Pipeline und damit den Transport turkmenischen Erdgases durch Kasachstan entlang des Kaspischen Meers in das russische Leitungsnetz vor.²³ Dafür werden die zentralasiatischen Staaten der Gazprom von 2009 an einen höheren Preis in Rechnung stellen.²⁴ Die Nabucco-Pipeline schwebt damit in Gefahr, ihre wesentlichen Gaslieferanten zu verlieren, und Aserbaidschan allein kann eine ausreichende Gasversorgung nicht gewährleisten.

Die politische Situation in den Lieferregionen entscheidet mit über die Energieversorgung. Der Konflikt in Georgien hat gezeigt, dass Europa eine maximale Diversifizierung der Lieferrouten benötigt. So war etwa die wichtigste Pipeline, die Öl aus Aserbaidschan und Kasachstan über Georgien an die türkische Mittelmeerküste transportiert, wegen eines Anschlags einige Tage außer Betrieb. Diese Entwicklung wirkt sich allerdings auch auf das Nabucco-Pipeline-Projekt negativ aus, da auch diese Pipeline durch Georgien führen wird.

Schlussfolgerung

Um die wachsende Energienachfrage befriedigen zu können, ist einerseits die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik gegenüber den traditionellen Lieferländern und besonders auch in Bezug auf die Energieallianz mit Russland notwendig. Andererseits ist auch eine intensive Diversifizierung der Lieferrouten für die Gewährleistung der Öl- und Gasversorgung ganz eindeutig von Bedeutung. Angesichts des wachsenden europäischen Energiebedarfs und des voraussichtlichen Anstiegs der Ölförderung in Kasachstan besteht eine beiderseitige Abhängigkeit. Aus diesem Grund muss die regionale Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern und Kasachstan, deren Grundlage bereits 2006 gelegt wurde, weiter vertieft werden.

21 Matthias Christoph Pröfrock, zitiert nach IEA World Energie Outlook 2004, Zusammenfassung, S. 6.

22 Absichtserklärung zum Bau einer neuen Leitung für turkmenisches Gas, 12.05.2007.

23 Roland Götz, Zentralasiatische Energieexporte. Zwischen russischer Dominanz, Diversifizierungsplänen der EU und neuen Märkten in Asien, SWP, Berlin 2007, in Russlandanalysen Nr. 137/2007, 2–4, <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen137.pdf>.

24 Zentralasiatisches Erdgas wird für Gazprom teuer, FAZ, 12.03.2008.

Mahabat Sadyrbek

Die EU-Zentralasienstrategie – neues »Great Game« oder neue Chance für die Region?

Im Sommer 2007 verabschiedete die deutsche EU-Ratspräsidentschaft eine *Zentralasienstrategie*, um der zunehmenden *weltpolitisch-strategischen* Bedeutung der Region (durch die Nachbarschaft zu Afghanistan) wie auch ihrer *energiepolitischen* Bedeutung mit mehr Engagement zu begegnen.

Die zentralasiatischen Staaten gelten aufgrund fragiler Staatsstrukturen und divergierender gesellschaftlicher Entwicklungen in einer Gemengelage von Tradition und Moderne, Autokratie und Demokratie usw. als höchst krisenanfällig (vgl. Schmitz 2007: 75). Bestimmte ungünstige lokale Faktoren wie islamistische Bedrohungen und Terrornetzwerke, Drogen- und Waffenhandel sowie illegale Einwanderung werden auch als Probleme der EU betrachtet,¹ da sie keineswegs an den EU-Grenzen Halt machen; ihre Ursachen »[müssen] bereits in den Ursprungsländern bekämpft werden.« (Jacobsen & Machowski 2007: 31)

Weitere Bedeutung erhält die Region durch ihre enormen Gasvorkommen und andere Energieträger, die zusammen genommen etwa vier Prozent der Weltenergiereserven ausmachen. Insbesondere die drei Flächenstaaten Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan werden künftig immer mehr Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran fördern (vgl. Rempel et al. 2007: 235) und können diese Rohstoffe aufgrund ihres geringen Eigenbedarfs exportieren.² Das erfordert allerdings den Ausbau der regionalen Infrastruktur und die Anbindung dieser Länder an internationale Märkte. Die Großmächte Russland, China und die USA sowie in zunehmendem Maße auch Indien und der Iran arbeiten seit geraumer Zeit intensiv daran. Die EU hat dagegen trotz des globalen Nachfragedrucks und der zunehmenden geostrategischen und sicherheitspolitischen Bedeutung der Energiepolitik bislang keine wirklich steuernde Funktion bei der Errichtung einer Infrastruktur zum Energieimport aus dem zentralasiatischen Raum eingenommen. Das europäische Energieinteresse beschränkte sich bisher auf einige überregionale Projekte wie *Transport Corridor Europe-Caucasus-Central Asia* (TRACECA)³ und *Interstate Oil and Gas Transport to Europe* (INOGATE),⁴ die sich 2004 zur *Baku-Initiative*⁵ vereinigt haben. Spätestens seit den jüngsten Unterbrechungen der Gasversorgung anlässlich der Konflikte zwischen Russland und der Ukraine bzw. Belarus wächst die Sorge um

1 Europäische Kommission: Probleme unserer Nachbarn sind auch unsere Probleme. KOM (2006) 726 endg., 04. 12. 2006, unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf, abg. 01.02.2008.

2 Die Region nimmt etwa drei Prozent der weltweiten Landfläche ein, wovon zwei Drittel allein auf Kasachstan als flächenmäßig größtes Land der Region entfallen. Gleichzeitig lebt nur ein Prozent der Weltbevölkerung in der Region (vgl. Rempel et al. 2007: 433).

3 TRACECA ist das bisher größte Verkehrs- und Kommunikationsprojekt der EU im Rahmen des TACIS-Programms. Es sieht eine Verbindung der EU über die historische *Seidenstraße* mit den drei südkaukasischen und den fünf zentralasiatischen Staaten über das Schwarze und das Kaspische Meer vor. Vgl. TRACECA, unter: <http://www.traceca-org.org/>, abg. 04.02.2008.

4 Das Ziel dieses Projekts zur Integration der Öl- und Gastransportsysteme ist die regionale Energiegemeinschaft Schwarzes/Kaspisches Meer, die technische Überprüfung der Gas- und Erdölpipelines in Zentralasien, insbesondere Buchara-Taschkent-Bischkek-Almaty, sowie der Wiederaufbau des Gastransportsystems und die Koordinierung der nationalen Energiepolitik der Region. Vgl. INOGATE, unter: www.inogate.org/en/, abg. 22.08.08.

5 Die *Baku-Initiative* versucht, in den südkaukasischen und zentralasiatischen Staaten verstärkt funktionierende Märkte für Öl, Gas und Strom mit Orientierung auf die rechtlichen Strukturen des europäischen Energiemarktes zu schaffen. Vgl. European Commission: »Baku initiative«, unter: http://ec.europa.eu/external_relations/energy/baku_initiative/index.htm, abg. 04.02.2008.

die europäische Energiesicherheit. Seit dem Frühjahr 2006 ist sie entsprechend auf die Tagesordnung europäischer Politik gerückt. Die Notwendigkeit der Diversifizierung der europäischen Energieimporte war der Anlass zur Formulierung des im April 2007 von der Kommission vorgelegten Strategiepapiers zur *Schwarzmeersynergie*. Es zielt auf die Schaffung eines Partnerschaftsprogramms ähnlich der Euro-Mediterranen Partnerschaft und der Nördlichen Dimension ab.⁶ Dieser Initiative folgte kurze Zeit später die *Zentralasienstrategie* des EU-Ministerrates, die die Energiethematik explizit auf die *Schwarzmeersynergie* bezog (vgl. Schmitz 2007: 76) und als einen wichtigen Aspekt bei der Zusammenarbeit beider Regionen bezeichnete.⁷ Die verstärkte Hinwendung der EU zu den zentralasiatischen Energieressourcen entfachte euphorische Vorstellungen unter Politikern und Wissenschaftlern, die Zentralasien (ZA) zur »neuen Tankstelle Europas« krönten und die EU neben Russland, den USA und China als Akteur im »neuen Great Game«⁸ auf dem eurasischen Kontinent aufsteigen sahen. Zweifelsohne ist die EU bei der Energie- und Rohstoffversorgung in hohem Maße von Importen abhängig: Der Anteil der benötigten Energierohstoffe, der bereits im Jahr 2000 bei ca. 47 Prozent lag, soll laut Europäischer Kommission bis 2030 sogar auf ca. 65 Prozent steigen. Wichtigster Erdöl- und Erdgaslieferant der EU ist Russland, das jedoch aufgrund seiner mangelnden Verlässlichkeit immer mehr Anlass zur Sorge bietet. Eine Diversifizierung der europäischen Energieimporte würde daher vor allem den Einsatz von Energierohstoffen als politisches Druckmittel unterbinden. Für die zentralasiatische Seite würden direkte Verbindungen zu Europa dagegen eine Befreiung aus der strukturellen Abhängigkeit von Russland bedeuten. Wie die verschiedenen Untersuchungen jedoch zeigen, ist die überzogene Vorstellung von der »neuen Tankstelle Europas« (Halbach 2007: 97) mit einer ganzen Reihe von Problemen und Risiken behaftet und daher noch weit von ihrer Realisierung entfernt (vgl. Melvin 2007: 1).

Erstens gibt es bisher keine direkten Verbindungen zwischen Europa und den zentralasiatischen Ländern; die Rohstoffexporte aus Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan bedürfen des russischen Pipelinenetzes. Alternative Routen sind bisher wenig entwickelt;⁹ ihr Ausbau ist zwar seit längerem im Gespräch, allerdings kaum realisierbar: Aus rohstoffwissenschaftlicher Perspektive muss man neben den oben genannten drei zentralasiatischen Staaten auch Aserbaidschan sowie zwei an das Kaspische Meer angrenzende Republiken der Russländischen Föderation berücksichtigen, die sich über die Aufteilung der Hoheitsrechte im Kaspischen Meer nicht einigen können (vgl. Rempel et al. 2007: 434). Solange diese Frage ungeklärt ist, hat es die EU schwer, private Investoren zu finden, die bereit sind, gegen den Willen eines der Anrainerstaaten eine Unterwasser-Pipeline zu verlegen. Daher steht für sie zunächst die politische Unterstützung der Bereinigung der kaspischen Grenz-

6 Vgl. Europäische Kommission: Die Schwarzmeersynergie – eine neue Initiative der Regionalen. KOM (2007) 160 endgültig, Brüssel, 11.04.2007. Unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07_160_de.pdf, abg. 07.05.2008.

7 Vgl. Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Die EU und Zentralasien: Strategie für neue Partnerschaft, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien.html#t3>, abg. 05.03.2008.

8 Die Auseinandersetzung um die zentralasiatische Region zwischen dem Britischen Empire in Indien und dem Zarenreich im 19. Jh. wurde von Historikern als »Great Game« bezeichnet. Der Begriff wird bis heute zur Beschreibung der geopolitischen Situation am Kaspischen Meer verwendet. Er meint das Ringen der Länder USA, Russland, Japan, Iran und Türkei um Ölquellen, räumliche Kontrolle und Einflussphären. Die Einrichtung von US-Militärbasen in Zentralasien im Jahr 2001 und die Ankündigung der *EU-Zentralasienstrategie* haben zur Wiederbelebung des Begriffes deutlich beigetragen (vgl. Westphal 2007: 463–447).

9 Rohstofflieferungen aus der kaspischen Region nach Europa erfolgten im Jahr 2006 nur in Form von Erdöl. Daran waren insbesondere Kasachstan und Aserbaidschan und in geringem Maße auch Turkmenistan beteiligt. Der Export von Erdgas aus Aserbaidschan in die Türkei begann erst im Jahr 2007 (vgl. Rempel et al. 2007: 434, 447).

streitigkeiten auf dem Programm (vgl. Warkotsch 2006: 195). Außerdem besitzt sie nach Auffassung von Roland Götz

weder die formellen Kompetenzen noch die Mittel, um für Pipelines mehr als Vorstudien zu finanzieren. Faktisch bestimmen weder die EU-Kommission noch nationale Regierungen über den Pipelinebau in Europa, sondern die Energiekonzerne verfolgen ihre Geschäftsinteressen, wie das Beispiel der italienischen ENI zeigt. (Götz 2007: 461)

Zweitens kann das zentralasiatische Exportpotenzial, wenn Pipelines wie beispielsweise *Nabucco* gebaut werden,¹⁰ zwar zur Diversifizierung der EU-Energieversorgung beitragen, den steigenden Importbedarf der EU an Erdöl und Erdgas aber nicht abdecken. Die jüngsten Analysen bestätigen, dass sich der Diversifizierungsgrad der europäischen Gasimporte nur dann entscheidend verändern wird,¹¹ wenn der Iran umfangreiche Gasexporte nach Europa tätigt (vgl. Götz 2007: 461).

Die zentralasiatischen Energieexporte nach Europa sind außer vom Ausbau des Pipelinesystems auch sehr stark von der Nachfrage anderer Länder abhängig. Interessenten sind neben vielen GUS-Staaten auch China, Pakistan, Indien, die Türkei und die USA. Damit ist »ein Wettlauf um die kaspisch-zentralasiatischen Rohstoffe vorprogrammiert« (Rempel et al. 2007: 440). Die Pipelines nach Russland sind dabei am weitesten fortgeschritten; insbesondere Erdgas aus Zentralasien gilt Russland als strategische Ressource, um den heimischen Bedarf abzudecken, aber auch, um seinen Lieferverpflichtungen gegenüber europäischen Kunden nachzukommen (vgl. Schmitz 2007: 333). Auch die chinesischen Förder- und Pipelineprojekte in Zentralasien sind durch günstige geographische und politische Voraussetzungen des Pipelinebaus bereits verhältnismäßig weit gediehen (vgl. Götz 2007: 457). Die EU wird daher in den nächsten Jahrzehnten beim Erdöl- und Erdgasimport von Russland abhängig bleiben.¹²

Drittens ist die Energiethematik in hohem Maße mit Sicherheits- und Stabilitätsfragen verflochten und stellt in zunehmendem Maße eine Projektionsfläche geoökonomischer und sicherheitspolitischer Machtkonstellationen dar. Die EU muss bei ihrer Energiepolitik sowohl in der internationalen Arena – insbesondere mit Bezug auf Russland –, als auch in der zentralasiatischen Region selbst diverse Problembereiche berücksichtigen. Es ist ihr anzuraten, bei Energiefragen immer die Gegenstrategien des regierungsnahen russischen Monopolisten *Gazprom* zu berücksichtigen und sich nicht auf einen politisch gesteuerten »Diversifizierungswettlauf« mit ihm einzulassen (Götz 2007: 449). Nur die Vermeidung einer offenen Konfrontation mit Russland kann der erfolgreichen Kooperation mit den kaspischen und zentralasiatischen Staaten neue Chancen in verschiedenen Bereichen eröffnen (ebd.: 461–462).

Ihr Vorhaben, die zentralasiatischen Länder als Wirtschaftspartner und Energielieferanten zu gewinnen, sieht die EU mit einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren behaftet. Sie koppelt die potenzielle Zusammenarbeit in sämtlichen Bereichen eng an stabile und sichere Ver-

10 Nabucco sieht den Bau einer über 3300 Kilometer langen Erdgaspipeline von der Osttürkei bis ins Verteilerzentrum Baumgarten in Österreich zwischen 2009 und 2013 vor. Die Pipeline soll ca. fünf Mrd. Euro kosten und die EU mit den kaspischen und iranischen Erdgasvorkommen verbinden, um so neue Gasquellen für Europa zu erschließen. Näheres unter: <http://www.nabucco-pipeline.com>, abg. 02.03.2008.

11 Mit den 30 Mrd. m³ eines *südlichen Transportkorridors* könnten nur sechs bis acht Prozent des bis 2020 auf 400 bis 500 Mrd. m³ angestiegenen Importbedarfs Europas abgedeckt werden (Götz 2007: 461). Auch nach der Erwartung Hilmar Rempels wird in Zukunft nur ein geringer Teil des geplanten Exportpotenzials der Region für Europa zur Verfügung stehen, nämlich ein Neuntel des europäischen Energiebedarfs (vgl. Rempel et al. 2007: 447).

12 Vgl. ICG: Central Asia: What role for the European Union?, ICG Asia Report, Nr. 113, 10. April 2006, S. 14–15.

hältnisse in der gesamten Region. Ihre *Zentralasienstrategie* enthält deshalb kein konkretes energiepolitisches Handlungsprogramm, sondern benennt lediglich Ziele: Gemeinsam mit den zentralasiatischen Staaten soll eine Grundlage für die Stärkung lokaler Energiemärkte geschaffen werden und die Energieproduktion und -effizienz sowie die Diversifizierung der Energieversorgung und -verteilung in der Region sollen gefördert werden.¹³ Dazu zählen ein marktorientierter Investitionsansatz, die Schaffung transparenter, stabiler und nicht diskriminierender Rahmenbedingungen, verlässliche Rechtsstrukturen, Energieeinsparungen und Umweltverträglichkeit (z. B. die Umsetzung des *Kioto-Protokolls*) sowie die Fähigkeit der Länder, ihre Ressourcen zugunsten einer über den Energiesektor hinausreichenden Entwicklung und des Wohlstands breiter Bevölkerungsteile zu nutzen (vgl. Halbach 2007: 97). Im Rahmen der *Baku-Initiative* strebt die EU an, die Region Zentralasien, den kaspischen Raum, die Schwarzmeerregion und die europäischen Länder durch die Schaffung integrierter und rechtlich mit EU-Standards kompatibler Energiemärkte für Öl, Gas und Strom in eine „paneuropäische Energiegemeinschaft“ zu integrieren (Westphal 2007: 477). Dabei wird die *Baku-Initiative* von den oben erwähnten Projekten INOGATE und TRACECA unterstützt, die den Energietransportkorridor *Kaspisches Meer/Schwarzes Meer – EU* und den Verkehrskorridor *Europa – Kaukasus – Zentralasien* implementieren und dafür technische Hilfe zur Verbesserung und Modernisierung der bestehenden Infrastruktur bereitstellen.¹⁴

In Anbetracht der oben dargestellten Situation im politisch konfliktträchtigen Energiebereich lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die EU hier keine besondere Funktion übernehmen und nicht, wie anfangs von vielen vermutet, als neuer Akteur in einem »neuen Great Game« auftreten kann und will.¹⁵ Sie bietet lediglich eine Reihe von Kooperationsfeldern an, um die Energiesicherheit in Zentralasien zu erhöhen und berührt damit gleichzeitig einen wichtigen Aspekt globaler Sicherheit.

Literatur

- Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Die EU und Zentralasien: Strategie für neue Partnerschaft, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien.html#t3>, zuletzt abgerufen am 05.08.2008
- European Commission: »Baku initiative«. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/external_relations/energy/baku_initiative/index.htm, zuletzt abgerufen am 04.02.2008
- Europäische Kommission: Probleme unserer Nachbarn sind auch unsere Probleme. KOM (2006) 726 endg., 04. 12. 2006, unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf, zuletzt abgerufen am 28.01.2008
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: *Die Schwarzmeersynergie – eine neue Initiative der Regionalen*. KOM (2007) 160 endgültig. Brüssel, 11.04.2007. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07_160_de.pdf, zuletzt abgerufen am 07.05.2008

- 13 Vgl. Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Die EU und Zentralasien: Strategie für neue Partnerschaft, unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien.html#t3>, abg. 31.03.2008.
- 14 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die Schwarzmeersynergie – eine neue Initiative der Regionalen. KOM (2007) 160 endgültig. Brüssel, 11.04.2007. Unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07_160_de.pdf, abg. 07.05.2008.
- 15 Es ist auch nicht das Ziel der EU, einen Gegenpol zu Russland und zu anderen potenziellen Teilnehmern des »Großen Spiels« darzustellen und mit ihren Projekten vor allem Russlands Ordnungsmodell zu stören, weil Russland seine starke Position in Zentralasien als wichtiges Sprungbrett und als Standbein einer selbstbewussten Außenpolitik ansieht und keine Einmischung von außen wünscht (vgl. Westphal 2007: 477).

- INOGATE – Interstate Oil and Gas Transport to Europe. Abrufbar unter: <http://www.inogate.org/en/>, zuletzt abgerufen 04.02.2008
- International Crisis Group: Central Asia: What role for the European Union? ICG Asia Report, Nr. 113, April 2006
- Jacobsen D., Hanns & Machowski, Heinrich: Dimensionen einer neuen Ostpolitik der EU. In: *Europa*. Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2007 – 5. März 2007, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 31–38
- Götz, Roland: Mythos Diversifizierung. Europa und das Erdgas des Kaspiraums. In: Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer (Hg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropaheft 8–9/2007, S. 449–462
- Halbach, Uwe: Das Erbe der Sowjetunion. Kontinuitäten und Brüche in Zentralasien. In: Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer (Hg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropaheft 8–9/2007, S. 77–98
- Melvin, Neil J.: The European Union's strategic role in Central Asia. In: CEPS – Policy brief Nr. 128, Brussels, March 2007
- Nabucco-Gas Pipeline Project. Abrufbar unter: <http://www.nabucco-pipeline.com>, zuletzt abgerufen am 02.03.2008
- Schmitz, Andrea: Effizienz als Leitmotiv: Die »Strategie für eine neue Partnerschaft mit Zentralasien.« In: Kietz, Daniela & Perthes, Volker (Hrsg.): *Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft. Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007, SWP-Studie*, Berlin 2007, S. 75–79
- Rempel, Hilmar / Schmidt, Sandro / Schwarz-Schampera, Ulrich / Röhling Simone / Brinkmann, Klaus: Die Rohstoffe Zentralasiens. Vorkommen und Versorgungspotenzial für Europa. In: Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer (Hg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropaheft 8–9/2007, S. 433–448
- TRACECA – Transport Corridor Europe–Caucasus–Asia: Programme/Projects. Abrufbar unter: <http://www.traceca-org.org/>, zuletzt abgerufen am 04.02.2008
- Warkotsch, Alexander: *Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union. Interessen, Strukturen und Reformoptionen*. Peter Lang, Frankfurt am Main, 2006
- Westphal, Kirsten: Wettlauf um Energieressourcen. Markt und Macht in Zentralasien. In: Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer (Hg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropaheft 8–9/2007, S. 463–478

***VIII. Transformation des
Rechts: Auf dem Weg zum
Rechtsstaat?***

Rechtstexte und Rechtsterminologie: ein Beschreibungsmodell

Die enger werdenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen der Nationalstaaten in Europa bringen immer neue Berührungspunkte zwischen den einzelnen nationalen Rechtsordnungen hervor. Der Aufbau von internationalen Beziehungen zwischen der europäischen Staatengemeinschaft und Russland basiert u. a. auf Transformationen des russischen Rechtssystems, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und die darauf folgenden Wandlungen in der russischen Staatsordnung ausgelöst wurden. Diese Veränderungen haben gleichzeitig dazu geführt, dass für eine bessere Gestaltung der neuen Systeme in Russland fundierte Kenntnisse ausländischer Rechtsordnungen notwendig wurden.¹ So macht die Fachkommunikation zwischen Juristen auf internationaler Ebene Problemstellungen bewusst, die sowohl die russische Rechtstheorie als auch die praktische russische Gesetzgebung und Rechtsprechung betreffen.

In der Fachsprachenforschung der letzten Jahrzehnte wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die juristische Fachkommunikation besondere Anforderungen an die Kommunikationsteilnehmer stellt. Dies ergibt sich nicht nur aus der Komplexität juristischer Begriffe, die abstrakter Natur sind und nur durch Sprache selbst erfasst und beschrieben werden können, sondern u. a. auch aus den besonderen Anforderungen an den Kenntnisstand der Kommunikationsteilnehmer. So ist bei mehrsprachiger Kommunikation nicht nur das Beherrschen mehrerer Sprachen, sondern auch die Kenntnis mehrerer Rechtsordnungen erforderlich. Im Idealfall ist also eine Doppelqualifikation der Kommunikationsteilnehmer erforderlich. In der Praxis sind aber Juristen, die zwei Sprachen beherrschen und gleichzeitig über gründliche Kenntnisse der fremden Rechtsordnung verfügen, insbesondere für die Sprachkombination Russisch-Deutsch nur selten zu finden. Deswegen kann die juristische Fachkommunikation meistens nur durch Einsatz eines Vermittlers (eines Rechtsübersetzers) stattfinden, der bei seiner Arbeit auf Hilfsmittel angewiesen ist. Das Erstellen ein- und zweisprachiger Nachschlagewerke für jedes Rechtsgebiet bleibt jedoch in der Praxis ein Ideal, denn:

- Die Rechtsgebiete sind zahlreich. Die Einarbeitung in das jeweilige rechtliche Thema erfordert viel Zeit und ist in der Praxis marktbedingt kaum möglich;
- Die Unterschiede zwischen den Rechtssystemen erfordern oft ausführliche Kommentare;
- Die Einschätzung des Äquivalenzgrades zwischen den Begriffen unterschiedlicher Rechtsordnungen kann u. a. wegen mangelnder Standardisierung der Terminologie und durch unterschiedliche Auslegungen der Begriffe erschwert werden.²

Der moderne russische juristische Fachwortschatz, der nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden ist, befindet sich in einem Stadium der Entwicklung. Die wenigen vorhandenen juristischen Wörterbücher für das Sprachenpaar Russisch-Deutsch entsprechen nicht den Anforderungen der modernen Terminologiewissenschaft an juristische Nachschlagewerke. Es gibt fast keine ein- oder zweisprachigen Nachschlagewerke für spezielle Rechtsgebiete.

1 Eine besondere Rolle im Prozess der Reformierung des russischen Rechtssystems kommt Deutschland zu: Viele der im letzten Jahrzehnt in Russland verabschiedeten Gesetze wurden mit Unterstützung von und Beratung durch deutsche Juristen und unter Berücksichtigung der in Deutschland entwickelten Rechtsnormen konzipiert und gestaltet.

2 Vgl. dazu u. a. Lundmark, 1999: 63f., de Groot, 1999: 212f.

Die Auseinandersetzung mit einsprachiger und zweisprachiger Terminologie auf einem bestimmten Rechtsgebiet ist also mit dem Studium entsprechender Paralleltexte und Kontexte verbunden.

Während von Rechtsterminologie und Rechtstexten, die in westeuropäischen Sprachen verfasst sind, bereits mehrere Analysen vorliegen, ist die russische Rechtsterminologie weniger aufgearbeitet worden. Die allgemeine Problematik mehrsprachiger juristischer Kommunikation sowie deren einzelne Aspekte sind in der russischen Fachsprachenforschung bisher nur wenig erörtert worden. Erst in den letzten Jahren ist ein erhöhtes Interesse an diesen Forschungsgebieten zu beobachten.³

Diese Überlegungen sind die Grundlage der empirischen Studie zur russischen juristischen Terminologie, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Das Hauptaugenmerk galt der Standardisierung der Terminologie sowie den Besonderheiten verschiedener Bereiche der juristischen sprachlichen Tätigkeit als Quellen für die Terminologearbeit. Der Hauptakzent lag auf Fragen der Semantik von juristischen Termini aus sprachwissenschaftlicher Sicht. Durch die Analyse der Relation von Begriff und Benennung als Bestandteilen des Terminus wurde der Grad der Stabilität dieser Relation in unterschiedlichen Bereichen juristischer Tätigkeit erschlossen. Insbesondere wurde nach der Möglichkeit einer komplexen, auf empirischer Grundlage basierenden Beschreibung der Terminologie aus semasiologischer und onomasiologischer Sicht gefragt, die eine begriffssystematische und eine verwendungssituative Untersuchungsperspektive berücksichtigen würde.

Einen weiteren Baustein der Untersuchung bildete die Ermittlung der sprachlichen »Abdeckung« der Begrifflichkeit in verschiedenen Typen juristischer Texte. Dies hatte zum Ziel, juristische Texte bezüglich ihres terminologischen Bestandes zu beschreiben und ihre terminologischen Besonderheiten zu benennen. Damit wurde auch danach gefragt, inwieweit juristische Texte linguistisch in Hinblick auf die »Zuverlässigkeit« der in ihnen verwendeten Benennungen bewertet werden können, d. h. auf den Grad der Entsprechung zwischen dem juristischen Begriff und der diesen Begriff bezeichnenden Benennung.

Die Stabilität der semantischen Begriff-Benennung-Relation wurde am Beispiel der Terminologie des russischen Rechts für »geistiges Eigentum« zwischen 1992 und 2003 untersucht. Da es für diesen Rechtsbereich keine Nachschlagewerke gibt, die die Terminologie zusammenführen würden, dienten ausschließlich juristische Texte als Quellen für das terminologische Untersuchungskorpus. Diese wurden in folgende drei Gruppen unterteilt:

- Gesetzestexte aus dem Bereich des Rechts des »geistigen Eigentums«,
- Texte der Rechtsprechung und
- Texte der Rechtslehre und der Rechtswissenschaft.

Insgesamt umfasst das untersuchte Textkorpus etwa 1,5 Mio. Wörter.

Die Begriffsversprachlichung wurde insbesondere hinsichtlich dreier Kriterien untersucht:

- a) Grad der Begriffsversprachlichung;
- b) Eineindeutigkeit vs. Varianz bei der Begriffsversprachlichung;
- c) Kongruenz der Verwendung.

3 Zu nennen ist z. B. die 2002 in Barnaul gegründete Forschungsgruppe »ALÉP-Lexsis« (Russ: »АЛЭП-Лексис«), die sich sowohl mit den Fragen der praktischen Anwendung linguistischer Erkenntnisse im juristischen Bereich als auch mit wissenschaftlichen und didaktischen Aufgabenstellungen befasst.

a) Bei der Untersuchung des Versprachlichungsgrades wurden alle nicht akzidentiellen Fälle von Begriffsversprachlichung aus den Texten extrahiert. Danach wurde die Versprachlichung von Begriffen je nach Textgruppe sowie die Vorkommenshäufigkeit von Benennungen bestimmt.

b) Nach dem zweiten Kriterium wurden Synonymie und Polysemie untersucht. Die ermittelten Synonyme wurden nach ihrer Gewichtung bei der Verwendung klassifiziert und anhand formaler und inhaltlicher Kriterien miteinander verglichen. Die Untersuchung der Polysemie wurde in die sogenannten Begriff-Benennung-Felder (BB-Felder) eingebaut (siehe unten).

c) Nach dem Kriterium der Kongruenz wurde die Konformität der Verwendung von Benennungen in Bezug auf das Begriffssystem untersucht.

Die Auswertung und Zusammenfassung dieser Teilanalysen erfolgte in Form von BB-Feldern, die umfassende Informationen rund um die Verwendung von Benennungen und die Versprachlichung von Begriffen liefern. Insbesondere umfassen die BB-Felder

- die kombinierte Betrachtung von Synonymie und Polysemie,
- die Auswertung von Verwendungen unter dem Gesichtspunkt der Kongruenz,
- den Vergleich der Verwendung in allen drei Textgruppen.

Die entlang der dargestellten Kriterien durchgeführte Untersuchung der Terminologie hat Folgendes ergeben:

Der Bereich der russischen Rechtslehre und Rechtswissenschaft erscheint vor allem quantitativ als die für Terminologiearbeit am besten geeignete Terminologiequelle. Die am breitesten sprachlich vertretene Begrifflichkeit bei einem tendenziellen Vorzug dominanter Benennungen macht diesen Bereich zu einer guten Grundlage für die Fachlexikographie. Der sehr geringe Eineindeutigkeitsanteil bei der Begriffsversprachlichung in der Rechtslehre, der vor allem durch die weitgehende Verwendung von Synonymen bedingt ist, macht jedoch einen parallelen Vergleich der rechtswissenschaftlichen Terminologie und der Terminologie von Gesetzestexten unbedingt notwendig, weil Gesetzestexte den höchsten Grad an Stabilität in der Begriff-Benennung-Relation (Eineindeutigkeit) aufweisen.

Wegen der im Vergleich zum Bereich der Rechtslehre schwächer vertretenen Begriffsversprachlichung und einer relativ hohen Instabilität und Inkonsequenz bei der Verwendung von Fachausdrücken eignet sich der Bereich der Rechtsprechung am wenigsten für die kodifizierende Terminologiearbeit, insbesondere für die Fachlexikographie. Die terminologischen Besonderheiten dieses Bereiches sollten aber bei der praktischen Arbeit mit den Texten der Rechtsprechung, z. B. in der Fachübersetzung, berücksichtigt werden.

Es darf angenommen werden, dass das ausgearbeitete Beschreibungsmodell auch auf andere Fachgebiete angewendet werden kann:

- Fachgebietsunabhängig bietet es durch die verwendungsorientierte und begriffssystembezogene Betrachtung der Relation zwischen Begriff und Benennung insbesondere eine neue Betrachtungsperspektive auf die theoretische Behandlung des Begriffs »Terminus«.
- Fachgebietsunabhängig sind auch die meisten vorgeschlagenen quantitativen Beschreibungskriterien.

Damit bietet das vorgeschlagene Modell ein allgemeines Konzept für die empirische Betrachtung von Fachlexik.

Die in der dargestellten Untersuchung erzielten Ergebnisse umfassen eine Entwicklungs- und Stabilisierungsphase der Terminologie der ersten elf Jahre der neuen russischen Gesetzgebung im Bereich des Rechts des »geistigen Eigentums« (von 1992 bis 2003). Obwohl eine Analyse der Entwicklung dieses Rechtsbereiches aus juristischer Sicht und eine Einschät-

zung der Bedeutsamkeit dieses Rechtsbereiches für das gesamte russische Rechtssystem über den Rahmen der Untersuchung hinausging, soll hier darauf hingewiesen werden, dass diese Entwicklung sehr intensiv war. Sie erstreckte sich nicht nur auf die Terminologie, sondern hat nach nur anderthalb Jahrzehnten nach der Gesetzgebung der 90er Jahre auch eine neue, auf internationaler Ebene in gewisser Weise revolutionäre gesetzliche Regelungsförm für diesen Rechtsbereich ins Leben gerufen (Teil IV des russischen Zivilgesetzbuches). Diese brachte auch in der Terminologie viele Änderungen mit sich und wird in den nächsten Jahren noch eine rasante juristische und sprachliche Entwicklung durchlaufen. Deshalb stellt der Rechtsbereich des »geistigen Eigentums« eine interessante Grundlage für weitere sprachwissenschaftliche Forschungsansätze dar – nicht nur im Bereich der Terminologieforschung.

Literatur

- Busse, Dietrich. *Recht als Text. Linguistische Untersuchungen zur Arbeit mit Sprache in einer gesellschaftlichen Institution*. Tübingen: Niemeyer, 1992
- de Groot, Gérard-René. *Zweisprachige juristische Wörterbücher*. In: Sandrini, Peter [Hrsg.]. *Übersetzen von Rechtstexten*. Tübingen: Narr, 1999, S. 203 – 227
- Grynenko, Anastasija, in Zusammenarbeit mit Dathe, Claudia. *Die Terminologie des Gerichtswesens der Ukraine und Deutschlands im Vergleich*. Stuttgart: ibidem-Verlag, 2007
- Gubaeva, T. V. *Jazyk i pravo (Sprache und Recht)*. Moskva: Norma, 2003
- Lundmark, Thomas. *Über die grundlegende Unmöglichkeit, ein juristisches Wörterbuch mit der Zielsprache Englisch zu erstellen*. In: de Groot, Gérard-René; Schulze, Reiner [Hrsg.]. *Recht und Übersetzen*. Baden-Baden: Nomos, 1999, S. 59 – 65

Aima Samatova

Die Rechtsverhältnisse Staat – Investor im Bereich der Nutzung von Bodenschätzen (am Beispiel Kasachstans)

Im Zuge der sich weiter entwickelnden internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gestalten sich die Rechtsverhältnisse zwischen ausländischen Investoren und Nationalstaaten zunehmend komplexer. Die wachsende Beteiligung von Staaten am internationalen Wirtschaftsverkehr bringt es mit sich, dass diese regelmäßig Vertragspartner ausländischer Privatunternehmen sind. Die Entwicklungsländer, in die Auslandsinvestitionen überwiegend fließen, äußern sich mittlerweile als aktive Teilnehmer des sogenannten »New International Economic Order« und agieren in ihrem eigenen rechtlichen Hoheitsbereich selbstbewusster.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen von Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern umfassen eine Vielzahl von Rechtsgebieten. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Rechtsregulierung der Tätigkeit ausländischer Investoren im wichtigen Wirtschaftssektor der Ölindustrie Kasachstans. Als rechtliche Form der Tätigkeit von Investoren im Gastland tritt ein Investitionsvertrag auf, der die notwendige Rechtssicherheit der Investoren gewährleisten soll. Die Besonderheit solcher Vertragsverhältnisse liegt in der Doppelrolle des Staats, der zum einen Vertragspartei und zum anderen Gesetzgeber ist.

Die folgende Ausführung gibt einen Überblick über einige der aktuellen Rechtsvorschriften in Kasachstan, die die Nutzung von Bodenschätzen betreffen und so das rechtliche Umfeld der ausländischen Investoren darstellen. Dem schließt sich die Frage an, ob der Staat als eine Partei des Investitionsvertrags sein souveränes Recht – das auch die nachträgliche Rechtsänderung einschließt – zu seinem Vorteil ausüben darf und inwiefern sich dies auf die Rechtslage der Investoren auswirkt.

Kasachstan verfügt über große Erdöl- und Erdgasvorkommen¹ und spielt somit eine nicht unerhebliche Rolle für die Entwicklung des Weltenergiemarktes. Die Förderung der Primärenergieträger Erdöl und Erdgas ist sein wichtigster Wirtschaftszweig und sein allgemeines Wirtschaftswachstum hängt in wesentlichem Maße von der Entwicklung dieser Branche ab. Die wichtigsten Ölfelder *Tengiz*, *Karachaganak* und *Kashagan* befinden sich auf dem Festlandsockel des Kaspischen Meeres, wobei das letztere sich als größtes Ölfeld erweist, das seit 1967 weltweit gefunden wurde.² Dies alles macht Kasachstan wirtschaftlich attraktiv und

1 Mit 67,5 Mio. t Ölförderung im Jahr 2007 (65 Mio. t im Jahr 2006) ist Kasachstan der zweitgrößte Ölproduzent in der GUS nach Russland: <http://www.auswaertiges-amt.de>; mit einem Gesamtvorkommen von 5,8 Billionen m³ verfügt es nach Turkmenistan über die größten Reserven und Ressourcen im Kaspischen Raum: Götzt, Roland. Europa und das Erdgas des kaspischen Raums. SWP-Diskussionspapier. 13.08.2007 <http://www.swp-berlin.org>; BP Statistical Review of World Energy (2008): Proved Oil reserves of Kazakhstan at the end of 2007 – 3,2 % (share of total); proved gas reserves – 1,1 % <http://www.bp.com>.

2 BBC News: »Boom in Kazakhstan« by James Schotfield, 15.05.2002.

zieht seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 sowohl Investoren aus dem Orient (China³) als auch aus Europa⁴ und den USA⁵ an.⁶

Es ist offensichtlich, dass für die effektive und rationale Ressourcennutzung – zur Ausschöpfung der Erdöl- und Erdgasfelder – eine stabile rechtliche Basis vorhanden sein muss. In Kasachstan existiert seit 1991 eine Reihe von Gesetzen über Auslandsinvestitionen, von denen einige bereits novelliert oder durch neue Gesetze ersetzt worden sind. Vom Standpunkt der vorliegenden Arbeit aus kommen nur diejenigen zur Analyse in Betracht, die gegenwärtig die rechtlichen Möglichkeiten ausländischer Investoren besonders erweitern und sich auf die inhaltliche Gestaltung der Investitionsverträge erheblich auswirken. Das sind das Investitionsgesetz (InvG) vom 8.01.2003⁷ und das BodenschätzeGesetz (BodenschätzeG) vom 27.01.1996,⁸ wobei an letzterem innerhalb von vier Jahren erhebliche Änderungen vorgenommen worden sind, die große Besorgnis auf Seiten der Investoren verursacht haben und sowohl von kasachischen als auch von westlichen Analytikern kritisiert worden sind.

Zuerst muss erwähnt werden, dass das neue InvG ausländischen Investoren einen neuen Status verliehen hat. Das Gesetz definiert nicht den Begriff der ausländischen Investition, sondern lediglich, was unter Investitionen allgemein zu verstehen ist (Art. 3 des InvG). Das bedeutet, dass ausländische und einheimische Investoren dem gleichen Gesetz unterliegen und den gleichen Rechtsschutz genießen. Damit folgt Kasachstan einer Tendenz, die in den letzten Jahren im gesamten postsowjetischen Raum zu beobachten ist: Anstatt gesonderter Gesetze zu ausländischen Investitionen gibt es zunehmend Gesetze, die Investitionen im Allgemeinen betreffen.⁹ Dies gilt für die Entwicklung des Landes als positives Zeichen, weil verarbeitende Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur nun mit dem Erdöl- und Erdgassektor gleichgestellt und nicht mehr wie zuvor quasi »über Bord geworfen« werden.¹⁰ Dagegen genießen die Investoren des Erdöl- und Erdgassektors die früher gewährten Vergünstigungen nicht mehr. Die Verallgemeinerung erstreckt sich auch auf das Präferenz-

- 3 Chinesische Firmen sind zur Hälfte an der Erschließung des Karachaganak-Ölfeldes beteiligt: Rohstoffkampf in Kasachstan. 31.03.2007 <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2420275,00.html>; bisher ist Kasachstan das einzige Land in Zentralasien, das Erdöl nach China exportiert. Es stellt ungefähr ein Prozent des gesamten Erdölimports Chinas. Mehdi P. Amineh. Die Politik der USA, der EU und Chinas in Zentralasien. Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2006. <http://www.weltpolitik.net>.
- 4 ExxonMobil, BP, Shell, Eni, Total, Inpex und ConocoPhillips sind gemeinsam mit dem kasachischen Energiekonzern KazMunaiGas und dem Konsortium Agip Company an der Erschließung und Ausbeutung des Ölfeldes Kaschagan beteiligt.
- 5 Im Jahre 1993 hat die Regierung Kasachstans gemeinsam mit der Firma »Chevron« das Joint-Venture »Tengizchevroil« gegründet (das Ölfeld »Tengiz«). Der Anteil der amerikanischen Seite beträgt die Hälfte. <http://www.kmg.kz>. 14.08.2008.
- 6 Bei der Investitionshöhe nimmt Kasachstan einen der ersten Plätze unter den zentralasiatischen Ländern ein, besonders im Erdöl- und Gassektor. A. Alimov. »Predostavlenie investicionnyh preferencij v Respublike Kasachstane«. 23.08.2004 <http://www.gratanet.com/publications/34>.
- 7 kaz. InvG vom 8.01.2003 i. d. g. F. vom 31.01.2006 ersetzte das Gesetz der RK vom 28.2.1997 »O gosudarstvennoi podderzke prjamyh investicij« das Gesetz der RK »Ob inostrannyh investicijach« vom 27.12.1994 <http://www.pavlodar.com/zakon>.
- 8 I. d. g. F. vom 24.10.2007 <http://www.pavlodar.com/zakon>.
- 9 Die Länder stellen damit ihr Streben nach Stimulierung von Investitionen in anderen Wirtschaftssektoren – welchen auch immer – unter Beweis. Näheres dazu findet sich bei M. Boguslavsky in »Pravovye aspekty sozdaniya investicionnogo klimata v stranach s perechodnoi ekonomikoi« 2003 <http://www.cis-legal-reform.org/publication/articles-reports/investment-climat-transformation-states.ru.html>.
- 10 Anfang der 90er Jahre wurde im Erdöl- und Gassektor Kasachstans die »Politik der offenen Türen« betrieben. Das Wachstum anderer Wirtschaftssektoren wie der Landwirtschaft und der verarbeitenden Industrie blieb dabei zurück. Das führte dazu, dass Kasachstan, wie die meisten Öl produzierenden Länder, von dieser Industrie wirtschaftlich abhängig wurde und sein Haushalt einem Risiko ausgesetzt ist.

system, das früher charakteristisch für die prioritären Wirtschaftssektoren bzw. die Ölindustrie war.

Eine weitere Neuigkeit ist die Festigung des Vorkaufsrechts des Staates bei den Projekten im Erdöl- und Erdgassektor, wenn es um die Sicherung von Ressourcen- und Energiegrundlagen geht. Sie ist in Art. 71 Abs. 3 des BodenschätzeG verankert. Diese Rechtsnorm bezieht sich sowohl auf früher abgeschlossene als auch auf zukünftige Verträge. Hier muss angemerkt werden, dass es zwei Rechtsformen für die Beteiligung an Investitionsprojekten in der Ölindustrie gibt: Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) und Konsortien (Vereinigungen juristischer Personen). Die Regelung beider Formen ist im Zivilgesetzbuch der Republik Kasachstan (ZGB der RK) festgesetzt.¹¹ Namentlich der Art. 216 Abs. 1 des ZGB besagt:

Beim Verkauf des Anteils von einem der Beteiligten der Konsortien in dem Vertrag über die Bodennutzung haben die anderen Beteiligten ein Vorkaufsrecht auf den verkauften Anteil des Vertrags.

oder Art. 212 Abs. 2 des ZGB

Jeder Beteiligte der Konsortien ist berechtigt, seinen Anteil des Vertrags über die Bodennutzung nach eigenem Ermessen und lediglich unter Einhaltung des Art. 216 des ZGB der RK zu verkaufen, zu verschenken, zu versetzen oder anderweitig darüber zu verfügen.

Professor Suleimenov und Professor Basin sind der Ansicht, dass Staat und Investor in den Verträgen gleichberechtigte Stellungen innehaben und dass die Rechtsnorm des BodenschätzeG daher gegen die Normen des ZGB verstoße.¹² Gemäß der Rangordnung der Rechtsnormen¹³ hat ein Gesetzbuch im Vergleich zu den Gesetzen ein höheres Gültigkeitsniveau. Von der oben dargestellten Rechtslage aus betrachtet stehen die Rechtsnormen des BodenschätzeG mit den Normen des ZGB im Widerspruch und wären somit nicht anwendbar.

Diese Sichtweise wird bekräftigt, wenn man das Verhältnis des Staates zu den Investoren unter rein zivilrechtlichem Blickwinkel betrachtet und der Gegenstand des abgeschlossenen Vertrags kein Staatseigentum ist bzw. keine strategische Bedeutung für die Staatssicherheit hat. Es muss unterstrichen werden, dass im postsowjetischen Raum die Auffassung dominiert, dass Verträge zwischen Staat und Investoren zivilrechtlicher Natur sind.¹⁴ Im Gegensatz dazu sind viele westliche Autoren der Ansicht, solche Verträge unterlägen dem Völkerrecht.¹⁵

Professor Zimanov¹⁶ nimmt an der Debatte über die besondere Rolle des Staates in den Vertragsverhältnissen mit ausländischen Investoren teil und bezieht sich dabei auf die Definition der »nationalen Sicherheit«. Namentlich dieser Begriff, unter dem auch die wirtschaftliche Sicherheit¹⁷ und der Schutz des öffentlichen Interesses zu verstehen sind, liegt

11 Art. 230 Abs. 1, 4; Art. 212 Abs. 2; Art. 216 Abs.1 des ZGB der RK. (Allgemeiner Teil) vom 27.12.1994 <http://www.pavlodar.com/zakon>.

12 M. Suleimenov. »Gosudarstvo i dogovora«. »Jurist« Nr. 7 Juli 2004. http://www.zakon.kz/magazine/archive/2004_07_4.asp; J. Basin »Zaščita prav negosudarstvennych učastnikov graždansko-pravovykh objazatelstv s gosudarstvom«. »Jurist« Nr. 8 August 2004. http://www.zakon.kz/magazine/archive/2004_08_3.asp; S. Ahmetova. »Novoe v zakonodatelstve o nedropol'zovanii« 01.02.2005 http://www.kazakhstan-business.com/article_129_37.

13 Das Gesetz der RK »O normativno-pravovykh normach« vom 24.03.1998, i. d. g. F. vom 29.06.2007 <http://www.pavlodar.com/zakon>.

14 S. Skvorzov, in: V.F. Popondulo (Hg.); *Meždunarodnoe kommerčeskoe pravo*, 2004, (Fn.24) S. 276.

15 Siehe etwa *van Houtte*, *The Law of International Trade*, 2nd ed., 2002, S. 238 Rn. 7.09.

16 S. Zimanov. »Dogovor na nedropol'zovanie« *Juridičeskaja gazeta*. 26.05.2004; »Investor i dogovora«. *Kasachstanskaja pravda*. 28.05.2004.

17 Die Gewährleistung wirtschaftlicher Sicherheit ist auf die Aufrechterhaltung und die Sicherung von Ressourcen- und Energiegrundlagen der Volkswirtschaft ausgerichtet. Art.18 Abs.3 des Gesetzes der

dem BodenschätzeG mittels neuer Abänderungen vom 24.10.2007 zugrunde. Die Novellen beziehen sich vor allem auf das Kündigungsrecht des Staates. Art. 45-3 Abs. 1 besagt Folgendes:

Auf Anregung der Regierung ist die zuständige Behörde berechtigt, einseitig auf Vertragserfüllung zu verzichten, wenn die Handlungen der Bodennutzer bei der Erkundung und Ausbeutung der Lagerstätten von strategischer Bedeutung dem wirtschaftlichen Interesse der Republik Kasachstan erheblich zuwiderlaufen und deren nationale Sicherheit gefährden.

Aufgrund der erläuterten Rechtslage lassen sich zwei Sachverhalte feststellen, die in der Praxis gewisse Schwierigkeiten hervorrufen können. Die in Art. 45-3 getroffene Aussage von der »Lagerstätte von strategischer Bedeutung« erregt in Expertenkreisen Bedenken. Es liegt auf der Hand, dass jedes Öl- und Gasfeld, das zumindest begrenzt nutzbar ist, als strategisch bedeutsam bezeichnet werden kann. Jedoch steht bisher noch nicht fest, ob eine von der Regierung bestätigte Liste ein umfassendes Verzeichnis beinhalten wird.

Eine weitere Frage betrifft die allgemein anerkannte Garantie gegen nachträgliche Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, die sogenannte »Großvaterklausel«. Die vorgestellten Rechtsnormen halten sich nicht an diese Bestandsschutzklausel und beziehen sich damit auf früher abgeschlossene Verträge.¹⁸ Professor Boguslavsky ist der Ansicht, dass das Prinzip des Schutzes vor Rechtsänderungen oft dann keine Anwendung findet, wenn es sich um die nationale Sicherheit handelt.¹⁹

Die Klärung des rechtlichen Verhältnisses zwischen Staat und Investor hat in einem strategisch bedeutenden Sektor wie der Förderungsindustrie eine unmittelbare praktische Bedeutung. Während das Interesse des Investors auf Gewinnmaximierung und Rechtsstabilität gerichtet ist, verfolgt der Staat das Ziel, seine politische und wirtschaftliche Sicherheit zu stärken. Herstellung und Gewährleistung eines Gleichgewichts dieser Interessen verursachen de facto einen Interessenkonflikt, der sich nur schwer beilegen lässt.

Kasachstan hat bezüglich ausländischer Investoren in letzter Zeit scharfe Maßnahmen ergriffen, die sich nicht eindeutig beurteilen lassen. Zum einen gibt es neue Rechtsvorschriften, die das Investitionsklima bedrohen und zukünftige Investoren abschrecken könnten. Zum zweiten zielen die Normen primär auf unredliche Investoren ab, die die Bodenschätze nicht rational nutzen und zusätzlich Vertragsnormen missachten. Außerdem zeigt die globale Praxis, dass Länder, die eine liberale Investitionspolitik betreiben, sich an das völkerrechtliche Prinzip der Souveränität in Bezug auf Bodenschätze nichtsdestotrotz halten und auch dort eine staatliche Kontrolle der Ressourcen stattfindet. Daraus folgt, dass, wenn strategische Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas den Gegenstand von Vertragsverhältnissen bilden, dem Staat eine besondere Stelle zukommt, was die Erfüllung seiner Rechte und Pflichten sowie die Geltendmachung von Ansprüchen in den Investitionsverträgen angeht.

RK »O nacional'noi bezopasnosti« vom 26.06.1998 i. d. g. F. vom 14.10.2005 <http://www.pavlodar.com/zakon>.

18 Art. 2 des Gesetzes »O vnesenii izmenenij i dopolnenij v zakon o nedropol'zovanii« vom 24.10.2007 <http://www.pavlodar.com/zakon>.

19 Boguslavsky. »Pravovaja osnova inostrannyh investicij«. 1996. S. 44.

Edlira Maranaku

Pfadabhängige Rechtsstaatlichkeit in Albanien¹

Albanien hat sich als letzter osteuropäischer Staat auf den Weg des gesellschaftlichen Umbaus gegeben. Auch 18 Jahre nach dem Systemwechsel kann Albanien nicht als vollkommen konsolidierte und rechtsstaatliche Demokratie bezeichnet werden: Das in der Verfassung festgelegte demokratische Institutionengefüge wird in seiner realen Ausprägung stets unterhöhlt und geschwächt.

Der Erfolg der Demokratisierung ist bestimmt durch einen konkreten ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Demokratisierungsprozesse und Übergänge zu Marktwirtschaft und Rechtsstaat sind eng aufeinander bezogen und eng miteinander verbunden.² Im Kontext der sozialistischen Gesellschaft beinhaltet das Projekt der Transformation nicht nur einfach den Übergang zu einem demokratischen politischen System und zum Markt als Koordinationsmechanismus. Das Projekt des Systemwechsels hin zu einem demokratischen Kapitalismus setzt – so Tatur – eine gesellschaftliche Modernisierung voraus, nämlich die Durchsetzung genereller Normen von Recht und Moral.³ Im Anschluss an Tatur, die von einer notwendigen institutionellen Verankerung des Marktmechanismus im regulativen Rechtsstaat und von dessen Einbettung in eine zivile Kultur ausgeht, wird in dieser Arbeit die Frage nach den historischen Voraussetzungen gestellt, die in Albanien die Konstitution marktstützender Institutionen und die Durchsetzung einer zivilen Kultur fördern bzw. hemmen.

Diesbezüglich werde ich mich auf die vorsozialistische Phase und auf die sozialistische Ordnung beziehen, um dann unter Einbeziehung einer Betrachtung des Postsozialismus die Antwort auf die Leitfrage zu finden.

Gewohnheitsrecht und traditionelle Sozialformen

In diesem Kapitel werde ich versuchen – soweit dies im Rahmen eines Aufsatzes möglich ist – die Phänomene, die eine nicht staatlich organisierte Gesellschaft kennzeichnen, aus historischer Perspektive zu beschreiben. Es wird dabei auf das Gewohnheitsrecht, die in Albanien fehlende Staatstradition und die Implikationen der Konstituierung von Staatlichkeit sowie auf stammesgesellschaftliche Strukturen und Elemente eingegangen.

Gewohnheitsrecht

Das bekannteste und am längsten wirksame albanische Gewohnheitsrecht ist der *Kanun I Leke Dukagjinit*. Dieser Gewohnheitsrechtskomplex blieb bis weit ins 20. Jahrhundert hinein wirksam. Blutrache war als äußerstes Mittel der Selbstjustiz Bestandteil gewohnheitsrechtlicher Praxis. Gewohnheitsrecht ist Ausdruck gesellschaftlicher Moralität und war in Albanien vorwiegend im Gebirge vorzufinden, wo zahlreiche Gemeinschaften ein weitgehend autonomes und von der osmanischen Verwaltung unbehelligtes Leben führten. Die periphere

1 Dieser Beitrag ist Teil meiner Diplomarbeit »Albanien. Merkmale und Ursachen einer defekten Demokratie«, betreut von Prof. Melanie Tatur, vorgelegt im Januar 2007 an den J. W. Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

2 Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen, 1999 S. 239 ff.

3 Tatur, Melanie (1999): Zur »Eingebettetheit« des Systemwechsels in Osteuropa, in: Höhmann, Hans-Hermann (Hrsg.). Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation, Bremen, S. 193–220.

Lage des Landes, seine späte staatliche Unabhängigkeit und die ineffiziente Durchdringung der Gesellschaft durch den Staat führten zu einer langen Wirksamkeit der Institutionen der lokalen Selbstverwaltung.⁴ Karl Kasser spricht von »akephalen Organisationsformen« und interpretiert auch die Blutrache als adäquate Vorgehensweise in »akephalen« Gesellschaften, die kein kodifiziertes Recht und keine Instanzen kennen.⁵ Das Fehlen einer zentralen politischen Institution, wie es für »akephale« Gesellschaften typisch ist, ist die Hauptursache der großen Bedeutung des Gewohnheitsrechts. Der *Kanun* wurde aus der Notwendigkeit heraus geboren, in einer Situation weitgehender Abwesenheit des »Staates« einen anderen Ordnungsrahmen zur Organisation des Zusammenlebens zu schaffen.⁶

Traditionelle Sozialformen

Die albanische Gesellschaft war hauptsächlich durch zwei Formen sozialer Organisation geprägt: durch die Stammesstrukturen im Norden und die Geschlechterverbände im Süden des Landes. Sowohl die Stämme als auch die Geschlechterverbände sind patrilineare Abstammungsgemeinschaften und für beide gilt, dass die Abstammung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit schafft sowie Solidarität und Loyalität stiftet. Der Haushalt war der entscheidende Funktionsträger in der traditionellen albanischen Gesellschaft.⁷ Es ist zu unterscheiden zwischen der Haushaltsstruktur der *Ghegen* (nördliche Bevölkerung) und der *Tosken* (südliche Bevölkerung). Aufgrund des starken türkischen Einflusses – der auf die bessere Zugänglichkeit dieser Gebiete zurückzuführen ist – entwickelte sich in den südlichen Gebieten während der osmanischen Periode ein Feudalsystem, das sich auch auf die traditionelle Herrschaftsstruktur auswirkte.⁸ Für die nördlichen Gebiete lässt sich nichts Ähnliches feststellen. Die Gesellschaft der *Ghegen* stellt das einzige europäische Beispiel dafür dar, dass ein tribales System bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts überleben konnte. Am Ende des 19. Jahrhunderts gab es in den zwei nordalbanischen Provinzen 168 *Bajraks*⁹ mit 1600 Haushalten. Der *Bajrak* setzte sich aus mehreren Stämmen zusammen, deren grundlegende Organisationsform der Mehrfamilienhaushalt war. Die Stämme verfügten über ihre eigenen Organisationsabläufe, Rechtsauffassungen und Entscheidungskörperschaften. Da aber Staat und Stamm einander gegenseitig ausschließen, mussten die Stämme mit der Gründung des albanischen Staates zerschlagen werden. Der Staat war jedoch zu schwach, um bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs die Macht der Stämme auch nur im Geringsten anzutasten. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die staatliche Gesetzgebung in den meisten albanischen Stammesgebieten nicht präsentiert werden. Erst nach der kommunistischen Machtübernahme setzte der Staat seine Rechtsauffassung auch in den Stammesgebieten durch, was jedoch nicht bedeutet, dass die Mentalität der Menschen von Elementen der Patriarchalität endgültig frei wäre.¹⁰

4 Pichler, Robert (2003): Gewohnheitsrecht und traditionelle Sozialformen in Albanien. In: Jordan, Peter/ Kaser, Karl/ Lukan, Walter/ Schwandner-Sievers, Stephanie/ Sundhaussen, Holm (Hrsg): Albanien, Frankfurt/Main, S. 97–111.

5 Kaser, Karl: Hirten Kämpfer Stammeshelden, Böhlau 1992, S. 165; 276.

6 Kasburg, Carola (1986): Zur traditionellen Gesellschaftsstruktur Albaniens, in: Lienau, Cay/ Prinzing, Günter (Hrsg): Albanien, Beiträge zur Geographie und Geschichte, Münster S. 152–160.

7 Pichler (2003: 107).

8 Kasburg (1986: 158).

9 *Bajraks* wurden gegen Ende des 17. Jahrhunderts vom osmanischen Reich eingeführt und stellten eine autonome territoriale Verwaltungseinheit auf gewohnheitsrechtlicher Basis dar.

10 Kaser (1992: 375–385).

Die Form der sozialistischen Herrschaftsordnung

Die Voraussetzungen des sozialistischen Staates in Albanien waren Strukturen patriarchaler Herrschaft, innerhalb derer der Mehrfamilienhaushalt die grundlegende Organisationsform der materiellen Reproduktion bildete. Um ihr Regime zu stabilisieren, blieben die Machthaber auf Formen personaler Herrschaft angewiesen und die sozialen Funktionslogiken familiärer Gemeinschaften wurden auf staatlicher Ebene reproduziert. Hensell beschreibt diesen Vorgang als »Prozess der Transformation des patriarchalischen in den patrimonialen Modus des Regierens«, in dem personale Loyalitätsbeziehungen entscheidend für den Zusammenhalt der staatlichen Eliten waren und in familiärer Patronage zum Ausdruck kamen. In dem 1962 amtierenden Zentralkomitee kamen auf 61 Vollmitglieder vier verheiratete Paare und zwanzig bis fünfzig miteinander verwandte Personen.¹¹ Der neopatrimoniale Charakter des sozialistischen Staates unterband die strukturelle Möglichkeit einer umfassenden Rationalisierung der Herrschaftsstrukturen. Die Kaderpolitik der Partei wurde durch das Prinzip der Nomenklatur formalisiert und Patronage sicherte die Macht der Eliten.¹² Im Zuge der Familienpatronage wurden ganze Ministerien »privatisiert«. In der Personalisierung des Regimes durch Enver Hoxha nahm der Staat Züge eines übergeordneten Verbandshaushaltes patriarchalischer Einzelhaushalte an. Das Denken in Antinomien, das seinen Ursprung in der Großfamilie und ihren binären Wertorientierungen hat – zur Schaffung sinnstiftender Bezüge wird vor allem zwischen »Freund« und »Feind« unterschieden – fand in der Öffentlichkeit des sozialistischen Albanien seine Fortsetzung: Orientierungsmuster des amoralischen Familismus wurden symbolisch reproduziert. Dem Misstrauen nach außen entsprach die Dominanz von Verschwörungstheorien nach innen.¹³ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die sozialistische Ordnung in Bezug auf ihre Herrschaftsform keine moderne Sozialordnung war.

Stand der Demokratisierung

Auch nach fast zwei Jahrzehnten Demokratisierung kann der albanische Staat die Durchsetzung von Gesetz und Ordnung nicht garantieren.

Der personale Charakter der staatlichen Herrschaft hat sich auch nach dem Zerfall des kommunistischen Regimes nicht geändert. Die Konkurrenz der politischen Akteure um Gefolgschaft hat sich verschärft und der Etablierung neuer Parteien folgte die Konkurrenz klientelistischer Netzwerke.¹⁴ Jenseits amtierender Regierungen existiert keine Kontinuität des Staatsapparats. Dieser ist politisiert und die regierenden Parteien betrachten die Verfügung über öffentliche Ämter als ihr Eigenrecht. Bei jedem Regierungswechsel und jeder Regierungsumbildung müssen sich Beamte und Spezialisten einer personellen Erneuerung unterziehen: Die Ernennungskriterien des Personals unterliegen den Praktiken

11 Hensell, Stephan (2004): Regieren in Albanien, in: Welttrends Nummer 45, S. 71–83.

12 Tatur (1999: 201).

13 Hensell 2004: 77–78.

14 Hensell, Stephan (2005): Die Grenzen der Gesetzeshüter. Zur bürokratischen Praxis in der albanischen Polizei. In: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 141, S. 14.

des Nepotismus und des Klientelismus.¹⁵ Nicht zuletzt diese Praktiken schwächen die staatlichen Institutionen kontinuierlich.¹⁶

Die historischen Voraussetzungen der Staatsbildung in Albanien sind die vorherrschenden Familienverbände und der diesen eigene Patriarchalismus. Die Familie wird auch heute noch als Hauptgarant individueller Sicherheit angesehen; der öffentliche Raum gilt als unsicher. Die Freund-Feind-Denkweise zeigt sich immer noch in der Bevölkerung und Orientierungsmuster des »amoralischen Familismus« sind erhalten geblieben. Wie in den Stammesgesellschaften gilt Loyalität einzelnen Personen und Patronagenetzwerken und nicht der Verfassung, dem Staat oder demokratischen Prinzipien.¹⁷

Ein anderer Grund für die Probleme bei der Durchsetzung von Gesetzen ist die »Entfremdung« der Albaner von ihrem Staat. Das albanische Nationalgefühl der von außen bedrohten Schicksalsgemeinschaft hat sich aus dem Zusammenleben im kleineren und größeren Umkreis ethnischer Bindungen entwickelt. Mit einer übergeordneten Staatsmacht hat es sich nie identifiziert: Die albanische Identität hat sich stattdessen entlang der Kriterien Sprache, Kultur und Stammeszugehörigkeit entwickelt.¹⁸ Identitätsstiftend sind somit familiäre Beziehungen, Clanstrukturen oder die regionale Herkunft.¹⁹ Die Entfremdung der Albaner von ihrem Staat ist jedoch nicht nur mit der späten Bildung des Nationalstaates zu begründen. Beigetragen hat dazu auch das Verhältnis zwischen der türkischen Verwaltung im Osmanischen Reich und den Stammesgesellschaften, Geschlechter- und Verwandtschaftsverbänden vor allem im Norden des Landes. Hier hatte die türkische Verwaltung keine Interesse an dem großen Aufwand, der nötig gewesen wäre, um die Erfassung und Verwaltung der Gebirgsbewohner zu organisieren. Bis zur Zerstörung des Osmanischen Reichs und der Errichtung des modernen Staats lebten die Stammesgesellschaften, Geschlechter- und Verwandtschaftsverbände im Rahmen des türkischen Staates; ihr Leben war dabei aber so autonom organisiert, dass man »weitgehend von einem Leben ohne Staat« sprechen kann.²⁰ Die verspätete Staatsbildung, die lange anhaltende patriarchalische Stammesmentalität, der Übergang von halbfeudalen Verhältnissen in ein totalitäres System und der verspätete Umbruch mit Demokratiedefiziten haben dazugeführt, dass eine albanische Bürgergesellschaft im westlichen Werteverständnis nie entstanden ist. Die Nichtexistenz einer Bürgergesellschaft mit einem ausgewogenen Verhältnis von Rechten, Freiheiten und Pflichten des Bürgers hat zur Folge, dass der Einzelne seine Rechte, nicht aber seine Pflichten anerkennt und wahrnimmt. Unter der Bedingung mangelnder Durchset-

15 So spielten bei der Auswahl des Personals der ersten nichtkommunistischen Regierung Verwandtschaftsbeziehungen eine beherrschende Rolle. Ein Beispiel war der Fall des Verteidigungsministers Safet Zhulali. Nachdem er 1993 den Ministerposten eingenommen hatte, wurde sein Bruder Dekan der Wirtschaftsfakultät der Universität in Tirana. Eine seiner Schwestern hatte das Glück, Sekretärin bei Blerim Cela, dem Vorsitzenden der staatlichen Kontrollkommission, zu werden. Dessen Schwester wiederum wurde Zhulalis Sekretärin. Eine weitere Schwester Zhulalis wurde Direktorin des besten Hotels in Tirana, während sein Schwager Abteilungsleiter im Erziehungsministerium wurde. Der erste Cousin von Zhulalis Frau wurde Leiter des staatlichen Sicherheitsdiensts. Ndue Gjika schließlich, regionaler Parteivorsitzender der DP, konnte sich glücklich schätzen, mit Zhulalis Cousine verheiratet zu sein. (Hensell, Stephan: Staatsbildung und Staatszerfall in Albanien, Ein Beitrag zur Theorie des Staates in Übergangsgesellschaften, Arbeitspapier Nr. 2, Hamburg 1999, S. 101).

16 Kajsia, Blendi/ Bumci, Aldo/ Rakipi, Albert (2002): Albania – a weak democracy a weak state, Report on the state of democracy in Albania in: www.aiis-albania.org S. 17–18.

17 Eicher, Claudia/ Beichelt Timm(2006): Albanien zwischen Anarchie und Demokratie, in Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen/ Croissant, Aurel/ Eicher, Claudia/ Thiery, Peter (Hrsg.): Defekte Demokratie, Bd. 2. Wiesbaden, S. 405–441.

18 Schubert, Peter: Albanische Identitätssuche im Spannungsfeld zwischen nationaler Eigenstaatlichkeit und europäischer Integration. Frankfurt/ Main 2005, S. 79.

19 Eicher/Beichtel (2006: 430).

20 Kasser (1992: 164–165).

zungskraft der bestehenden Gesetze wird nach dem Motto »*Der Staat hat uns über 45 Jahre betrogen. Jetzt sind wir es, die ihm alles nehmen*« versucht, den Staat zu umgehen. Von einem Großteil der familiär strukturierten albanischen Gesellschaft wird der Staat als »Fremdherrscher« empfunden, der sich mit seinen »Pflichten« einmischt und die »Freiheit der Selbstorganisation« stört, die sich in Schattenwirtschaft oder mafiösen Strukturen ihren Freiraum geschaffen hat.²¹

Um das Ganze auf die Leitfrage zu beziehen: Die historischen Voraussetzungen der Konstitution demokratischer Institutionen in Albanien stellen sich alles andere als günstig dar. Der Demokratisierungsprozess bringt in Albanien nicht nur spezifische Übergangsprobleme beim Um- und Aufbau von Institutionen hervor. Er erstreckt sich über einen längeren Zeitraum, innerhalb dessen viele gesellschaftliche Bereiche tangiert werden müssen.

21 Schubert (2005: 52–53).

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Gaukhar Abdigaliyeva	LL.M.Eur, Doktorandin an der Universität Bremen gaua@mail.ru
Philipp Casula	Diplomsoziologe, Doktorand an der Universität Basel philipp.casula@unibas.ch
Vedran Dzihic	Institut für Politikwissenschaften, Universität Wien, Forschungsplattform POTREBA vedran.dzihic@univie.ac.at
Anja Erdmann	Dipl-Geogr., Universität Tübingen, Geographisches Institut, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie anja.erdmann@uni-tuebingen.de
Stefanie Friedrich	Leibniz Universität Hannover
Sandra Frimmel	Kunstmuseum Liechtenstein, Ausstellungsassistentin sandra.frimmel@gmx.net
Malte Frye	Freie Universität Berlin, Institut für Ethnologie maltefrye@hotmail.com
Ronald Gebauer	Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie ronald.gebauer@uni-jena.de
Dr. Igor Gordyi	Igordyi@yahoo.de
Daniel Grotzky	Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Centrums für Angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München daniel.grotzky@lrz.uni-muenchen.de
Hristofor Hrisoskulov	Ph.D. Student an der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster h.hrisoskulov@arcor.de
Edlira Maranaku	emaranaku@hotmail.de
Katharina Mikulčák	Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft katharina.mikulcak@fu-berlin.de

Evelyn Moser	Institut für Humangeographie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main moser@em.uni-frankfurt.de
Kristine Müller	Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner, Geographisches Institut der Universität Potsdam muellerk@irs-net.de
Maria Mushchinina	Angewandte Sprachwissenschaft sowie Übersetzen und Dolmetschen, Universität des Saarlandes info@mushchinina.com
Dr. Silvia Nadjivan	Institut für Politikwissenschaft, Wien silvia.nadjivan@univie.ac.at
Norma Osterberg	Humboldt Universität zu Berlin, Berlin Graduate School of Social Sciences norma.osterberg@sowi.hu-berlin.de
Michael Paulo	Absolvent der Freien Universität Berlin, Diplom-Politologe michael.paulo@fu-berlin.de
Mahabat Sadyrbek	Institut für European Studies, Leibniz Universität Hannover mahabat_s@yahoo.de
Aima Samatova	LL.M. Eur (Bremen), Doktorandin an der Universität Wien aima_samatova@live.de
Dr. Elena Semenova	SFB580/ Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena Elena.Semenova@uni-jena.de
Thomas Skowronek	Humboldt-Universität zu Berlin. Institut für Slawistik thomas.skowronek@gmail.com
Christian Smigiel	Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig C_Smigiel@ifl-leipzig.de
Franziska Smolnik	Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin fsmolnik@zedat.fu-berlin.de

-
- | | |
|-------------------|--|
| Angela Wieser | Institut für Politikwissenschaften, Universität Wien,
Forschungsplattform POTREBA
angela.wieser@univie.ac.at |
| Sabine Willenberg | DFG-Graduiertenkolleg »Kulturelle Orientierungen
und gesellschaftliche Ordnungsstrukturen in
Südosteuropa«, Friedrich-Schiller-Universität Jena
sabine.willenberg@uni-jena.de |
| Marc Zivojinovic | Max-Weber-Kolleg für kultur- und
sozialwissenschaftliche Studien, Universität Erfurt
marczivo@hotmail.com |

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 97 **Der bewaffnete Konflikt um Südossetien und internationale Reaktionen**
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(September 2008)
- Nr. 96 **Und die Krähe trägt ein rotes Sternchen**
Die politische Karikatur im polnischen Untergrund der Jahre 1981 bis 1989
Von Wolfgang Schlott
(September 2008)
- Nr. 95 **»Das Andere Osteuropa von den 1960er bis zu den 1980er Jahren«**
Berichte zur Forschungs- und Quellenlage
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.)
(Mai 2008)
- Nr. 94 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 2: Präsidentenwahl 2008
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(März 2008)
- Nr. 93 **Die aktuelle Wirtschaftslage der Ukraine.**
Erfolge und Herausforderungen für die Regierung Timoschenko
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Februar 2008)
- No. 92 **Russia's Energy Sector between Politics and Business**
By Robert Orttung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(February 2008)
- No. 91 **Already Arrived in Brussels? Interest Representation of Trade Unions from the New EU Member States. Documentation of Interview Results**
By Heiko Pleines (ed.)
(January 2008)
- Nr. 90 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 1: Die Parlamentswahlen 2007
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 89 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mitgliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 2: Dokumentation der Interviewergebnisse
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 88 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mitgliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 1: Erste Ergebnisse für Polen, Tschechien und Slowakei
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)
- No. 87 **Russia's Foreign Policy: Key Regions and Issues**
By Robert Orttung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(November 2007)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kéghel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008 (im Druck), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008, 506 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-883-2, € 89,90
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (in Vorbereitung)

Changing Europe

- Bd. 5 **Julia Kusznir, Heiko Pleines (eds.):**
Trade Unions from Post-Socialist Member States in EU Governance.
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 196 S., br., ISBN 978-3-89821-857-3, € 24,90
- Bd. 4 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Crises and Conflicts in Post-Socialist Societies.
The Role of Ethnic, Political and Social Identities
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 218 S., br., ISBN 978-3-89821-855-9, € 29,90
- Bd. 3 **Daniela Obradovic, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society Groups from the New Post-Socialist Member States in EU Governance
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 244 S., br., ISBN 978-3-89821-750-7, € 29,90
- Bd. 2 **Jochen Tholen, David Lane, Gyorgy Lengyel (eds.):**
Restructuring of the Economic Elites after State Socialism.
Recruitment, Institutions and Attitudes
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 350 S., br., ISBN 978-3-89821-754-5, € 34,90
- Bd. 1 **Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.):**
Movements, Migrants, Marginalisation.
Challenges of Social and Political Participation in Eastern Europe and the Enlarged EU
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 224 S., br., ISBN 3-89821-733-7, € 29,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 75 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 240 S., br., ISBN 978-3-89821-766-8, € 34,90
- Bd. 73 **Julia Kusznir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4, € 34,90

Einzelveröffentlichung

- Heidrun Hamersky, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute.
Festschrift für Wolfgang Eichwede
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2007, 338 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-751-4, € 59,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de